

RECHTS

Organisationen, Politik und ideologisches Umfeld

POPULIS

in Baden-Württemberg

MUS

RECHTSPOPULISMUS

ORGANISATIONEN, POLITIK UND IDEOLOGISCHES UMFELD IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Ein Dossier der
Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg

IMPRESSUM

Redaktion: Sabine Demsar
Korrektorat: Ulrike Schnellbach
Titelgestaltung: Sabine Demsar
Gestaltung: Sabine Koch

Rechtspopulismus
Organisationen, Politik und ideologisches
Umfeld in Baden-Württemberg
ist ein Dossier der

Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e. V.
Kernerstraße 43
70182 Stuttgart
T 0711 2633 9410
E info@boell-bw.de
I www.boell-bw.de

INHALT

VORWORT _____ 6

Rolf Gramm, Dr. Andreas Baumer

AUTOR*INNEN _____ 8

01 _____

GESCHICHTE DES AFD-LANDESVERBANDES
BADEN-WÜRTTEMBERG _____ 10

Annette Wagner und Lucius Teidelbaum

02 _____

DIE AFD IM STUTTGARTER LANDTAG/
_____ 30

Annette Wagner und Sven Ullenbruch

02 a _____

TRANSKRIPT DES INTERVIEWS
MIT ULI SCKERL _____ 48

03 _____

DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)
IN BADEN-WÜRTTEMBERG: VERBINDUNGEN
INS EXTREM RECHTE LAGER _____ 54

Anton Maegerle

04 _____

RECHTSEXTREMISTEN IM BADEN-
WÜRTTEMBERGISCHEN LANDESPARLAMENT:
NPD UND REP _____ 62

Anton Maegerle

05 _____

DIE AFD UND DIE ARBEITSWELT _____ 72

Beate Müller-Gemmeke

06 _____

WIRTSCHAFT UND SOZIALES | MARKTRADIKAL
ODER »VÖLKISCH ANTIKAPITALISTISCH«,
DAS IST HIER DIE FRAGE _____ 78

Rolf Gramm

07 _____

SAMMLUNGSBEWEGUNG DER UMWELTFREVLER _____ 86

Rolf Gramm

08 _____

GESCHLECHTERROLLE RÜCKWÄRTS.
ZUM ANTI-FEMINISMUS BEI DER AFD IN BADEN-
WÜRTTEMBERG _____ 94

Rebekka Blum

09 _____

BEDROHEN, EINSCHÜCHTERN, AUSBLUTEN
MEDIEN UNTER DRUCK _____ 102

Anna Hunger

10 _____

RECHTE MEDIEN. CORONA IM VISIER. _____ 110

Anton Maegerle

11 _____

WIE PASSEN (RECHTS-)POPULISMUS UND
DER GLAUBE AN VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN
ZUSAMMEN? _____ 116

Laura Hammel

12 _____

DIE AFD – EINE WAHLALTERNATIVE
FÜR DIE CHRISTLICHE RECHTE? _____ 128

Laura Hammel und Lucius Teidelbaum

VORWORT

Der Südwesten ist ein Hotspot für rechtspopulistisches Gedankengut. Die Proteste gegen die Maßnahmen, die die Corona-Pandemie einbinden sollen, haben das einmal mehr gezeigt. Starke rechtspopulistische und rechtsextremistische Kräfte sind daran beteiligt und hatten ihren Ausgangspunkt in Stuttgart. Schon in der Vergangenheit nahmen hier Rechtspopulist*innen an Straßenprotesten wie etwa der »Demo für alle« teil, die sich gegen einen neuen Bildungsplan der damaligen grün-roten Landesregierung richtete.

von Dr. Andreas Baumer und Rolf Gramm



Aber auch auf der politischen Ebene konnten Parteien am rechten Rand des Parteiensystems im Land immer wieder reüssieren – die rechtsextremistische NPD schaffte 1968 für eine Wahlperiode den Sprung in den baden-württembergischen Landtag, den Republikanern gelang in den neunziger Jahren gar ein einmaliger Wiedereinzug. Die rechtspopulistische AfD hat bei der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg ihr bestes Ergebnis in einem westdeutschen Bundesland erzielt.

Für die Demokratie und die politische Kultur im Land hat das Konsequenzen. Der populistische Diskurs spricht Ängste vor Veränderung in einer komplexer werdenden Gesellschaft an und bietet als Lösung oft den Rückgriff auf nationale und völkisch geprägte Denkweisen. Schuld an den Fehlentwicklungen sind in dieser Sicht neben der politischen Elite Einwanderer*innen, Minderheiten, die Europäische Union und die Globalisierung. Der rechte Populismus richtet sich so gegen die offene, tolerante und vielfältige Gesellschaft, für die in den letzten Jahrzehnten viele unterschiedliche emanzipatorische Bewegungen gekämpft haben. Das populistische »Wir« definiert exklusiv, wer dazugehört – und wer eben nicht. Die Vielfalt an kulturellen Prägungen, Lebensstilen und Herkunft, die eine moderne Gesellschaft auch in Baden-Württemberg auszeichnen, wird als Bedrohung beschrieben. Dem gegenüber stellen sich die Rechtspopulist*innen als Interessenvertreter*innen eines wahren und homogenen Volkes dar und beanspruchen, dieser angeblichen »schweigende Mehrheit« eine Stimme zu geben. Die Wahlergebnisse zeigen, dass dieser schlichte Diskurs in Teilen der Wählerschaft verfangen – und so die Gesellschaft auseinander treiben kann.

Eine rechtspopulistische Partei im baden-württembergischen Landtag wirkt sich drastisch auf die politische Kultur aus. Wo zuvor der zivilisierte Streit zwischen demokratischen Fraktionen üblich war, werden seit dem Einzug der AfD bislang unbekannte völkische und hasserfüllte Töne angeschlagen. Die Angriffe auf die Landtagspräsidentin Muhterem Aras, die wegen ihrer Herkunft verunglimpft wurde, sind nur ein Beispiel dafür.

Wir möchten einen fundierten Überblick über die verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Baden-Württemberg geben. Bürger*innen

und Zivilgesellschaft wollen wir Material für ihre kritische Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Entwicklungen zur Verfügung stellen. Denn profundes und belegbares Wissen über Ideologie, Struktur und politische Praxis des Rechtspopulismus in Baden-Württemberg ist eine wesentliche Voraussetzung, um eine politische Haltung zu entwickeln und Kritikfähigkeit, Urteilskraft und eigenes Engagement zu stärken.

Wir bieten kritischen Stimmen aus Journalismus, Zivilgesellschaft und Politik mit diesem Dossier ein Forum. Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft erforschen Organisationsstrukturen, politische Inhalte und historische Kontinuitäten sowie das ideologische Umfeld des Rechtspopulismus in Baden-Württemberg.

Lucius Teidelbaum und **Annette Wagner** zeichnen in ihrem Beitrag die organisatorische und ideologische Entwicklung der AfD im Südwesten nach.

Annette Wagner untersucht gemeinsam mit **Sven Ullenbruch** Politik und parlamentarische Praxis der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Der Einzug der AfD in den baden-württembergischen Landtag 2016 hat die Stimmung im Landesparlament grundlegend verändert.

Uli Sckerl, parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, erläutert im Interview, wie sich die demokratischen Fraktionen der populistischen Herausforderung stellen.

Anton Maegerle dokumentiert in seinem Text die vielfältigen Verbindungen der rechtspopulistischen Partei im Südwesten in das extrem rechte Lager.

In einem weiteren Beitrag diskutiert er historische Kontinuitäten am rechten Rand des baden-württembergischen Parteiensystems.

Beate Müller-Gemmeke beschäftigt sich mit den Bestrebungen, rechtspopulistisch geprägte Arbeitnehmervereinigungen aufzubauen, die zum Teil Schwerpunkte auch in Baden-Württemberg haben.

Die umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik der baden-württembergischen AfD steht im Fokus der beiden Beiträge von **Rolf Gramm**.

Geschlechterrolle rückwärts – unter diesem Titel analysiert **Rebekka Blum** die antifeministische Programmatik der AfD.

Am Beispiel der Stuttgarter KONTEXT:Wochenzeitung beschreibt **Anna Hunger** den wachsenden Druck, den rechtspopulistische Kräfte auf kritische Medien ausüben.

Zum ideologischen Umfeld der rechtspopulistischen Strömung zählen eine ganze Reihe einschlägiger Medien und Verlage, von denen einige ihren Sitz im Südwesten haben. **Anton Maegerle** stellt in seinem Beitrag die Wichtigsten vor und zeigt Verbindungen und Netzwerke auf.

Wie passen (Rechts-)Populismus und der Glaube an Verschwörungsmythen zusammen? Dieser Frage geht **Laura Hammel** in ihrem Text insbesondere mit Blick auf die im Südwesten stark verankerte »Querdenken«-Bewegung nach.

Gemeinsam mit **Lucius Teidelbaum** betrachtet **Laura Hammel** in einem weiteren Text die Schnittmengen zwischen Rechtspopulismus und der christlichen Rechten im Baden-Württemberg. Auch für eine solche ideologische Melange erweist sich der Südwesten als besonders empfänglich, das wird an Teilen der »Demo für alle« deutlich.

Die Beiträge wurden im Sommer 2020 abgeschlossen. Weitere Entwicklungen sind deshalb nicht berücksichtigt.

Wir möchten allen Autor*innen für ihre engagierte Mitarbeit an diesem Dossier herzlich danken.

Stuttgart, November 2020

Rolf Gramm,
Stellvertretender Vorsitzender der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg

Dr. Andreas Baumer,
Geschäftsführer der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg

AUTOR*INNEN

Dr. Andreas Baumer ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg seit 2012. Davor wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, dem er weiterhin als Privatdozent verbunden ist. Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Geschichte in Freiburg und Madrid. 2013 Habilitation an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Rostock mit einer Arbeit zum Thema »Irreguläre Migration in Europa: Das Fallbeispiel Spanien und die Politikoptionen demokratischer Staaten«.

Rebekka Blum ist Soziologin und politische Bildnerin mit den Schwerpunkten Antifeminismus und (extreme) Rechte. Mit weiteren Nachwuchsforschenden und Aktivist*innen gründete sie im Frühjahr 2020 das Netzwerk femPI (feministische Perspektiven und Intervention gegen die (extreme) Rechte). Ihre Masterarbeit zur Geschichte des Antifeminismus wurde im Rahmen der FORENA-Nachwuchspreisverleihung der Hochschule Düsseldorf mit einer Auszeichnung gewürdigt und ist unter dem Titel »Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus« im Frühjahr 2019 bei marta press als Buch erschienen. Sie promoviert am soziologischen Institut der Universität Freiburg zu »Antifeminismus in Westdeutschland zwischen 1945 und 1990.«

Rolf Gramm ist Soziologe und Journalist seit 1985, er studierte in Heidelberg. Er war im baden-württembergischen Verkehrsministerium von 2011 bis 2018 beschäftigt, zunächst in der Pressestelle, ab 2012 als Redenschreiber für die Hauspitze. Seit Ende 2018 »im Ruhestand«. Er ist Mitglied der Grünen seit 1985 und 25 Jahre lang im Kreisvorstand des Kreisverbandes Odenwald-Kraichgau, zudem ist er Mitglied bei GewerkschaftsGrün. Er ist Sprecher der dju Rhein-Neckar. Er ist im Vorstand der Stiftung seit Oktober 2012, er wurde zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden in 2016 gewählt.

Anna Hunger studierte Kulturwissenschaften und Kunstgeschichte in Konstanz, Berlin und Tübingen. Danach Ausbildung an der Zeitenspiegel-Reportageschule in Reutlingen, freie Autorin bei der Agentur Zeitenspiegel und seit 2011 Redakteurin bei der Kontext-Wochenzeitung in Stuttgart, die gemeinnützig, spendenfinanziert und werbefrei ist. Mittlerweile ist sie dort stellvertretende Redaktionsleiterin.

Anton Maegerle ist freier Journalist, Buch- und TV-Autor, er ist langjähriger Mitarbeiter des SPD-nahen Fachportals »blick nach rechts« und des ARD-Politmagazins »Report Mainz«. 2007 und 2020 wurde er mit dem »Leuchtturm«-Preis für »besondere publizistische Leistungen« der Journalistenvereinigung »Netzwerk Recherche« ausgezeichnet.

Beate Müller-Gemmeke ist Bundestagsabgeordnete seit 2009 und Sprecherin für Arbeitnehmer*innenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und im Petitionsausschuss. Seit 2019 koordiniert sie den Gewerkschafts- und Sozialbereich der grünen Bundestagsfraktion. Zudem ist sie im Sprecherteam von GewerkschaftsGrün. Seit 1997 ist sie Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen und war im Gemeinderat Pliezhausen, im Kreistag von Reutlingen und im Landesvorstand Baden-Württemberg. Als Sozialpädagogin arbeitete sie freiberuflich im Projektmanagement bei Trägern der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Lucius Teidelbaum ist freier Journalist und Bildungsreferent zu Themen im Bereich extreme Rechte und anliegende Grauzonen. Von ihm erschienen u.a. im Unrast-Verlag insgesamt vier Bücher, jeweils zu den Themen »Braunzone Bundeswehr. »Rechtsum« in der Männertruppe« (2012), »Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus« (2013), »PEGIDA. Die neue deutschnationale Welle auf der Straße« (2016) und »Die christliche Rechte in Deutschland« (2018).

Sven Ullenbruch beschäftigt sich seit Anfang der 2000er Jahre mit der extremen Rechten in Baden-Württemberg. Als Journalist recherchiert und veröffentlicht er regelmäßig zu diesem Thema.

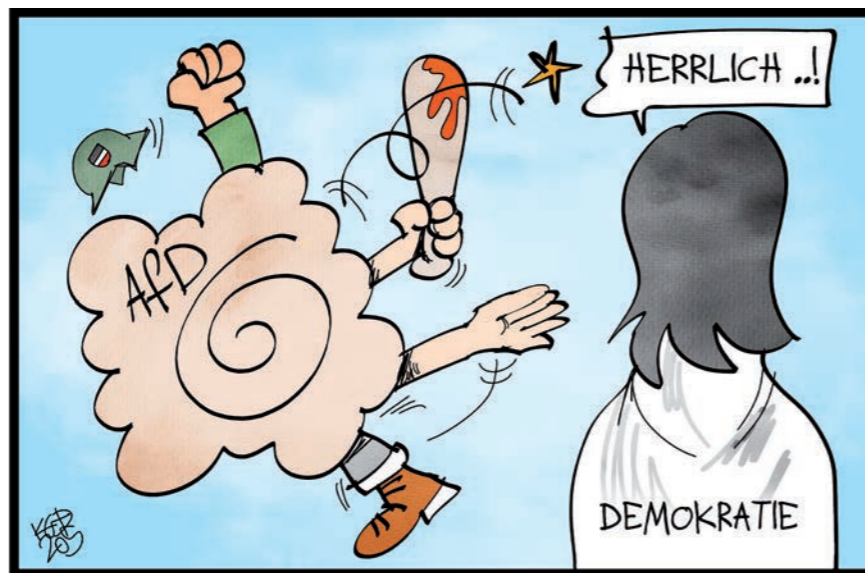
Annette Wagner ist Sozialwissenschaftlerin und freiberufliche Autorin beim Informationsdienst »blick nach rechts« (bnr.de).

GESCHICHTE DES AFD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Beitrag zeichnet kritisch die Geschichte der baden-württembergischen AfD seit ihrer Gründung nach. Diese ist, wie die anderer Landesverbände auch, stark geprägt von innerparteilichen Streitereien. Neben Machtkonflikten geht es auch um ideologische Auseinandersetzungen, sowohl über die grundlegende inhaltliche und strategische Ausrichtung der Partei als auch über einzelne Politikfelder. Die Geschichte wird chronologisch dargestellt, gleichzeitig werden die verschiedenen Partei-Strömungen und Ausgründungen vorgestellt. Angeschnitten wird die Ideengeschichte der sogenannten Neuen Rechten, weil sie zum Verständnis des Höcke-Flügels wichtig ist.

Daneben wird auf Besonderheiten wie die Spendenskandale der Funktionär*innen Weidel und Meuthen eingegangen, wie auch auf die Demonstrations-Tätigkeit und die »Außenpolitik« der AfD in Baden-Württemberg. Es wird deutlich, dass in der Südwest-AfD eine kontinuierliche Rechtsentwicklung stattgefunden hat. Die Arbeiten an diesem Kapitel wurden im August 2020 beendet und befinden sich somit auf dem entsprechenden Stand.

von Annette Wagner und Lucius Teidelbaum



»Machtkampf in der AfD«; Abbildung: picture alliance / dieKLEINERT.de / Kostas Koufoglio | Kostas Koufogiorgos, Lizenz: All rights reserved.

Geschichte des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg

Der nachfolgende Beitrag widmet sich der über siebenjährigen Geschichte des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg in chronologischer Weise. Ein Schwerpunkt dabei ist die Identifizierung der unterschiedlichen Partei-Strömungen und ihrer Repräsentant*innen.

Vorgeschichte

Die AfD ist der bislang erfolgreichste Versuch, eine politische Partei rechts der Unions-Parteien und der FDP, die anfangs stramm nationalliberal ausgerichtet war, zu etablieren. Dieser Platz war, sofern überhaupt, nur jeweils kurzzeitig besetzt. Auch unterschieden sich die jeweiligen Parteien am rechten Rand in ihrer Programmatik, ihrer grundsätzlichen Ausrichtung und der Nähe bzw. Zugehörig-

keit zum Rechtsextremismus. Für die Wahl zum ersten Deutschen Bundestags existierte die Fünf-Prozent-Klausel auf Ebene der Bundesländer. Wer hier diese Sperrklausel überwand, konnte bei einer ausreichenden Gesamtstimmzahl in den Bundestag einziehen. Gleich zwei rechte Kleinparteien – die »Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei« und die »Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung« – konnten so Mandate im ersten Bundestag erzielen. Am 25. Juni 1953 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein neues Bundeswahlgesetz, nach dem die Fünf-Prozent-Hürde auf die bundesweit abgegebenen Stimmen ausgedehnt wurde. So gelang 1953 nur noch dem »Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten« (GB/BHE) der Sprung über die fünf Prozent. Die GB/BHE entwickelte sich von einer politischen Interessenvertretung der Vertriebenen mit sozialpolitischer Ausrichtung zu einer Partei rechts von CDU/CSU, nachdem Teile der Partei zu CDU/CSU übergetreten waren. Prompt misslang bei der Wahl 1957 der Wiedereinzug in den Bundestag. Danach schafften es weder die NPD noch die »Republikaner« (REP), die »Deutsche Volksunion« (DVU) oder andere extrem rechte Parteien in den Bundestag.

Die Partei, die der AfD in der deutschen Parteiengeschichte programmatisch und personell am nächsten kommt, war der von 1994 bis 2000 bestehende »Bund freier Bürger« (BfB) um den ehemaligen bayerischen FDP-Funktionär Manfred Brunner. Die Europa-Kritik dieser konservativen Neugründung richtete sich gegen die »Maastrichter Verträge« von 1992 und die einheitliche europäische Währung, den 2002 eingeführten Euro. Der BfB kann als eine Art Vorläuferpartei oder als »Vorbote« der AfD gelten. Dem BfB gelang es bei weitem nicht, in ein Landesparlament oder gar den Bundestag einzuziehen. Das beste Ergebnis erzielte der nationalliberale bzw. rechtspopulistische BfB gleich zum Auftakt bei der Europawahl 1994 mit 1,1 Prozent. Hier versuchte sich der BfB als Anti-EU-Partei zu profilieren. In einem Werbeschreiben erklärte Brunner:

»Wir sind gegen Maastricht und für Europa, gegen ein europäisches Inflationsgeld und für die Deutsche Mark. (...) Wir vertreten eine überzeugende freiheitliche Alternative zur Verkrustung und Orientierungslosigkeit der etablierten Parteien.«[1]

Inhalte, Programm, Strukturen und Personen weisen Parallelen und Überschneidungen zur heutigen AfD auf. Der BfB bezeichnete sich selbst als »liberal-konservativ« und »nationalliberal«. Von Wissenschaftlern wie Frank Decker wurde der BfB als rechtspopulistisch klassifiziert.[2] Der BfB orientierte sich in Laufe seines Bestehens zunehmend an den österreichischen »Freiheitlichen« des Kärntner Politikers Jörg Haider. Nach seiner Radikalisierung wurde der BfB ab 1999 in verschiedenen Verfassungsschutzberichten aufgeführt und dem Rechtsextremismus zugeordnet.[3] Unter den 64 Erstunterstützern zur Gründung der AfD befanden sich neben weiteren studierten bzw. promovierten Wirtschaftswissenschaftlern auch 18 Volkswirtschaftsprofessoren. Von diesen VWL-Professoren um Bernd Lucke, die die Frühphase der AfD medial prägen sollten, gehörte Joachim Starbatty zuvor als Vizevorsitzender dem »Bund freier Bürger« (BfB) an, den er aber 1994 wieder verließ. Ebenfalls schon im Umfeld des BfB aktiv war der Mannheimer VWL-Professor Roland Vaubel. Er galt der Wochenzeitung »Die Zeit« als Sympathisant des BfB: »Roland Vaubel, heute Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der AfD, bekundete ebenso Sympathien für die damalige Partei wie der (...) [2014] verstorbene [Wirtschaftswissenschaftler] Wilhelm Hankel.«[4]. Die beiden Volkswirtschafts-Professoren Starbatty und Vaubel waren lange nach dem Ende des BfB Hauptunterzeichner des Aufrufs »Wählen Sie die Alternative!« der im September 2012 gegründeten »Wahlalternative 2013«, aus der die AfD als Partei hervorging.[5] Vaubel spendete im Kalenderjahr 2013 laut Rechenschaftsbericht politischer Parteien den stolzen Betrag von 28.203 Euro an die neugegründete AfD.[6] Er legte im Juli 2015 seine Ämter innerhalb der AfD nieder. Er war »Mitglied ihres wissenschaftlichen Beirats« und gehörte »zeitweise der AfD, der FDP und der CDU«[7] an. Danach soll sich Vaubel dem AfD-Spaltprodukt »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA) angeschlossen haben. Ende 2016 musste sich ALFA in »Liberal-Konservative Reformer« (LKR) umbenennen.[8] Schachtschneider hingegen ist im Kuratorium der 2017 nach langen Streitereien gegründeten AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« aktiv[9], dem auch Starbatty inzwischen angehört.[10]

Gründung und Aufbau: Die Ära Bernd Kölmel unter Bernd Lucke (2013 bis Mitte 2015)

Gegründet wurde der AfD-Landesverband von Baden-Württemberg gut zwei Monate nach dem Bundesverband, dessen offizielles Gründungsdatum der 6. Februar 2013 ist. Auf dem Berliner »Gründungsparteitag« am 13. April 2013

[1] <https://www.diss-duisburg.de/1995/05/der-bund-freier-burger-die-freiheitlichen-bfb/> (aufgerufen am 23.09.2020)

[2] https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/5946/ssoar-oezp-2000-h_2-decker-uber_das_scheitern_des_neuen.pdf?sequence=1&isAllowed=y&inkname=ssoar-oezp-2000-h_2-decker-uber_das_scheitern_des_neuen.pdf (aufgerufen am 26.08.2020)

[3] <https://verfassungsschutzberichte.de/suche?q=%22Bund+freier+B%C3%BCrger%22> (aufgerufen am 22.10.2020)

[4] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/afd-Europawahl-Rechtspopulismus-Studie> (aufgerufen am 14.07.2020)

[5] <https://archive.vn/20130212175123/http://www.wa2013.de/index.php?id=200> (aufgerufen am 11.06.2020)

[6] <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/043/1804301.pdf> (aufgerufen am 14.07.2020)

[7] https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Vaubel/Downloads/Gegendarstellungen_01.10.15.pdf (aufgerufen am 14.06.2020)

[8] <https://lkr.de/a-allgemein/esm-2/> (aufgerufen am 22.10.2020)

[9] <https://erasmus-stiftung.de/kuratorium/> (aufgerufen am 02.08.2020)

[10] <https://erasmus-stiftung.de/kuratorium/> (aufgerufen am 26.08.2020)



Bernd Lucke, Wirtschaftswissenschaftler und AfD-Mitbegründer, verlässt nach seiner verhinderten Antrittsvorlesung den Hörsaal der Universität Hamburg. Mehrere hundert Demonstranten haben an der Universität Hamburg die erste Vorlesung von AfD-Mitbegründer Bernd Lucke seit dessen Rückkehr an die Uni verhindert.

[11] Dr. Jan B. Rittaler: Selbstvorstellung als Kandidat bei der AfD, PDF-Dokument, 2013, Privatarchiv Lucius Teidelbaum

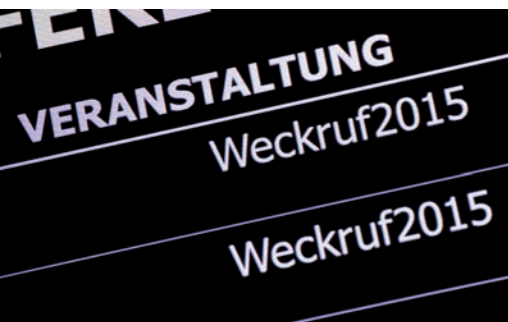
[12] https://www.ka-news.de/region/karlsruhe/karlsruhe/~Alternative-fuer-Deutschland-AfD-gruendet-Karlsruher-Kreisverbande;art6066,1153899,9-pg2,PRINT?_FRAME=64 (aufgerufen am 11.06.2020)

[13] <https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/KSC-Clubhaus-sagt-nach-Protesten-AfD-Veranstaltung-ab;art19070,3488720> (aufgerufen am 11.06.2020)

[14] <https://www.ka-news.de/ksc/AfD-Veranstaltung-Sagt-jetzt-auch-die-dritte-Location-ab11.06.2020>

[15] <https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/koelmel-als-chef-der-afd-im-land-wiedergewählt-21752191.html> (aufgerufen am 14.06.2020)

[16] <https://afdkompakt.de/tag/remigration/> (aufgerufen am 02.08.2020)



»Hinweis in einem Hotel in Kassel (Hessen) auf eine Versammlung des Vereins »Weckruf 2015« am 19.07.2015. Rund 70 ehemalige AfD-Mitglieder beraten über die Gründung einer neuen Partei. Foto: Uwe Zucchi/dpa (zu dpa Treffen von AfD-Abtrünnigen begonnen – Parteigründung erwartet vom 19.07.2015)«; Abbildung: picture alliance / dpa | Uwe Zucchi, Lizenz: All rights reserved.

wurde das Trio Bernd Lucke, Konrad Adam und Frauke Petry zu gleichberechtigten Sprecher*innen des Bundesvorstandes gewählt.

Der Landesverband wurde am 22. April 2013 gegründet. Bernd Kölmel eröffnete die Veranstaltung, bei der zuletzt 171 stimmberechtigte Mitglieder zugegen waren. Mitte März gab es 620 Mitglieder in Baden-Württemberg, Anfang April 861 und am Tag der Veranstaltung schon rund 1.400. Zu den drei gleichberechtigten Sprecher*innen wurden in Karlsruhe Hansjörg Scheel (bis Mai 2013), Bernd Kölmel und Elke Fein gewählt. Helmut Schneider, Ronald Geiger und Eberhard Brett wurden stellvertretende Sprecher, der Unternehmer Jan Rittaler Schatzmeister. Rittaler war zuvor jahrzehntelang Mitglied der FDP.[11] Er verließ 2015 die AfD und soll sich deren Abspaltung »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA) angeschlossen haben. Zu Beisitzern des ersten Landesvorstandes der AfD wurden der spätere MdL und MdEP Lars Patrick Berg, Marc Jongen, späterer Landesvorsitzender und Bundestagsabgeordneter, und Bernd Winkler gewählt. Dem für Parteiauschlüsse und sonstige Streitigkeiten zuständigen Schiedsgericht gehörten der Rechtsanwalt und AfD-Rechtsausleger Dubravko Mandic, der stark christlich geprägte Rechtspfleger Joachim Kuhs und der Mannheimer Alexander Becker an. Von Beginn an zeichnete sich die AfD im Südwesten durch Streitereien, Intrigen, Aus- und Rücktritte aus.

Der Südwest-Landesverband war zur Gründungszeit wie die gesamte AfD stark durch den ordoliberalen Gründer und Vorsitzenden Bernd Lucke geprägt. Der Euro-Kritiker Lucke ist Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg und zog 2014 als Spitzenkandidat der AfD zusammen mit sechs weiteren Parteimitgliedern in das Europäische Parlament ein. Aus Baden-Württemberg gelangten Joachim Starbatty und Bernd Kölmel ins Europaparlament. Später rückte mit Jörg Meuthen ein weiterer Baden-Württemberger nach.

Nach der Gründung des Landesverbandes wurden am 1. Juni 2013 wiederum im KSC-Clubhaus die Kreisverbände Karlsruhe-Stadt und Karlsruhe-Land gegründet. [12] Doch blieb das KSC-Clubhaus nicht dauerhaft eine sichere Lokalität für die AfD. Im Oktober 2015 wurde eine AfD-Veranstaltung mit Alexander Gauland zum Thema »Mut zur Wahrheit« im KSC-Clubhaus abgesagt.[13] In einer Stellungnahme auf seiner Homepage distanzierte sich der KSC-Vorstand von der Veranstaltung und begründete dies mit seiner politischen Neutralität. Dem Gastwirt des Clubhauses legte er – erfolgreich – eine Absage nahe.[14]

Seit Mai 2013 bestehen Landesverbände der AfD in allen 16 Bundesländern. Zu diesem Zeitpunkt gehörten der Partei in Baden-Württemberg bereits 1.600 und bundesweit über 13.000 Mitglieder an. Der Parteisprecher Kölmel führte die AfD im September als Spitzenkandidat in Baden-Württemberg in den Bundestagswahlkampf. Die Partei kam im Land auf Anhieb auf 5,2 Prozent der Stimmen und lag damit über dem bundesweiten Gesamtergebnis von 4,7 Prozent. Von November 2013 bis Januar 2015 standen Bernd Kölmel und der Heidelberger Medizinprofessor Jens Zeller dem Landesverband vor.[15] Sie wurden auf dem Pforzheimer Parteitag im November 2013 als neue Doppelspitze gewählt. Die Mitgliederzahl lag zu diesem Zeitpunkt bei 2.600 Mitgliedern.

Prinzipiell nahm die AfD alle Interessierten auf. Dies wurde sehr früh von ehemaligen Angehörigen rechtsextremer Organisationen und Parteien, wie beispielsweise der islamfeindlichen Partei »Die Freiheit«, als Chance begriffen. Die AfD erschien nicht nur wegen ihrer Inhalte, sondern auch wegen ihrer Offenheit für solche Personen attraktiv. Die AfD Baden-Württemberg beschloss aber, bei früheren Mitgliedern der Partei »Die Freiheit« Einzelprüfungen vorzunehmen. Die zunehmende Entwicklung der AfD nach rechts wurde mit dieser Einzelmaßnahme nicht aufgehalten. Der Weg von einer rechtskonservativen zu einer rechtspopulistischen und schließlich einer rechtsradikalen und in Teilen sogar rechtsextremistischen bzw. neofaschistischen Partei schritt voran. Viele der innerparteilich als gemäßigt geltenden Bürgerlichen und Konservativen verließen die Partei im Laufe der Jahre. Andere radikalisierten sich. Themen wie Islamfeindlichkeit, Ablehnung der Migration und Aufrufe zur »Remigration statt Integration«[16] rückten in den Vordergrund und wurden mehrheitsfähig. Diese Entwicklung sollte schließlich zur Niederlage von Bernd Lucke gegen seine innerparteiliche Gegnerin Frauke Petry führen. Vom 30. Januar bis zum 1. Februar 2015 fand in Bremen der dritte Bundestag der AfD statt, der Lucke eine kurze Verschnaufpause verschaffte. Zusammen mit Petry führte er seitdem die AfD als Doppelspitze an. Doch Lucke hielt daran fest, die Partei als alleiniger Sprecher und in seinem Sinne weiterzuführen. Dazu sollte ihm der im Mai 2015 gegründete Verein »Weckruf 2015« dienen, nach eigenen Angaben eine Reaktion auf die »Erfurter Resolution«, die als Gründungsdokument der innerparteilichen Gruppierung »Der Flügel« gilt. Die Gründungserklärung des »Weckruf 2015« wurde von fünf der insgesamt sieben AfD-Europaabgeordneten und anderen Mandatsträger*innen und Funktionär*innen unterzeichnet. Er sollte ein Zeichen

gegen rechtsideologische Tendenzen in der Partei setzen.[17] Lucke rief die gemäßigten Mitglieder auf, sich in diesem Verein zu koordinieren, statt ungeordnet die Partei zu verlassen. In gewisser Hinsicht war der »Weckruf 2015« das Pendant zu der im März durch Björn Höcke und André Poggenburg gegründeten parteiinternen Gruppierung »Der Flügel«.[18] Das Parteischiedsgericht erklärte aber schon im Juni den Verein »Weckruf 2015« für satzungswidrig, weil er als Partei in der Partei bewertet wurde. Die neoliberal-rechtskonservative AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch forderte Lucke zum Rücktritt auf. Der »Weckruf« betreibe eine Spaltung der AfD und müsse seine Aktivitäten »sofort« einstellen. Luckes Widersacherin im Flügelkampf der AfD, die Parteivorsitzende Frauke Petry, begrüßte die Anordnung des Gerichts. Die FAZ zitierte Petry mit den Worten: »Der Weckruf-Parteiverein war der Versuch einer Minderheit, die innerparteiliche Demokratie zu zerstören. Gut, dass das Schiedsgericht so zügig und klar geurteilt hat.«[19]

Der Showdown zwischen Petry und Lucke um die Ausrichtung der Partei auf dem Essener Bundestag Anfang Juli 2015 kostete Lucke schließlich sein Amt. Bis Ende August verließ rund ein Fünftel der mittlerweile 21.000 Mitglieder die Partei, darunter neben Lucke mit Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty und Ulrike Trebesius fünf der sieben Europaabgeordneten sowie zahlreiche Protagonist*innen des wirtschafts- bzw. neoliberalen Flügels. Die neue Doppelspitze bildeten seit dem Essener Parteitag Frauke Petry und Professor Jörg Meuthen, der anfänglich als personelles und inhaltliches Kontinuum zur alten, professoralen Lucke-AfD verstanden wurde.

Die Ära Jörg Meuthen (2015–16)

Auf dem Pforzheimer Landesparteitag im Juli 2015 wurden Bernd Grimmer, Lothar Maier und Jörg Meuthen zu den neuen Sprechern des Landesvorstandes gewählt. [20] Damit war Meuthen gleichzeitig Landesvorsitzender und Bundeschef der Partei. Meuthen rechnete in Pforzheim mit dem einstigen Kopf der AfD, Bernd Lucke, scharf ab. Er warf ihm vor, eine Zusammenführung der zerstrittenen Flügel in der AfD gar nicht gewollt zu haben. Er selbst habe den Verein »Weckruf 2015« von Anfang an für absurd gehalten, sagte Meuthen. Er sah bei Lucke »eklatantes Führungsveragen«[21]. Dieser habe sich mit »devoten Höflingen« umgeben.[22]



»Frauke Petry appears on a large screen after being elected as leader of the eurosceptic party Alternative fuer Deutschland (AfD) while former leader Bernd Lucke watches at the AfD's party congress in Essen, western Germany, July 4, 2015. REUTERS/Wolfgang Rattay« Abbildung: picture alliance / REUTERS | WOLFGANG RATTAY, Lizenz: All rights reserved.

[17] <https://www.tagesspiegel.de/politik/bernd-lucke-gegen-frauke-petry-gegen-weckruf-2015-soll-rechtsruck-der-afd-stoppen/11790006.html> (aufgerufen am 02.08.2020)

[18] <https://bernd-lucke.de/wp-content/uploads/2019/11/Dokumentation.pdf> (aufgerufen am 02.08.2020)

[19] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-chef-bernd-lucke-will-weckruf-2015-nicht-aufloesen-13663938.html> (aufgerufen am 11.06.2020)

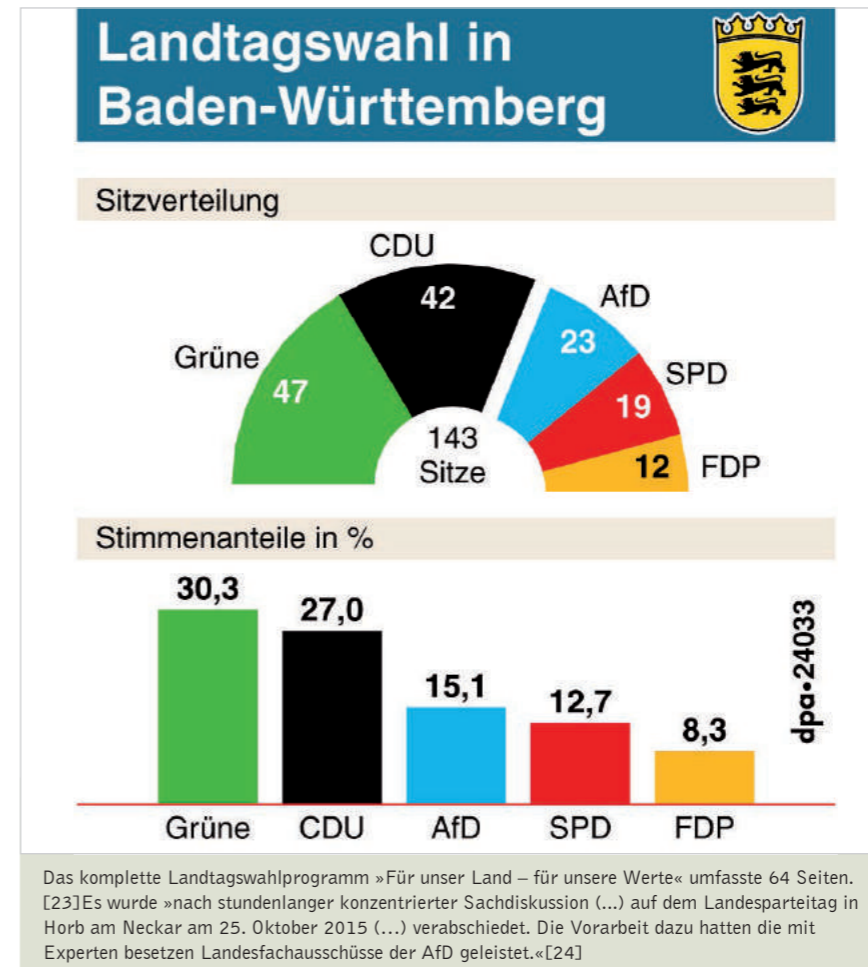
[20] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt/landesparteitag-in-pforzheim-ein-trio-soll-die-afd-fuehren.d1c3e271-ef50-48ad-bba9-820eb39f430b.html?reduced=true> (aufgerufen am 12.06.2020)

[21] <https://www.stimme.de/deutschland-welt/politik/dw/AfD-stellt-sich-in-zwei-Bundeslaendern-personell-neu-auf;art295,3427940> (aufgerufen am 03.07.2020)

[22] ebenda

[23] https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2016_1.pdf (aufgerufen am 12.06.2020)

[24] <https://goeppingen.afd-bw.de/aktuelles/news/11660/F%C3%BCr+unser+Land+-+f%C3%BCr+unsere+Werte%3A+Landtagswahlprogramm+2016+der+AfD+Baden-W%C3%BCrttemberg+erschienen> (aufgerufen am 03.07.2020)



Die baden-württembergische Landtagswahl vom 13. März 2016 brachte mit 15,1 Prozent und 23 Mandaten einen überraschend deutlichen Erfolg für die AfD.



1 Dr. Alice Weidel	11 Franziska Gminder	21 Simon Dennenmoser
2 Prof. Dr. Lothar Maier	12 Joachim Senger	22 Martina Kempf
3 Dr. Marc Jongen	13 Prof. Dr. Jens Zeller	23 Dr. Paul Schmidt
4 Markus Frohnaier	14 Joachim Kuhs	24 W. Peter Gremminger
5 Thomas Seitz	15 Jens Anhorn	25 Reimond Hoffmann
6 Jürgen Braun	16 Wolfram Hirt	26 Uwe Burkart
7 Martin Hess	17 Thomas Gruber	27 Martin Rothweiler
8 Volker Münz	18 Walter Schwaebisch	28 Nadine Siebold
9 Marc Bernhard	19 Stephan Köthe	29 Timm Kempf
10 Dr. Dirk Spaniel	20 Achim Köhler	30 Andreas Laitenberger

»Landesliste AfD«, Screenshot der kompletten Landesliste für die Bundestagswahl von der Seite des AfD-Landesverbandes [31]; Abbildung: AfD BW, Lizenz: Public Domain

Gleichzeitig versank die ungeliebte Konkurrenz von Bernd Luckes ALFA mit 1,02 Prozent in der politischen Bedeutungslosigkeit.

Nach dem großen Erfolg bei der Landtagswahl stand eineinhalb Jahre später die Bundestagswahl an. Für die Erstellung der Landesliste zur Bundestagswahl von 2017 waren mehrere Parteitage erforderlich. Beim ersten Parteitag in Kehl am 19. und 20. November 2016 konnten lediglich die ersten neun Listenplätze besetzt werden.[25] Beim darauffolgenden Landesparteitag in Nürtingen am 21. und 22. Januar 2017 wurden die Listenplätze bis Platz 15 besetzt.[26] Die Medien wurden in Nürtingen wie bereits zuvor in Kehl ausgeschlossen. Diese Maßnahme wurde mit der Furcht vor einseitiger Information begründet, man erwarte keine faire und ausgewogene Berichterstattung. Außerdem könne sich der eine oder andere Kandidat »unglücklich ausdrücken«.[27] Beim dritten Nominierungs-Parteitag in Rastatt Anfang Mai war dann erstmalig Presse zugelassen.

»Eine knappe Mehrheit hat sich für eine Zulassung entschieden«, sagte Landessprecher Martin Hess zu Beginn des Parteitags.[28]

So wurde unter den Augen der Öffentlichkeit die Landesliste bis Platz 30 komplettiert. Vom ursprünglichen Ziel, die »Landesliste mit voraussichtlich 38 Kandidaten zu füllen«, verabschiedete sich die AfD jedoch.[29] Der hierfür notwendige vierte Parteitag in Triberg am 13. und 14. Mai wurde kurzfristig abgesagt.[30]

Bei der Bundestagswahl vom 24. September 2017 erzielte die AfD bundesweit 12,6 Prozent (2013: 4,7 Prozent) der Zweitstimmen. Mit dem Ergebnis von 12,2 Prozent in Baden-Württemberg gelangten elf Abgeordnete aus dem Südwesten in den Bundestag.[32] Direktmandate in Baden-Württemberg konnte die AfD, anders als bei der Landtagswahl im Vorjahr, nicht erzielen. Das Ergebnis der AfD in Baden-Württemberg fasste die Landeszentrale für politische Bildung so zusammen: »Die AfD gewann 12,2 Prozent der Stimmen und erzielte den größten Stimmenzuwachs in Baden-Württemberg von 6,9 Prozent. Die Zweitstimmenanteile der AfD fielen in Heilbronn (16,4 Prozent), Pforzheim (16,3 Prozent) und Calw (15,0 Prozent) am höchsten aus. Ihre niedrigsten Werte verbuchte die Partei in Stuttgart I mit 7,2 und Freiburg mit 7,9 Prozent.«[33]

Meuthen war von Ende Juli 2015 bis Oktober 2016 einer von drei Landessprechern der AfD in Baden-Württemberg und darunter der prominenteste. Zu dieser Zeit sammelten sich bei Meuthen die Ämter und Funktionen: Landtagsabgeordneter, Fraktionssprecher der Landtagsfraktion, Landessprecher, Bundessprecher. Der Vorwurf der Ämterhäufung machte die Runde und mutmaßlich deswegen trat Meuthen im Oktober 2016 von seinem Amt als Landessprecher zurück.

Seinen Einfluss wollte er aber trotzdem nicht aufgeben. Im März 2017 versuchte er, mit Ralf Özkara seinen Büroleiter als Landessprecher zu installieren. Özkara kandidierte gegen die Meuthen-Opponentin Alice Weidel.

Die Ära Ralf Özkara (2017–2018)

Auf dem Parteitag in Sulz am Neckar im März 2017 setzte sich Ralf Özkara in einer knappen Stichwahl gegen Alice Weidel durch. Özkara, hinter dem Jörg Meuthen stand, gewann mit 224 zu 209 Stimmen gegen Weidel. Die bisherigen Vorsitzenden Lothar Maier und Bernd Grimmer traten ebenso wie Meuthen nicht wieder an.

Weidel entgegnete nach ihrer knappen Niederlage dem Bundessprecher Meuthen »Du hast mich abgeschossen.«[34] Meuthen hatte zuvor in einer als Grußwort deklarierten Rede davor gewarnt, Bundestagskandidaten wie Alice Weidel auch Parteiämter ausfüllen zu lassen. Tatsächlich bestand schon zu diesem Zeitpunkt eine große

und bis heute anhaltende Rivalität zwischen Weidel und Meuthen, die beide aus demselben Landesverband stammen und ein ähnliches politisches Profil haben. Özkara leitete von April 2016 bis Ende Februar 2017 das Landtagsbüro von Jörg Meuthen, weshalb er als dessen Vertrauter galt. Neben Ralf Özkara wurde der Karlsruher Marc Jongen zum weiteren Landessprecher der AfD Baden-Württemberg gewählt.

Am 20. November 2018 trat Özkara von seinem Amt als Landesvorsitzender zurück. Die Gründe hierfür seien beruflicher, privater und familiärer Natur, sagte er. Er hatte 2018 erklärt, wenn Weidels Kreisverband am Bodensee eine illegale Spende angenommen habe, erwarte er, dass Weidel von allen Ämtern und Mandaten zurücktrete.[35] Nach dem Rückzug Özkaras war der promovierte Philosoph und Bundestagsabgeordnete Marc Jongen bis zur Neuwahl im Februar 2019 alleiniger Landessprecher der AfD. Özkara arbeitete nach seinem Rücktritt als Mitarbeiter und Fraktionsgeschäftsführer bei der bayerischen AfD-Landtagsfraktion, die ihn im Mai 2019 entließ. Die Mehrheit der Fraktion hatte diesen Schritt von der Fraktionsvorsitzenden Katrin Ebner-Steiner im innerfraktionellen Machtkampf verlangt. »Özkara sei der Aufgabe eines Fraktionsgeschäftsführers nicht gewachsen gewesen«, beschrieb die Süddeutsche Zeitung die Beweggründe der Fraktion. Weiter heißt es dort: »Zudem habe er sich offenbar nicht an die Vereinbarung gehalten, politisch nicht mehr aktiv zu sein.« [36] Unklar blieb, welche Rolle die Nähe des einstigen Meuthen-Vertrauten zum »Flügel« dabei gespielt hat.

Exkurs I: Spendenskandale der AfD im Südwesten

Wenige Tage vor Özkaras Rücktritt als Landesvorsitzender im November 2018 war bekannt geworden, dass dem AfD-Kreisverband am Bodensee bzw. Alice Weidel eine größere Spende zugegangen war. Bis heute besteht keine endgültige Klarheit, woher das Geld tatsächlich stammte. Nach Recherchen von WDR, NDR und Süddeutscher Zeitung führte eine Spur zu dem Duisburger Immobilienmilliardär Henning Conle Junior.[37]

Die Ermittler der Staatsanwaltschaft Konstanz versuchen aktuell die Herkunft der Spenden zu klären. Seit Mai 2020 liegen ihr im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens aus der Schweiz übermittelte Unterlagen vor. Dem Leitenden Oberstaatsanwalt Hans-Jörg Roth zufolge handelt es sich um Dokumente und Bankauskünfte, die nun ausgewertet würden.[38] Die Bundestagsverwaltung wertet die Zuwendungen an die baden-württembergische Spitzenkandidatin Alice Weidel im Bundestagswahlkampf 2017 als illegale Parteispende. Sie beabsichtige deshalb, eine Strafe über den dreifachen Betrag der damaligen Spende zu verhängen – rund 396.000 Euro. Die AfD hingegen hatte die Spende zur Privatspende an Weidel erklärt, als eine persönliche Wahlkampfunterstützung.[39]

2017 war auch Jörg Meuthen in den Verdacht einer illegalen Parteispende geraten. [40] Die Goal AG von Alexander Segert hatte 2016 Werbeaktionen für den baden-württembergischen AfD-Spitzenkandidaten Meuthen im Wert von 89.800 Euro organisiert. Mit seiner Unterschrift unter eine Freistellungserklärung übernahm Meuthen damals schriftlich die rechtliche Verantwortung dafür – meldete die Parteispende aber nicht, wie es vorgeschrieben ist. Entsprechend tauchte sie im Rechenschaftsbericht der AfD nicht auf. Die Bundestagsverwaltung wertete das als illegale Parteispende und verhängte eine Strafzahlung von 269.400 Euro. Das Berliner Verwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung. Die Strategie des Professors für Volkswirtschaftslehre scheiterte vor Gericht, seine vorgetragene Unwissenheit und Unerfahrenheit schützten ihn und seine Partei nicht vor Strafe.[41] Die AfD gab kurzfristig im Rechtsstreit um unerlaubte Parteispenden nach Meuthens Niederlage auf. [42] Der Bundesvorstand beschloss am 26. Juni 2020 bei einer Sitzung in Suhl, auf das bereits angekündigte Berufungsverfahren zu verzichten. Diese Entscheidung erfolgte nur wenige Tage, nachdem der einstige Wahlkampfmanager und Büroleiter von Meuthen Ralf Özkara in einer eidesstattlichen Versicherung erklärt hatte, dass Meuthen »sehr wohl im Vorfeld von der Wahlkampfunterstützung durch Segert und die Goal AG gewusst« habe[43].

Exkurs II: Antisemitismus und Geschichtsreversionismus beim Besuch der KZ-Gedenkstätte

Rosen und kleine Holzkreuze mit der Aufschrift »in Remembrance« (in Erinnerung) liegen am 05.03.2015 im ehemaligen Konzentrationslager, der heutigen Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen in Oranienburg (Brandenburg). Am gleichen Tag fand die Jahrespressekonferenz der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten statt.

Neben den antisemitischen Veröffentlichungen und Äußerungen des Singener Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon gab es einen weiteren Eklat mit Bezug zum Landesverband. Am 10. Juli 2018 besuchten 17 AfD-Mitglieder und -Sympathisant*innen aus dem Wahlkreis von Alice Weidel die KZ-Gedenkstätte

[35] <https://www.swp.de/suedwesten/afd-landes-chef-ralf-oezkara-tritt-zurueck-28398290.html> (aufgerufen am 14.06.2020)

[36] <https://www.sueddeutsche.de/bayern/politik-in-bayern-afd-ist-weiter-in-turbulen-zen-1.4447448> (aufgerufen am 02.08.2020)

[37] <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/afd-spenden-127.html> (aufgerufen am 04.07.2020)

[38] <https://www.rnd.de/politik/afd-neue-beweis-mittel-in-parteispendenaffare-um-alice-weidel-LR73RK4CFJRGVK7HBORLGIWMA.html> (aufgerufen am 14.06.2020)

[39] <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-spendenaffare-105.html> (aufgerufen am 14.06.2020)

[40] <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2017/08/29/afd-meuthen-und-die-spende-aus-der-schweiz> (aufgerufen am 02.08.2020)

[41] <https://www.lobbycontrol.de/2020/01/illegale-afd-spenden-rote-karte-fuer-meuthen/> (aufgerufen am 14.06.2020)

[42] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-spendenaffare-um-joerg-meuthen-afd-geht-doch-nicht-in-berufung-a-920cd8f1-1ce4-4cd3-98a0-e918a71f02e1> (aufgerufen am 04.07.2020)

[43] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eidesstattliche-versicherung-belastet-afd-chef-meuthen-a-99bbdc87-a4b7-42af-aa6d-3fe-5fa2d4c59> (aufgerufen am 04.07.2020)



»Rosen und kleine Holzkreuze mit der Aufschrift »in Remembrance« (in Erinnerung) liegen am 05.03.2015 im ehemaligen Konzentrationslager, der heutigen Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen in Oranienburg (Brandenburg). Am gleichen Tag fand die Jahrespressekonferenz der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten statt.«
Abbildung: picture alliance / dpa | Patrick Pleul, Lizenz: All rights reserved.

Sachsenhausen bei Oranienburg. Ein Mitarbeiter der Gedenkstätte brach die Führung der Gruppe wegen geschichtsrevisionistischer und antisemitischer Äußerungen von fünf oder sechs Personen vorzeitig ab. Die Verbrechen im KZ Sachsenhausen seien durch Vergleich mit angeblichen Verbrechen der Alliierten relativiert, die Existenz von Gaskammern in Zweifel gezogen worden. Das Bundespresseamt, das die Tour bezahlt hatte, bestätigte »antisemitische und historisch unhaltbare Äußerungen«^[44], schrieb sie allerdings nur einem der 17 Teilnehmer*innen zu. Vor dem Amtsgericht Oranienburg musste sich schließlich ein 69-Jähriger aus Baden-Württemberg wegen Volksverhetzung und Störung der Totenruhe verantworten. Er soll die Existenz von Gaskammern in Zweifel gezogen und KZ-Verbrechen relativiert haben. Da er aber im Oktober 2019 nicht vor Gericht erschien, musste die Verhandlung vertagt werden.^[45]

Die Ära Bernd Gögel (2019–2020)

Der Landesparteitag am 23. und 24. Februar 2019 in Heidenheim war gekennzeichnet durch die tiefgehenden innerparteilichen Konflikte über Inhalte, Ausrichtung und Personen. Der Landtagsfraktionschef Bernd Gögel und der Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel wurden mit knappem Ergebnis zu Landessprechern gewählt. Der als vergleichsweise gemäßigt gehandelte Gögel setzte sich gegen seinen innerparteilichen Widersacher Emil Sänze vom rechten Rand durch. 380 Delegierte stimmten für Gögel, 320 für Fraktions-Vize Sänze. Der Ingenieur Spaniel wiederum setzte sich mit 371 gegen 341 Stimmen gegen den Ludwigsburger Bundestagsabgeordneten Martin Hess durch, mit dem Gögel eigentlich eine Doppelspitze bilden wollte.^[46] Der bisherige Landeschef Marc Jongen wollte nicht mehr für das Amt des Sprechers antreten, setzte sich aber bei der Wahl für einen der Stellvertreterposten deutlich mit 351 gegen 221 Stimmen gegen Christina Baum durch, die dem Verfassungsschutz als »die baden-württembergische Vertreterin des »Flügels« gilt.^[47] Insgesamt empfanden die Repräsentant*innen des »Flügels« und andere Partei-Rechte diesen Parteitag als Niederlage. Sie sahen sich nicht ausreichend im Vorstand berücksichtigt. Dies führte zu anhaltenden Streitereien und Querelen. Das wichtigste Ergebnis dieser Schlammschlachten waren vorzeitige Neuwahlen zum Landesvorstand.^[48]

Ein knappes Vierteljahr nach dem Heidenheimer Parteitag verlor der einstige Vorsitzende Ralf Özkara Mitte Mai 2019 seinen Job als Fraktionsgeschäftsführer bei der bayerischen AfD-Landtagsfraktion und verließ danach die Partei. Bei seinem Austritt erklärte er: »Diese Partei wird von Idioten geleitet.«^[49] Im April 2020 unterzeichnete der frühere Vertraute Meuthens und spätere Sympathisant des inzwischen aufgelösten »Flügels« Özkara eine Petition »Treten Sie zurück, Herr

Meuthen«, eine »Aufforderung zum Rücktritt vom Amt des Bundessprechers«.^[50] Anlass hierfür war der von Meuthen initiierte Beschluss des Bundesvorstandes, der vom Verfassungsschutz beobachtete »Flügel« solle sich bis Ende April 2020 auflösen. Der »Flügel« kam diesem Beschluss nach und löste die wahrnehmbaren Teile seiner Struktur auf, etwa seinen Facebook-Account.

Die Ära Alice Weidel (ab 2020)

Aufgrund der unüberbrückbaren Differenzen traten alle Landesvorstandsmitglieder gemeinsam am 14. Februar 2020 um 24 Uhr zurück.^[51] So sollte der Weg zu vorgezogenen Neuwahlen freigemacht werden. Diese fanden am 15. und 16. Februar 2020 in Böblingen statt, nicht mal ein Jahr nach dem Parteitag von Heidenheim. Auf dem Parteitag von Böblingen verabschiedete sich die AfD von der Doppelspitze. Fortan sollte eine einzelne Person an der Spitze stehen. In einer Kampfabstimmung votierten 547 Mitglieder des Landesverbands (54 Prozent) für



»Alice Weidel (l-r), AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Markus Frohnmaier (AfD), Bundestagsabgeordneter, und Martin Hess (AfD), Bundestagsabgeordneter, sitzen beim AfD-Sonderparteitag nach ihrer Wahl in den Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg auf dem Podium.«
Abbildung: picture alliance/dpa | Marijan Murat, Lizenz: All rights reserved.

Alice Weidel (MdB), 419 Mitglieder (41 Prozent) für Dirk Spaniel (MdB). Zu den stellvertretenden Vorsitzenden wurden Martin Hess (MdB), Marc Jongen (MdB) und Markus Frohnmaier (MdB) gewählt. Alle drei sitzen im Bundestag und gehören zu Weidels Verbündeten. Die Exponent*innen vom rechten »Flügel«, Vizefraktionschef Emil Sänze und die Landtagsabgeordnete Christina Baum, scheiterten mit ihren Kandidaturen.^[52]

Partei-Strömungen in der Südwest-AfD

Um die AfD zu verstehen, muss man sich ihren Charakter als Sammelbecken verdeutlichen. Sowohl die Mitglieder als auch die Wähler*innen der AfD entstammen verschiedenen politischen Strömungen und Milieus. In ihr sammelten und sammeln sich Rechtskonservative, Nationalliberale, christliche Rechte, aber auch Vertreter*innen der sogenannten Neuen Rechten, dazu »Die AfD – Eine Wahlalternative für die christliche Rechte?« von Laura Hammel und Lucius Teidelbaum

Offen auftretende Neonazis sind in der Partei nicht gut gelitten, schon allein wegen der negativen Presse. So genannte Kellernazis, die ihren Nazismus in der Öffentlichkeit verbergen, finden sich aber durchaus in den Reihen der AfD.

»Rechtsextremisten im baden-württembergischen Landesparlament: NPD und REP« (siehe Seite 62, Anton Maegerle)

Der strömungsübergreifende Charakter der AfD ist sowohl ihre Schwäche als auch ihre Stärke. Einerseits vereinen gemeinsame Feindbilder (u.a. Islam, EU, Migration, Feminismus, Establishment) zumindest zeitweise sehr unterschiedliche Strömungen der konservativen und extremen Rechten. Andererseits verlaufen entlang solcher Strömungen auch die Konfliktlinien und damit potenzielle Spaltungslinien in der AfD. So gibt es etwa starke wirtschaftspolitische Unterschiede zwischen dem Höcke-Flügel und dem Meuthen-Lager etwa in Bezug auf die Ren-

[50] <https://aufrechte.info/index.php> (aufgerufen am 14.06.2020)

[51] https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-AfD-Landesvorstand-beschliesst-geschlossenen-Ruecktritt-Polizei-bereitet-sich-auf-Sonderparteitag-in-_arid,1411807.html (aufgerufen am 26.08.2020)

[52] <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/afd-sonderparteitag-boeblingen-100.html> (aufgerufen am 14.06.2020)



»Sammelbecken«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.



»Das Boot ist voll«
Abbildung: Republikaner, Landtagswahl 1992 / Bild 1
Lizenz: All rights reserved.



»Der Flügel der AfD«; Abbildung: AfD, Lizenz: Public Domain

ten-Konzepte. Während der Höcke-Flügel sich für eine staatliche Rente vor allem für autochthone Deutsche stark macht, will Meuthen eine Umstellung auf ein privates Rentensystem.

Doch nicht jeder Streit ist ausschließlich inhaltlich bzw. ideologisch begründet. Ebenso häufig gibt es persönliche Fehden und Machtkämpfe mit wechselnden Bündnissen, die als inhaltliche Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe kaschiert werden. Der Eindruck, innerhalb der AfD würden Rechte mit Noch-Rechteren einen Machtkampf austragen, ist deswegen verkürzt. Bei vielen Auseinandersetzungen finden sich auf beiden Seiten Pragmatiker*innen, die nicht dem Höcke-Flügel zugerechnet werden können.

»Der Flügel« in Baden-Württemberg (2015–2020)

Unter dem Begriff »Der Flügel« sammelte sich bis zur offiziellen Selbstauflösung am 30. April 2020 innerhalb der AfD eine Strömung um den AfD-Fraktionsvorsitzenden in Thüringen Björn Höcke. Gründungsdokument dieses Höcke-Flügels war die »Erfurter Resolution« vom März 2015. In ihr wird die AfD als »Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte« und als »Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands« bezeichnet[53]. In der Selbstbezeichnung als »Bewegung« zeichnet sich ein Verständnis (»Widerstandsbewegung«) der AfD ab, das über das der »Alternative« oder des Korrektivs im Parteienspektrum hinausgeht. Von den im März 2016 gewählten 23 AfD-Abgeordneten in Baden-Württemberg hatten immerhin neun die »Erfurter Resolution« unterschrieben. Darunter war als Erstunterzeichnerin auch die Abgeordnete Christina Baum, die in der Wochenzeitung Kontext im Mai 2018 als »Björn Höcke für den Süden«[54] beschrieben wird.

Im Gegensatz zu den meisten Ost-Bundesländern ist Baden-Württemberg kein eindeutiges »Flügel-Land« der AfD. Ergebnisse von Landesparteitagen zeigen aber, dass der »Flügel« in Baden-Württemberg zusammen mit seinen Verbündeten bis zu 40 Prozent der Delegierten-Stimmen mobilisieren kann.

Über die Strukturen des »Flügels« in Baden-Württemberg ist wenig bekannt. Laut Insider*innen soll die interne Facebook-Gruppe »derfluegel-bw« der Koordination gedient haben. Daneben existiert auch noch die »Stuttgarter Initiative«. Diese versendet per E-Mail den Newsletter »Stuttgarter Brief«, der sich deutlich auf der Seite von Höcke verortet, auch wenn die Initiative offiziell kein Projekt des »Flügels« ist. Verantwortliche ist laut Impressum Christina Baum[55], wie weiter oben ausgeführt eine führende Repräsentantin des »Flügels« im Südwesten. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht wird Baum als »die baden-württembergische Vertreterin des »Flügels« « bezeichnet.[56]

Als Gründungsdokument der Initiative kann der am 28. Oktober 2018 veröffentlichte »Stuttgarter Aufruf« gelten.[57] Dieser ist ein Appell, der die rechten Kräfte mobilisieren sollte. Der »Aufruf« machte sich auch für vom Parteiausschluss bedrohte rechtsextreme Mitglieder stark: »Die Feigheit und der Verrat an den Interessen unseres Landes durch die regierenden Politiker ist schwer genug zu ertragen. Lähmend aber wirkt das Gift jener, die sich als Mitstreiter ausgeben, tatsächlich aber die Waffen unseres politischen Gegners benutzen und ihm damit in die Hände spielen.«[58] Es wurde argumentiert, die Ausschlussverfahren würden im innerparteilichen Machtkampf instrumentalisiert: »Oft genug haben sich Vorstände dabei selbst der uns feindlich gesonnenen Presse bedient, nur um ihre inneren Widersacher zu diskreditieren. Wir wollen und müssen diese parteischädlichen Mechanismen ein für alle Mal beenden.«[59] Der Appell, sich »als demokratischer Widerstand unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbefähigung)«[60] zu verstehen, verweist deutlich auf die »Erfurter Resolution« von 2015.

Die »Flügel«-Anhänger*innen bezeichnen sich selbst gerne u.a. als »national-konservativ« und manchmal auch als »sozialpatriotisch«. Kritiker*innen bescheinigen dem Höcke-Flügel dagegen eine Nähe zu einer Variante des historischen Faschismus, nämlich zur so genannten »Konservativen Revolution« und deren Wiedergänger*innen in Form der »Neuen Rechten«.

Exkurs: »Neue Rechte« – alter Wein in neuen Schläuchen

Die »Neue Rechte« ist eine spezifische ideologische Strömung der extremen Rechten. Der Begriff »Neue Rechte« (»Nouvelle Droite«) geht zurück auf den französischen Rechts-Intellektuellen Alain de Benoist. Der Begriff entstand in sprachlicher Anlehnung an die »Neue Linke« und in taktischer Abgrenzung zur traditionellen, NS-belasteten Rechten.

Sich selbst bezeichnet allerdings nur ein Teil der »Neuen Rechten« so. Ein anderer Teil versucht, den Begriff »konservativ« an sich zu reißen.

Die »Neue Rechte« kann als Modernisierungsprogramm der extremen Rechten verstanden werden. Ihr Bezugspunkt ist vor allem die »Konservative Revolution« in der Weimarer Republik, eine Variante des Weimarer Rechtsextremismus. Die »Konservative Revolution« war vor allem über gemeinsame Feindbilder vereint: Sie war antidemokratisch, antiliberal, antimarxistisch, antifeministisch und in Teilen antisemitisch.

Der Begriff »Konservative Revolution« ist nicht unproblematisch. Er wurde von dem rechten Publizisten Armin Mohler geprägt, der nach 1945 versuchte, eine von NS-Verbrechen scheinbar unberührte extrem rechte Tradition wieder politikfähig zu machen. Dabei wandte er sich u.a. den antidemokratischen Jungkonservativen und Nationalrevolutionären bzw. Nationalbolschewisten in der Weimarer Republik zu. Diese blickten mit Sympathien auf das faschistische Italien und waren erfolglose Konkurrenten der NSDAP. Nach 1933 beteiligten sich einige von ihnen an der NS-Diktatur, andere opponierten.

Bekannt »konservative Revolutionäre« waren Carl Schmitt (1888–1983), Ernst Jünger (1895–1998), Oswald Spengler (1880–1936), Arthur Moeller van den Bruck (1876–1925), Ernst Niekisch (1889–1967) und Edgar Julius Jung (1894–1934). Aus dem Bezug auf diese antidemokratische Gruppe erwuchs ab den 1970er-Jahren in der Bundesrepublik eine so genannte Neue Rechte. Der »neurechte« Bezug auf die Antidemokraten der »Konservativen Revolution« war und ist auch der Versuch, auf eine politische Ahnenreihe Bezug zu nehmen, die scheinbar unbelastet von NS-Verbrechen ist. Toralf Staud schrieb bereits 2006: »Die Neue Rechte versuchte nicht mehr, Hitler von seinen Verbrechen, sondern den deutschen Nationalismus von Hitler zu trennen.«[61]

Von der Rechten in NS-Tradition versucht sich die »Neue Rechte« inhaltlich abzugrenzen. Im Gegensatz zu der neonazistischen Rechten lehnt die »Neue Rechte« offiziell Gewalt als individuelles Mittel ab. Allerdings führen ein starkes männliches Selbstbild als Krieger und Kämpfer sowie die allgemeine Verherrlichung von Krieg und Militarismus dann doch oft wieder zu Gewaltbereitschaft.

Die »Neue Rechte« teilte sich in Reaktion auf die AfD-Gründung in zwei Unterströmungen:

Da ist zum einen eine pragmatische »Neue Rechte« um die Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) [62], das Zweimonatsmagazin »Cato« und die in Berlin beheimatete »Bibliothek des Konservatismus«. Der JF-Chefredakteur Dieter Stein unterstützte mit seinem Blatt anfangs den Lucke-Flügel innerhalb der AfD und nach dessen Weggang Weidel und Meuthen. Meuthen konnte sich kurz vor der baden-württembergischen Landtagswahl im März 2016 über eine lange und deutlich sympathisierende JF-Video-Dokumentation freuen.[63]

Zum anderen ist da die radikale »Neue Rechte« um das im Jahr 2000 gegründete »Institut für Staatspolitik« (IfS), das Zweimonats-Magazin »Sezession« und den Antaios-Verlag. Diese radikale »Neue Rechte« hat sich stärker Straßenbewegungen wie PEGIDA angenähert, tritt nationalrevolutionär auf und ist durch den positiven Bezug auf italienische Vorbilder wie die neofaschistische »Casa Pound«-Bewegung relativ gut als neofaschistisch erkennbar. »Casa Pound« benannte sich nach dem US-amerikanischen Dichter und glühenden Bewunderer des italienischen Faschismus Ezra Pound (1885–1972). Gegründet wurde sie 2003 in Rom in einem besetzten Haus (italienisch: Casa), das nach dem Dichter und Vorbild Pound benannt wurde. Aktuell ist »Casa Pound« eine der einflussreichsten rechtsradikalen Organisationen in Italien.[64]

Die »Neue Rechte« ist sehr elitär und in größeren Teilen akademisch sozialisiert. Die Mehrheit ihrer Wortführer stammt aus dem Milieu der Studentenverbindungen, besonders der Burschenschaften und Gildenschaften. Ihre Strategie war es jahrzehntelang, sogenannte Metapolitik zu betreiben. In Anlehnung an den italienischen Marxisten Antoni Gramsci (1891–1937) sollte zuerst der vorpolitische Raum erobert werden und dann die eigentliche politische Macht. Es geht in erster Linie also nicht um die Straße oder die Parlamente, sondern um die Herrschaft über den Diskurs. Konkret versuchte man den vorpolitischen Raum über Publikations-Projekte, Schulungen und Denk-Zirkel zu beeinflussen.

Die radikale »Neue Rechte« hat diesen Ansatz erweitert um eine Strategie der direkten politischen Handlung durch Straßenbewegungen und kreative Aktionen, die vom linken politischen Gegner abgeschaut wurden. Der Mannschaft um den Verleger Götz Kubitschek geht es nicht nur um die indirekte Einflussnahme durch Publikationen und um die Organisation von Bildungs-Veranstaltungen, sondern auch um die direkte Intervention. Kubitschek sieht sich selbst in einem »geistigen Bürgerkrieg«[65]. Als jugendlicher Flügel der radikalen »Neuen Rechten« tritt seit mehreren Jahren die »Identitäre Bewegung« auf, der mehrere hundert Personen in der Bundesrepublik zuzurechnen sind.



»Die neue Rechte, anti: demokratisch, liberal, marxistisch, feministisch, semitisch«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

[61] Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Bonn 2006, S. 76

[62] Die JF hat ihre Wurzeln in Baden-Württemberg. Sie wurde 1986 in Kirchzarten bei Freiburg als Schüler- und Studentenzeitung von Verbindungsstudenten um Dieter Stein gegründet.

[63] https://www.youtube.com/watch?v=ONxuc_GBxKQ (aufgerufen am 06.07.2020)

[64] <https://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-rechtsradikale-gruppen-wie-casa-pound-wachsen-a-1265782.html> (aufgerufen am 02.08.2020)

[65] www.schutzbund.de/vorbuergerkrieg_Kubitschek (aufgerufen am 20.07.2020)

Inhaltlich positioniert sich die »Neue Rechte« völkisch-nationalistisch. Das bedeutet, »echte« Deutsche sind für sie nur weiße Menschen, vorzugsweise mit deutschsprachigen Vorfahren. Die aus diesen Vorstellungen vom Deutschsein resultierenden rassistischen Ungleichheitsvorstellungen werden mit der neurechten Vokabel »Ethnopluralismus« verkleidet. Dahinter steckt die Annahme, Völker besäßen unveränderliche kulturelle Identitäten, die es zu bewahren gelte. Vertreter*innen des »Ethnopluralismus« behaupten, im Gegensatz zum biologischen Rassismus des Nationalsozialismus, nicht chauvinistisch zu sein. Sebastian Friedrich schreibt dazu:

»Der Ethnopluralismus ist eine Art modernisierter Rassismus, in dem die biologische Argumentation ersetzt wird durch das Festschreiben unüberbrückbarer kultureller Unterschiede. Daraus wird die Notwendigkeit der nationalen und kulturellen Identität eines jeden Volkes abgeleitet.«[66]

Die »Neue Rechte« argumentiert gezielt intellektuell, stützt sich aber letztendlich auf Mythen, besonders auf Geschichtsmythen bzw. mythisch überhöhte reale Orte, Ereignisse und Personen.

Da der Höcke-Flügel der AfD der radikalen »Neuen Rechten« zugerechnet werden kann, finden sich auch hier viele deutschnationale Mythen. Nicht ohne Grund traf man sich mehrmals am Kyffhäuser-Berg in Thüringen. Hier soll Kaiser Friedrich I., genannt Barbarossa, laut Sage im Berg schlafen und in der großen Not seines Volkes wiedererwachen.

»Neue Rechte« in der AfD

Der offen faschistische Flügel der »Neuen Rechten« gruppiert sich um den Strippenzieher Götz Kubitschek, der als Freund und Ratgeber Björn Höckes gilt. In einem Interview im Oktober 2014 mit Björn Höcke verwies Götz Kubitschek als Interviewer darauf, dass er und Höcke alte Bekannte seien:



»Ein blauroter Baum wächst aus faschistischen Wurzeln«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

»Björn, wir kennen uns nicht erst seit gestern, will sagen: nicht erst, seit Du nun die AfD in Thüringen als Fraktionsführer im Landtag und als Vorsitzender des Landesverbandes führst und dadurch zu einer Person immensen öffentlichen Interesses geworden bist. Ich hätte diesen Schritt nie bei Dir vermutet. Wie kommst?«[67]

Höcke selbst gibt an, er beziehe sein »geistiges Manna« aus den Werken des neurechten Antaios-Verlags von Kubitschek.[68] David Begrich kommt 2016 zu dem Schluss: »Höckes Schlüsselwörter Volk, Identität, Dekadenz, aber auch Ordnung, Liebe, Nation stammen alle samt aus dem Wörterbuch der Diskursstrategie der Neuen Rechten.«[69]

Der Faschismusforscher Roger Griffin fasste 2004 in einem Interview zum Faschismus der »Neuen Rechten« zusammen:

»Kurz gesagt, die Neue Rechte hat nachweisliche einen faschistischen Stammbaum und ist der faschistischen Ideologie zutiefst verpflichtet. Auch wenn sie sich als metapolitisch ausgibt, ist sie doch keineswegs

apolitisch und ihre Ideologie zeigt klare strukturelle Affinitäten zu den radikalen rechten und faschistischen Traditionen der Anti-Aufklärung, des Anti-Liberalismus und des konterrevolutionären Denkens.«[70]

»Patriotische Plattform« (2014–18)

Als kleinere Version des »Flügels«, in der sich ab 2014 die deutschnationalen Lucke-Gegner*innen sammelten, gilt der 2018 aufgelöste Verein »Patriotische Plattform e.V.« (PP) um den sachsen-anhaltischen AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider.

Die »Patriotische Plattform Baden-Württemberg« (PP-BW) gründete sich am 9. Mai 2014 in Stuttgart. Sie entwickelte in Baden-Württemberg nach außen hin aber kaum wahrnehmbare Aktivitäten. Im September 2018 beantragte der Vereinsvorstand unter Hans-Thomas Tillschneider die Selbstauflösung des Vereins, nachdem er in den Fokus des Verfassungsschutzes geraten war. Die PP entfaltete nie denselben Einfluss wie der »Flügel« und ihre Mitglieder dürften sich heute dort engagieren. Ein bekannterer Aktivist der PP in Baden-Württemberg war Dubravko Mandić[71], der seit 2019 für die AfD in Freiburg im Stadtrat sitzt.



09.02.2019, Baden-Württemberg, Burladingen: Doris von Sayn-Wittgenstein (l), fraktionslose Abgeordnete im Landtag von Schleswig-Holstein, spricht während einer Veranstaltung der AfD-Splittergruppe »Stuttgarter Aufruf« in der Stadthalle mit Christina Baum, AfD-Abgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg. Foto: Sebastian Gollnow/dpa
Abbildung: picture alliance/dpa | Marijan Murat, Lizenz: All rights reserved.

Neben der offiziellen Flügel-Struktur findet sich in der AfD auch ein »wilder«, undisziplinierter, extrem rechter Rand, der in Parteikreisen als »Burladingen-Flügel« bezeichnet wird, wie die gut unterrichtete »Junge Freiheit« verriet.[72] Am 9. Februar 2019 veranstalteten Ultra-Rechtsaußen der AfD aus dem ganzen Bundesgebiet in der Stadthalle in Burladingen im Zollernalbkreis ein Treffen, an dem etwa 150 Personen teilnahmen. In Burladingen war zu dieser Zeit Harry Ebert Bürgermeister, der seit 2018 AfD-Mitglied ist.

Die Versammelten waren Hardliner, die oft vom Parteiausschluss bedroht waren. Trotzdem scheinen sie nicht die Protektion des Höcke-Flügels zu genießen.

Unter den Teilnehmenden waren auch mehrere Landtagsabgeordnete wie Christina Baum (Baden-Württemberg), Jessica Bießmann (Berlin), Stefan Räßle (Baden-Württemberg) und Doris von Sayn-Wittgenstein (Schleswig-Holstein) sowie die ehemalige rheinlandpfälzische Landes-Vize Christiane Christen. Die Moderation übernahm Jürgen Elsässer, Herausgeber des extrem rechten Magazins COMPACT.[73] Das Youtube-Video seiner Rede »Gegen Ausschleiseritis und Distanzeritis« zeigt die anwesende rechte AfD-Prominenz auf der Bühne des Saales.[74]

Obwohl auch die Mitglieder dieses »Burladingen-Flügels« mehrheitlich Höcke-Fans sind, engagierte sich der »Flügel« nicht gegen ihren Parteiausschluss (z.B. von Räßle oder von Wittgenstein) – mutmaßlich auch deswegen, weil diesen Personen die Disziplin und Unterordnung fehlte. Das Netzwerk dieses »Burladingen-Flügels« versucht vor allem, sich gegenseitig zu unterstützen. So ist es kein Zufall, dass z.B. Doris von Sayn-Wittgenstein bei der Demonstration von Stefan Räßle gegen den SWR in Baden-Baden am 4. Januar 2020 auftrat.[75]

[70] <https://www.diss-duisburg.de/2004/12/der-umstrittene-begriff-des-faschismus/> (aufgerufen am 09.06.2020)

[71] Protokoll Mitgliederversammlung der Patriotischen Plattform am 6. November 2016, Privatarchiv Lucius Teidelbaum

[72] <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2020/kehrwoche-in-boeblingen/> (aufgerufen am 09.06.2020)

[73] <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2020/kehrwoche-in-boeblingen/> (aufgerufen am 09.06.2020)

[74] <https://www.youtube.com/watch?v=Awmvb9vBgdE> (aufgerufen am 30.10.2020)

[75] <https://www.tag24.de/nachrichten/afd-alternative-fuer-deutschland-stefan-raepple-umweltsau-nazisau-demo-swr-funkhaus-verdipolizei-wdr-1341174> (aufgerufen am 25.10.2020)

Die »Junge Alternative Baden-Württemberg«

Zu den Höcke-Hardliner*innen innerhalb der Südwest-AfD darf offenbar mehrheitlich auch die AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative Baden-Württemberg« (JABW) gezählt werden, wie Online-Postings immer wieder zeigen. Auch bei ihr ist eine Nähe zur sogenannten Neuen Rechten festzustellen, die bereits zu Zeiten des Parteivorsitzenden Bernd Lucke sichtbar wurde.

Am 30. März 2014 referierte laut Ankündigung in Stuttgart Felix Menzel für die »Junge Alternative Baden-Württemberg« zum Thema »Junges Europa statt Brüsseler Zentralismus«. [76] Menzel gilt mit seinem Online-Informationsportal »Blaue Narzisse« als neurechter Nachwuchs-Publizist. Der Auftritt eines »Neuen Rechten« 2014 zur Lucke-Zeit darf als deutliche Provokation und Stellungnahme der JABW interpretiert werden.

Besonders offen demonstrierte die »Junge Alternative Freiburg/Breisgau-Hochschwarzwald« ihre Nähe zur »Neuen Rechten«. Sie dokumentierte selbst auf Facebook, wie ihre Mitglieder vom 28. bis 30. August 2015 die 16. Sommerakademie des »Instituts für Staatspolitik« in Schnellroda zum Thema »Machbarkeit« besuchten. [77]

Diese Nähe zur antidemokratischen »Neuen Rechten« führte dazu, dass selbst das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) aufmerksam wurde und die JABW seit November 2018 als Beobachtungsobjekt führt.



»Hol dir dein Land zurück«; Abbildung: Lucius Teidelbaum, Lizenz: All rights reserved.

Dieser Umstand führte wiederum zu einer Austrittswelle rechtskonservativer, aber nicht rechtsextremer JA-Mitglieder in Baden-Württemberg. In ihrem Austrittsschreiben weisen die Ex-JA-Mitglieder auf Überschneidungen zu den Identitären hin: »So wurden etwa in mehreren Bezirksverbänden regelrechte Parallelstrukturen mit engen Verbindungen zu der vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung (IB) aufgebaut, obwohl die JA seit geraumer Zeit einen Unvereinbarkeitsbeschluss zu dieser Organisation getroffen hat. Wo derlei Querverbindungen gerichtsfest nachweisbar waren, wurden zwar entsprechende Ordnungsmaßnahmen eingeleitet, diese konnten allerdings bis heute von der internen Schiedsgerichtsbarkeit noch nicht abschließend bestätigt werden. Dies liegt in der Regel darin begründet, dass die betroffenen Personen sämtliche Möglichkeiten juristischer Gegenwehr ergriffen haben, anstatt die verhängten Sanktionen einsichtig zu akzeptieren und einen Lernprozess zu durchlaufen.« [78]

Vor diesem Bruch hatte die JABW 2018 620 Mitglieder. Doch in der JABW gibt es nicht nur durch diesen Aderlass Probleme, sondern auch durch eine Art »Kaderlass«: Viele Jungalternative machen in der Partei Karriere bzw. finden bei Abgeordneten eine Anstellung. Durch diesen »Kaderlass« in Richtung bezahltes Personal und die VS-Beobachtung haben die Aktivitäten der JABW merklich nachgelassen.

»Alternative Mitte Baden-Württemberg«

Die »Alternative Mitte Baden-Württemberg« (AMBW) ist ein Ableger der im Juni 2017 bundesweit gegründeten »Alternativen Mitte« (AM) in der AfD, die für sich in Anspruch nimmt, die »Mitte« der Partei zu vertreten. Von innerparteilichen Gegner*innen wird sie als »Lucke 2.0« geschmäht.

Die AMBW wurde am 19. Oktober 2018 gegründet und hat sich im November 2019 aufgelöst, weil sie angeblich obsolet geworden sei. Am 5. Dezember 2019 veröffentlichte die AMBW auf Facebook dazu eine Erklärung mit dem Titel »Auf zu neuen Ufern!«, in der es hieß:

»Die Alternative Mitte Baden-Württemberg verstand sich als Bollwerk gegen radikale Ansichten und Schutzschirm gegen eine derartige Unterwanderung. Zum Zeitpunkt unserer Gründung bestanden hiergegen nur unzureichend parteiinterne Schutzmechanismen. Inzwischen sind durch klare, unmissverständliche Positionierungen der Parteiführung sowie durch operative Aktivitäten wie beispielsweise dem Arbeitskreis Verfassungsschutz deutliche rote Linien gezogen worden. [...] Die Alternative Mitte Baden-Württemberg hat ihr Ziel erreicht. Wir haben dazu beigetragen, dass die AfD Kurs hält und für bürgerliche Mitglieder, Interessenten und Wähler ein attraktives politisches Angebot darstellt. [...] Die Alternative Mitte halten wir nunmehr für obsolet, ebenso wie den Flügel. Deshalb würden wir es begrüßen, wenn der Flügel sich in Baden-Württemberg ebenfalls auflöst.« [79]

Die AM galt als Gegenstück zum »Flügel«. Die politische Biografie des Sprechers der AM in Baden-Württemberg deutet aber darauf hin, dass die Entfernung in der Vergangenheit gar nicht so groß gewesen sein muss: Sprecher der AMBW war Robert Schmidt aus Mannheim, der auch als Sprecher des AfD-Kreisverbands Mannheim fungiert.

AfD-Mainstream im Südwesten

Es stellt sich die Frage, ob dem AfD-Flügel in Baden-Württemberg ein konsistenter AfD-Mainstream gegenübersteht, der dann über 50 Prozent umfassen müsste. Nach ausführlicher Beschäftigung mit dem Innenleben der AfD muss das aber verneint werden.

Es gibt keine originäre konsistente Ideologie des AfD-Mainstreams, der über das Abrufen von Ressentiments hinausreichen würde. Gerade der Schlingerkurs von Personen wie Weidel und Meuthen, die nicht dem Höcke-Flügel zuzurechnen sind, zeigt das deutlich. Während Jörg Meuthen sich bis mindestens 2018 mit dem Höcke-Flügel verbündete, trieb Alice Weidel im Februar 2017 noch ein Parteiauschlussverfahren gegen Björn Höcke voran und konkurrierte 2017 erfolglos gegen den gemeinsamen Kandidaten von Flügel und Meuthen, Ralf Özkara, um den Landesvorsitz. Inzwischen haben sich die Verhältnisse komplett gewendet. Weidel darf inzwischen als Verbündete Höckes angesehen werden, während Meuthen versucht, den ehemaligen Flügel-Vorsitzenden Andreas Kalbitz aus der Partei ausschließen zu lassen. Bei Personen wie Meuthen oder Weidel kann durch ihre inhaltliche Flexibilität nicht von einem festen Lager die Rede sein, eher handelt es sich um Pole, etwa den Meuthen-Pol.

Der AfD-Mainstream auch in Baden-Württemberg hat keine verbindenden Inhalte, die über gemeinsame Feindbilder wie Islam und Feminismus oder das für alle Parteimitglieder geltende Parteiprogramm hinausreichen. Gerade diese ideologische Beliebigkeit bzw. Flexibilität ermöglicht den rechtspopulistischen Stil. Anders als beim Höcke-Flügel stellt der völkische Nationalismus eher ein wackliges Glaubensfundament dar, dessen man sich bedient, wenn es opportun scheint. Man ist aber weniger ideologisch verbohrt. So werden auch vom AfD-Mainstream immer wieder deutlich völkisch-nationalistische Töne angeschlagen, sowohl in Verlautbarungen von Partei und Gliederungen wie auch von wichtigen Parteifunktionär*innen.

Inhaltlich sind sich auch die »Gemäßigten« bei diversen Feindbildern und oft auch im völkischen Nationalismus durchaus einig, auch wenn sie nicht in einer festen ideologischen Tradition stehen wie der Höcke-Flügel. Der Kalbitz-Opponent Jörg Meuthen legte dafür in seiner Rede beim Bundesparteitag am 22. April 2017 in Köln ein beredtes Zeugnis ab: »Und wenn ich an einem Samstagmittag im Zentrum meiner Stadt unterwegs bin, mit offenen Augen, wissen Sie, was ich dann sehe? Ich sage das wirklich ohne jede Übertreibung: Ich sehe noch vereinzelt Deutsche. Und wenn ich darüber erschrecke, nicht aus irgendeiner Ausländerfeindlichkeit, die mir völlig fremd ist, sondern weil dieses ungeheure Maß an wie auch immer in unser Land gekommenen Migranten, offensichtlich mehrheitlich aus anderen Kulturkreisen stammend, mein Land zwangsläufig und unwiderruflich in ein ganz anderes verwandelt, das kaum mehr etwas mit dem Land zu tun hat, in dem ich groß geworden bin.« [80]

Wie anders ließen sich diese Zeilen deuten denn als Ausdruck eines völkischen Weltbildes?

[76] Screenshot der Veranstaltungsankündigung, Privatarchiv Lucius Teidelbaum

[77] Screenshot: Junge Alternative Freiburg: Besuch IfS-Veranstaltung, 2015, Privatarchiv Lucius Teidelbaum

[78] <https://www.yumpu.com/de/document/view/62223930/2018-11-17-pm-herres-austritt-aus-der-ja> (aufgerufen am 14.06.2020)

[79] <https://de-de.facebook.com/AlternativeMitteBadenWuerttemberg/> (aufgerufen am 11.06.2020)

[80] Zitiert nach: <https://afdkompakt.de/2017/04/22/joerg-meuthen-schwoert-die-afd-auf-den-bundestagswahlkampf-ein/> (aufgerufen am 20.06.2020)

Spezialitäten in Südwesten

Bei der Charakterisierung der einzelnen AfD-Landesverbände ist es wichtig, Spezifika der jeweiligen Bundesländer wahrzunehmen, die sich aus Geografie, demografischen Besonderheiten und innerparteilichen Machtverhältnissen ergeben haben.

Die »Außenpolitik« der Südwest-AfD

Da der baden-württembergische AfD-Landesverband an zwei andere Länder grenzt, nämlich Frankreich und die Schweiz, und auch Österreich nicht fern ist, lohnt es sich, die »Außenpolitik« der Südwest-AfD genauer zu untersuchen. Immerhin sind in allen drei Ländern ähnlich ausgerichtete rechte Parteien schon länger als die AfD aktiv.

Inhaltlich sind sich die AfD, die »Schweizerische Volkspartei« (SVP), der »Rassemblement National« (RN, bis 2018 »Front National«) in Frankreich und die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) in vielen Punkten ähnlich. Alle vier teilen sich die Feindbilder Einwanderung, Establishment, Europäische Union (EU) und Islam. Allerdings gibt es bei den Rechtsaußen-Parteien in einigen Bereichen durchaus auch Unterschiede. So ist der RN im Gegensatz zu den restlichen drei Parteien sehr zentralistisch orientiert, während AfD, FPÖ und SVP den Föderalismus ihrer Länder nicht in Frage stellen. Auch im wirtschaftspolitischen Bereich finden sich Unterschiede. Die SVP und, in großen Teilen, die FPÖ sind wirtschaftsliberal, während der RN sich sozialstaatlich gibt und in der AfD darüber noch gestritten wird. Die SVP geht als Partei in einem Land, das multilingual verfasst und nicht Mitglied der EU ist, ohnehin einen Sonderweg. Für AfD, FPÖ und RN lohnt sich eine stärkere Kooperation mehr, weil ihre Staaten der EU angehören.

Die Journalistin Charlotte Theile schreibt in ihrem 2017 erschienenen Buch »Ist die AfD zu stoppen?«:

»Die Ziele der AfD lesen sich eher so, als hätte die Partei sie mit Blick auf das fast schon zum Klischee gewordene Schweizer Vorbild entworfen.«^[81]

Tatsächlich gilt die SVP seit Parteigründung in der AfD als Vorbild bzw. Bezugspunkt. Die AfD bezieht sich in ihrer Wahl-Propaganda gerne auf die Schweiz und ihre Plebiszit-Demokratie (»Volksabstimmungen wie in der Schweiz«). SVP und AfD haben durch ihren rechtspopulistischen Charakter allerhand gemeinsam, etwa die Berufung auf den »wahren Volkswillen«, den sie angeblich vertreten. Trotzdem setzt sich die SVP tendenziell eher von der AfD und anderen Rechtsparteien ab. Da die Schweiz kein EU-Mitglied ist, gibt es auch keine gemeinsame Bühne wie das Europaparlament. So bleiben die Liebesbekundungen der AfD recht einseitig. Es sind auch kaum offizielle Kontakte der Südwest-AfD zur ideologischen Schwester SVP verbürgt. Es war also eher eine Ausnahme, dass am 14. Mai 2019 laut Ankündigung in Lörrach eine AfD-Veranstaltung mit Anian Liebrand, Präsident des SVP-Jugendverbandes, stattgefunden hat. Trotz dieser geringen Kontakte stellt die ältere und erfolgreichere SVP mit den von ihr initiierten Plebisziten wie die so genannte Minarett-Initiative ein wichtiges Vorbild für die AfD dar.

Auch zur ideologischen Schwester-Partei RN sind erstaunlich wenige offizielle Kontakte der Südwest-AfD dokumentiert, obwohl beide im Europa-Parlament im nahen Straßburg sogar gemeinsam die Fraktion »Identität und Demokratie« stellen. Einzelne Kontakte sind trotzdem festzustellen. Im Mai 2019 besuchten die JA-Vertreter Johannes Rausch und Karl Schwarz eine Wahlkampfveranstaltung von der RN-Vorsitzenden Marine Le Pen im elsässischen Fessenheim.^[82] Im Juli 2020 gab es zwei gemeinsame Austauschstage von JA und der RN-Jugend »Generation Nation«, davon einer in Kehl und einer in Straßburg.

Am stärksten scheint der Kontakt zwischen der Südwest-AfD und der FPÖ zu sein, vermutlich auch wegen der fehlenden Sprachbarriere. Am 17. November 2016 referierte beispielsweise in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen der FPÖ-Europaabgeordnete Harald Vilimsky. Neben Vilimsky sprach auch Alice Weidel. Organisiert wurde die Veranstaltung von den AfD-Kreisverbänden Bodensee, Esslingen, Rems-Murr und Reutlingen.^[83] Der AfD-Kreisverband Böblingen/Sindelfingen richtete am 25. August 2017 im Bürgersaal in Jettingen eine Veranstaltung mit Beatrix von Storch, Markus Frohnmaier und Johann Gudenus von der FPÖ aus.^[84] Am 3. Mai 2019 fand im Congress-Centrum in Pforzheim eine AfD-Veranstaltung »Für ein Europa der Freiheit« mit Jörg Meuthen (AfD-MdEP), Alice Weidel (AfD-MdB) und Johann Gudenus (FPÖ) statt.^[85] Mehrmals kam es auch zu Besuchen aus Baden-Württemberg in Österreich. So besuchte eine Delegation der »Jungen Alternative Baden-Württemberg« Ende April 2019 die FPÖ Niederösterreich und den FPÖ-Wahlkampfauftritt in Wien.

Die seit Jahrzehnten in Österreich aktive FPÖ hat für die AfD offenbar Vorbild-

charakter, wie auch der Titel der Veranstaltung in Leinfelden-Echterdingen 2016 zeigt. Er lautete: »Wie kann die AfD vom Erfolg der FPÖ lernen«^[86]. Anwesend war auch die spätere AfD-MdB Alice Weidel aus Überlingen.

Demonstrations-Politik der AfD in Baden-Württemberg

Die AfD in Baden-Württemberg war seit ihrer Gründung im Jahr 2013 im Vergleich mit anderen Landesverbänden ziemlich zurückhaltend, was ihre Demonstrations-Politik angeht. Eine eigene Zählung des Autors Lucius Teidelbaum kommt bis Anfang Juni 2020 auf insgesamt mindestens 52 Demonstrationen von AfD, JA oder einzelnen AfD-/JA-Funktionär*innen, wozu auch Kundgebungen und Mahnwachen gezählt wurden. Diese verteilen sich wie folgt auf die Jahre 2013 bis 2020:

Jahr	Anzahl
2013	0
2014	2
2015	1
2016	1
2017	5
2018	9
2019	10, vor allem gegen Fahrbeschränkungen in Stuttgart
2020 (bis Juni)	24, vor allem gegen Corona-Beschränkungen

»Demonstrationen AfD«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

Die meisten dieser 52 Demonstrationen hatten unter 100 Teilnehmer*innen. Nur an elf nahmen nachweislich mehr als 100 Personen teil. Davon wiederum hatten nur drei Demonstrationen 300 bis 500 Teilnehmer*innen:

* in Bruchsal am 2. Juni 2018 mit 400 bis 500 Personen. Vermutlich war die Teilnahme Björn Höckes entscheidend für die hohe Teilnehmerzahl;

* in Offenburg am 18. August 2018 mit 300 Personen;

* in Freiburg am 29. Oktober 2018 mit 400 Personen – eine Veranstaltung der »Jungen Alternative Freiburg«; Anlass war die Festnahme von sieben Syrern und einem Deutschen, die in der Nacht auf den 14. Oktober in Freiburg eine 18-jährige Frau vergewaltigt haben sollen.

Parteiintern gab es in der AfD spätestens mit dem Aufkommen von PEGIDA in Dresden im Oktober 2014 Streit um das Verhältnis zu rassistischen Straßenbewegungen à la PEGIDA. Während die einen auf Abstand gingen, suchten die anderen die Nähe zu derartigen Bewegungen. Dahinter steckt auch ein unterschiedliches Verständnis der Partei entweder als Parlaments- oder als Bewegungs-Partei. Während diejenigen, die die AfD vornehmlich als Parlaments-Partei sehen, die Parlamente als politischen Entscheidungsort verstehen, ist es bei den Vertreter*innen des Bewegungspartei-Konzepts die Straße. Grob gesagt verfolgt besonders der Höcke-Flügel die Strategie der AfD als Bewegungs-Partei. Die Anhänger*innen dieser Strategie sind in ihrer Haltung auch kritisch bis feindlich gegenüber der parlamentarischen Demokratie eingestellt. Sie bevorzugen auch meist die Haltung der Fundamentalopposition gegenüber den Möglichkeiten einer Regierungsbeteiligung.

In Baden-Württemberg scheinen sich die Vertreter*innen des Parlamentspartei-Konzepts durchgesetzt zu haben. Es gibt nur wenige offizielle AfD-Demonstrationen. Anhänger*innen einer stärkeren Demonstrations-Politik wie die AfD-Abgeordneten Stefan Räßle oder Christina Baum mussten teilweise Demonstrationen ohne Unterstützung des Landesverbandes oder der Landtagsfraktion organisieren.

So war nicht jede der oben aufgelisteten Demonstrationen eine offizielle AfD-Veranstaltung. Beispielsweise fand am 4. Januar 2020 in Baden-Baden eine Kundgebung von 120 bis 150 Personen gegen den dort ansässigen SWR statt. Organisator war der AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Räßle. Neben Räßle sprachen u.a. der AfD-Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel, die aus der AfD ausgeschlossene Doris von Sayn-Wittgenstein, Helmut Gernot Tegetmeyer von PEGIDA Nürnberg und der Freiburger AfD-Stadtrat Dubravko Mandic.^[87] Mandic drohte laut Medien in seiner Rede: »Ich sage Ihnen da oben, das hier ist nur der Anfang. Wir werden Sie aus Ihren Redaktionsstuben vertreiben. Wir werden uns Ihre Lügen nicht länger anhören. Das ist erst der Anfang des Sturms.«^[88]

Diese Demonstration war einer der angeführten Punkte im Parteiausschlussverfahren gegen Räßle. Ihm wurde vom Bundesvorstand vorgeworfen: »Stil und Ton der Veranstaltung entsprachen in weiten Teilen nicht den Vorstellungen des Bundesvorstandes.«^[89]

[86] Screenshot »Harald Vilimsky in Leinfelden-Echterdingen«, 2016, Privatarchiv Lucius Teidelbaum

[87] <https://www.tag24.de/nachrichten/afd-alternative-fuer-deutschland-stefan-raepple-umweltsau-nazisau-demo-swr-funkhaus-verdi-polizei-wdr-1341174>(aufgerufen am 14.06.2020)

[88] Anti GEZ Demo MdL Räßle – Rede von Dubravko Mandic, 04.01.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=iY0jdYOG78>

[89] <https://www.afd.de/bundesvorstand-prueft-massnahmen-wegen-raepple-demo/> (aufgerufen am 12.01.2020)

[81] Theile, Charlotte (2017): Ist die AfD zu stoppen? Die Schweiz als Vorbild der neuen Rechten, Zürich 2017, S. 139

[82] <https://www.facebook.com/Karl-Schwarz-AfD-2302798519743077/>(aufgerufen am 12.06.2020)

[83] <https://www.kontextwochenzeitung.de/ueberm-kesselrand/359/sie-sind-wieder-da-4915.html> (aufgerufen am 10.07.2020)

[84] https://www.krzbb.de/krz_52_111373808-13_Beatrice-von-Storch-in-Jettingen.html (aufgerufen am 06.07.2020)

[85] <https://bnn.de/lokales/pforzheim/die-afd-macht-in-pforzheim-umjubelten-wahlkampf-davor-regt-sich-friedlicher-protest> (aufgerufen am 06.07.2020)

[90] <https://kandel-ist-ueberall.de/impressum/> (aufgerufen am 20.06.2020)

[91] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/gallery.unwetter-in-braunsbach-fluechtlinge-packen-mit-an-param~1~0~0~9~false.3cb81150-26c3-43f0-865a-5dd8abab1d92.html?reduced=true> (aufgerufen am 12.06.2020)

[92] <https://twitter.com/udosteindl/status/739773859394637825> (aufgerufen am 04.07.2020)

[93] https://www.statistik-bw.de/shp/2018-19/pages/Epl01/epl_01.pdf (aufgerufen am 12.06.2020)

[94] <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/452/rechte-in-der-zweiten-reihe-6356.html> (aufgerufen am 20.07.2020)

[95] ebenda



»Beatrix von Storch (2.v.r., AfD), stellvertretende AfD-Fraktionschefin, nimmt ab der Demonstration »Marsch für das Leben« gegen Abtreibungen vom »Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, sexuelle Vielfalt und bunte Lebensentwürfe« teil und hält ein Kreuz in der Hand.«
Abbildung: picture alliance/dpa | Jörg Carstensen
Lizenz: All rights reserved.

Auch vom AfD-Landesverband offiziell mit organisierte Demonstrationen wie in Ellwangen am 22. September 2018 oder in Sigmaringen am 12. September 2017 waren eher schlecht besucht. In Ellwangen nahmen an der AfD-Demonstration gegen die dortige Landeserstaufnahmestelle für Geflüchtete trotz intensiver Werbung nur 150 Personen teil.

Neben den Demonstrationen der Landes-AfD und einzelner AfD-Mitglieder gab es größere rechte Demonstrationen, an denen die AfD beteiligt war. So die parteiunabhängig organisierte Serie der »Demos für alle« in Stuttgart 2014 bis 2016 mit über 5.000 Beteiligten.

Die AfD – Eine Wahlalternative für die christliche Rechte?

(siehe Seite 10, Laura Hammel und Lucius Teidelbaum)

Ebenfalls offiziell parteiunabhängig organisiert waren die rechten Demonstrationen im rheinland-pfälzischen Ort Kandel mit etwa 4.000 Beteiligten auf ihrem Höhepunkt Anfang März 2018, davon viele aus Baden-Württemberg. Im Impressum der Website von »Kandel ist überall« findet sich die baden-württembergische AfD-MdL Christina Baum.[90] Zwar liegt Kandel außerhalb Baden-Württembergs, doch wurde zu der Demonstration stark aus Baden-Württemberg, auch aus AfD-Kreisen, mobilisiert.

AFD-Vorfeldorganisationen im Südwesten

Aus den Reihen der AfD Baden-Württemberg gingen bis zum heutigen Tag drei (eingetragene) Vereine hervor: der »Verein konservativer Kommunalpolitiker Baden-Württemberg« (VKK-BW), »AfD hilft e.V.« und die »Gustav-von-Struve-Stiftung«.

Die erste Gründung eines AfD-Vereins in Baden-Württemberg fand am 31. Mai 2016 statt. Sieben Personen initiierten den Verein »AfD hilft e.V.«. Zum Vorsitzenden wurde Udo Stein (MdL) gewählt, zur Stellvertreterin Carola Wolle (MdL) und zum Schatzmeister der Parlamentarische Berater der Landtagsfraktion Reimond Hoffmann. Ziel war die Hilfe für das von einem Hochwasser am 29. Mai 2016 schwer getroffene Örtchen Braunsbach, eine kleine Gemeinde in der fränkischen Region Hohenlohe im Landkreis Schwäbisch Hall. Am Tag der Überschwemmungen waren verschiedene AfD-Politiker und -Mitglieder wie Udo Stein und Reimond Hoffmann öffentlichkeitswirksam als Helfer vor Ort. Bei den Aufräumarbeiten halfen auch Geflüchtete mit.[91] Der Verein sammelte später Spenden für die vom Hochwasser Geschädigten in Braunsbach: »Wir helfen Bürgern direkt und unkompliziert«, so Udo Stein wenige Tage später auf Twitter.[92] Seither lassen sich keine Aktivitäten mehr nachweisen, formal besteht der Verein aber noch.

Im Juli 2018 gab die AfD die Gründung des Vereins »Gustav-von-Struve-Stiftung e.V.« bekannt. Die Gründungsveranstaltung in den Räumlichkeiten der AfD-Landtagsfraktion fand bereits am 12. Dezember 2017 statt. Aus den Reihen der zehn Gründungsmitglieder bildeten drei AfD-Landtagsabgeordnete den Vorstand: Rainer Podeswa als Vorsitzender, Udo Stein als Stellvertreter und Emil Sänze als Schatzmeister. Der Sitz des Vereins ist Rottweil im Wahlkreis von Emil Sänze. In der Satzung des rechten Vereins heißt es: »Besonderes Augenmerk richtet der Verein dabei auf die politische Bildungsarbeit.« Diese soll im »Rahmen von Vorträgen, Seminaren, Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Bildungsreisen, Studien« geschehen. Weiterhin soll der Zweck des Vereins durch die »Förderung der Bildung und Erziehung der Jugend, insbesondere Schüler und Studenten« verwirklicht werden. Der Vereinsvorsitzende Podeswa ist Mitglied des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung.

Allerdings werden in Baden-Württemberg die politischen Stiftungen der im Landtag vertretenen Parteien erst nach zwei vollen Wahlperioden finanziell gefördert. Die Gustav-von-Struve-Stiftung müsste sich, zwei weitere Wahlerfolge der AfD und die reguläre Dauer der Wahlperiode vorausgesetzt, noch bis zum Jahr 2026 gedulden, ehe sie Landesmittel in Anspruch nehmen könnte. Dabei werden neben einem Sockelbetrag die jeweiligen Ergebnisse der vergangenen Landtags- und Bundestagswahlen bei der Verteilung der entsprechenden Haushaltsmittel berücksichtigt.[93] Zu den Gründungsmitgliedern der AfD-nahen Stiftung gehörte auch der Politische Berater Laurens N. Er war »Stellvertretender Bundesführer« der 2009 verbotenen neonazistischen »Heimattreuen Deutschen Jugend«.[94] Vorübergehend fungierte er sogar als »Bundesführer«[95] dieser in der Tradition der »Hitlerjugend« stehenden Organisation.

Die Alternative für Deutschland (AfD) in Baden-Württemberg: Verbindungen ins extrem rechte Lager (siehe Seite 54, Anton Maegerle)

Auf Facebook postete der neugegründete Verein: »Die Gustav-von-Struve-Stiftung e.V. setzt sich ein für die Förderung von politischen und gesellschaftlichen Struk-

turen, die den Bürgern Wohlstand, Bildung und Freiheit gewährleisten. Starke Bürgerrechte und direkte Mitbestimmung auf der Basis unserer nationalen Identität sind für uns die Grundlage für eine innovative leistungsfähige, zukunftsorientierte und selbstbestimmte Gesellschaft.«[96] Zum Vereinszweck heißt es in der Satzung: »Der Verein fördert die Idee des freiheitlichen Konservatismus in Baden-Württemberg.«[97]

Nun war Gustav Struve politisch nicht konservativ oder reaktionär. In den Jahren 1848/49 war er einer der führenden Köpfe der Revolution in Baden und gehörte in jener Zeit zum radikaldemokratischen und antimonarchistischen Flügel der Aufständischen. Aus damaliger Sicht war Struve ein linker Revolutzler, so die Stuttgarter Nachrichten.[98] Seine Schulzeit verbrachte der 1805 in München geborene spätere Revolutionär Struve in Stuttgart und Karlsruhe. 1847 legte Struve sein Adelsprädikat ab, das die AfD in ihrem Stiftungsnamen »Gustav-von-Struve-Stiftung« wieder anhängte. Bislang war der Verein kaum aktiv. Vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen in Baden-Württemberg im Mai 2019 war eine Veranstaltungsreihe zur kommunalpolitischen Bildung geplant. Vorgesehen waren zunächst je eine Veranstaltung in den vier Regierungsbezirken und, bei entsprechender Nachfrage, eine weitere Veranstaltung in zentraler Lage, von denen aber nichts bekannt wurde.

Jüngster Verein der AfD in Baden-Württemberg ist eine »Kommunalpolitische Vereinigung«. Um die Kommunalarbeit der AfD in Baden-Württemberg zu koordinieren und die Mandatsträger*innen zu schulen, wurde im Nachgang zu den Kommunalwahlen am 13. Juli 2019 der »Verein konservativer Kommunalpolitiker Baden-Württemberg« (VKK-BW) gegründet. 46 Personen gehörten zu den Gründer*innen [99]. Es handelt sich um den Versuch, die AfD-Kommunalpolitik zu professionalisieren.

Start Über uns Termine Nützliche Links Kontakt Impressum Datenschutzerklärung Haftungsausschluss

Verein konservativer Kommunalpolitiker Baden-Württemberg

Die Vorstandschaft

v.l.n.r.: Christoph Hügel (Beisitzer), Gordon Stotz (Beisitzer), Martin Rothweiler (kooptiert), Peter Gremminger (Finanzen), Marc Bernhard (Erster Vorstand), Sven Geschinski (Zweiter Vorstand), Ruth Rickersfeld (Schriftführerin), Joachim Hülscher (Dritter Vorstand)

<http://www.vkk-bw.de/about-us/die-vorstandschaft/> [100] »VKK«
Abbildung: VKK, Lizenz: Public Domain

Bisher ist von dem Verein lediglich eine einzelne Schulung belegt, weitere sind angekündigt. Vorsitzender des VKK-BW ist der AfD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Gemeinderat Marc Bernhard aus Karlsruhe. Zweiter Vorstand ist der Heidelberger Gemeinderat Sven Geschinski, Joachim Hülscher aus Göppingen ist Dritter Vorstand. Der ehemalige Göppinger Baubürgermeister Hülscher ist Gemeinderats- und Kreisrats-Fraktionsvorsitzender der AfD in Göppingen.

Nach Eigenangabe hatte der VKK im November 2019 über 75 Mitglieder unter den fast 250 kommunalen Mandatsträger*innen der AfD in Baden-Württemberg. [101]

Fazit: Pleiten, Pech und Pannen auch in der Südwest-AfD

Die Geschichte der »Alternative für Deutschland« (AfD) ist auch die Geschichte einer kontinuierlichen innerparteilichen Rechtsentwicklung. Die AfD startete



»AfD ist sowas von 1933«
Abbildung: Imago Images | Arnulf Hettrich
Lizenz: All rights reserved.

[96] <https://www.facebook.com/Gustav-von-Struve-Stiftung-989766861162026/> (aufgerufen am 04.06.2020)

[97] ebenda

[98] <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.irritation-um-afd-stiftung-wird-das-erbe-des-freiheitskaempfers-verraten.edd5599d-69b5-4c8c-b7cd-9d2ee3ad1f65.html?reduced=true> (aufgerufen am 12.06.2020)

[99] <https://www.marcbernhard.de/neuer-verein-konservativer-kommunalpolitiker-starkes-zeichen-gemeinsamer-politischer-ziele/> (aufgerufen am 04.07.2020)

[100] <http://www.vkk-bw.de/about-us/die-vorstandschaft/> (aufgerufen am 15.06.2020)

[101] <https://www.marcbernhard.de/verstaerkung-des-vereins-vorstands-vkk-baut-seine-schlagkraft-weiter-aus/> (aufgerufen am 04.07.2020)

rechts von der Mitte und ist heute deutlich weiter rechts einzuordnen. Der öffentlich von AfD-Funktionär*innen geleugnete Rechtsdrift wurde von AfD-Aussteiger*innen ein ums andere Mal bestätigt.

Hierbei stellt der baden-württembergische Landesverband keine Ausnahme dar. Die bei Beendigung der Arbeit an diesem Artikel im Mai und Juni 2020 entbrannten innerparteilichen Auseinandersetzungen, die im Parteiausschluss des brandenburgischen AfD-Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz durch den Bundesvorstand mündeten, widersprechen nur scheinbar der These von der konsequenten Bewegung der AfD nach extrem rechts. Immerhin war Meuthen jahrelang Bündnispartner und Beschützer des Höcke/Kalbitz-Flügels. In ihren nationalistischen und rassistischen Phrasen nehmen sich Radikale und angeblich Gemäßigte nur wenig. Der Unterschied ist eher in der ideologischen Verortung der einen zu sehen, die mit einem flexiblen rechtspopulistischen Stil der anderen konkurriert.



»AfD Logoverzerrt«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

Es ist fraglich, ob die von den Medien häufig übernommene Selbstdarstellung als »gemäßigt«, »liberal-konservativ« oder »bürgerlich« für die innerparteilichen Gegner*innen und Konkurrent*innen des Höcke-Flügels überhaupt zutreffen. Sie sind sicherlich weniger ideologisch verhärtet und damit flexibler in ihren Positionen, aber im Zuge einer möglichen Resonanz an der Wahlurne vertreten sie oft kaum andere Inhalte als die Personen des Höcke-Flügels. Anders als diese sind sie aber zu Zugeständnissen bereit, wenn es zum eigenen Vorteil ist. Das ist zwar auch bei Höcke und Co. der Fall, aber bestimmte Standpunkte wie ein völkisches Verständnis, im Sinne von weiß und deutschstämmig, sind nicht verhandelbar und bestimmender. Hier bindet sie ihr ideologisches Korsett.

Daher würde es mehr Sinn ergeben, die angeblich Gemäßigten in der AfD als »Pragmatiker*innen« zu bezeichnen, denen »Hardliner« und teilweise »Faschist*innen« gegenüberstehen. Die Hardliner*innen können aus ihrer Ideologie heraus weniger taktische Zugeständnisse machen. In Baden-Württemberg dominiert der Höcke-Flügel zwar nicht, ist aber als starke Minderheit deutlich wahrnehmbar.

Der AfD-Landesverband in Baden-Württemberg ist nicht nur geprägt von einem kontinuierlichen Rechtsruck, sondern auch von Brüchen, die zum Teil damit in Zusammenhang stehen. Der erzwungene Auszug des Parteigründers Lucke aus seiner eigenen Partei ließ sich hier auch auf regionaler Ebene gut nachvollziehen.

Hinzu kommen Pleiten, Pech und Skandale wie bei den illegalen Parteispenden an die beiden wichtigsten baden-württembergischen AfD-Funktionär*innen, Jörg Meuthen und Alice Weidel.

Allerdings erfuhr die AfD im Südwesten bei der Landtagswahl 2016 enorm viel Zuspruch von den Wähler*innen und auch die Mitgliederzahl stieg kontinuierlich. Trotz Schwankungen in den Umfragewerten ist Baden-Württemberg auf Bundesebene die westdeutsche Hochburg der AfD. Die AfD in Baden-Württemberg ist offenbar kein Erfolgsprojekt wegen ihrer klugen Führung oder ihrer Einigkeit, sondern trotz der ständigen Streitereien bis in die höchsten Etagen der Partei.

Eine kritische Darstellung der Südwest-AfD kann das thematisieren, aber diese Aufklärung stößt an ihre Grenzen. Denn die ständigen Negativ-Schlagzeilen hielten offenbar viele in Baden-Württemberg nicht davon ab, dieser Partei trotzdem ihre Stimme zu geben. Immerhin kann sich niemand damit herausreden, von nichts gewusst zu haben.

Quellen

AfD Baden-Württemberg: Landtagswahlprogramm 2016, 2016, https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2016_1.pdf (aufgerufen am 12.06.2020), S. 18, 47, 48

AfD Baden-Württemberg: Für unser Land – für unsere Werte: Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg erschienen, 2016, <https://goepingen.afd-bw.de/aktuelles/news/11660/F%C3%BCr+unser+Land+-+f%C3%BCr+unsere+Werte%3A+Landtag+swahlprogramm+2016+der+AfD+Baden-W%C3%BCrttemberg+erschienen> (aufgerufen am 03.07.2020)

Bebnowski, David und Förster, Lisa Julika: Der Chauvinismus der Euro-Gewinner, Die Zeit, 21. Mai 2014, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/AfD-Europawahl-Rechtspopulismus-Studie> (aufgerufen am 14.06.2020)

Begrich, David (Miteinander e.V.): Was Pegida verändert hat? Alles, 2016

Decker, Frank (1999): Parteien unter Druck: Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Hamburg 2. Aufl. u.d.T. 1999, S. 177-180

Dietzsch, Martin und Maegerle, Anton (1995): Der Bund freier Bürger – Die Freiheitlichen (BFB), Mai 1995, http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Bund_freier_Buerger.htm (aufgerufen am 04.07.2020).

Erfurter Resolution, Unterzeichner Baden-Württemberg, Privatarchiv Lucius Teidelbaum

Friedrich, Sebastian: Der Aufstieg der AfD – Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin 2015

Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Bonn 2006

Theile, Charlotte (2017): Ist die AfD zu stoppen? Die Schweiz als Vorbild der neuen Rechten, Zürich 2017

DIE AFD IM STUTTGARTER LANDTAG

Baden-Württemberg gilt als Hochburg der westdeutschen AfD. Die Arbeit der Fraktion im 16. Landtag war jedoch geprägt von Skandalen, internen Querelen und einer geschichtsträchtigen Spaltung, die bis heute nachwirkt. Auch nach mehr als vier Jahren parlamentarischer Gehversuche bleibt die Partei in Stuttgart politisch isoliert. Unbeirrt stellt die Fraktion die Migrationsfrage ins Zentrum ihrer Politik und prangert das angebliche Versagen aller übrigen Parteien an. Hinzu kommen Angriffe auf politische Gegner*innen und die Zivilgesellschaft und Verbrüderungsversuche mit außerparlamentarischen Protesten von rechts. Einige Abgeordnete schrecken auch vor der Verunglimpfung demokratischer Institutionen und unliebsamer Persönlichkeiten nicht zurück. Ein Blick auf das Personal zeigt, dass sich die AfD dabei auch von ehemaligen Angehörigen der Neonazi-Szene zuarbeiten lässt.

von Annette Wagner und Sven Ullenbruch



»Demonstranten stehen vor dem Baden-Württembergischen Landtag und demonstrieren gegen den Neujahrsempfang der AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg im Landtag.«
Abbildung: picture alliance/dpa | Tom Weller, Lizenz: All rights reserved.

Am Abend des 13. März 2016 wurde in der Alten Reithalle in Stuttgart laut gejubelt. Ausgelassen feierten die Anhänger*innen der »Alternative für Deutschland« (AfD) in dem denkmalgeschützten Gebäude hinter dem Maritim-Hotel ihren Erfolg bei der Wahl zum 16. baden-württembergischen Landtag.

Von »Wahlfälschung« war nun keine Rede mehr. Wenige Tage zuvor hatten die AfD und ihre Unterstützer*innen vom neurechten Verein »Ein Prozent« noch zur »Wahlbeobachtung« aufgerufen und Manipulationen befürchtet.[1] Doch jetzt war man begeistert: 15,1 Prozent der Wahlberechtigten gaben der noch jungen Partei ihre Stimme und sorgten damit für 23 AfD-Sitze im Stuttgarter Landtag.[2] Es ist das beste Ergebnis, das die selbsternannte »Alternative« bis heute in einem westlichen Bundesland erzielte. In den Wahlkreisen Pforzheim (24,2 Prozent) und Mannheim I (23,0 Prozent) gewann die AfD mit ihren beiden besten Einzelergebnissen aus dem Stand zwei Direktmandate. Hinzu kamen 1,02 Prozent, die auf die AfD-Abspaltung »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA) entfielen.[3] »Die AfD ist spätestens mit dem heutigen Tag eine feste parlamentarische Größe in unserem Land«, frohlockte der Landeschef Jörg Meuthen.[4]

Landtagswahlprogramm

Zweifellos profitierte die AfD dabei vor allem von der kontrovers geführten Debatte über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und deren Umsetzung auf Landesebene. Schon in der Präambel ihres Landtagswahlprogramms prangerte die Partei die angebliche »grün-rote Multikulti-Ideologie« an und prophezeite: »Die Integrationskraft unseres Landes reicht bei weitem nicht aus, um die derzeitigen Zuwandererzahlen zu bewältigen.«[5] Die in die Bundesrepublik geflüchteten Menschen würden »direkt in die deutschen Sozialsysteme« einwandern, hieß es einige Seiten weiter.[6] Eine »unheilvolle Koalition aus dem Kartell der Altparteien und den Medien« versuche die Bevölkerung zu manipulieren, während Bundeskanzlerin Angela Merkel »hunderte Millionen Armutsflüchtlinge« nach Deutschland locke. »Wird dieser Zustrom nicht gestoppt, so ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt«, lautete die Prognose der AfD.[7] Als Gegenmaßnahmen forderte sie unter anderem die Umwandlung des individuellen Grundrechts auf Asyl in eine »institutionelle Garantie« und eine kommunale Bürger*innenbeteiligung in Fragen der Unterbringung von Geflüchteten.

Anderen Themen schenkte die AfD deutlich weniger Aufmerksamkeit. Der Begriff »Umwelt« etwa tauchte in dem 63-seitigen Wahlprogramm gerade 13 Mal auf, die Wörter »Klima« und »Natur« noch seltener. »Die Politik hat den Klimawandel zu einer menschengemachten Klimakatastrophe hochstilisiert«, war in dem Dokument zu lesen.[8] Die Energiestrategie der EU habe die »unbelegte Klimaschädlichkeit des anthropogenen CO₂« zur Grundlage.[9] Folglich sei die deutsche CO₂-Vermeidung auch mit Hilfe von CO₂-Zertifikaten abzulehnen. Stattdessen empfahl die AfD, den »jetzigen Energiemix« beizubehalten – inklusive Atom- und Kohlekraftwerken.

Obwohl sich die AfD auch im Land als Partei der »kleinen Leute« präsentiert, wurden sozialpolitische Themen im Wahlprogramm nur gestreift. Es fanden sich weder Ausführungen zur Rolle von Gewerkschaften noch zur Situation von Betriebs- oder Personalräten oder zum Mindestlohn. Lediglich in einer kryptischen Forderung nach der »Beendigung von Zwangsmitgliedschaften in Organisationen wie der Arbeitnehmer- oder Industrie- und Handelskammer«[10] und an zwei weiteren Stellen war überhaupt von Arbeitnehmer*innen die Rede. Stattdessen wurde einer »unternehmens- und arbeitnehmerfreundlichen Steuerpolitik« das Wort geredet und die Landespolitik als »Partner unserer Wirtschaft« vorgestellt. [11] Auch mit den Forderungen nach einer »Flexibilisierung des Arbeitsmarktes«, einem »Bürokratieabbau« und einer »Deregulierungsoffensive« präsentierte sich die baden-württembergische AfD als wirtschaftsliberale Kraft.[12]

Deutlich traten die konservativen frauen- und familienpolitischen Vorstellungen der Südwest-AfD hervor. Gleich auf der sechsten Seite war im Wahlprogramm zu lesen: »Die Politik des Gender Mainstreaming mit all ihren Folgeerscheinungen wie Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragten und staatlicher Propaganda für sexuelle Minderheiten lehnt die AfD rigoros ab.«[13] In einer Zwischenüberschrift hieß es »Chancengleichheit wiederherstellen – Gleichstellungsbeauftragte und Frauenquoten abschaffen«. Nicht Frauen würden benachteiligt und diskriminiert. Das Gegenteil sei der Fall, erklärte die AfD: »In Wahrheit führen sie – im Verein mit dem Instrument der Frauenquote – regelmäßig zur Diskriminierung von männlichen Stellenbewerbern.«[14] Zwar bekannte sich die Partei zum »Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie er im deutschen Grundgesetz festgeschrieben ist.«[15] Sie wählte aber »regelmäßig männliche Bewerber aus rein geschlechtsspezifischen Gründen« diskriminiert.[16] Außerdem warnte die AfD davor, durch Gender Mainstreaming Ehe und Familie zu schwächen.[17] Man stelle sich »entschieden gegen die volkerzerzierliche Überhöhung von nicht heterosexuellen Menschen und gegen die Dekonstruktion der Familie«.[18] Damit dürfte die AfD vor allem die Debatte über den Bildungsplan 2015 der damaligen grün-roten Landesregierung vor Augen gehabt haben, der unter anderem die Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt zum Ziel hatte. Zahlreiche konservative und christliche Verbände und Gruppierungen hatten damals gegen den Plan protestiert.

Unterstützung durch einen dubiosen Verein

Tatsächlich spielte das Wahlprogramm in dem materialreich geführten Wahlkampf der AfD eher eine untergeordnete Rolle. Großformatige Plakatwände (»Mehr Schutz für Familie und Eigentum! Jetzt AfD wählen« oder »Damit Deutschland nicht zerstört wird! Jetzt AfD wählen«), Anzeigen und Postwurfsendungen wie das »Extrablatt« warben für die AfD. Schon vor dem Wahlsonntag thematisierte die Stuttgarter Zeitung dieses Phänomen.[19] Herausgeber des »Extrablatts« war die »Vereinigung zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten«, der spätere Stuttgarter »Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit

[5] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 5

[6] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 18

[7] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 19

[8] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 47

[9] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 48

[10] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 44

[11] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 40

[12] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 43

[13] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 6

[14] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 39

[15] ebd.

[16] ebd.

[17] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 28

[18] Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 30

[19] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.wahlkampf-in-baden-wuerttemberg-unbekannte-unterstuetzen-die-afd.56f4a181-84e7-4ffc-8db9-d89f812d982b.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[1] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landtagswahl-baden-wuerttemberg-kritik-an-afd-vorschlag-der-wahlbeobachtung.2a50fe18-3a5f-482c-a848-57d1b3f8dc42.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[2] Dem 16. Landtag von Baden-Württemberg gehören statt der regulären 120 Abgeordneten durch Überhang- und Ausgleichsmandate insgesamt 143 Abgeordnete an. <https://www.landtag-bw.de/home/der-landtag/parlament/landtagswahl-2016.html> (aufgerufen am 18.08.2020). Das baden-württembergische Landtagswahlrecht kennt keine Landeslisten. Entscheidend sind alleine die Ergebnisse in den 70 Wahlkreisen der vier Regierungsbezirken. Wer das beste Wahlkreis-Ergebnis erzielt, sichert sich das Direktmandat. Weitere 50 Mandate werden nach dem Gesamtergebnis verteilt. Entscheidend bei der Verteilung ist das relative Stimmenergebnis in den Wahlkreisen. Waren früher hierfür die absoluten Stimmenzahlen ausschlaggebend, sind heute die Prozentergebnisse entscheidend für die Mandatsvergabe. Dazu kommen im dritten Schritt noch Ausgleichs- und Überhangsmandate.

[3] Die »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA) entstand 2015 nach dem Scheitern des AfD-Gründers und Bundessprechers Bernd Lucke sowie dem folgenden Austritt aus der AfD. Später musste sich die bis heute erfolglose Partei umbenennen und wählte den Namen »Liberal-Konservative Reformen« (LKR).

[4] Heilbronner Stimme, 14. März 2016, S. 3

Die Gründungsversammlung der AfD in Stuttgart, 2016

[20] Die Gründungsversammlung des Vereins fand laut dem Vereinsregister des Amtsgerichtes Stuttgart am 21. September 2016 in Stuttgart statt. Neben den sieben Gründungsmitgliedern um den PR-Berater David Bendels nahm der für »die rechtliche Beratung anwesende« Rechtsanwalt Rolf Schlierer teil, der auch die Versammlungsleitung innehatte. Bei Schlierer handelt es sich um einen langjährigen Top-Funktionär der rechtsradikalen »Republikaner« (REP) aus Baden-Württemberg.

[21] https://www.lobbycontrol.de/2020/01/illegale-afd-spenden-rote-karte-fuer-meuthen/ (aufgerufen am 18.08.2020)

[22] https://www.afd.de/joerg-meuthen-afd-verzichtet-auf-berufung-im-prozess-gegen-die-bundestagsverwaltung/ (aufgerufen am 18.08.2020)

[23] In jeweils zwei Wahlkreisen bewarben sich: Jan Czada (Schwäbisch Gmünd und Aalen), Ulrich Sterra (Esslingen und Kirchheim), Jörg Meuthen (Backnang und Bretten), Stefan Räpple (Offenburg und Kehl) sowie Carola Wolle (Neckarsulm und Hechingen-Münsingen).

[24] https://www.landtagswahl-bw.de/fileadmin/landtagswahl-bw/pdf/LTW2016_Wahlvorschlaege_nach_Wahlkreisen.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[25] https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.wahlkreis-backnang-joerg-meuthen-afd-einst-mit-der-fdp-geliebbaeugelt.90705997-a4f6-4213-92d2-5c428d02228f.html (aufgerufen am 18.08.2020)

[26] Die in Beilstein (Landkreis Heilbronn) wohnhafte Carola Wolle hatte mit einem etwas besseren Ergebnis als in Hechingen-Münsingen bereits im Wahlkreis Neckarsulm das Mandat erobert.

[27] Richard Stöss: »Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft, Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik« (= Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin. Bd. 32). Westdeutscher Verlag, Opladen, 1980, S. 327 https://books.google.de/books?id=CmGXbWAAQB&AJ&pg=PA327&lpq=PA327&dq=bernd+grimmer+aktionsgemeinschaft+unabh%C3%A4ngiger+deutschland&source=bl&ots=VwSJbUoW1F&sig=ACfU3U2K0YFX4ENPYXRtqSf5FeY10QbsrQ&hl=de&sa=X&ved=2ahUKewiT8sW4xb7sAhUOD0wKHRsCBII4ChDoATADEgQIBxAC#v=onepage&q=bernd%20grimmer%20aktionsgemeinschaft%20unabh%C3%A4ngiger%20deutschland&f=false (aufgerufen am 18.10.2020)

[28] https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Euro-Kritiker-gruenden-Landesverband-123747.html (aufgerufen am 18.08.2020)

und (der) bürgerlichen Freiheiten e.V.«[20] Formal trat die Vereinigung samt ihrer Wahlkampfhilfe unabhängig von der AfD auf. Faktisch waren ihre Inhalte exklusiv und passgenau auf die AfD zugeschnitten. Dabei bestanden Verbindungen zwischen dem Verein und der Schweizer Goal AG von Alexander Segert, einem in der Schweiz lebenden Deutschen. Die Goal AG erstellte die Webseite, plante das »Extrablatt«, buchte für die Wahlkämpfe in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Plakatwände für den Verein und kaufte Fotos, die für die »Extrablätter« verwendet wurden. Die Goal AG organisierte 2016 zudem Werbeaktionen für den baden-württembergischen AfD-Spitzenkandidaten Jörg Meuthen im Wert von 89.800 Euro. Mit seiner Unterschrift unter eine Freistellungserklärung übernahm Meuthen damals auch schriftlich die rechtliche Verantwortung dafür – meldete die Parteispende aber nicht, wie es vorgeschrieben wäre. Entsprechend tauchte sie im Rechenschaftsbericht der AfD nicht auf. Die Bundestagsverwaltung wertete das als illegale Parteispende und verhängte eine Strafzahlung von 269.400 Euro. Das Berliner Verwaltungsgericht bestätigte diesen Sachverhalt in seinem Urteil vom 9. Januar 2020. Die Strategie des Professors für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl scheiterte vor Gericht: Meuthens angebliche Unwissenheit und Unerfahrenheit schützten ihn und seine Partei nicht vor Strafe.[21] Im Juni 2020 teilte die Bundesgeschäftsstelle der AfD mit, dass man auf eine Berufung verzichten werde, und akzeptierte damit das in der Spendenaffäre verhängte Bußgeld.[22]

Aufstellung der Fraktion

Ins Rennen gegangen waren für die AfD in den insgesamt 70 baden-württembergischen Wahlkreisen 65 Bewerber*innen. Mit Anja Markmann, Carola Wolle, Dr. Christina Baum, Claudia Martin, Alice Weidel und Anastasija Koren waren darunter lediglich sechs Frauen. Fünf Kandidat*innen traten in zwei Wahlkreisen an, was zulässig, für größere Parteien aber ungewöhnlich ist.[23] Weitere Kandidat*innen traten in einem zweiten Wahlkreis als Ersatzkandidat*innen an. Auffällig ist, dass eine Reihe von Bewerber*innen wohnortfern kandidierte. Jörgen Meuthen überließ Stefan Räpple das Feld in Offenburg und Kehl und bewarb sich selbst im württembergischen Backnang und im badischen Bretten.[24] Der dortige AfD-Kandidat war kurzfristig abgesprungen.[25] Heinrich Fiechtner kandidierte nicht im heimischen Stuttgart, sondern in Göppingen. Heiner Merz lief nicht in Waiblingen auf, reüssierte dafür auf der Ostalb in Heidenheim. Seinen Wohnsitz hat er trotz Umzugs bis heute in der Nähe von Waiblingen. In Sigmaringen trat Anastasija Koren an, die Stuttgarter Geschäftsführerin des AfD-Landesverbandes.

Die Gründe waren möglicherweise ein Mangel an willigen, geeigneten und qualifizierten Personen. Dem Erfolg bei den Wähler*innen tat dies jedoch keinen Abbruch. Am Tag nach der Wahl konnten sich 20 Männer und drei Frauen über ihren Einzug in den Landtag von Baden-Württemberg freuen. Die neuen Mandatsträger*innen waren: Heinrich Fiechtner, Jörg Meuthen, Rainer Podeswa, Thomas Palka, Carola Wolle, Anton Baron, Udo Stein, Christina Baum, Heiner Merz, Rainer Balzer, Rüdiger Klos, Claudia Martin, Klaus-Günther Voigtmann, Bernd Grimmer, Heinrich Kuhn, Bernd Gögel, Stefan Räpple, Emil Sänze, Lars Patrick Berg, Wolfgang Gedeon, Stefan Herre, Daniel Rottmann und der Reutlinger Hans-Peter Stauch als Ersatzkandidat von Carola Wolle im Wahlkreis Hechingen-Münsingen.[26]

Die konstituierende Plenarsitzung fand am 11. Mai 2016 statt. Als Alterspräsident hielt der 74-jährige AfD-Abgeordnete Heinrich Kuhn aus Altensteig (Wahlkreis Calw) die Eröffnungsrede. Sein Mandat legte der Arzt und Homöopath aus Alters- und Gesundheitsgründen bereits Ende 2016 wieder nieder. Für ihn rückte sein Ersatzkandidat Klaus Dürr nach, der am 21. Juni 2020 verstarb.

Bei der konstituierenden Fraktionssitzung am 16. März 2016 wurde Jörg Meuthen zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Parlamentarischer Geschäftsführer (PGF) wurde Bernd Grimmer, der Gewinner des Pforzheimer Direktmandats. Erster Fraktionsgeschäftsführer wurde kurzzeitig Joachim Kuhs, der seit 2019 dem Europaparlament angehört. Nach wenigen Wochen folgte auf Kuhs Philipp B. Hering.

Die politische Karriere des ersten PGF Grimmer hatte bei der national-neutralistischen »Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher« (AUD)[27] um August Haußleiter begonnen, der er rund zehn Jahre angehörte. Mit Haußleiters AUD ging Grimmer zu den neugegründeten GRÜNEN, wo Haußleiter kurzzeitig einer der Sprecher wurde, ehe er wegen seiner NS-Vergangenheit von diesem Amt zurücktrat.

Bereits 1991 verließ Grimmer die GRÜNEN, schloss sich 2009 den Freien Wählern (FW) an und wurde deren Landesvorsitzender. 2013 verließ er die FW in Richtung AfD.[28] 2015 gehörte Grimmer zu den Unterzeichnern der »Erfurter Resolu-

tion«[29], die als Gründungsdokument des rechtsextremen »Flügels« gilt. Bei der Wahl in den Landtag war Grimmer zusammen mit Jörg Meuthen und Lothar Maier einer der damals drei Landessprecher der AfD.

Die AfD-Fraktionsvorstände seit Einzug in den baden-württembergischen Landtag 2016

	16. März 2016 ^[30]	07. Juli 2016	07. Juli 2016	Oktober 2016 ^[31]	01. November 2017	Oktober 2018 ^[32]	2019
	AFD	ABW					
Fraktionsvorsitzender	Jörg Meuthen	Heiner Merz ^[33]	Jörg Meuthen	Jörg Meuthen	Bernd Gögel ^[34]	Bernd Gögel ^[35]	Bernd Gögel
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende	Emil Sänze ^[36]	Rüdiger Klos	Heinrich Fiechtner ^[37]	Bernd Gögel	Emil Sänze	Stefan Herre (Oktober 2018 bis Juni 2019) ^[40]	Emil Sänze
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende		Emil Sänze		Rüdiger Klos	Rainer Podeswa	Dr. Rainer Podeswa (Rücktritt 9. Januar 2019) ^[41]	Rainer Podeswa
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende				Emil Sänze	Rüdiger Klos (bis Oktober 2018) ^[38]	Dr. Rainer Balzer	Rainer Balzer
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende				Rainer Podeswa	Rainer Balzer (ab Januar 2018) ^[39]	Emil Sänze (Rücktritt 9. Januar 2019) ^[42]	
Parlamentarische Geschäftsführer	Bernd Grimmer	Bernd Grimmer		Anton Baron	Anton Baron	Anton Baron	Anton Baron
	»Fraktionsvorstände«, ^[30] ^[31] ^[32] ^[33] ^[34] ^[35] ^[36] ^[37] ^[38] ^[39] ^[40] ^[41] ^[42]						
	Abbildung: Annette Wagner, Sven Ullenbruch, Lizenz: All rights reserved.						

Die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Der Fall Gedeon

Die Euphorie der baden-württembergischen AfD-Anhänger*innen über den Einzug ihrer Partei in den Landtag wurde schon nach wenigen Monaten gedämpft. Im Juni 2016 brach in der Landtagsfraktion ein Streit über die antisemitische Haltung ihres Abgeordneten Wolfgang Gedeon aus. Der 1947 im bayerischen Cham geborene Mediziner aus dem Wahlkreis Singen hatte sich in seinem bereits 2012 erschienenen Buch »Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten« abfällig über die historische Aufarbeitung des Holocaust geäußert. Die systematische Ermordung von Juden und Jüdinnen im Nationalsozialismus hatte Gedeon dabei als »gewisse Schandtaten« bezeichnet. Prominente Holocaust-Leugner wie die Neonazis Ernst Zündel, David Irving und Horst Mahler hatte Gedeon zum »Dissidenten« erklärt.[43] In dem Buch ist die Rede vom »Judaismus in seiner säkular-zionistischen Form« als »Wirk- und Machtfaktor westlicher Politik« und vom »inneren Feind des Abendlands«.[44]

Zunächst versuchte die AfD-Fraktion, der Empörung der demokratischen Parteien über ihren frisch gebackenen Parlamentarier mit bisweilen grotesk anmutenden Schachzügen zu begegnen. So verkündete der damalige Fraktions-Vorsitzende Jörg Meuthen am 8. Juni 2016 im Landtag: »Auch der neueste Versuch der Verunglimpfung seitens unserer politischen Gegner, nämlich der Versuch, uns nun mit der Antisemitismuskeule zu beschädigen, wird scheitern und in sich zusammenbrechen.«[45] Bei der Plenarsitzung am nächsten Tag ließ die Fraktion überraschend Wolfgang Gedeon selbst das Wort ergreifen. Der verkündete in knappen Sätzen, er hetze nicht gegen Juden und leugne nicht den Holocaust. Gedeon erklärte, er brauche nur auf seine Uhr zu schauen, um zu wissen, dass er kein Antisemit sei – denn diese Uhr habe 1947 ein »jüdischer Geschäftsfreund« seinem Vater geschenkt.[46] Gleichzeitig nutzte Gedeon die Gunst der Stunde, um Ressentiments gegen Migrant*innen zu schüren:

»Wir haben die Situation, dass gerade heute ein neuer Antisemitismus in gefährlicher Weise nicht zuletzt über die muslimische Zuwanderung in unsere Gesellschaft eindringt.«[47]

Andere AfD-Vertreter versuchten der scharfen Kritik aller übrigen Parteien im Stuttgarter Landtag mit provokativen Zwischenrufen etwas entgegenzusetzen. So sagte der Schwäbisch Haller Abgeordnete Udo Stein während eines Redebeitrags des FDP/DVP-Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Rülke:

»Hier ist das Urteil schon gesprochen! Das ist schlimmer als in der Nazi-zeit!«[48] Einige Minuten später ruderte Stein zurück und entschuldigte sich für den Vergleich.[49]

Doch alle Ablenkungsversuche halfen der AfD nichts. Längst war nach außen durchgesickert, dass auch innerhalb der Fraktion der Streit über den Umgang mit der »Causa Gedeon« gärte. Jörg Meuthen befürwortete einen Ausschluss von Wolf-

[29] https://fuxenrot.noblogs.org/post/2019/01/27/der-fluegel-unterzeichnerlisten-der-erfurter-resolution/ (aufgerufen am 18.10.2020)

[30] https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-fraktionschef-joerg-meuthen-gewählt-beur-laubung-soll-folgen.017c5321-65c1-4bc8-b1fd-28eb5a0389be.html(aufgerufen am 18.08.2020)

[31] https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-10/baden-wuerttemberg-afd-fraktion-landtag (aufgerufen am 18.08.2020)

[32] https://www.presseportal.de/prm/127902/4086609 (aufgerufen 18.08.2020)

[33] https://www.stimme.de/deutschland-welt/politik/dw/Alte-AfD-Fraktion-im-Stuttgarter-Landtag-mit-neuer-Spitze;art295,3667299 (aufgerufen am 18.08.2020)

[34] https://www.landtagswahl-bw.de/fraktionsvorsitzende.html?&MP=1175-9455 (aufgerufen am 18.08.2020)

[35] https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stuttgarter-landtag-bernd-goegel-als-fraktionschef-der-afd-bestaetigt.3064acf6-9906-4e09-a0a7-1335b5717349.html (aufgerufen am 18.08.2020)

[36]https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-feiert-erfolg-bei-landtagswahl-in-baden-wuerttemberg-14196670.html (aufgerufen am 18.08.2020)

[37] https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-goepplingen/fiechtner-sieht-afd-in-der-krise-22913509.html (aufgerufen am 18.08.2020)

[38] https://www.zak.de/Nachrichten/Balinger-Stefan-Herre-rueckt-in-den-AfD-Landesvorstand-7041.html (aufgerufen am 18.08.2020)

[39] http://rw-tut.afd-bw.de/2018/01/landtagsfraktion-der-afd-baden-wuerttemberg-beschliesst-anlaesslich-ihrer-klausurtagung-diverse-personelle-veraenderungen/ (aufgerufen am 18.08.2020)

[40] https://www.zak.de/Nachrichten/Balinger-Stefan-Herre-rueckt-in-den-AfD-Landesvorstand-7041.html (aufgerufen am 18.08.2020)

[41] https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.baden-wuerttemberg-zwei-afd-vizefraktionschefs-zurueckgetreten.bf4596bf-ee05-4240-a07d-29938c5d30ea.html (aufgerufen am 18.08.2020)

[42] https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.baden-wuerttemberg-zwei-afd-vizefraktionschefs-zurueckgetreten.bf4596bf-ee05-4240-a07d-29938c5d30ea.html (aufgerufen am 10.06.2020)

[43] https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/antisemitische-thesen-von-afd-abgeordneten-gedeon-14268327-p2.html (aufgerufen am 18.08.2020)

[44] https://taz.de/Antisemitismus-in-der-AfD!/5346882/ (aufgerufen am 18.08.2020)

[45] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0005_08062016.pdf(aufgerufen am 18.08.2020)

[46] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0006_09062016.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[47] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0006_09062016.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[48] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0006_09062016.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[49] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0006_09062016.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[50] <https://www.sueddeutsche.de/politik/baden-wuerttemberg-stunde-der-spalter-1.3042719> (aufgerufen am 18.08.2020)

[51] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.antisemitismus-vorwurf-gegen-gedeon-afd-fraktionschef-meuthen-kuendigt-konsequenzen-an.c46010e1-239b-4b49-be55-e3a03fbd696c.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[52] <https://www.youtube.com/watch?v=b1iJwoZBHWc> (aufgerufen am 18.08.2020)

gang Gedeon aus der Fraktion, fand dafür aber in den eigenen Reihen nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. Die AfD-Abgeordneten Rainer Balzer, Emil Sänze und Bernd Grimmer forderten öffentlich, die Äußerungen von Gedeon zunächst durch ein »unabhängiges wissenschaftliches Gutachten« prüfen zu lassen.[50] Jörg Meuthen hingegen bestätigte der Stuttgarter Zeitung, er mache seine politische Zukunft vom Ausschluss seines Singener Parteikollegen abhängig.[51] Bei einer Krisensitzung am 21. Juni 2016 wurde die fraktionsinterne Abstimmung über den Ausschluss von Gedeon aber weiter aufgeschoben. Stattdessen erklärte sich Gedeon dazu bereit, seine Fraktionsmitgliedschaft für einige Monate ruhen zu lassen. Bis dahin sollte eine Kommission mindestens drei externer Gutachter den Antisemitismus-Vorwurf prüfen.



»dpatopbilder Wolfgang Gedeon, Abgeordneter der Partei Alternative für Deutschland im Landtag von Baden-Württemberg, verlässt am 06.07.2016 mit einem Koffer ein Landtagsgebäude in Stuttgart (Baden-Württemberg). Gedeon war zuvor aus der AfD-Fraktion ausgetreten. Foto: Christoph Schmidt/dpa (zu dpa: »Tausziehen in der AfD im Stuttgarter Landtag – Petry trifft Meuthen« vom 06.07.2016)«
Abbildung: picture alliance / dpa | Christoph Schmidt, Lizenz: All rights reserved.

Die Spaltung der Fraktion

Mit der Gewinnung unabhängiger wissenschaftlicher Expert*innen tat sich die AfD allerdings schwer. Teile der Fraktion drängten zudem auf eine politische Entscheidung, so dass es am 5. Juli 2016 in den Fraktionsräumen zum Showdown kam. 13 AfD-Abgeordnete votierten für einen Ausschluss von Wolfgang Gedeon aus der Landtagsfraktion, während neun Parlamentarier*innen für einen Verbleib ihres Parteikollegen stimmten. Damit war Jörg Meuthen erneut mit dem Versuch gescheitert, den Antisemitismus-Vorwurf durch eine personelle Entscheidung auszuräumen. Daraufhin entschlossen sich die 13 Abgeordneten um Jörg Meuthen dazu, die Fraktion zu verlassen. Dem Fraktions-Vorsitzenden folgten die Abgeordneten Anton Baron, Lars Patrick Berg, Heinrich Fiechtner, Stefan Herre, Heinrich Kuhn, Claudia Martin, Thomas Palka, Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann und Carola Wolle. Kurz darauf erklärte auch der Bruchsaler Abgeordnete Rainer Balzer seine Zugehörigkeit zum AfD-Abspaltungsprodukt. Auf einer Pressekonferenz am 5. Juli 2016 verkündete Meuthen: »Wir bedauern es ausdrücklich, diese Trennung vollziehen zu müssen. Wer nicht in der Lage ist, rassistische oder antisemitische Äußerungen zu erkennen und zu unterlassen, schädigt seine Partei und gehört schon gar nicht in Führungspositionen einer staatstragenden Partei. Das gleiche gilt für jeden, der nicht willens ist, missverständene Aussagen klarzustellen, von ihnen zweifelsfrei abzurücken und ausdrücklich um Entschuldigung für jenen Schaden zu bitten, den er anderen in der Partei mit solchen Aussagen zugefügt hatte.«[52] Als politisches oder moralisches Aufbegehren der bürgerlichen AfD-Mitte gegen den rechten Parteirand war

die Fraktionsspaltung jedoch kaum zu verstehen. Im Interview mit dem rechtsextremen »Compact«-Magazin hatte Jörg Meuthen wenige Wochen zuvor noch versichert: »Das Vögelchen fliegt nicht mit einem Flügel. Es ist in einer Partei die auch den Anspruch erhebt, Volkspartei werden zu wollen, völlig normal, dass es da auch unterschiedliche Strömungen gibt. Da muss man integrativ arbeiten – und nicht spalten.«[53]

Im Rahmen der Auseinandersetzung traten vielmehr innerparteiliche Machtkämpfe auf Bundesebene offen zu Tage. Meuthen, zugleich Bundessprecher der AfD, geriet dabei mit Frauke Petry aneinander, die damals ebenfalls als Bundessprecherin fungierte. Mit der Entscheidung, die AfD-Fraktion zu verlassen, stützte sich Meuthen auf einen Beschluss des AfD-Bundesvorstands vom 5. Juli 2016. Darin sicherte der Bundesvorstand Meuthen zu, als Vertreter der AfD im baden-württembergischen Landtag nur ihn und die Gruppe der Abtrünnigen anzuerkennen. An der Telefonkonferenz, die zu diesem Beschluss führte, hatte Frauke Petry nicht teilgenommen. Stattdessen tauchte die AfD-Frau aus Sachsen im Stuttgarter Landtag auf. Dort gelang es Petry, ihren Konkurrenten Jörg Meuthen zu düpieren, indem sie Wolfgang Gedeon in einem persönlichen Gespräch zum Austritt aus der Fraktion bewegte. Die »Parteivernunft« zwingt ihn zu diesem Schritt, erklärte Gedeon am 5. Juli 2016. Unvergessen bleibt, wie Petry vor laufenden Fernsehkameras sagte, es müssten »emotionale Konflikte aufgelöst werden«, und dann mitten im Interview durch den heraneilenden Meuthen unterbrochen wurde.[54]

Der hielt an der Abspaltung von der alten AfD-Fraktion fest und setzte sich weiter als legitimer Vertreter seiner Partei im Landtag in Szene. Der neue Zusammenschluss gab sich den Namen »Alternative für Baden-Württemberg« (ABW) und beanspruchte, als eigenständige Landtagsfraktion zu agieren. Ein im Auftrag des Landtags erstelltes Gutachten mehrerer Verfassungsrechtler bestätigte im Juli 2016 den Status der ABW als Fraktion im Sinne der Geschäftsordnung des Landtages. Einer Anerkennung als Fraktion bedürfe es nicht, hielten die Juristen fest.[55]

Währenddessen versuchten auch die acht übriggebliebenen AfD-Vertreter, sich neu zu ordnen. Sie wählten den Heidenheimer Abgeordneten Heiner Merz zum neuen Vorsitzenden und Rüdiger Klos und Emil Sänze zu seinen Stellvertretern. Parlamentarischer Geschäftsführer blieb Bernd Grimmer. »Wir sind das Original und kein Plagiat«, verkündete Heiner Merz in den Medien.[56] Die Spaltung schien damit zementiert.

Versuchter Linksextremismus-Ausschuss und Wiedervereinigung

Der Unmut unter den Mitgliedern und in den Kreisverbänden der baden-württembergischen AfD über die Zersplitterung ihres parlamentarischen Arms blieb aber groß. Daran konnte auch der gemeinsame Versuch der beiden Fraktionen nichts ändern, im Stuttgarter Landtag ein politisches Herzensanliegen der AfD durchzusetzen. Am 10. August 2016 stellte die alte AfD-Fraktion zusammen mit der ABW-Fraktion den Antrag auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Thema »Linksextremismus in Baden-Württemberg«. Darin hieß es, ein Ausschuss solle untersuchen, »ob diese linksextremen Strukturen in Baden-Württemberg vonseiten der früheren oder derzeitigen Landesregierung, der Parteien, der Verwaltung, der Behörden oder des Landtags toleriert, gefördert oder geschützt wurden oder werden.«[57] In ihrer Begründung des Antrags in der Landtagsitzung am 28. September 2016 behauptete die AfD-Abgeordnete Christina Baum, die baden-württembergische CDU stelle sich »schützend vor Extremisten und Verbrecher«[58], und sprach von angeblichen »außerparlamentarischen Schlägertrupps«.[59]

Dabei stützten die beiden Fraktionen ihr Anliegen auf § 2 Abs. 3 S. 1 Alt. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes (UAG) in seiner damals geltenden Fassung. Laut dieser Norm war der Landtag dazu verpflichtet, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, wenn ein Antrag von »zwei Fraktionen« unterzeichnet wurde. Mit dem von AfD und ABW unterzeichneten Antrag glaubten die AfD-Parlamentarier*innen, dieses Erfordernis zu erfüllen und die Einsetzung des Gremiums erzwingen zu können. Ähnliches galt für eine Enquete-Kommission mit dem Titel »Bedrohung durch Islamismus, Scharia-Recht, organisierte Kriminalität und Einfluss fremder Staaten«, deren Einsetzung AfD und ABW forderten.

Die demokratischen Parteien im Landtag erkannten im Vorgehen der beiden Fraktionen aber den Versuch, parlamentarische Rechte zu missbrauchen. Die CDU-Abgeordnete Nicole Razavi warf der AfD vor, die Wiedervereinigung ihrer beiden Fraktionen zu verzögern, um einen Untersuchungsausschuss beantragen zu können: »Tatsächlich geht es Ihnen darum, den Landtag, die parlamentarischen Institutionen und ihre Regeln im wahrsten Sinn des Wortes vorzuführen.«[60] Auch der Grünen-Innenpolitiker Hans-Ulrich Sckerl richtete sich mit deutlichen Worten an die »Zwillings«-Fraktionen der AfD:

[53] Interview mit Jörg Meuthen, in: Compact Ausgabe 05/2016, S. 43

[54] <https://www.youtube.com/watch?v=MSh2q93cC8E> (aufgerufen am 18.08.2020)

[55] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/rechtliche_grundlagen/Gutachten_Zulaessigkeit%20und%20Grenzen%20der%20Bildung%20von%20Parallelfractionen.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[56] Heilbronner Stimme, 8. Juli 2016, S. 5

[57] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/0000/16_0423_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[58] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0012_28092016.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[59] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0012_28092016.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[60] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0012_28092016.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[61] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp16_0012_28092016.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[62] https://verfgh.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-verfgh/dateien/171213_1GR29-17_Urteil.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[63] <https://www.presseportal.de/pm/127902/4496598> (aufgerufen am 18.08.2020)

[64] <https://www.youtube.com/watch?v=x0V0efGdLQY> (aufgerufen am 18.08.2020)

[65] <https://www.youtube.com/watch?v=x0V0efGdLQY> (aufgerufen am 18.08.2020)

[66] Stuttgarter Zeitung, 20. Dezember 2016

[67] <https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/177/Stellungnahme+zum+Fraktionsaustritt+von+Claudia+Martin>(aufgerufen am 18.08.2020)

[68] <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.claudia-martin-cdu-landtagsfraktion-nimmt-ex-afd-abgeordnete-auf.79954084-d844-46c4-b034-804698db8cb6.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[69] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/joerg-meuthens-wechsel-ins-europaparlament-sorgt-fuer-unmut-15282061.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

»Wir haben Ihre Possen, Ihre Vorführaktionen, Ihr Theater schlicht und einfach politisch satt, meine Damen und Herren. Der Landtag ist wehrhaft.«[61]

Zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses kam es letztlich nicht. Noch im September 2016 beschloss der Landtag eine Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes. Seitdem muss es sich bei den Fraktionen, die einen Untersuchungsausschuss beantragen, um Fraktionen verschiedener Parteien handeln. Auch ein Gutachten der Landtagsverwaltung vom 11. Oktober 2016 stellte fest, dass ein Antrag von »zwei Fraktionen« im Sinne des Gesetzes nur dann vorliege, wenn diese Fraktionen verschiedene Parteien repräsentieren. Folglich lehnte der Landtag am 10. November 2016 die Einsetzung eines »Linksextremismus«-Ausschusses in namentlicher Abstimmung ab. Auch ein Organstreitverfahren vor dem Verfassungsgerichtshof gegen dieses Vorgehen endete im Dezember 2017 mit einer Niederlage für die AfD. Die Richter sahen in der Ablehnung des Untersuchungsausschusses durch die anderen Parteien im Landtag keine Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes gegenüber der AfD.[62] Wie der Verfassungsgerichtshof ausführte, lagen die Voraussetzungen für einen Minderheitenantrag der AfD-Fraktionen im Sinne von § 2 Abs. 3 S. 1 Alt. 2 UAG im November 2016 ohnehin nicht mehr vor. Denn bereits im Oktober 2016 hatten sich die Abgeordneten von ABW und AfD wieder zu einer gemeinsamen Fraktion vereint und Jörg Meuthen erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Die Anzahl der Vize-Vorsitzenden stieg mit Bernd Gögel, Rüdiger Klos, Emil Sänze und Rainer Podeswa auf vier. Dass drei von ihnen während der Spaltung zur Alt-AfD-Fraktion gehört hatten, kam einem Autoritätsverlust von Jörg Meuthen zumindest recht nahe.

Vorangegangen waren der Fusion verschiedene Gespräche, bei denen die AfD unter anderem einen professionellen Mediator zu Rate zog. Außen vor blieb Wolfgang Gedeon, der seit der vorübergehenden Spaltung als fraktionsloser Abgeordneter im Landtag sitzt und im März 2020 nach einer Entscheidung des Bundeschiedsgerichtes auch die Partei verlassen musste.

Mit der Unterstellung, linke Strukturen würden vom Staat oder den demokratischen Parteien in größerem Umfang unterstützt und finanziert, versucht die AfD-Fraktion aber bis heute, ihre politischen Widersacher zu diffamieren. Die Hoffnung, angebliche Verstrickungen oder Verschwörungen mittels eines Untersuchungsausschusses aufdecken zu können, dürfte die Partei inzwischen aber aufgegeben haben. Im Januar 2020 gründete sich stattdessen innerhalb der Fraktion ein »Arbeitskreis Linksextremismus«. Angeführt ausgerechnet von der zum extrem rechten – inzwischen offiziell aufgelösten – »Flügel« der Partei zählenden Abgeordneten Christina Baum, will der Arbeitskreis nach eigenen Angaben »vor allem die Kultur unter die Lupe nehmen, die inzwischen staatlich finanziert Politik betreibt«.[63] Neben Baum zählen zu dem dreiköpfigen Arbeitskreis die Abgeordneten Thomas Palka (Wahlkreis Eppingen) und Carola Wolle (Wahlkreis Neckarsulm).

Nach der Fusion: Weitere Verluste

Auch nach der Wiedervereinigung der Fraktion im Oktober 2016 ging es in der AfD-Fraktion turbulent weiter. Bereits im Dezember 2016 erklärte die Wieslocher Abgeordnete Claudia Martin ihren Austritt aus der AfD und der wiedervereinigten Fraktion. Martin kritisierte die Partei in der Öffentlichkeit scharf. So sei in der Fraktion ein Arbeitspapier mit Lösungsvorschlägen zur sogenannten »Flüchtlingskrise« aufgetaucht, das »an die Warschauer Ghettos erinnert«.[64] Auch sei die AfD »nicht bereit, sich von Gruppierungen fernzuhalten, die ihrerseits keine Trennlinie zum Rechtsextremismus ziehen«.[65] Der Stuttgarter Zeitung sagte Martin: »Man will eine Stimmung erzeugen, um Wähler zu gewinnen. Da geht es dann eben nur noch um Flüchtlinge und den Islam. Das halte ich für sehr gefährlich.«[66] Aus der AfD-Fraktion schlugen der Abtrünnigen Hass und persönliche Angriffe entgegen. So hieß es in einer offiziellen Pressemitteilung des Fraktionsvorsitzenden Jörg Meuthen, Claudia Martin sei »mit der parlamentarischen Arbeit insgesamt überfordert« gewesen und habe »Fleiß und Kompromissfähigkeit« vermissen lassen.[67] Nach einem knappen Jahr als fraktionslose Abgeordnete wurde Claudia Martin am 28. November 2017 in die CDU-Landtagsfraktion aufgenommen – »aufgrund ihrer Persönlichkeit und ihrer glaubwürdigen Vorstellung«, wie es in einer Pressemitteilung hieß.[68]

Jörg Meuthen hingegen kehrte dem Stuttgarter Landtag den Rücken. Im November 2017 nahm er als Nachfolger von Beatrix von Storch ein Mandat im Europaparlament an und legte sein Landtagsmandat zum Ende des Jahres nieder. Die ursprüngliche Idee, auf unbestimmte Zeit ein Doppelmandat zu behalten, stieß auf erhebliche Kritik auch innerhalb der AfD.[69] Auch die Regelung der Nachfolge

von Jörg Meuthen im Landtag war kompliziert, wenn nicht gar obskur. Zwischen-durch machte sich der Doppel-Kandidat Jan Czada erklärtermaßen Hoffnung auf das Mandat im Landtag von Baden-Württemberg. Letztlich rückte aber Markus Widenmeyer für Meuthen nach. Da Widenmeyer sein Mandat bereits nach wenigen Wochen »aus persönlichen Gründen« niederlegte[70], landete am 2. Februar 2018 schlussendlich dessen Ersatzkandidat Harald Pfeiffer im Landtag.

Meuthens Nachfolge als Fraktionsvorsitzender trat zum 1. Dezember 2017 der im Wahlkreis Enz in den Landtag gewählte Speditionskaufmann Bernd Gögel an. Während der Phase der Fraktionsspaltung hatte Gögel zu denjenigen gehört, die in der alten AfD-Fraktion blieben und sich nicht scharf gegen den Antisemiten Wolfgang Gedeon abgrenzten. Für seine Partei verkündete der frisch gewählte Fraktionsvorsitzende, man wolle »nach der nächsten Landtagswahl eine Regierungsoption haben«.[71]

Zunächst hatte die Fraktion jedoch einen weiteren Verlust zu beklagen. Ende November 2017 erklärte der im Wahlkreis Göppingen in den Landtag gewählte AfD-Abgeordnete Heinrich Fiechtner seinen Austritt aus der Partei und der Fraktion. Offiziell begründete der Onkologe seinen Schritt mit der Wiederaufnahme des ausgetretenen Wolfgang Gedeon in den »Arbeitskreis Europa« der Landtagsfraktion. Jörg Meuthen habe die Fraktion »verwahrlosen lassen«, weil er »keinerlei klare politische Agenda«, sondern eine »persönliche Agenda« habe, erklärte der Stuttgarter Arzt.[72]

Dem Austritt waren allerdings seit Monaten schwelende Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Fiechtner und seiner Partei vorausgegangen. Unter anderem hatte ihn die Fraktion mit einem »Redeverbot« belegt und aus zwei Landtagsausschüssen abgezogen, nachdem sich Fiechtner in einer Plenardebatte entgegen der Position seiner Fraktion für die Einführung einer Gesundheitskarte für Geflüchtete ausgesprochen hatte. In einem Organstreitverfahren von Fiechtner hatte der Verfassungsgerichtshof im Oktober 2017 bestätigt, dass der Mediziner durch diese Maßnahmen seiner Fraktion in seinen Rechten als Abgeordneter verletzt worden war.[73]

Deutlich wurden die Machtkämpfe zwischen dem extrem rechten Teil der Fraktion und rechtspopulistischen und rechtskonservativen Abgeordneten auch nach dem Wechsel von Lars Patrick Berg nach Brüssel infolge seiner Wahl ins Europaparlament im Mai 2019. Seiner Nachrückerin Doris Senger aus dem Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen wurde die Aufnahme in die Fraktion über viele Wochen verunmöglicht. Senger wurde Mitte Juli 2019 Mitglied des Landtags, gehörte aber erst im September der AfD-Fraktion offiziell an.[74] Auf einer Fraktionsklausur wurde dreimal über ihre Aufnahme abgestimmt, ohne dass Senger die vermeintlich erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichen konnte. Zuletzt stellte Senger der Fraktion mit anwaltlicher Hilfe gar ein Ultimatum, um schließlich aufgenommen zu werden.

Kurz darauf führten die chronischen Spannungen in der Fraktion zu zwei weiteren Austritten. Im November 2019 kehrten das ehemalige CDU-Mitglied Harald Pfeiffer und der Balinger Abgeordnete Stefan Herre der Fraktion den Rücken und verließen gleichzeitig die AfD. Dort könnten sie ihre »liberal-konservativen Werte nicht mehr verfolgen«, erklärten die beiden in einer Pressemitteilung.[75] Die AfD-Fraktion forderte die beiden Abgänger vergeblich dazu auf, ihre Mandate zurückzugeben. In einer Pressemitteilung vom 29. November 2019 erklärte die AfD weiterhin: »Nachdem in den vergangenen Wochen und Monaten bereits kaum noch eine konstruktive Mitwirkung der beiden Abgeordneten an der Arbeit der Fraktion sowie in den Arbeitskreisen erkennbar war, ist der Fraktionsaustritt von Herre und Pfeiffer nach Auffassung der verbliebenen Fraktionsmitglieder allerdings nur ein vorhersehbarer, jedoch langer überfälliger Schritt, der den Großteil der AfD-Abgeordneten im baden-württembergischen Landtag nicht überrascht hat.«[76] Der Verlust von Stefan Herre und Harald Pfeiffer kostete die AfD auch den Status als größte Oppositionsfraktion im Landtag. Diese Rolle nimmt seitdem die SPD mit ihren 19 Mandaten ein. Ende Juli 2020 schrumpfte die AfD-Fraktion auf 17 Abgeordnete. Der Heidenheimer Abgeordnete Heiner Merz erklärte, als »nun ernüchtertes« Mitglied aus der Partei und der Fraktion auszutreten.[77]

Die Arbeit der Fraktion

Schon in der fünften Sitzung des Landtags wandte sich der damalige AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Meuthen mit markigen Worten an die Abgeordneten der demokratischen Parteien und kündigte an: »Es wird nun ungemütlicher für Sie werden, verehrte Kollegen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP.«[78] Und tatsächlich hat sich das Klima im Landtag seit dem Einzug der AfD im März 2016 deutlich verändert. Zum einen unterscheidet sich die Rhetorik vieler AfD-Abgeordneter im Plenum von derjenigen der übrigen Parlamentarier*innen. Zuge-

[70] <https://www.afd-fraktion-bw.de/aktuell/868/Erklärung+der+AfD-Fraktion+zum+Abgeordneten+Dr.+Markus+Widenmeyer> (aufgerufen am 18.08.2020)

[71] <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.alternative-fuer-deutschland-goegel-ist-neuer-chef-der-afd-fraktion.1a64fd29-cd52-46d2-93da-c3001be03a82.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[72] <https://www.youtube.com/watch?v=gU4LOJVqcx0> (aufgerufen am 18.08.2020)

[73] https://verfgh.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-verfgh/dateien/171027_1GR35-17_Urteil.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[74] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landtags-afd-afd-nachrueckerin-senger-wird-gemobbt.8903946b-b620-4a30-88fd-01af916662fb.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[75] <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.afd-in-baden-wuerttemberg-abgeordnete-herre-und-pfeiffer-treten-aus-partei-aus.e58b7678-b038-4cd9-b4bd-ec8a5a2f9304.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[76] <https://www.presseportal.de/pm/127902/4454483> (aufgerufen am 18.08.2020)

[77] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-fraktion-schrumpft-weiter-abgeordneter-heiner-merz-erklart-austritt.cf88e933-e229-44d8-beb7-3d69e62ee85b.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[78] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp16_0005_08062016.pdf(aufgerufen am 18.08.2020)

[79] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8003_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[80] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7812_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[81] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8036_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[82] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_5623_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[83] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7585_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[84] https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/1432/Bernd+Gögel%3A+Alternative+für+Deutschland+solidarisiert+sich+mit+den+Demonstrationen+gegen+Diesel-Fahrverbote (aufgerufen am 18.08.2020)
[85] https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/1432/Bernd+Gögel%3A+Alternative+für+Deutschland+solidarisiert+sich+mit+den+Demonstrationen+gegen+Diesel-Fahrverbote (aufgerufen am 18.08.2020)
[86] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6038_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020); https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5315_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[87] https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3174/Dr.+Christina+Baum+MdL%3A+Ausgangsperr e%2C+Mundschutzpflicht+–+Zwangsimpfung%3F (aufgerufen am 18.08.2020)
[88] https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3181/Bernd+Gögel+MdL%3A+»Beenden+Sie+den+Lockdown (aufgerufen am 18.08.2020)
[89] https://afdkompakt.de/wp-content/uploads/sites/75/2017/05/Fit4ReturnFlyer.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[90] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8194_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

spitzte, verallgemeinernde Kritik an den angeblichen »Altparteien« und provokative Zwischenrufe gehören inzwischen zum Alltag. Zum anderen bedient sich die Rechtsaußen-Partei ausgesprochen großzügig des gesamten Instrumentariums, das ihr im parlamentarischen Betrieb zur Verfügung steht. Als Oppositionsfraktion spielt die Mitwirkung am Gesetzgebungsprozess für die AfD jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Ihre Kernaufgabe bleibt die Kontrolle des Regierungshandelns. Diesem Auftrag versuchen die Abgeordneten vor allem mit unzähligen Anfragen und Anträgen an die Landesregierung gerecht zu werden. Deren Ergebnisse werden über Pressemitteilungen und über die Sozialen Netzwerke verbreitet.

Dabei präsentiert sich die AfD keineswegs als reine »Ein-Punkt-Partei«. Verkehrs- und gesundheitspolitische Sachverhalte werden ebenso aufgegriffen wie finanzpolitische Fragen oder Themen der Agrarpolitik. Wie die Vertreter*innen der demokratischen Parteien erkundigen sich die AfD-Abgeordneten auch nach der Infrastruktur in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen oder spezifischen Problemen in ihren Wahlkreisen. Für die Bearbeitungszeit zur Verlängerung von Jagdscheinen bei den Landratsämtern[79] interessieren sich AfD-Abgeordnete ebenso wie für den Zustand der Gehwege in Stuttgart[80], die Feuerwehrfinanzierung[81], Beschneigungsanlagen[82] oder Brückensprengungen im Land.[83]

Auch auf Protestbewegungen wird reagiert, wenn sich aus Sicht der AfD die Möglichkeit bietet, dort sichtbar zu werden und den zu Tage tretenden Unmut im eigenen Sinne gegen das angebliche »Altparteienkartell« zu lenken. Als im Januar 2019 in der Stuttgarter Innenstadt gegen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge demonstriert wurde, verkündete der Fraktionsvorsitzende Bernd Gögel seine Solidarität mit den Protestierenden: »Die Demonstranten und alle betroffenen Bürger können sich sicher sein, dass wir ihre Positionen und den Protest wahrnehmen und mit aller Konsequenz in unsere parlamentarische Arbeit einfließen lassen.«[84] Als »geradezu revolutionäre Tat«, lobte der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Hans Peter Stauch, die Aktion für den Diesel.[85] Obwohl die Demonstrierenden die Umarmungsversuche der AfD rasch zurückwiesen, nahm sich die Fraktion auch im Landtag des Themas an.[86] Etwas mehr als ein Jahr später versuchte die Fraktion an Initiativen anzudocken, die gegen die Einschränkungen von Grundrechten im Zuge der Corona-Krise auf die Straße gingen. Die AfD-Abgeordnete Christina Baum behauptete in einer Pressemitteilung, »dass die Gesundheitsdiktatur uns so lange quälen wird, bis wir die Massenimpfung als den einzigen Ausweg sehen und stillschweigend uns aller bisher für selbstverständlich erachteten Rechte berauben lassen«. [87] Auch der Fraktionsvorsitzende Bernd Gögel beklagte die Maßnahmen der Landesregierung zur Pandemie-Bekämpfung. An den Ministerpräsidenten gerichtet sagte Gögel: »Es steht Ihnen und Ihrer Regierung nicht zu, die Bürger unseres Landes rund um die Uhr durch Drohnen, Zeppeline, Streifenbeamte zu Pferd und bald auch mit Hilfe der Corona-App zu überwachen! Nicht nur das erinnert uns an die ehemalige DDR, auch die Ahndung von Verstößen gegen die verfassungswidrigen und bedenkllichen Verordnungen!«[88]

Trotz der Vielzahl an Themen, zu denen sich die AfD äußert, lässt sich über die Jahre eine Schwerpunktsetzung erkennen. Den roten Faden bilden dabei Themen, mit denen sich die eigene Anhängerschaft verlässlich emotionalisieren und mobilisieren lässt und über die innerhalb der oftmals zerstrittenen Partei Einigkeit besteht.

Migration als Fokus

So ist es wenig überraschend, dass die AfD sich auch im baden-württembergischen Landtag stark auf das bundesweite Kernthema der Partei fokussiert: die Migration in die Bundesrepublik. Unter dem Motto »Fit4Return« stellte die Fraktion bereits im Mai 2017 ein eigenes Konzept zum Umgang mit Geflüchteten vor, in dem für »Remigration statt Integration« geworben wird. Die »kosten- und zeitintensive Integration in die deutsche Gesellschaft« sorge für »falsche Perspektiven«, heißt es in dem auf Flyern verbreiteten »Programm«. Stattdessen wirbt die AfD-Fraktion für die Rückführung von geflüchteten Menschen in ihre Herkunftstaaten.[89] Immer wieder fragen Abgeordnete die Landesregierung außerdem nach der Zahl der in Baden-Württemberg gestellten Asylanträge und der Unterbringung von Geflüchteten im Land. Das Augenmerk versuchen die rechten Parlamentarier*innen dabei meist auf real oder scheinbar mit dem Thema Zuwanderung verknüpfte Probleme oder Konflikte zu legen. So erkundigte sich der Schwäbisch Haller Abgeordnete Udo Stein im Mai 2020 nicht nur nach der aktuellen Zahl der Asylanträge. Stein wollte auch wissen, wie viele Asylbewerber*innen positiv auf das Corona-Virus getestet und wie viele im Rahmen der Corona-Maßnahmen mit Bußgeldern und Ordnungsmaßnahmen belegt worden seien. Als Begründung diente dem Einzelhandelskaufmann die Belastung der Steuerzahler.[90] Der Heilbronner Abgeordnete Thomas Palka wollte mit einer Kleinen Anfrage

im Februar 2020 klären, »ob eine Islamisierung unseres Landes durch Geburten erreicht beziehungsweise gefördert wird.«[91] Dazu ließ sich der Feinmechaniker von der Regierung darüber unterrichten, wie viele Frauen »im gebärfähigen Alter« es in Baden-Württemberg gibt – aufgeschlüsselt nach Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund, muslimischem Glauben oder »Migrationshintergrund aus mehrheitlich muslimischen Ländern.«[92] Für Empörung sorgte eine Anfrage der Abgeordneten Rainer Balzer und Klaus Dürr, in der sie im Juni 2019 ohne Angabe einer Begründung die Frage aufwarfen, welche Staatsangehörigkeit die an staatlichen Theatern im Land beschäftigten Tänzer*innen und Orchestermusiker*innen haben.[93] Eine Anfrage der im Wahlkreis Neckarsulm in den Landtag gewählten Carola Wolle trug die Intention des Antrags bereits als Frage im Titel: »Verschärfte Wohnungsnot durch die Unterbringung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg?«. [94] Die Landesregierung konnte den suggerierten Zusammenhang zwischen der Unterbringung von Geflüchteten und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum im August 2019 aber nicht bestätigen: »Über Fälle, in denen es zu Konkurrenzsituationen bzw. Abwägungen bei der Wohnungsvergabe kam, welche aufgrund der Flüchtlingssituation entstanden sind, liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.«[95] Wie sich mit dem Bezug auf den angespannten Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg gegen Zuwanderung polemisieren lässt, hatte der Abgeordnete Heiner Merz schon im September 2016 gezeigt. »Für die einheimischen Obdachlosen interessierte sich nie groß ein Altparteienpolitiker«, behauptete der Informatiker in einer Parlamentsdebatte. Dann fragte Merz: »Wieso wird dagegen für die oft kulturfremden Neuankömmlinge das Füllhorn so bereitwillig ausgeschüttet? Kann das womöglich daran liegen, dass alle Linksparteien bei uns hier ihre Wähler von morgen sehen – in den selbstverständlich bald mit Doppelpass beglückten afrikanischen, orientalischen Neubürgern?«[96]

Ganz besonders pocht die AfD-Fraktion auf den Zusammenhang zwischen Migration und Problemen der inneren Sicherheit. Einer kriminologisch-analytischen Betrachtung ziehen Abgeordnete dabei immer wieder verallgemeinernde Worte und drastische Formulierungen vor, mit denen sich Stimmung erzeugen lässt. So nahm der Rottweiler AfD-Parlamentarier Emil Sänze im September 2018 ein Tötungsdelikt im sachsen-anhaltinischen Köthen zum Anlass, um in Baden-Württemberg vor der »Messermigration« und »dem blutigen Treiben von gewaltafinen Migranten« zu warnen. Sänze erklärte:

»Die Gewalt in Deutschland geht nicht von der immer größer werdenden Zahl an Regimekritikern aus, sondern von den illegal eingereisten und in Deutschland niemals integrierbaren Flüchtlingen und Asylbewerbern.« [97]

AfD-Mitglieder

Bisweilen versucht die AfD auch, ihre Wählerschaft mit der Aufklärung vermeintlicher Skandale zu beeindrucken. So wollten sechs Abgeordnete die »Erstürmung des Krankenhauses in Ludwigsburg durch Angehörige eines irakischen Familienclans« thematisieren, nachdem es auf der dortigen Intensivstation zu einer Auseinandersetzung mit dem Sicherheitsdienst gekommen war. Die zuständigen Ministerien antworteten nüchtern: »Zu keinem Zeitpunkt fand eine Erstürmung bzw. Belagerung des Krankenhauses statt.«[98]

Unter die Lupe nehmen die AfD-Politiker*innen regelmäßig auch Einrichtungen zur Unterstützung Geflüchteter. So fragte Daniel Rottmann aus dem Wahlkreis Ehingen im August 2019 nach Zuschüssen für Behandlungszentren für Folteropfer und traumatisierte Migrant*innen.[99] Christina Baum aus dem Main-Tauber-Kreis ließ sich im September 2019 detailliert die Verwendung von Zuwendungen an den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg seit 2014 aufzählen. Baum fragte unter anderem: »Welche Newsletter oder Printprodukte mit welcher Reichweite beziehungsweise welcher Auflage des Flüchtlingsrats wurden seit dem Jahr 2014 in welcher jeweiligen Höhe gefördert?« [100] In einer ergänzenden Anfrage wollte Baum Auskünfte zu Titeln, Teilnehmenden und Referierenden von Veranstaltungen des Flüchtlingsrates bekommen.[101]

Das Markieren von Feindbildern

Sowohl der Heilbronner Abgeordnete Rainer Podeswa als auch die »Flügel«-Vertreterin Christina Baum interessierten sich in separaten Anfragen auch für das Projekt »Leuchlinie«, eine Beratungsstelle für die Opfer rechter Gewalt in Baden-Württemberg.[102] Rainer Podeswa erkundigte sich unter anderem danach, ob die Mitarbeitenden der Beratungsstelle »auf ihren politischen Hintergrund und mögliche extremistische Hintergründe« überprüft worden seien.[103] Christina Baum fragte sogar nach der Gehaltsgruppe der »Leuchlinie«-Berater*innen.[104] Die Zielsetzung solcher Anfragen scheint klar. Es geht wohl darum, Details zur Bestäti-

[91] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7725_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[92] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7725_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[93] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6411_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[94] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6767_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[95] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6767_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[96] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0012_28092016.pdf(aufgerufen am 18.08.2020)

[97] https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/1259/Emil+Sänze%3A+Nach+Kandel+und+Chemnitz+nun+Köthen+–+das+Messermorden+an+jungen+Deutschen+geht+weiter%21 (aufgerufen am 18.08.2020)

[98] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8032_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[99] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6757_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[100] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6939_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[101] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7618_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[102] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5756_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020); https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7193_D.pdf(aufgerufen am 18.08.2020)

[103] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5756_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[104] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7193_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[105] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6391_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020); https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6444_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020); https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6663_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020); https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6755_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[106] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8145_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[107] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6391_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[108] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6846_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[109] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/4000/16_4527_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[110] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/4000/16_4397_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[111] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/3000/16_3029_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[112] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8172_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[113] https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3248/Bernd+Gögel+MdL%3A+Neofa+statt+Antifa (aufgerufen am 18.08.2020)

gung des eigenen Weltbildes zusammenzutragen und Munition für die Diffamierung unliebsamer Einrichtungen und Personen zu sammeln. Mit provokanten Formulierungen und der zugespitzten Präsentation der Ergebnisse sichern sich die Abgeordneten außerdem die Aufmerksamkeit ihrer Anhängerschaft in den Sozialen Medien.

Über das Mittel der Anfragen versucht die AfD zudem, Informationen über »feindliche« politische Bewegungen einzuholen, von denen sie sich geradezu umzingelt wähnt. Gleich mehrfach thematisierten Abgeordnete zum Beispiel die Aktionen der Klimabewegung Fridays for Future, denen sich im Jahr 2019 auch in Baden-Württemberg Tausende Schüler*innen anschlossen.[105] Der Hohenloher Abgeordnete Anton Baron fragte die Landesregierung, ob in seinem Wahlkreis auch Lehrer*innen als Organisator*innen von Demonstrationen tätig geworden seien. Gleichzeitig stellte der Wirtschaftsingenieur eine mögliche »politische Einflussnahme« von Parteien oder verfassungsfeindlichen Organisationen auf die lokale Fridays for Future-Bewegung in den Raum.[106]Rainer Podeswa fragte die Landesregierung, wer die Heilbronner Fridays for Future-Aktionen angemeldet und verantwortlich durchgeführt habe.[107]

Auch die Umweltschutzbewegung »Extinction Rebellion« nahmen AfD-Vertreter*innen ins Visier. Fünf Abgeordnete erfragten im August 2019 die Organisationsstruktur der Gruppierung und die strafrechtliche Relevanz ihrer Aktionen. In der Begründung hieß es, man vermute eine »von ausländischen Akteuren gesteuerte außerparlamentarische oppositionelle Bewegung«. Gleichzeitig regten die AfD-Politiker*innen an, die Landesregierung solle ein »präzises Bild über die Ziele, Mittel und Finanzierungsquellen« von »Extinction Rebellion« erstellen und die Verfassungstreue der Öko-Bewegung überprüfen.[108] Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) betrachtet »Extinction Rebellion« laut der Antwort auf die AfD-Anfrage jedoch nicht als extremistisch. Verfassungsfeindliche Zielsetzungen seien nicht bekannt, hieß es von der Regierung.

Extremismuskeule gegen links

Scheinbar unbeirrbar versucht die Fraktion zudem, den Nachweis zu führen, dass linksradikale Gruppen und Organisationen in Baden-Württemberg in erheblichem Umfang vom Staat finanziert und eng mit den demokratischen Parteien verflochten seien. Die regelmäßigen Anfragen der AfD zu diesem Thema offenbaren zum einen, dass die Antragsstellenden nicht verstanden haben, wie soziale Bewegungen, Bündnisse und zivilgesellschaftliche Initiativen funktionieren. Zum anderen zeugen die Anträge von dem Willen, all diejenigen zu diffamieren und einzuschüchtern, die sich gegen die AfD positionieren – während gleichzeitig Toleranz für die eigene Seite eingefordert wird.

Dabei spielt der AfD in die Hände, dass sie regelmäßig zum Ziel von Sachbeschädigungen und anderen Straftaten wird. Dadurch kann sich die Partei in der Öffentlichkeit als Opfer darstellen und im Parlament immer wieder neue Fragen zu angeblichen Verstrickungen ihrer Gegner*innen aufwerfen. So erkundigte sich der Rottweiler Abgeordnete Emil Sänze im Juli 2018 nach Finanzflüssen und Einnahmen von 42 Organisationen aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg. Neben linken antifaschistischen Gruppen nahm die Anfrage auch zivilgesellschaftliche Vereine wie die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V. oder das Mauthausen Komitee Stuttgart e.V. ins Visier. Dementsprechend wurden in der Antwort des zuständigen Ministeriums unter anderem Förderbeträge für ein Buch über die »Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern« oder für ein Jugendzentrum in Backnang ausgewiesen. Hinweise auf eine umfangreiche Finanzierung von Antifa-Gruppen durch Landesmittel ergaben sich hingegen nicht.[109] Sänze bat die Landesregierung auch um Aufklärung über »linksextreme Musikveranstaltungen in Baden-Württemberg« und verwies dazu auf einen Auftritt der Band »Feine Sahne Fischfilet« aus Mecklenburg-Vorpommern auf dem Southside Festival in Neuhausen ob Eck.[110] Klaus Dürr aus dem Wahlkreis Calw interessierte sich für die Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung durch »Antideutsche« in Baden-Württemberg – eine selbst im linksradikalen Lager marginalisierte und in Baden-Württemberg bedeutungslose Strömung.[111] Einige Abgeordnete versuchen über das Mittel der Kleinen Anfrage auch, sprachliche Grenzen auszutesten und Begrifflichkeiten zu prägen. So wurde in einem Antrag von sechs AfD-Parlamentarier*innen im Mai 2020 als Bezeichnung für linke Aktivist*innen statt des Begriffs »Antifa« durchweg das Wort »Neofa« (»Neofaschisten«) verwendet.[112] Wenige Tage später teilte Bernd Gögel mit, die gesamte Fraktion werde den Begriff ab sofort nutzen.[113]

Von extrem rechten Gruppen werden die Informationen aus solchen parlamentarischen Anfragen dankbar aufgegriffen. Zum Beispiel bezog sich der Verein »Ein Prozent« bei seiner Berichterstattung über linke Strukturen bereits mehrfach auf

AfD-Anfragen im Stuttgarter Landtag. Es gehe darum, »tiefer zu bohren und weiter nachzuforschen«, war etwa im März 2018 auf der Homepage von »Ein Prozent« zu lesen.[114] Dass der Informationsfluss zwischen dem rechtsextremen Milieu und der AfD auch umgekehrt verlaufen kann, zeigt das Beispiel des Heidenheimer AfD-Abgeordneten Heiner Merz. Er verbreitete im Juli 2017 per Mail eine Liste mit den geklauten Bestell-Adressen eines Duisburger Punk-Versandhandels und erklärte, dabei handle es sich um Mitglieder der Antifa. Man solle nach Namen aus dem lokalen Umfeld suchen, diese am Ort bekannt machen oder die Arbeitgeber der Betroffenen informieren. »Der Fantasie sind wenig Grenzen gesetzt«, formulierte Merz vieldeutig.[115] Die Daten des Unternehmens hatte eine »National Sozialistische Hacker-Crew« bei einem Cyberangriff im Januar 2015 erbeutet und in der rechtsextremen Szene verbreitet. Wie sie von dort zu dem AfD-Parlamentarier gelangten, ist unklar.

Verharmlosung von Rechtsextremen

Für rechtsextreme Akteure interessiert sich die AfD-Fraktion hingegen kaum. Einige Abgeordnete verharmlosen sie regelrecht. So machte sich die »Flügel«-Protagonistin Christina Baum darüber lustig, dass sich Abgeordnete demokratischer Parteien mit Neonazi-Codes wie dem Kürzel »88« für »Heil Hitler« auf Kfz-Kennzeichen befassten. In der Begründung einer Anfrage im Oktober 2019 schrieb Baum amüsiert: »Sollte sich wider Erwarten herausstellen, dass die Theorie einer rechtsextremistischen Szene, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung mittels Zahlen- und Buchstabenkombinationen beschädigen, nicht zutreffend ist, stellt sich jedoch die Frage, warum derartige Wahnvorstellungen auftreten.«[116] Als die Landesregierung im Januar 2019 nach massenhaften Mord- und Vergewaltigungsaufrufen gegen eine Journalistin einen Twitter-Beitrag mit dem Inhalt »#Nazisraus« veröffentlichte, meldete sich Baum ebenfalls zu Wort. Sie fragte, wen die Landesregierung unter dem Begriff »Nazis« subsumiere, wohin die Regierung diese »deportieren« wolle und wie die Veröffentlichung des Tweets abgelaufen sei.[117] Unverhohlen solidarisierte sich Baum außerdem mit der rechtsextremen »Identitären Bewegung« (IB). Die werde »zu Unrecht« vom Verfassungsschutz überwacht, erklärte Baum im Oktober 2016 in einer Pressemitteilung: »Wenn sich junge Menschen Gedanken um die Gefahren der Masseneinwanderung und die Islamisierung in Deutschland machen, ist das eher eine Chance als eine Bedrohung für unser Land.«[118] Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hält die Positionen der IB für unvereinbar mit dem Grundgesetz, da für die Identitären »die ethnische Herkunft allein maßgeblich für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk« sei.[119]Der Heilbronner AfD-Abgeordnete Rainer Podeswa stellte im Juli 2019 sogar die Einordnung eines versuchten Tötungsdelikts als »rechtsextremistisch motivierte Gewalttat« durch das LfV in Frage. Dabei ging es um einen Rentner, der in Heilbronn mehrere Geflüchtete mit einem Küchenmesser angegriffen hatte und dafür unter anderem wegen versuchten Mordes verurteilt wurde. Weil der Angreifer nach eigenen Angaben ein »Zeichen setzen« wollte, werteten die Behörden die Tat als »rechtsextremistisch motiviert«. Podeswa hingegen verwies auf die Alkoholisierung des Mannes und beschrieb den Tatort als »bekanntem Brennpunkt für Drogen, Kriminalität und herumlungernde Personen«. »Insofern stellt sich die Frage, ob die Regierung kein passenderes Beispiel hatte«, schrieb Podeswa in die Begründung seiner Anfrage. [120]

Zweifel am System

Dass ein AfD-Abgeordneter den Sachverstand des Landesverfassungsschutzes in Frage stellt, ist aber kaum verwunderlich. Einige in der rechten Partei scheinen längst grundsätzliche Zweifel am politischen System und seinen Institutionen zu hegen. Mit dem zunehmenden Einfluss des völkischen »Flügels« verfestigte sich diese Haltung offenbar auch in der baden-württembergischen AfD-Fraktion.

Als die »Flügel«-Führungsfigur Christina Baum im Oktober 2019 nicht wie von ihrer Fraktion vorgeschlagen ins hoch sensible Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) gewählt wurde, erklärte sie, der Landtag sei »zu einem linken Gesinnungsparlament von Einheitsparteien verkommen«.[121] Einige Wochen später setzte Baum im Landtagsplenum den Verfassungsschutz mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR gleich. »Es ist ja das Gleiche, das muss man mal so sagen«, behauptete Baum in einer persönlichen Erklärung.[122] Auch Rüdiger Klos, der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, griff bereits zu Vergleichen mit totalitären Systemen. In einer Pressemitteilung im April 2020 kommentierte er eine Abstimmung im Ständigen Ausschuss des Landtags mit den Worten: »Wir sind auf dem Weg in einen Einparteienstaat.«[123] Im Rahmen einer Debatte über Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie am 22. Juli 2020 sprach Klos von einer »Politprostitution der Gebrauchtparteien bis zum Gehnichtmehr«.[124] Ergänzt wer

[114] https://www.einprozent.de/blog/recherche/linksextreme-foerdergelder-in-baden-wuerttemberg/2258 (aufgerufen am 18.08.2020)
[115] https://www.hz.de/meinort/heidenheim/merz-verbreitete-geklaute-adressen-31284866.html (aufgerufen am 18.08.2020)
[116] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6979_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[117] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5497_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[118] https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/104/Identitäre+Bewegung+ wird+zu+Unrecht+beobachtet (aufgerufen am 18.08.2020)
[119] https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2019.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[120] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6457_D.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[121] https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/1858/Dr.+Christina+Baum%3A+Stellungnahme+zur+Nichtwahl+als+Mitglied+des+Parlamentarischen+Kontrollgremiums (aufgerufen am 18.08.2020)
[122] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0104_14112019.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)
[123] https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3183/Rüdiger+Klos+MdL%3A+Politische+Säuberung+statt+Hygiene (aufgerufen am 18.08.2020)
[124] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0125_22072020.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)



»17.10.2019, Christina Baum (AfD) im Plenarsaal des Landtags Baden-Württemberg, nachdem ihre Wahl ins Parlamentarische Kontrollgremium mit den Stimmen aller Parteien außer der AfD abgelehnt worden war.«; Abbildung: picture alliance/dpa | Gregor Bauernfeind, Lizenz: All rights reserved.

den solche verächtlichen Äußerungen bisweilen durch Verschwörungserzählungen. Nachdem sechs Klimaaktivist*innen im Juli 2019 Flugblätter von der Besuchertribüne des Plenarsaals geworfen und damit eine Sitzung gestört hatten, deutete der Fraktionsvorsitzende Bernd Gögel eine Verwicklung von Mitgliedern demokratischer Parteien an: »Vertreter von SPD und Grünen schienen instruiert. Die Presse war positioniert. Es steht der Verdacht im Raum, dass der Eklat hausseitig vorbereitet wurde.«[125] Im Juli 2020 stellte die Abgeordnete Christina Baum sogar die Mitverantwortung von Landesbehörden für ein versuchtes Tötungsdelikt gegen einen rechtsextremen Aktivist in den Raum. Nachdem ein Mitglied des rechtsextremen Vereins »Zentrum Automobil« am Rande einer Demonstration in Stuttgart überfallen und schwer verletzt worden war, sagte Baum im Plenum: »Ob dieser Mordversuch nun durch Nachlässigkeiten bei der Polizeiarbeit oder politisch gewollt durch bewusstes Unterlassen des Schutzes von Demonstranten geschehen konnte und wer dafür die Verantwortung trägt, muss dringend durch einen Untersuchungsausschuss – dafür ist ein solcher da – ermittelt werden.«[126] Diese Polemik gegen die polizeiliche Arbeit ist insofern bemerkenswert, als sich die AfD bislang als Verbündete der Polizei zu präsentieren versuchte.

Einzelne Personen mit politischen Ämtern werden hingegen schon seit Längerem zum Ziel persönlicher Angriffe aus den Reihen der AfD. Innenminister Thomas Strobl wurde zum »neuen Baron Münchhausen« erklärt[127] und Ministerpräsident Winfried Kretschmann als »Brunnenvergifter« gescholten.[128] Niemandem schlug die Verachtung allerdings so heftig entgegen wie Landtagspräsidentin Muhterem Aras. Bereits im Mai 2016 gab die damals frisch gewählte AfD-Abgeordnete Christina Baum die Stoßrichtung vor: »Dass jetzt eine muslimische Frau Landtagspräsidentin von Baden-Württemberg werden soll, ist für mich ein klares Zeichen, dass die Islamisierung Deutschlands doch voll im Gang ist.«[129] Der stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Emil Sänze bezeichnete Aras im Juni 2018 als »traurige Figur« und forderte eine Neuwahl: »Das kommt davon, wenn man eine Landtagsabgeordnete nur wegen ihres Migrationshintergrundes in ein staatstragendes Amt hievt, nur um der AfD in die Parade zu fahren – und dadurch allen Abgeordneten die Arbeit erschwert.«[130] Höhepunkte der Provokationen waren die Entgleisungen aktueller oder ehemalige Fraktionsmitglieder, die zu mehreren Ausschlüssen führten. Am 12. Dezember 2018 mussten Stefan Räßle und sein fraktionsloser Kollege Wolfgang Gedeon das Plenum verlassen. Die beiden hatten sich geweigert, die Ordnungsrufe der Landtagspräsidentin zu befolgen.

Räßle war durch mehrere Zwischenrufe aufgefallen, unter anderem hatte er die Jugendorganisation der SPD als »rote Terroristen« bezeichnet.[131] Gedeon hatte Muhterem Aras in einer Rede als »Oberlehrerin« beschimpft und mit Bezug auf ihre Herkunft gesagt: »So können Sie ein Parlament in Anatolien führen, aber nicht in Deutschland!«[132] Aras hatte die beiden Politiker daraufhin von der laufenden Sitzung und von drei Folgesitzungen ausgeschlossen. Weil beide den Saal nicht verlassen wollten, wurden sie von Polizeibeamten hinausbegleitet.[133] Im Jahr 2020 setzte das ehemalige AfD-Mitglied Heinrich Fiechtner die Attacken

gegen die Landtagspräsidentin und das gesamte Parlament fort. In der Sitzung vom 29. April 2020 denunzierte er die Anwesenden als »verkommenes Volk, was hier sitzt« und behauptete, das Parlament verkomme zur »letzten Schwatzbude«. Über Muhterem Aras sagte Fiechtner: »Die Parlamentspräsidentin gebärdet sich mal wieder wie der Vorsitzende einer Reichsschrifttumskammer.«[134] Nach mehreren Ordnungsrufen musste die Sitzung schließlich unterbrochen werden, bis der fraktionslose Abgeordnete von der Polizei aus dem Plenarsaal begleitet wurde. Im Juni 2020 ließ sich Fiechtner schließlich von Polizisten aus dem Plenarsaal tragen,



»12.12.2018, Baden-Württemberg, Stuttgart: Stefan Räßle (sitzend, l), Abgeordneter der AfD im Landtag von Baden-Württemberg, spricht während einer Plenarsitzung mit Polizisten. Zuvor hatte er sich geweigert, trotz Aufforderung der Landtagspräsidentin, den Saal zu verlassen. In der Mitte steht der fraktionslose Landtagsabgeordnete und AfD-Politiker, Wolfgang Gedeon, (zu dpa: »Polizei-Einsatz im Plenum – Landtagssitzung wegen Räßle unterbrochen« vom 12.12.2018) Abbildung: picture alliance/dpa | Nico Pointner, Lizenz: All rights reserved.

nachdem er erneut das Parlament beleidigt hatte. »Sie würden einem Herrn Goebels alle Ehre machen!«, rief Fiechtner der Landtagspräsidentin Aras zu.[135] Zwar dürfte es sich dabei um die kalkulierten Manöver eines fraktions- und parteilosen Abgeordneten gehandelt haben, die nicht unmittelbar der AfD zuzurechnen sind. Möglich wurden diese in der Geschichte des Landtags von Baden-Württemberg bisher einmaligen Vorgänge aber nur durch eine südwestdeutsche AfD, die seit ihrem Einzug ins Landesparlament an demokratischen Gepflogenheiten rüttelt und keinerlei Abgrenzungsbedürfnis nach Rechtsaußen erkennen lässt.

Das zeigt sich auch daran, dass die Partei gleich mehrere Personen mit fragwürdigem politischen Hintergrund als Mitarbeiter*innen und Berater*innen in den Landtag holte und mit Steuergeldern versorgt.

Das Personal im Landtag

Offenbar fällt es der AfD seit ihrem Einzug in den Stuttgarter Landtag schwer, geeignetes Personal für die Arbeit im Parlament zu finden. Jedenfalls sucht die Fraktion regelmäßig in Zeitungen nach Mitarbeiter*innen und Parlamentarischen Berater*innen. Auch in der rechtskonservativen Wochenzeitung »Junge Freiheit« oder in der extrem rechten Postille »Zuerst!« schaltet die selbsternannte »Alternative« Anzeigen. Der Mangel an fachlich qualifizierten Bewerber*innen dürfte aber nur einer der Gründe sein, warum die Partei auch auf einige Personen mit jahrelanger oder jahrzehntelanger rechtsextremer Vita zurückgreift. Möglicherweise verspricht sich die AfD gerade von ideologisch gefestigten und im Umgang mit dem politischen Gegner erfahrenen Mitarbeitenden ein hohes Maß an Loyalität. Nach den zahlreichen Skandalen der letzten Jahre dürfte in der Landtagsfraktion die Angst vor undichten Stellen und der Durchstecherei von Interna an die Medien umgehen.

Hinzu kommt eine relativ hohe Fluktuation aufgrund der dynamischen Entwicklungen und Richtungskämpfe in der jungen Partei. Als der ehemalige Fraktionschef Jörg Meuthen im Dezember 2017 sein Landtagsmandat aufgab, um ins Europaparlament zu wechseln, folgte ihm zum Beispiel sein Referent und Büroleiter Tomasz Mariusz Froelich. Der Politikwissenschaftler bezeichnet sich selbst als »rechtslibertär«[136] und schreibt für die Monatsschrift »eigentümlich frei«. Auch

[133] Die Anträge der Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon und Stefan Räßle auf Erlass einer einstweiligen Anordnung vor dem Verfassungsgerichtshof blieben ebenso erfolglos wie das spätere Hauptverfahren. Der Verfassungsgerichtshof des Landes bestätigte die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen in seinem Urteil vom 22. Juli 2019, vgl. <https://verfgh.baden-wuerttemberg.de/de/presse-und-service/pressemitteilungen/pressemitteilung-21012019/> (aufgerufen am 18.08.2020) und https://verfgh.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-verfgh/dateien/1GR1-19_und_1GR2-19pm_Urteil.pdf (aufgerufen am 18.08.2020)

[134] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0117_29042020.pdf(aufgerufen am 18.08.2020)

[135] https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0122_24062020.pdf(aufgerufen am 18.08.2020)

[136] Twitter-Profil von Tomasz Mariusz Froelich (aufgerufen am 18.08.2020)



»Heinrich Fiechtner (parteilos, M) wird von Polizeibeamten aus dem Landtag von Baden-Württemberg getragen. Der Abgeordnete wurde nach einem Redebeitrag von Landtagspräsidentin M. Aras von der Sitzung ausgeschlossen. Fiechtner weigerte sich aber zu gehen. Die Landtagssitzung wurde vorübergehend unterbrochen.« Abbildung: picture alliance/dpa | Marijan Murat; Lizenz: All rights reserved.

[137] Der »Cannstatter Kreis« war ein am 4. Februar 1994 in Stuttgart gegründeter Verein. Er wurde im Umfeld rechter FDP-Mitglieder ins Leben gerufen, öffnete sich aber bereits nach wenigen Jahren für Rechtsextreme und organisierte Vortragsveranstaltungen mit Vertreter*innen rechtsextremer Gruppierungen. Auch das Landesamt für Verfassungsschutz hatte den »Cannstatter Kreis« im Visier. Im Sommer 2002 meldete der Verein Insolvenz an.

[138] Frieden 2000, Ausgabe 5-6/1997, S. 2; <https://ef-magazin.de/2016/10/01/9864-schmierblatt-stern-mal-wieder-redakteur-wigbert-loeerist-die-duemmste-denuziation-nicht-zu-schwoeer> (aufgerufen am 28.08.2020)

[139] Vgl. die Rede von Dietmar-Dominik Hennig auf der Europawahlversammlung der AfD in Riesa: https://www.youtube.com/watch?v=_3KjmBjuG8g (aufgerufen am 18.08.2020)

[140] <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/> (aufgerufen am 18.08.2020)

[141] Armin A.: Rein ins Netz!, in: Deutsche Stimme Nr. 10/ Oktober 2011, S. 17

[142] ebd.

[143] <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.schwierige-mitarbeitersuche-die-afd-entpuppt-sich-als-karrierekiller.6a581a01-e223-4944-a731-4511e165e3ba.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[144] <http://ja-baden-wuerttemberg.de> (aufgerufen am 18.08.2020)

der zuvor im Landtag beschäftigte ehemalige FDP-Mann Dietmar-Dominik Hennig arbeitet heute für Jörg Meuthen. Hennig gehörte zwar in jungen Jahren zum fragwürdigen »Cannstatter Kreis« [137] und zur mit Rechtsextremen vernetzten »Deutschland-Bewegung« um Alfred Mechttersheimer. [138] Der Industriekaufmann hat sich aber öffentlich gegen den radikalen »Flügel« positioniert. [139] Dessen zunehmende Dominanz innerhalb der Fraktion dürfte ebenfalls dazu beigetragen haben, dass unter den Mitarbeiter*innen und Berater*innen im Landtag inzwischen eine ganze Reihe von Personen aus dem braunen Milieu zu finden sind.

Rechtsextreme im Landtag

So ist bereits seit einigen Jahren Armin A. als Parlamentarischer Berater der Landtagsfraktion tätig. Er war in der pflichtschlagenden »Marburger Burschenschaft Rheinfranken« aktiv, die zum rechten Dachverband »Deutsche Burschenschaft« (DB) gehört. Laut eines Gutachtens des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) geht aus internen Papieren der »Burschenschaft Rheinfranken« hervor, dass dort ein »geschichtsrevisionistisches und antisemitisches Weltbild« vermittelt wird. [140] Armin A. war außerdem Autor der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« (DS). Bereits im Oktober 2011 warb der Ellwanger in dem rechtsextremen Blatt in einem Artikel mit dem Titel »Rein ins Netz!« für den »Weltnetz-Aktivismus«, also für die Nutzung des Internets zur politischen Agitation. Dadurch erreichte man eine »relativ breite Bevölkerungsgruppe«, konstatierte A. in seinem Text. Außerdem könne man im Internet seine Anonymität wahren, was »aufgrund des Vermummungsverbots in der Öffentlichkeit bei Bedarf nur schwer zu gewährleisten« sei. [141] Im letzten Absatz seines Artikel resümierte A., der »nationale Widerstand, sei es parteigebunden oder parteifern« sei bereits auf einem »guten Weg« und solle auch in Zukunft die digitale Welt nutzen. [142]



July 18, 2020, Munich, Bavaria, Germany: »Careful...nazis!« held by a demonstrator against the neonazi NPD party in Munich. After a pause due in part to the Coronavirus crisis and political losses from members and associates such as Karl Richter, six from the neonazi NPD party resurfaced at Munich's Rotkreuzplatz with up to 100 counterdemonstrators against them. The party brought back their Migration Toetet (Migration Kills) slogan back during the demonstration and has promised more
(Credit Image: © Sachelle Babbar/ZUMA Wire)
Abbildung: picture alliance / ZUMAPRESS.com | Sachelle Babbar, Lizenz: All rights reserved.

Aktivistisch trat A. als Anhänger der »Identitären Bewegung« (IB) in Erscheinung. Fotos zeigen ihn im April 2014 auf einer Demonstration gegen den Bildungsplan der Landesregierung, in der Hand eine Fahne mit dem Symbol der IB. Mit einer Gruppe namens »Identitäre Aktion« wollte er in seiner Heimatstadt Ellwangen nach eigenen Angaben einen »aktiven Arm« der rechtsextremen Bewegung etablieren. [143] Die Nähe zu den Identitären und der NPD scheint zumindest für den Parteien Nachwuchs auch kein Karrierehindernis zu sein: Inzwischen ist Armin A. stellvertretender Landesvorsitzender der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA) in Baden-Württemberg. [144]

Mit Laurens N. holte die AfD-Fraktion im Stuttgarter Landtag einen ehemals führenden Neonazi-Funktionär als Parlamentarischen Berater in ihre Reihen.

Auch an der Gründung der parteinahen »Gustav-von-Struve-Stiftung« im Dezember 2017 war der Dessauer beteiligt. Als Volljurist dürfte er für die Abgeordneten von besonderem Wert sein. Laurens N. war zweiter Bundesführer der neonazistischen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) und übernahm im Jahr 2002 kommissarisch die Leitung des Vereins. [145] Im März 2009 wurde die HDJ vom Bundesinnenminister wegen ihrer »Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus« verboten. In der Vereins-Zeitschrift »Funkenflug« hatte »Laurens« 2003 einen begeisterten Artikel über die Ehrung einer bekennenden Nationalsozialistin geschrieben. Dessen pathetischer letzter Absatz ist im Hinblick auf die heutige Rolle von N. als AfD-Berater von besonderer Brisanz: »Der sich seiner Verpflichtung dem Volk gegenüber bewusste Teil der deutschen Jugend hat heute eine sehr viel schlechtere Ausgangslage als früher, um die Volksgemeinschaft wiederherzustellen. Um so mehr müssen wir Jungen danach trachten, in Schule, Ausbildung, Studium und Beruf mit Ehrgeiz und Ausdauer entscheidende Positionen zu besetzen.« [146]

Auch Meike H. kommt aus der klassischen Neonazi-Szene. Im Oktober 2018 wurde die Reutlinger Rechtsanwältin im Sozialausschuss des Landtags als neue Parlamentarische Beraterin der AfD vorgestellt. H. gehörte in den 2000er-Jahren zum harten Kern des rechtsextremen Milieus in Baden-Württemberg. Auch das Landesamt für Verfassungsschutz hatte sie im Blick, wie die Stuttgarter Zeitung und die Stuttgarter Nachrichten berichteten. [147] Die heutige Juristin bewegte sich im Umfeld der Neonazi-Band »Noie Werte«, mit deren Liedern die Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) zwei unveröffentlichte Versionen ihres Bekennervideos unterlegte. Heute ist Meike H. mit dem »Noie Werte«-Sänger und Rechtsanwalt Steffen H. verheiratet. Auch Steffen H. hatte bereits mit dem Landtag zu tun. Als Zeuge des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses verweigerte er die Aussage und musste dafür ein Ordnungsgeld bezahlen. Damals fiel auf, dass sich die AfD-Obfrau Christina Baum gegen die Ladung von Steffen H. als Zeugen positionierte. [148]

Auch unter den persönlichen Mitarbeitenden von AfD-Abgeordneten finden sich überzeugte Rechtsextreme. Für die Abgeordneten Heiner Merz und Christina Baum ist etwa Marcel G. tätig. Der Politikwissenschaftler aus dem Rems-Murr-Kreis war in den 2000er-Jahren Funktionär der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN), die sich heute »Junge Nationalisten« (JN) nennt. Während seines Studiums näherte sich G. der »Neuen Rechten« an und wurde Mitglied der pflichtschlagenden »Marburger Burschenschaft Germania«. Später kehrte G. wieder nach Baden-Württemberg zurück. Fotos zeigen ihn im November 2015 als Teilnehmer einer Kundgebung der rechtsextremen Gruppe »Hohenlohe wacht auf« in Öhringen. [149]

Verschörungstheoretiker im NSU-Ausschuss

Die AfD greift allerdings nicht nur auf bekennende Rechtsextreme und ehemalige Neonazis zurück. Bei ihren Versuchen, sich gegen das verhasste »Establishment« zu inszenieren, setzt die Partei bisweilen auf schillernde Gestalten. So machte die Fraktion im zweiten NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags einen dubiosen Hinweisgeber zu ihrem Parlamentarischen Berater. Der ehemalige Zivilangestellte eines US-Militärdienstes gilt als Urheber von Verschwörungsmäthen zum NSU-Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter auf der Heilbronner Theresienwiese. Er hatte über einen Zusammenhang der Tat mit der angeblichen Observation einer islamistischen Gruppe durch Geheimdienste spekuliert und wurde vom Untersuchungsausschuss als ungläubwürdig eingestuft. [150]

Pressearbeit von rechts

Die klassischen Medien haben für die AfD im Allgemeinen und die baden-württembergische Landtagsfraktion im speziellen eine geringere Bedeutung als für die demokratischen Parteien. Die Partei setzt vor allem auf die Sozialen Medien. Dennoch verzichtet die AfD-Fraktion im Südwest-Staat nicht auf eine klassische Pressestelle. Mit Emil Sänze hat die AfD auch einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden mit der Zuständigkeit »Vorstandsressort Presse- und Öffentlichkeitsarbeit«. Auch die Besetzung des Pressesprecher-Postens zeigt, wie weit die Landtagsfraktion nach rechts offen ist.

Ab Juni 2017 hatte zunächst der ehemalige Focus-Journalist Michael Klonovsky das Amt des Pressesprechers der Landtagsfraktion inne. Er war vom damaligen Fraktionsvorsitzenden Jörg Meuthen nach Stuttgart geholt worden und verließ zeitgleich mit dessen Wechsel ins Europaparlament die Landtagsfraktion in Richtung Berlin. Dort arbeitet er bis heute für den Fraktionsvorsitzenden und Grandseigneur der Partei Alexander Gauland.

[145] Protokoll des Bundesjugendtages der HDJ am 3. Oktober 2002, S. 2; HDJ-Ausbildungsschrift »Geschichte der Heimattreuen Jugendbewegung«, Heft 2, S. 17; Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2002, S. 122

[146] Funkenflug 03/2003, S. 10

[147] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.mitarbeiterin-mit-rechtsextremen-kontakten-afd-fraktion-in-erklaerungsnot.12895170-fe12-4715-9d95-d86735b2d95e.html?reduced=true> (aufgerufen am 18.08.2020)

[148] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.mitarbeiterin-mit-rechtsextremen-kontakten-afd-fraktion-in-erklaerungsnot.12895170-fe12-4715-9d95-d86735b2d95e.html?reduced=true> (aufgerufen am 18.08.2020)

[149] Foto-Archiv Ullenbruch

[150] Sven Ullenbruch: Die Verdunkelung der Aufklärung? In: Hoff/Kleffner/Pichl/Renner: Rückhaltlose Aufklärung? NSU, NSA, BND – Geheimdienste und Untersuchungsausschüsse zwischen Staatsversagen und Staatswohl, Hamburg 2019, S. 127

[151] Klaus-Peter Kaschke war bei der »Deutsch Sozialen Union« (DSU) aktiv, die als Teil des Wahlbündnisses »Allianz für Deutschland« an der letzten DDR-Regierung beteiligt war, ehe sie in den 1990er-Jahren in den Rechtspopulismus abglitt. Von 1992 bis 1993 war Kaschke Bundespressesprecher der DSU. 1991 war Kaschke kurzzeitig bei der neurechten »Jungen Freiheit« (JF) im Ressort Politik tätig.

[152] <https://www.fr.de/rhein-main/wiesbaden/fdp-org26312/schasst-referenten-11698451.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[153] »Zuerst!« gilt als Nachfolgeprojekt der beiden rechtsextremen Traditions-Zeitschriften »Nation & Europa« und »Deutsche Monatshefte«. Der »Zuerst!«-Herausgeber Dietmar Munier war in seiner Jugend bei der NPD-Nachwuchsorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) und im »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ) als Funktionär aktiv.

[154] Anlass für die Gründung der Initiative »Kandel ist überall« war der Femizid an der 15-jährigen Mia V. im Dezember 2017 durch ihren ehemaligen Freund, einen Geflüchteten aus Afghanistan. Daraufhin fanden in der rheinland-pfälzischen Stadt mehrere Demonstrationen statt, an denen sich bis zu 4000 Menschen beteiligten.

[155] <https://www.welt.de/regionales/rheinland-pfalz-saarland/article183826986/AfD-will-fruehere-Vizechefin-Christen-ausschliessen.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[156] <https://medien.metropolico.org/img/hjm78l?l=de> (aufgerufen am 18.08.2020)

[157] <https://www.mainpost.de/regional/schweinfurt/Lautstarker-Protest-gegen-Kandel-ist-ueberall;art742,10054275> (aufgerufen am 26.08.2020)

[158] <https://medien.metropolico.org/img/u7l8gx?l=en> (aufgerufen am 18.08.2020)

[159] <https://medien.metropolico.org/img/biqan7?l=en> (aufgerufen am 18.08.2020)

[160] https://www.rheinpfalz.de/lokal/kreis-germersheim_artikel,-afd-und-rechtsextreme-demonstrieren-gemeinsam-_arid,1086449.html (aufgerufen am 26.08.2020)

[161] https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_83136968/demo-in-kandel-nach-mord-an-mia-die-afd-und-die-frauen.html (aufgerufen am 18.08.2020)

[162] <https://taz.de/Kommentar-Gegendemos-in-Kandel!/5491182/> (aufgerufen am 18.08.2020)

[163] <https://www.bitchute.com/video/8xg-qkJ7FcnLC/?fbclid=IwAR30y0VjNaKTmopBfixIs79fDS272tdjWC7tg9IcToT9LC7vCEYjEQIQoJM> (aufgerufen am 31.08.2020)

Sein Amt in Stuttgart übernahm der Erfurter Journalist und Pressefotograf Klaus-Peter Kaschke.[151] Dieser hatte im November 2016 seinen Posten als politischer Referent der AfD-Rathausfraktion in Wiesbaden wegen seiner rassistischen Kommentare in seinem Facebook-Account vorzeitig verlassen müssen.[152] Dies hielt die AfD-Fraktion in Baden-Württemberg nicht davon ab, Kaschke zu engagieren. Kaschke wechselte Anfang 2020 nach Thüringen, wo er als Pressesprecher der AfD-Landtagsfraktion begann.

Am 1. März 2020 trat mit Thomas Hartung der nächste Erfurter an die Spitze der Pressestelle. Der Germanist gibt auf seiner Homepage an, über 150 Beiträge für die Zeitschrift »Zuerst!« geschrieben zu haben. Dabei handelt es sich um ein 2009 von dem rechtsextremen Verleger Dietmar Munier gegründetes Monatsheft.[153] Tatsächlich findet sich der Name Thomas Hartung aber auf den Seiten des Magazins nicht. Allerdings stößt man regelmäßig auf einen unbekanntem Autor namens Tom Stahrguntha. Setzt man die dreizehn Buchstaben dieses Pseudonyms neu zusammen, lässt sich der Name Thomas Hartung bilden: ein Anagramm als Antwort auf die Frage nach der wahren Identität des Autors Tom Stahrgunthas?

Seit Ende 2019 unterstützt außerdem die Kommunikationsdesignerin Christiane Christen aus Speyer die AfD-Fraktion im Stuttgarter Landtag. Sie ist Mitbegründerin der 2018 gegründeten Gruppe »Kandel ist überall«[154] und unterhält Kontakte in rechtsextreme Kreise. Wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem ehemaligen NPD-Kader Sascha Wagner eröffnete die rheinland-pfälzische AfD bereits am 14. November 2018 ein Parteiausschlussverfahren gegen Christen.[155] Dass die baden-württembergischen Landtagsabgeordneten die rechte Aktivistin dennoch ins Boot holten, zeigt einmal mehr die zunehmende Stärke des rechten Flügels innerhalb der Fraktion. Völlig überraschend kommt die Personalie aber nicht. Neben Christiane Christen war die Abgeordnete Christina Baum federführend bei »Kandel ist überall« aktiv. Auch die baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Rainer Balzer[156], Stefan Räßle[157], Rüdiger Klos[158], Carola Wolle[159] und Hans-Peter Stauch[160] sowie die Parlamentarische Beraterin der Landtagsfraktion Sigrid U.-W.[161] nahmen an verschiedenen Demonstrationen des »Frauenbündnis Kandel« unter dem Motto »Kandel ist überall« teil.[162] Dass sie sich dabei nachweislich auch in der Gesellschaft von Rechtsextremen und Hooligans befanden, störte sie offensichtlich nicht. Zuletzt war das AfD-Fraktionsmitglied Räßle Redner bei der 37. Auflage von »Kandel ist überall« am 8. August 2020 in der südpfälzischen Kleinstadt im Landkreis Germersheim.[163]

Fazit: Isolation statt Regierungsoption



Ohnehin scheint sich eine nicht unerhebliche Anzahl von AfD-Abgeordneten längst nicht mehr für solche politischen Etikettierungen zu interessieren. Je sichtbarer ihre inhaltlichen Berührungspunkte zur extremen Rechten werden, desto stärker umarmen sie dieses Milieu. Und je lauter die demokratischen Parteien und die Zivilgesellschaft den Schulterschluss anprangern, desto schriller werden die Töne der rechten Parlamentarier*innen. Innerhalb der Fraktion stoßen sie offenbar kaum noch auf nennenswerten Widerspruch. Dabei dürfte die einflussreiche

bundesweite Vernetzung einiger Abgeordneter über Strukturen des völkischen »Flügels« eine Rolle spielen. Gleichzeitig glaubt die Mehrheit der AfD-Fraktion, sich als einzig wahre Volkspartei gegen die »Verschwörung« eines linken »Altparteienkartells« und staatlicher Institutionen behaupten zu müssen. Als inhaltlicher Kitt dienen der fortlaufende Bezug auf und die Ablehnung von Migration und Islam. Auch auf anderen Politikfeldern ist die Positionierung der Fraktion reaktionär und illiberal. Ihre Haltung zur parlamentarischen Arbeit ist nicht eindeutig und reicht vom Versuch der konstruktiven Mitarbeit bis zur offenen Verachtung. Gerade die schleichende Delegitimierung von Parlamentarismus und Republik gehört zu den traditionellen Strategien der extremen Rechten. Hinzu kommt, dass die Fraktion Personal aus der einschlägig rechtsextremen, gar neonazistischen Szene in den Landtag geholt hat.

Eine Abkehr von diesem Weg hin zum Rechtsextremismus ist nur noch schwer vorstellbar. Weder die Debatte um den Antisemiten Wolfgang Gedeon noch die vorübergehende Spaltung der Fraktion oder die Austritte gemäßiger Abgeordneter hatten eine ernsthafte Selbstreflexion zur Folge. Im Gegenteil: Die AfD hat sich im Landtag in der Isolation eingerichtet und sucht ihre Verbündeten vermehrt außerhalb des Parlaments. Das ist nicht zuletzt auch das Ergebnis eines intakten demokratischen Konsenses. Alle Versuche der AfD, bei Abstimmungen oder in Redebeiträgen an die CDU und die FDP zu appellieren und vermeintliche Gemeinsamkeiten mit dem konservativen oder liberalen Lager zu beschwören, gehen fehl. Von einer Regierungsbeteiligung, wie sie dem Fraktionsvorsitzenden Bernd Gögel noch im November 2017 vorschwebte[164], ist die AfD in Stuttgart weiter entfernt denn je.

[164] <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.alternative-fuer-deutschland-goegel-ist-neuer-chef-der-afd-fraktion.1a64fd29-cd52-46d2-93da-c3001be03a82.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

TRANSKRIPT DES INTERVIEWS MIT ULI SCKERL LANDTAGSABGEORDNETER IN BADEN-WÜRTTEMBERG

»Das Klima im Landtag hat sich entschieden verändert. Wir hatten ohne AfD in der Regel heftige, aber demokratisch geführte Auseinandersetzungen, wie es sich für ein Parlament gehört. Mit Einzug der AfD ab dem ersten Tag war das völlig anders. Die AfD ist nicht auf Debatte und Aufklärung von Fragen aus, sondern zielt vom ersten Moment darauf ab, Krawall und Skandale und sich als Opfer zu inszenieren. Die Sprache hat sich unglaublich verschärft. Es ist eine Sprache des Hasses, der Beleidigungen, der Diffamierung.«

Link auf YouTube
<https://www.youtube.com/watch?v=JBefD1enCE4&feature=youtu.be>



Rolf Gramm

Herzlich willkommen! Mein Name ist Rolf Gramm. Ich bin stellvertretender Vorsitzender der Heinrich Böll Stiftung in Baden-Württemberg. Wir machen gerade ein Projekt zum Rechtspopulismus in Baden-Württemberg, da erstellen wir ein Dossier. Und ich freue mich sehr, dass wir heute die Gelegenheit haben, mit Uli Sckerl über seine Erfahrungen mit der AfD im Landtag zu reden. Uli Sckerl ist seit 2006 Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg. Er war innenpolitischer und kommunalpolitischer Sprecher seit 2011. Seitdem die Grünen die Landesregierung führen, ist er Parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Das Gespräch werde ich gemeinsam mit Andreas Baumer, dem Geschäftsführer der Heinrich Böll Stiftung in Baden-Württemberg, führen. Ich begrüße auch dich, Andreas.

Andreas Baumer

Vielen Dank, Rolf, vielen Dank auch, Uli, dass du dir die Zeit nimmst, das wissen wir sehr zu schätzen. Wir planen ein Online-Dossier über Rechtspopulismus in Baden-Württemberg. Dabei interessieren uns die Strukturen, die Organisationen genauso wie die Politik und das ideologische Umfeld, da wird es Beiträge geben,

die sich mit dem Landesverband der AfD beschäftigen, mit der Landtagsfraktion. Es wird sich um Verschwörungsmythen drehen, um Antifeminismus und um die Verbindungen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Baden-Württemberg. In diesem Dossier ist es uns ganz wichtig, auch die parlamentarische Perspektive mit drin zu haben. Uli vertritt die stärkste Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Er ist in der ersten Reihe, wenn es um die Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten und -populistinnen im Landtag geht. Und diese Erfahrungen interessieren uns sehr. Deswegen freuen wir uns, dass dieses Interview möglich geworden ist.

Uli, du hast den Landtag mit und ohne AfD erlebt. Was hat sich denn von der Stimmung und von den Umgangsformen her mit dem Einzug der AfD in den Landtag verändert?

Uli Sckerl

Also das Klima im Landtag hat sich entschieden verändert, es ist ein völlig anderes. Wir hatten ohne AfD in der Regel heftige, aber demokratisch geführte, Auseinandersetzungen, wie es sich für ein Parlament gehört. Eine gute Streitkultur zwischen Regierung und Opposition – wir waren ja auch lange selbst Opposition, wir haben uns selbstverständlich aber immer an Spielregeln gehalten. Mit Einzug der AfD – ab dem ersten Tag – war das völlig anders. Die AfD ist nicht auf Debatte und Aufklärung von Fragen und dem Suchen von Lösungen aus. Ab dem ersten Moment ging es darum, Krawall und Skandale zu inszenieren, sich als Opfer zu inszenieren und das bei geringfügigsten Anlässen – das prägte seitdem das Klima. Die Sprache hat sich unglaublich verschärft. Es ist nun eine Sprache des Hasses, der Beleidigungen, der Diffamierung. Und es ist relativ schwierig, in vielen Situationen, den Parlamentsbetrieb ordentlich durchzuführen, so wie wir es gewohnt sind.

Andreas Baumer

Wie sieht denn die Strategie der Grünen-Fraktion im Umgang mit der AfD aus?

Uli Sckerl

Also wir haben uns von Anfang an vorgenommen, sie formal korrekt zu behandeln. Das heißt: Sie sind gewählt worden, haben ein bestimmtes Wahlergebnis und nach den Regeln des Landtages steht ihnen halt etwas zu: ein Sitz in diesem Ausschuss, ein Vorsitz in einem anderen Ausschuss und einige andere Dinge. Das haben wir auch mit den anderen Fraktionen, bei denen das nicht so klar war, diskutiert, dass wir formal keinen Fehler machen und ihnen das zugestehen, um sie nicht in diese Opferrolle zu drängen. Andererseits wollen wir uns nicht darauf einlassen, ihre Krawall- und Skandalisierungsstrategie mitzumachen. Wir wollen auch nicht über die ganzen Stöckchen springen, die sie uns ständig hinhalten, sondern uns darauf konzentrieren, die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihnen zu führen, sie zu stellen und im Parlament auch klarzumachen, dass sie eigentlich inhaltlich entweder nichts zu bieten haben oder jedenfalls nicht das, was sie ihren Wählerinnen und Wählern versprechen. Das gelingt manchmal, es gelingt oft aber auch nicht, weil die AfD gar nicht in der Lage ist, jedenfalls in ihrer momentanen Verfassung nicht, eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen. Das wollen sie zum Teil auch nicht.

Andreas Baumer

Gibt es denn einen Konsens unter den demokratischen Parteien über diesen Umgang? Und hält er auch?

Uli Sckerl

Es gibt einen weitgehenden Konsens, er wird auch immer wieder in vielen Gesprächen der Parlamentarischen Geschäftsführer erneuert. Er muss auch bekräftigt werden, wenn etwas anliegt, es gibt ja auch ständig Wahlen, die AfD hat in der Besetzung der parlamentarischen Opposition eine unglaublich hohe Fluktuation.

Das hat mit ihren inneren Crashes und Widersprüchen und auch derzeit wieder mit Austritten aus der Fraktion zu tun. Und da muss immer geklärt werden: Kann eine vorgeschlagene Person gut den Landtag passieren, in der Regel durch Stimmenthaltung. Aber man stellt sich ständig entgegen oder man muss sie verhindern. Das muss ständig unter den demokratischen Parteien geklärt werden.

Ansonsten ist man sich einig, dass man die Auseinandersetzung sucht, das hält auch, auch mit dem Koalitionspartner. Also da kann ich der CDU keinen einzigen Vorwurf machen – bis zum heutigen Tag. Sie tragen den Konsens gegen diese AfD und gegen die Abwehr von Rechtspopulismus und mittlerweile auch von Rechtsextremismus zu 100 % mit. Da gibt es auch keine Abweichler.

Rolf Gramm

Wie entwickelt sich denn die AfD-Fraktion? Insgesamt hat man ja bei der Partei den starken Eindruck, dass eine Radikalisierung nach rechts stattfindet. Spürt man das in der baden-württembergischen Fraktion auch?

Uli Sckerl

Ja, das spürt man sehr stark. Am Anfang war ja Jörg Meuthen der Fraktionsvorsitzende. Der ist dann irgendwann nach Europa geflohen. Der ist wirklich geflohen, weil er das wohl nicht mehr auf die Reihe gekriegt hat mit dem wachsenden Rechtsextremismus und den Radikalen in seiner Fraktion. Der hat ja noch sowas wie die alte AfD als Anti-Euro-Partei verkörpert. Das hat zunehmend abgenommen und die Radikalen haben zunehmend an Einfluss gewonnen. Das zeigt sich an solchen Abgeordneten wie dem Räßle, der jetzt allerdings rausgeschmissen worden ist, nachdem er diese Brandrede in Mainz gehalten hat. Das zeigt sich an Christina Baum, die sozusagen bundesweit die Frontfrau des Flügels der AfD in enger Verbindung mit Björn Höcke und Kalbitz gewesen ist bzw. immer noch ist und einigen anderen Figuren, die da sehr stark an Einfluss gewonnen haben.

Also, du hast heute eine völlig andere AfD-Fraktion als im April 2016. Damals war es eine Anti-Euro-Fraktion, nationalkonservativ. So ähnlich wie wir sie als Lücke-Partei kennengelernt haben. Heute ist hier eine Fraktion zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die auch keine Grenzen, keine Tabus mehr kennt und sich ungehindert einer Rechtsaußen-Sprache im Parlament bedient.

Andreas Baumer

Du sagst, am Anfang war es eine rechts-nationalkonservative Fraktion, aber über den Umgang mit dem Gedeon und seinem Antisemitismus haben sie sich am Anfang nicht einigen können.

Uli Sckerl

Das ist richtig. Gedeon hat dann auch die Fraktion relativ schnell verlassen. Es war damals noch Frauke Petry, die das angeblich mit ihrer Intervention herbeigeführt hatte. Die waren ja mal zeitweise zwei Fraktionen, haben sich dann auf der Basis einer Erklärung vereinigt. Wo du schon gemerkt hast, jetzt fängt es an abzudriften. Aber diese Phase mit Meuthen, die hat schon ein gutes Jahr gehalten. Also, wo er immer wieder versucht hat, die AfD auf diesem alten Kurs zu halten und es ist ihm aber zunehmend entglitten. Er hat auch zunehmend an Einfluss verloren.

Rolf Gramm

Das heißt, diese radikal-neoliberalen Positionen der AfD spielen heute nur noch wenig eine Rolle?

Uli Sckerl

Die spielen eigentlich keine Rolle mehr. Es gibt eigentlich keinen Vertreter in der Fraktion mehr. Es sind jetzt mehrere Abgeordnete ausgestiegen, die auch keine große Rolle gespielt haben. Aber wenn sie mal geredet haben im Landtag, dann waren sie Vertreter dieser alten, wenn du so willst, radikalen neoliberalen AfD gewesen. Aber wie gesagt, das sind jetzt einzelne Abgeordnete, die haben sich ja von 23 auf 16 verkleinert – durch eine ganze Reihe von Austritten, auch durch die Spaltung, die sie hatten. Das, was übriggeblieben ist, ist ein rechtsextremer Verbund.

Andreas Baumer

Lässt sich diese Entwicklung auch an ihren Themen nachvollziehen? Also Anti-Euro dürfte kein großes Thema mehr sein. Was ist es inzwischen, ist es Islam oder nach wie vor Migration?

Uli Sckerl

Die AfD hatte von Anfang an die Strategie verfolgt, das Parlament und insbesondere die Ministerien mit kleinen Anfragen, in der Regel aber auch mit Anträgen oder großen Anfragen förmlich zu fluten. Und es stimmt sicherlich mit großem Abstand, die meisten Anträge stammen von der Fraktion. Sie machen mit diesen Anträgen parlamentarisch nichts. Also, es gibt eigentlich an parlamentarischer Verwertung und Besprechung nichts. Meistens wird es auch abgesetzt. Es dient eher dazu, es in der eigenen Blase, also über Facebook, über die sozialen Medien, zu zeigen. In die offiziellen Medien kommen sie ganz selten hinein. Also machen sie das mit ihren eigenen Kanälen. Und da geht's halt um die Themen Islamisierung, auch Baden-Württembergs, Deutschlands. Es geht um die Themen Migra-

tion und Kriminalität und Entvolkung, Veränderungen der kulturellen Wurzeln dieses Landes. Das sind die Hauptthemen. Europa spielt eigentlich nur noch eine Rolle, wenn es europäische Dokumente gibt, die im Landtag besprochen werden. Das machen wir ja relativ öfter als andere Landtage, weil wir auch Europa-Ausschuss haben. Aber ansonsten ist das Thema verschwunden. Und es sind die Themen, mit denen die AfD halt den Landtag beschäftigt, in allen ihren Facetten. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass man das Thema Migration, Kriminalität und Islamisierung unter so vielen Gesichtspunkten und Fragestellungen behandeln kann, wie die das tun. Die haben sicherlich roundabout an die 300 bis 400 parlamentarische Initiativen, allein zu diesem Thema, gestartet.

Rolf Gramm

Habt ihr einen Überblick über die Themen, die sie in ihren Initiativen insgesamt behandeln? Also, du sagst jetzt große Mehrheit sind diese Anti-Migrations-, und Anti-Islam-Geschichten. Womit fallen sie denn sonst auf?

Uli Sckerl

Sie fallen ansonsten nicht mit Themen auf. Wie gesagt, der Löwenanteil der Anträge ist diesem Thema gewidmet. Da entwickeln sie auch Positionen wie eine konsequente Rückführungs- und Ausweisungspolitik und andere. In allen anderen Gebieten und Feldern fragen sie eher Positionen oder Daten ab, entwickeln aber weniger eigene Positionen. Eigene Positionen haben die eigentlich nur entwickelt zum Thema Windkraft. Da haben sie versucht, mit einer ganzen Reihe von großen Anfragen, die sehr regional bezogen waren, sich an diesem Dachverband der Bürgerinitiativen gegen Windkraft anzuhängen. Mit den gleichen Aussagen. Das war das Eine. Dann haben sie es eine Zeitlang versucht mit Initiativen zur Leugnung des menschengemachten Klimawandels. Aber da haben sie schlicht und einfach niemanden in der Fraktion, der es auch nur im Ansatz intellektuell vertreten könnte. Also mit diesem Thema, das wird nichts in Baden-Württemberg. Vielleicht klappt das auf Bundesebene besser. Aber in Baden-Württemberg sind sie mit dem Ansatz, den Grünen das Thema streitig zu machen oder die Grünen zu entzaubern eigentlich relativ kläglich gescheitert. Da kommt doch im Moment nichts mehr. Im Moment kommen so Themen wie Regierung kontrollieren, Corona, natürlich, klar. Mittlerweile ist das das Thema Numero eins eigentlich der AfD. Aber auch wieder in engem Zusammenhang mit Migration. Denn die Hauptbedrohung ist nicht das Virus oder die Pandemie, sondern sozusagen die offenen Grenzen, und dass auch Flüchtlinge diese Pandemie mit sich schleppen. Es ist mittlerweile eigentlich für sie die Hauptgefahr. Aber wie gesagt, da formulieren sie Positionen. Aber in der großen Breite der Themen der Landespolitik, formuliert diese Fraktion keine inhaltlichen Positionen. Sie ist auch dazu erkennbar weit überwiegend nicht in der Lage.

Andreas Baumer

In Baden-Württemberg hat die AfD ja auch versucht, sich an dieser Coronaleugner-Szene heranzuwagen und auch im Bundestag klagt sie jetzt gegen das Masken-Gebot. Geht sie im Landtag auch so weit, dass sie solche Coronaleugner-Positionen vertritt?

Uli Sckerl

Ja, und zwar sehr radikal und sehr entschieden.

Es ist schon eine erstaunliche Wandlung. Zu Beginn der Pandemie Ende Februar, Anfang März 2020, haben sie uns kritisiert, dass wir sozusagen nicht entschieden genug handeln würden. Der Lockdown müsste viel schneller, viel entschiedener kommen.

Da gibts noch Facebook-Posts und ähnliches. Das haben wir auch schön alles aufgehoben. Kann man dokumentieren, wie die damals aufgetreten sind. Dann sind sie in den Umfragen gesunken, was allen Oppositionsparteien so gegangen ist. Ist ja auch uns im Bundestag ein Stück weit so gegangen, das ist immer dann die Stunde der Exekutive gewesen. Und dann gab's starken Zuspruch an die Regierungsparteien. Das war auch so in Baden-Württemberg. Die AfD ist teilweise in Umfragen unter zehn Prozent, auch in Baden-Württemberg, gesunken. Das war für sie Anlass zu einer radikalen Kurswende. Und jetzt sind sie also mittendrin bei den Coronaleugnern. Sie sind auch organisatorisch Teil von denen. Sie tun viel dafür, dass die Veranstaltungen der Querdenker zustande kommen, haben denen viel logistisch geholfen, sind auch immer wieder aufgetreten, rufen zu allen Aktivitäten auf und vertreten das inhaltlich in einer mittlerweile bizarren Weise.

Also, da gibts eine Rede von Christina Baum, das ist diese Frontfrau des AfD-Flügels, auch bundesweit als Frontfrau tätig. Sie hat in der letzten Plenarsitzung

eine Rede gehalten mit einer Vermischung rechtsextremer Auffassungen mit Verschwörungsmythen. Das war schon von der besonderen Sorte. Es war ein Stück weit abgedreht, es war ein Stück weit wirr, aber es war auch ein Stück weit natürlich gefährlich, wenn QAnon und der Rechtsextremismus der AfD zusammenkommen. Dann ist es schon ein heißes Gebräu. Und in diese Richtung driftet es im Moment ab. Aber muss man sehen, ob das auf Nährboden stößt bei den Coronaleugnern. Das ist ja jetzt in.

Rolf Gramm

Haben die tatsächlich jemanden in der Fraktion, der diese QAnon-Theorien offensiv vertritt?

Uli Sckerl

Frau Dr. Baum vertritt diese, das ist sozusagen der Höhepunkt ihrer Rede bei der letzten Plenarsitzung gewesen.

Das Entscheidende sozusagen ist, dass Bill Gates die Menschheit chippen will – das aus dem Mund einer Flügel-Frau der AfD. Das hat eine neue Qualität gehabt.

Rolf Gramm

Und die Rest-Fraktion stöhnt da nicht auf?

Uli Sckerl

Die Rest-Fraktion klatscht begeistert Beifall. Vielleicht bis auf den Fraktionsvorsitzenden, aber das ist ja eh nur noch jemand, den sie halt im Amt lassen, weil er irgendwie die Geschäfte führt. Aber warum der nicht gestürzt ist, weiß kein Mensch, da er es immer irgendwie geschafft, sich zu halten. Der Gögel ist wahrscheinlich der Einzige, der nicht ganz auf diesem Kurs ist. Aber alle anderen, da gibts genug Facebook-Einträge von denen, das haben wir uns auch alles angeguckt. Die Radikalisierung hat vor zwei Jahren begonnen mit diesen Auseinandersetzungen in den neuen Bundesländern. Die waren dann alle in Chemnitz, die haben sich nach Halle entsprechend rechts positioniert. Jetzt kommen Corona und die Coronaleugner dazu und dann wird es miteinander verwoben und vermischt und das gibt also ein irres Gebräu. Aber das Irre ist gleichzeitig auch gefährlich.

Andreas Baumer

Wir haben in unserem Dossier auch einen Beitrag über frühere rechtsextremistische Parteien in Baden-Württemberg, die NPD und die Republikaner, und das einzig Gute, was man über beide sagen kann, ist die Tatsache, dass sie ziemlich bald sang- und klanglos wieder verschwunden sind. Wie schätzt du diese Frage bei der AfD ein? Werden die ebenfalls in absehbarer Zeit verschwinden, oder müssen wir uns darauf einstellen, dass sie uns dauerhaft erhalten bleiben?

Uli Sckerl

Es ist zu früh, das zu sagen. Aber es wird keine kurzzeitige Entscheidung sein. Ich rechne nicht damit, dass die bei der Landtagswahl 2021 verschwinden, sondern die werden wieder in den Landtag einziehen. Ich glaube, hier ist genug Potential da. Insoweit hat sich die Basis in der Gesellschaft schon verbreitert. Also wenn du alte Studien nimmst, da siehst du heute, dass sich die politische Basis und auch die Bereitschaft für solche Auffassungen deutlich verbreitert hat. Von diesem Nährboden werden die zehren. Das hilft sicher über die Fünfprozent-Hürde, wahrscheinlich zu mehr. Deswegen ist das keine kurzzeitige Erscheinung, sondern wir müssen uns da auf eine längere Auseinandersetzung gefasst machen.

Andreas Baumer

Wir haben jetzt viele Themen angesprochen, haben viel Neues gelernt. Uli, vielen Dank nochmal für deine Zeit und deine Offenheit. Wir wünschen euch weiterhin gute Nerven in dieser Auseinandersetzung.

Alle

Vielen Dank. Gute Zeit. Tschüss und Tschüss.

DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD) IN BADEN-WÜRTTEMBERG: VERBINDUNGEN INS EXTREM RECHTE LAGER

Anhand von ausgewählten baden-württembergischen Politiker*innen und Funktionär*innen der AfD legt der Text Verbindungen ins extrem rechte Lager offen. Personen werden skizziert, die mit Referatsauftritten, Interviews bzw. Autorenschaft oder (ehemaliger) Mitgliedschaft in extrem rechten Zusammenhängen in Erscheinung getreten sind.

von Anton Maegerle



»AFD ist sowas von 1933«; Abbildung: Imago Images | Arnulf Hettrich, Lizenz: All rights reserved.

Die AfD gilt weithin als »rechtspopulistisch«. Tatsächlich lassen sich im Parteiprogramm kaum extremistische Positionen finden. Betrachtet man jedoch die Entwicklung der Partei seit ihrer Gründung, so hat sie sich kontinuierlich von einer rechtsdemokratischen Einstellung weg und hin zu einer rechtsextremen Orientierung bewegt. Die deutsch-nationalistisch-völkische Strömung hat deutlich an Relevanz gewonnen. Die AfD der Gegenwart ist nicht mehr mit der AfD in ihrer Gründungszeit identisch. Sie hat sich zum Extremismus hin entwickelt. Das zeigt sich an »problematischen Äußerungen« von Spitzenpolitiker*innen gegen die moderne Demokratie und die offene Gesellschaft, aber auch daran, dass als gemäßigt geltende Akteur*innen keine größeren Probleme haben, mit extremen Protagonist*innen der demokratiefeindlichen Neuen Rechten zu kooperieren. AfD-Politiker*innen und ihre Mitarbeiter*innen relativieren die Verbrechen des Nationalsozialismus, delegitimieren gewählte Regierungen und propagieren einen Systemwechsel. Sie vertreten ein ethnisches Staatsbürgerschaftsverständnis, pauschalisieren mit fremdenfeindlichen Stereotypen und wollen Minderheiten nicht die gleichen Rechte zugestehen. Die AfD steht zunehmend in Tradition der rechtsextremen Partei Die Republikaner[1] – auch in Baden-Württemberg.

[1] <https://link.springer.com/article/10.1007/s12054-020-00264-9> (abgerufen am 15.06.2020)

Meuthen: Prominentester AfD-Politiker im Ländle

Jörg Meuthen, AfD-Bundessprecher, ist der prominenteste AfD-Politiker aus Baden-Württemberg. Er gehört dem Kreisverband Baden-Baden/Rastatt an.[2]

Der vermeintliche Gegner des zwischenzeitlich offiziell aufgelösten völkisch-nationalistischen »Flügels« gilt – insbesondere nach dem von ihm initiierten Rauswurf des einstigen Neonazis Andreas Kalbitz aus der Partei – weithin als das bürgerliche Gesicht seiner Partei. Fakt ist jedoch, dass der als rechtsliberal geltende Meuthen seit Jahren der extrem rechten Presse immer wieder als Autor und Interviewpartner zur Verfügung steht und sich in seinen Reden regelmäßig rechtsextremer Kampfrhetorik bedient, etwa in seiner Rede beim AfD-Bundesparteitag in Stuttgart im Mai 2016. O-Ton Meuthen: »Wir wollen weg vom links-grün-versifften 68er-Deutschland«.[3]



Björn Höcke (l-r), Landesvorsitzender der AfD Thüringen, begrüßt Jörg Meuthen, Bundessprecher der AfD, und Alexander Gauland, Bundessprecher der AfD, beim Parteitag der AfD. Abbildung: picture alliance/dpa | Julian Stratenschulte, Lizenz: All rights reserved.

Der beurlaubte Hochschulprofessor Meuthen (Jg. 1961) ist seit Dezember 2017 als Nachrücker für Beatrix von Storch Abgeordneter im Europarlament. Er gehört der Fraktion »Identität und Demokratie« an und amtiert als Fraktionsvize. Größte Parteien der Fraktion sind die rechtsextreme italienische »Lega« und der rechtsextreme französische »Rassemblement National«.

Bis November 2017 war Meuthen AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg. Bei Meuthen verwischen die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und der extremen Rechten. Er hat mit dazu beigetragen, dass die Grenze des Sagbaren weit nach rechts geöffnet wurde.

Meuthen bezeichnet sich selbst als »eine bürgerliche Existenz durch und durch ... Ein Staatsdiener.« Er will »bis heute nicht radikal« sein.[4]

Allerdings scheut er keine Ausflüge, Kontakte und Freundschaften ins völkisch-nationalistische Lager, bei dem er auch als Redner in Erscheinung tritt. Meuthen bezeichnete den aus Hessen stammenden thüringischen AfD-Scharfmacher Björn Höcke als »Freund« und sieht über dessen rassistische Theorien von angeblichen »Reproduktionsstrategien« der Afrikaner hinweg. Mehrfach nahm er Höcke gegen Antisemitismus-Vorwürfe in Schutz und lehnte ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn ab.[5]

Höcke, der die Bundeskanzlerin als »Diktatorin«[6] diffamiert, habe »Lust an provokativen Formulierungen ... Er ist aber kein Rechtsextremist«, so Meuthen.[7]

Noch im Februar 2020, am Rande eines Sonderparteitags der AfD Baden-Württemberg, sagte Meuthen: »Zu sagen, der Flügel gehört in seinen Positionen in toto nicht dazu, würde ich für falsch halten ... Dazu kenne ich zu viele vernünftige Leute, die sich dem Flügel zugehörig fühlen, mit denen man sehr wohl vernünftig sich austauschen kann.«[8]

Am 4. Juni 2016 war Meuthen Redner beim zweiten Kyffhäuser-Treffen des extrem rechten und völkischen »Flügels« der AfD um Höcke. Vor Ort hatten sich 500 Personen, darunter exponierte Vertreter*innen der sogenannten Neuen Rechten, wie Götz Kubitschek und Ehefrau Ellen Kositzka, eingefunden. In seiner 20-minütigen Rede sprach Meuthen davon, dass seine Gegner*innen aus dem »Lager der grünen Volkserzieher zu Genderismus und anderen Perversionen des Zeitgeistes«

[2] <https://bnn.de/lokales/landkreis-rastatt/afd-chef-meuthen-wechselt-zum-kreisverband-baden-baden-rastatt> (abgerufen am 29.01.2020)

[3] <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/AfD-Parteitag-in-Stuttgart> (abgerufen am 17.08.2020)

[4] https://www.swp.de/suedwesten/staedte/craillshiem/joerg-meuthen-_ich-bin-bis-heute-nicht-radikal_-30670132.html (abgerufen am 17.05.2020)

[5] Amann, Melanie; Fleischhauer, Jan; Friedmann, Jan; Müller, Ann-Katrin; Pfister, René; Schult, Christoph; Weiland, Severin (2016): Opposition: Die Meuterei. Der Antisemitismus-Streit zeigt, dass das Zerwürfnis zwischen Frauke Petry und Jörg Meuthen nicht mehr zu kitten ist. Doch die Männer in der AfD finden keinen Weg, die Parteichefin aus dem Weg zu räumen. In: Der Spiegel, 08.07.2016.

[6] In: Der Spiegel 8 / 2017 S. 20–22.

[7] http://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-%E2%80%99Elust-an-provokativen-formulierungen%E2%80%99C-arid,2105361.html (abgerufen am 14.02.2020)

[8] <https://www.tagesschau.de/inland/afd-debatte-hanau-101.html> (abgerufen am 22.02.2020)

[9] <http://keinealternative.blogspot.de/2016/06/14/meuthen-beim-kyffhaeusertreffen/> (abgerufen am 14.06.2020)

[10] https://www.schwaebische.de/sueden/baden-wuerttemberg_artikel,-scharfe-attacken-im-landtag-_arid,10466757.html (abgerufen am 08.06.2020)

[11] <https://www.bild.de/politik/inland/alternative-fuer-deutschland/antisemitisches-buch-46065860.bild.html> (abgerufen am 01.06.2020)

[12] <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/AfD-Parteitag-in-Stuttgart> (abgerufen am 03.05.2020)

[13] <https://www.kreisbote.de/lokales/weilheim-schongau/stadthalle-weilheim-gegendemstration-davor-10009873.html> (abgerufen am 05.06.2020); <https://rechtsaussen.berlin/2018/07/vom-reich-des-boesen/> (abgerufen am 12.10.2020)

[14] Meuthen, Jörg: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Den Stecker ziehen. In: Junge Freiheit, 5/2016, S. 18

[15] <http://keinealternative.blogspot.de/2016/06/13/auch-afd-funktionaerinnen-aus-baden-wuerttemberg-auf-sommerfest-der-jungen-freiheit/> (abgerufen am 13.06.2020)

[16] <http://www.tagesspiegel.de/medien/wochenzeitung-aus-berlin-afd-und-pegida-besche-ten-junger-freiheit-auflagenrekord/12872614.html> (abgerufen am 25.06.2020)

[17] Interview mit Jörg Meuthen. In: Zuerst!, 10/2018, S. 11

[18] Interview mit Jörg Meuthen. In: Zuerst!, 1/2018, S. 29

stammen würden. Die Grünen diffamierte Meuthen als »grüne Sprachvergewaltiger«. Auch bei dieser Rede nannte Meuthen Höcke seinen »Freund«.[9]

Vier Tage später, am 8. Juni 2016, hielt Meuthen, frisch gebackener AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg, seine erste Rede in einem Parlament. Meuthen beklagte – ganz im Stil der Geschichtsrevisionisten – die angeblich von den anderen Landtagsparteien gegen die AfD geschwungene »Antisemitismus-Keule«.[10]

Kurz zuvor waren antisemitische Schriften von Meuthens Fraktionskollege Wolfgang Gedeon öffentlich geworden. In diesen bezeichnet Gedeon Holocaust-Leugner*innen als »Dissidenten« und die Erinnerung an den Holocaust als »Zivilreligion« des Westens.[11]

Auf dem AfD-Bundestag in Stuttgart am 7. Mai 2016 verteidigte Meuthen die nationalistische Erinnerungskultur: »Wir fordern ..., die deutsche Erinnerungskultur nicht einseitig auf diese Zeit des Nationalsozialismus auszurichten, sondern sie auch auf die nicht wenigen positiven und identitätsstiftenden Phasen deutscher Geschichte, die es eben auch gibt, auszuweiten. Daran ist aus meiner Sicht nichts, wirklich nichts Verwerfliches.« In seiner Rede wandte sich Meuthen gegen Weltoffenheit »im Sinne eines idiotischen zeitgeistigen Multi Kulti der kompletten Beliebigkeit« und skizzierte das Ziel der AfD wie folgt:

»Wir wollen weg vom links-rot-grün-versifften 68er-Deutschland und hin zu einem friedlichen, wehrhaften Nationalstaat.«[12]

Bei einer AfD-Demonstration am 27. Mai 2018 in Berlin schimpfte Meuthen auf die »Hofschranzen Angela Merckels« – die Minister, die dem Volk dienen sollten, »aber sie tun das ganz und gar nicht«. Den AfD-Anhänger*innen, 5.000 hatten sich vor dem Brandenburger Tor versammelt, gab Meuthen kund: »Wir erleben die Vergewaltigung unserer Identität und Kultur durch unkontrollierte und behördlich sogar noch illegal unterstützte Massenmigration in unser Land ... Wir erleben die Vergewaltigung unserer Sprache durch ein in unseren Schulen gelehrt und behördlich eingefordertes Gender Gaga, angeordnet von Binnensternchen-Volldeppen, die selbst im Bundestag keinen geraden Satz zusammen bekommen, aber grenzdebil feixend dazwischen rufen, wenn unsere exzellenten AfD-Abgeordneten ihnen etwas erklären.«[13]

Seit seinem Wechsel von der Hochschule in die Politik steht Meuthen regelmäßig extrem rechten Blättern Rede und Antwort oder greift selbst für diese zur Feder.

In der »Jungen Freiheit« (JF), dem bekanntesten Sprachrohr der Neuen Rechten, attackierte er 2016 in einem Artikel den öffentlich-rechtlichen Rundfunk:

»Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat ausgedient. Dies gilt jedenfalls in der derzeit noch bestehenden zwangsweisen und nicht mehr begründbaren Finanzform. Ziehen wir ihm den Stecker.«[14]

Im selben Jahr, am 4. Juni 2016, gehörte Meuthen zu den Feiernden des Sommerfestes der »Jungen Freiheit« anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens in Berlin. Unter den Angereisten war auch die AfD-Kollegin Alice Weidel.[15]

Die »Junge Freiheit« will nicht nur Zeitung sein, sondern auch politisches Projekt, Vorfeldorgan und Forum einer Bewegung. Verlag und Zeitung haben sich über Jahre hinweg zu den Ideen der sogenannten Konservativen Revolution bekannt, einer antidemokratischen Strömung in der Weimarer Republik. Heute will man laut Selbstdarstellung für einen demokratischen Konservatismus stehen. Seit Gründung der AfD hat sich die JF zunehmend zu einem Sprachrohr der Partei entwickelt. »Wer die Alternative für Deutschland verstehen will, muss die Junge Freiheit lesen«, sagte der AfD-Altvordere Alexander Gauland.[16]

In einem Interview mit dem rechtsextremen Monatsmagazin »Zuerst!« (Untertitel »Deutsches Nachrichtenmagazin«) beklagte Meuthen im Oktober 2018 eine »vorherrschende linke Kulturhegemonie«, gegen die sich »erfreulicherweise ein reger Widerstand formiert, weil am Ende die gesellschaftlichen Realitäten schwerer wiegen als linke Hirngespinnste«. Wiederholt bezeichnete Meuthen, so auch bei diesem Interview, im Bundestag vertretene demokratische Parteien verächtlich als »Kartellparteien«.[17]

Ebenfalls in »Zuerst!« erklärte Meuthen in einem Interview im Januar 2018, dass zwischen Alexander Gauland und ihm »kein Blatt Papier« passe, »und dabei wird es auch bleiben. Wir kennen uns, wir schätzen uns«. Gauland sinnierte öffentlich über einen »Systemwechsel« im Land und will alle Merkel-Unterstützer*innen »aus der Verantwortung vertreiben«.[18]

»Zuerst!« zählt zum Imperium »Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH« des norddeutschen rechtsextremen Verlegers Dietmar

Munier. Verbindungen von AfD-Politikern zu »Zuerst!« sind im »Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der AfD und ihren Teilorganisationen« des Bundesamts für Verfassungsschutz aufgeführt.[19]

Meuthen hielt die Laudatio zu Gaulands 75. Geburtstag, der am 20. Februar 2016 in Potsdam gefeiert wurde. Er pries Gauland als »Pontifex Maximus der Alternative für Deutschland« und nannte ihn einen »intellektuellen Brückenbauer«.[20]

Wenige Wochen später sorgte der »intellektuelle Brückenbauer« Gauland mit einer Äußerung über den dunkelhäutigen Fußball-Nationalspieler Jerome Boateng für Empörung. »Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben«, so Gauland.[21]

Im Mai 2016 wurde Meuthen von der politischen Monatszeitschrift »Compact – Magazin für Souveränität« interviewt. Auf den Hinweis, dass er in den Medien »ja gerne als das ›brave, bürgerliche Gesicht‹ einer ansonsten gefährlichen Partei« dargestellt werde, »als ein ›Gemäßigter unter Radikalen‹«, antwortete Meuthen:

»Tja, die Medien brauchen ihre Etikettierung, aber das ist natürlich Quatsch. In der Tat bin ich aus ökonomischer Sicht liberal, aber ich bin eben gesellschaftspolitisch genauso konservativ, wie es etwa Alexander Gauland ist, da gibt es eigentlich keinen Unterschied. Die Medien haben ihre Etiketten, ich selbst finde meine Positionen gar nicht so brav.«

Ausdrücklich betonte Meuthen, dass sein »gemäßiger« Stil sich auf den Südstwesten ausrichtet, er aber in anderen Bundesländern mit radikaleren Haltungen kein Problem hat: »Mit einer Poggenburg-Linie hier in Baden-Württemberg wäre es problematisch geworden, und mit einer Meuthen-Linie in Sachsen-Anhalt vermutlich auch.«[22]

Das Magazin »Compact« ist rechtspopulistisch ausgerichtet. Propagiert wird, dass die Bundesrepublik nicht souverän, sondern eine »Militärkolonie« der USA sei. Das Hochglanzprodukt »Compact« verbreitet häufig Verschwörungsideologien unter anderem stellt das Blatt den rechtsterroristischen NSU als Geheimdienst-Komplot dar. Das »Volk« ist in der Weltsicht von »Compact« immer das Opfer: Es wird von politischen und ökonomischen Eliten bedroht und betrogen, seine angeblichen Feinde sind wahlweise »Gutmenschen«, »Finanzkapital«, Massenmedien oder die »Kolonialmacht« USA. Zu den Themenschwerpunkten des Blattes gehört die Asyl- und Flüchtlingspolitik – in Kombination mit dem Vorwurf an die sogenannten Altparteien, für den drohenden Untergang Deutschlands verantwortlich zu sein.

Wie die »Junge Freiheit«, »Zuerst!« und »Compact« ist auch das zweimonatlich erscheinende Magazin »Deutsche Geschichte« frei an Kiosken und Bahnhöfen erhältlich. In einem Interview mit der »Deutschen Geschichte« (5/2017) gab Meuthen an:

»Wir wollen eine andere Politik machen, da wir die Politik der Regierenden für grundfalsch halten.«

Zugleich plädierte er für eine »wertkonservative Gegenbewegung«: »Was die Alt-68er-Bewegung verursacht hat, war die Aufgabe traditioneller Werte und Tugenden, die für das Funktionieren einer Gesellschaft unabdingbar sind, zugunsten einer völligen Beliebigkeit und Wertelosigkeit«, so Meuthen.[23]

Die Zeitschrift »Deutsche Geschichte« (DG) wird von der Verlagsgesellschaft Berg mbH (VGB) mit Sitz im bayerischen Gilching verlegt, einem der größten organisationsunabhängigen rechtsextremen Verlage in der Bundesrepublik. In dem Blatt finden sich geschichtsrevisionistische und militärhistorische Inhalte. Laut Eigenwerbung will die DG zum »aufrechten Gang durch die Welt von damals« einladen und »im Buch der Geschichte« blättern, das »alles, aber bestimmt kein Verbrechenalbum« sei.[24]

Im Mai 2018 attackierte Meuthen in einem Artikel der FPÖ-nahen Monatszeitschrift »Die Aula« die Abgeordneten der CSU im Europaparlament. So sollen diese laut Meuthen im Parlament »geschlossen für die unbegrenzte Masseneinwanderung« gestimmt haben: »Hier fühlen sich die CSUler, anders als in Deutschland, offensichtlich unbeobachtet – und stimmen deshalb so ab, wie es in der Union mittlerweile erwartet wird.« Meuthen weiter: »Da wundert es nicht, dass auch auf anderen Gebieten interessante Ergebnisse herauskamen.« Besonders schändlich findet Meuthen, ein vermeintlich wertkonservativer Familienvater, der zwischenzeitlich in dritter Ehe verheiratet ist, bei den CSU-Abgeordneten, dass diese »für die verpflichtende gegenseitige Anerkennung der Homo-Ehe auch in denjenigen Mitgliedsstaaten« stimmten, »welche diese gar nicht vorgesehen haben. Sie stimm-

[19] <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/> (abgerufen am 17.08.2020)

[20] <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/brandherde-im-geb-ik-der-afd>(abgerufen am 30.06.2020)

[21] http://www.deutschlandfunk.de/gauland-aeusserung-es-ging-sehr-konkret-um-das-beispiel.694.de.html?dram:article_id=355634 (abgerufen am 30.05.2020)

[22] Interview mit Jörg Meuthen. In: Compact, 5/2016, S. 42-44

[23] Interview mit Jörg Meuthen. In: Deutsche Geschichte, 5/2017, S. 10f

[24] <http://www.bnr.de/content/zwanzig-jahre-geschichtsverfalschung>(abgerufen am 26.06.2020)

[25] Meuthen, Jörg: Das passiert in Brüssel! In: Die Aula, 5/2018, S. 36

[26] <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/februar-2016/die-fpoe-und-das-freiheitliche-magazin> (abgerufen am 17.08.2020)

[27] <https://afdKompakt.de/2019/04/16/meuthen-zur-eu-wahl-das-establishment-fuerchtet-unsere-zusammenarbeit/> (abgerufen am 16.04.2020)

[28] »Zur Zeit«, Nr. 11, März 2019, S. 16

[29] <https://sezession.de/59403/sommerakademie-in-schnellroda-europa-nation-meuthen> (abgerufen am 02.06.2020)

[30] <http://www.zeit.de/kultur/literatur/2016-02/rechts-konservativ-nassehi-kubitschek/komplettansicht> (abgerufen am 19.02.2016)

[31] <http://www.sezession.de/46161/die-afd-die-realpolitische-flexibilitaet-und-wir.html> (abgerufen am 10.03.2019)

ten für ›Lehrpläne der Toleranz‹. Sie stimmten für Gender-Unterricht an Schulen ohne elterliches Einverständnis«, empört sich Meuthen.[25]

Die Zeitschrift »Die Aula«, im Juni 2018 eingestellt, war eines der ältesten Medien des österreichischen Rechtsextremismus nach 1945. Vor allem aufgrund anhaltender antisemitischer Agitation sorgte die NS-apologetische Monatszeitschrift immer wieder für öffentliche Empörung. Mehrfach wurden verurteilte Neonazis zustimmend als »Volkstumskämpfer« oder »Nationale« verharmlost.[26]

Auf die Frage: »Mit welchen Themen wird die AfD in den Wahlkampf ziehen?« antwortete Meuthen in einem Interview mit der österreichischen Wochenzeitung »Zur Zeit« (ZZ; 16/17-2019): »Wir wenden uns stark gegen die weitere Zentralisierung der EU, gegen die schrittweise Entwicklung hin zu den Vereinigten Staaten von Europa.«

Lob fand Meuthen für den ungarischen Autokraten Viktor Orbán: »Es ist nämlich das Recht der Ungarn und der Regierung Orbán, etwa in der Migrationspolitik so zu entscheiden, wie sie das tun.« Meuthen bekennd weiter: »Ich habe eine hohe Meinung von Orbán.«[27]

ZZ ist eine Postille mit deutschnationaler Ausrichtung, die unter anderem vom ehemaligen EU-Parlamentarier und FPÖ-Funktionär Andreas Mölzer herausgegeben wird. Interviewt wurde Meuthen vom ZZ-Redakteur Bernhard Tomaschitz, der sich daran erfreut, dass »Orban nicht nach der Pfeife des in Brüssel bestens vernetzten US-Spekulanten Soros tanzt.«[28]

Am 9. September 2018 referierte Meuthen auf der 19. »Sommerakademie« des neurechten »Instituts für Staatspolitik« (IFS) im sachsen-anhaltinischen Schnellroda über seine Erfahrungen als Europaparlamentarier.[29]

Beim IFS gehen Mitglieder der vom Verfassungsschutz beobachteten »Identitären Bewegung« ein und aus. Das Netzwerk des Höcke-Freundes Götz Kubitschek sieht sich im Gegensatz zur »Jungen Freiheit« weiterhin in der Tradition der Konservativen Revolution stehend. Als geistige Orientierungspunkte benannte Kubitschek unter anderem Ernst Jünger, Carl Schmitt und Armin Mohler.[30]



19.02.2018, Baden-Württemberg, Stuttgart: Ein Aufkleber gegen die Identitäre Bewegung klebt auf einem Pfosten. Foto: Sebastian Gollnow/dpa; Abbildung: picture alliance / Sebastian Gollnow/dpa | Sebastian Gollnow, Lizenz: All rights reserved.

Kubitschek wähnt sich in einem »geistigen Bürgerkrieg«. 2014 erklärte er, dass »wir in einem kranken Staatsgebilde und Volkskörper leben: amerikanisiert, also umerzogen bis zur Selbstverleugnung; an den Westen verloren entgegen vitaler Interessen, die wir als die Nation der Mitte Europas auch in Richtung Osten zu vertreten haben; am Rande einer demographischen Katastrophe; in manchen Regionen und Städten überfremdet bis zur Unkenntlichkeit; in steilem Sinkflug begriffen von einem Niveau der Bildung herab, das einst seinesgleichen auf der Welt suchte; seelisch verkrüppelt durch eine auf Schuld, Schande und verbrecherisches Erbe fixierte Geschichtserzählung und -politik.«[31]

Kubitschek und seine Ehefrau sowie politische Weggefährtin Ellen Kositzka haben im Januar 2015 versucht, der AfD beitreten. Die Mitgliedsanträge wurden

abgelehnt. Der damalige AfD-Vorsitzende Bernd Lucke schrieb in einer E-Mail an seine Vorstandskollegen: »Bei Pegida ... ist Kubitschek im schwarzen Hemd und offener brauner Uniformjacke aufgetreten. Ein Narr, wer darin nicht eine bewusste Anspielung auf die faschistischen Bewegungen im Europa der zwanziger und dreißiger Jahre sieht.«[32]

AfD-Mitarbeiterpool

Zum Mitarbeiterpool der baden-württembergischen AfD-Parlamentarier*innen zählen unter anderem Laurens N., Marcel G. und Armin A.

Laurens N. war zeitweilig »Bundesführer« der rechtsextremen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ), die im März 2009 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten wurde. In der April-Ausgabe 1999 von »Nation & Europa«, dem damals führenden ideen- und strategiepolitischen Organ von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur, wurde N. als Ansprechpartner für die »Sommersonnwendfeiern« der »Leitstellen« Nord und Süd für die anstehenden HDJ-Sommersonnwendfeiern benannt.[33]

Im Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2002 ist zu lesen: Die 1990 gegründete HDJ wolle erreichen, dass »wir uns selbstbewußt und unverkrampft der eigenen Vergangenheit stellen«. Hinter dieser Aussage verbirgt sich eine völkische und nationalistische Ideologie, die sich von derjenigen der verbotenen »Wiking-Jugend« (WJ) wenig unterscheidet. »Insbesondere im Bereich der Bundesführung ist die HDJ personell eng mit rechtsextremistischen Organisationen wie der NPD ... verquickt. Nach dem Unfalltod des Vorsitzenden Alexander Scholz am 6. Februar wurde der Verband zeitweilig von dem in Brandenburg gemeldeten NPD-Aktivist Laurens N. geleitet.«[34]

In der Ausgabe 1/2004 der NS-apologetischen »Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht« berichtete N. über die 27. Gästewoche (Oktober 2003) des rechtsextremen Freundeskreises Ulrich von Hutten und der rechtsextremen Deutschen Kulturgemeinschaft Österreich. Zu den Referent*innen der »Gästewoche« (ca. ein Viertel der Vortragenden gehörte der 1994 verbotenen Wiking-Jugend an) zählte auch der einstige SS-Untersturmführer der »Leibstandarte Adolf Hitler« Herbert Schweiger und die einstige BDM-«Gauunterführerin« Lisbeth Grolitsch. Beide Vereine vertreten rassistische Thesen und verbreiten Äußerungen, in denen das NS-Regime verharmlost und die Bundesrepublik verunglimpft wird. Laut N. waren die Teilnehmer*innen der Veranstaltung aus »nahezu dem gesamten deutschen Volksraum« angereist. Besonders angetan war N. von der Rede von Grolitsch: »Bereits im Rahmen der Eröffnungsansprache umriß Lisbeth Grolitsch maßgebende Grundlagen eines sich von den Fesseln des US-Liberalismus befreienden, aufwärts strebenden Europa. Die Völker Europas müssen sich darüber bewußt werden, daß Europa als Heimat des nordischen Leistungsmenschen und als Wiege der Hochkultur Ausgangspunkt für Ordnung und Weltkulturleistung war und ist. So waren es Abkömmlinge der sogenannten Nordvölker, die – sozusagen als Dünger – auf der ganzen Welt Schübe der Kulturschöpfung bewirkten und ermöglichten.«[35]

Marcel G. amtierte 2009 als baden-württembergischer Landesorganisationsleiter der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Ebenfalls 2009 war G. Ansprechpartner der anstehenden JN-Landesschulung, die unter anderem eine »Rechtsschulung« vorsah. Die Einladung zur Landesschulung beendete er mit den Worten »Mit kameradschaftlichem und volkstreuem Gruß.«[36]

Armin A. wird namentlich in der Antragsschrift des Bundesrates (2013) zum NPD-Verbot aufgeführt. Auszugsweise wird dessen Artikel »Rein ins Netz! – Der Weltnetz-Aktivismus kann nicht hoch genug eingeschätzt werden« zitiert.[37]

Veröffentlicht wurde der Artikel im NPD-Parteorgan »Deutsche Stimme« (10/2011). In dem Artikel heißt es: »So richtig und wichtig Straßen-Aktivismus auch war und ist, so bietet der Weltnetz-Aktivismus viele Möglichkeiten, die die bisherigen Formen der politischen Betätigung nicht oder nur in geringem Maße geboten haben.« Darüber hinaus erschienen in der »Deutschen Stimme« mindestens zwei weitere Artikel von A. über geschichtsrevisionsistische Feiern (Ulrichsberg-Gedenkfeier 2011 – ein jährlicher Aufmarsch von Wehrmachtveteranen, Waffen-SS-Kameraden, Alt- und Neonazis/Annaberg-Gedenken 2013 – gehuldigt wird dem ehemals rechtsterroristischen Freikorps Oberland).[38]

A. ist Mitglied der pflichtschlagenden Burschenschaft Rheinfranken Marburg. Zu deren Mitgliedern zählt der Ex-Bundesvize der »Republikaner« Björn Clemens, zu den Referenten der Antisemit Horst Mahler.[39]

In einer schriftlichen Stellungnahme des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Gießen zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des hessischen Landtags zum Thema »Rechtsextremismus« am 7. September 2016 heißt es:

[32] http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zu-besuch-bei-goetz-kubitschek-14180792.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (abgerufen am 16.04.2016)

[33] Nation & Europa, 4/1999, S. 74

[34] Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2002, S. 146

[35] N., Laurens: Die 27. Gästewoche. In: Huttenbriefe, 1/2004, S. 11

[36] Junge Nationaldemokraten Landesverband Baden-Württemberg: Landesschulung 2009; das Einladungsschreiben an die »wertvollen Kameraden und Kameraden« liegt dem Autor vor.

[37] Antragsschrift des Bundesrates zum NPD-Verbot (2013), S. 32

[38] A., Armin: Rein ins Netz! Der Weltnetz-Aktivismus kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. In: Deutsche Stimme, 10/2011, S.17; ders.: Der Ulrichsberg rief. 51. Ulrichsberg-Gedenkfeier in Kärnten verlief ohne Störungen. In: Deutsche Stimme, 11/2011, S.21; ders.: Lebendige Erinnerung. Ohne Störer und mit viel Stimmung: In Schliersee fand das 92. Annaberg-Gedenken statt. In: Deutsche Stimme, 8/2013, S. 19

[39] <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/452/rechte-in-der-zweiten-reihe-6356.html> (abgerufen am 27.11.2019)

»Armin A., Mitglied der Burschenschaft Rheinfranken Marburg und außerdem ebenfalls bei den Identitären, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz und verschiedenen Landesämtern für Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft werden...«.

A. war Gelegenheitsautor der extrem rechten und geschichtsrevisionistischen »Deutschen Militärzeitschrift« (DMZ) aus dem Verlagskomplex »Lesen & Schenken« des norddeutschen Rechtsextremisten Dietmar Munier (Ex-JN-Funktionär). 2015 berichtete er in der DMZ über Feierlichkeiten anlässlich des 70. Todestages von Erwin Rommel. Anlässlich der 100. DMZ-Ausgabe (2014) gratulierte A. mit den Worten: »Die Deutsche Militärzeitschrift hat es in den letzten Jahren geschafft, sich als ein modernes, ansprechendes Medium zu etablieren und ebenso informativ wie sachlich über die bewegten Ereignisse in der langen Geschichte der militärischen Auseinandersetzungen zu berichten. Ich wünsche der DMZ für die Zukunft alles Gute und eine noch weitere Verbreitung.«[40]

AfD-Mitglieder in der zweiten Reihe

Auch in der zweiten Reihe der AfD finden sich eine ganze Reihe von Personen mit einschlägiger Vergangenheit. Exemplarisch seien hier zwei genannt:

2019 kandidierte bei der Stuttgarter Kommunalwahl ein Gerhard Femppel.[41] Der 1925 geborene Femppel war einst Schüler der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt, einer nationalsozialistischen Eliteschulart im selbsternannten »Dritten Reich«, meldete sich freiwillig zur Waffen-SS und wurde 1943 nach Krakau zur SS-Pionier-Ausbildungs- und -Ersatz-Abteilung 3 einberufen. Zuletzt war er in der NS-Zeit Kompanieführer im SS-Panzerpionier-Bataillon »Das Reich«.[42] 2020 stand der einstige SS-Untersturmführer der rechtsextremen »Deutschen Militärzeitschrift-Zeitgeschichte« (Mai/Juni) Rede und Antwort. Auf die Frage: »Was sind Ihre wichtigsten Kriegserlebnisse? Dramatische und traurige?« antwortete Femppel: »Das positivste Erlebnis war für mich der Sieg über Polen, da Polen für mich Schuld am Kriegsausbruch trug. Außerdem war der Polenfeldzug mit sehr geringen Verlusten verbunden, und er ging sehr schnell zu Ende.« Freimütig erzählt der Geschichtsrevisionist, dass er Kontakte zur HIAG unterhielt, der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS«. Femppel weiter: »... ich unterstützte aber noch lieber Männer wie den Kameraden Heinz Kiessler, der sich mit seiner Frau Hansi rührend um Kriegsgefangene wie Walter »Bubi« Reder und Erich Priebke kümmerte. Sie hatten nicht das Glück wie wir und hatten es verdient, nicht vergessen zu werden.«[43]

Das damals im badischen Gernsbach wohnhafte Ehepaar Kiessler unterstützte über Jahrzehnte hinweg inhaftierte NS-Kriegsverbrecher wie Reder und Priebke. Der einstige SS-Hauptsturmführer Priebke war 1998 wegen seiner Beteiligung an dem Massaker von 1944 in den Ardeatinischen Höhlen mit 335 ermordeten Zivilisten in Rom zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Reder, vormals Sturmbannführer der Waffen-SS, war 1951 in Italien als Verantwortlicher für das Massaker an 1.800 Zivilist*innen in der Ortschaft Marzabotto zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Zu den Stuttgarter AfD-Gemeinderatskandidat*innen zählte 2019 neben Femppel auch Rolf Schlierer. Der Rechtsanwalt Schlierer, Vorsitzender der baden-württembergischen REP-Landtagsfraktion von 1992 bis 2001, war von Dezember 1994 bis August 2014 Bundesvorsitzender seiner Partei. Er war der einzige bekannte Landtagsabgeordnete seiner Partei in Baden-Württemberg, der vor Antritt seines Landtagsmandats einer rechtsextremen Organisation angehört hatte. Der Burschenschafter (Burschenschaft Germania) Schlierer, der selbst scharfe Mensuren schlug, war am 7. Mai 1974 der NPD-Studentenorganisation »Nationaldemokratischer Hochschulbund« (NHB) beigetreten. In den Jahren 1985 bis 1989 engagierte sich Schlierer beim unionsnahen »Studienzentrum Weikersheim« (SZW). Von Juni 1987 bis Juli 1989 gehörte er als Mitglied dem SZW-Kuratorium des vom früheren CDU-Ministerpräsidenten Hans Filbinger, vormals NS-Marinerichter, 1979 ins Leben gerufenen Thinktank »Studienzentrum Weikersheim« an.[44]

Im September 2016 leitete Schlierer die Gründungsversammlung des »Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und Bürgerlichen Freiheiten«. Schlierer hatte sowohl die rechtliche Beratung als auch die Versammlungsleitung bei der Vereinsgründung inne. Anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 hatte der Verein in dem bevölkerungsreichsten Bundesland rund 2000 Werbeflächen gemietet und 2,6 Millionen Exemplare der Wahlkampfzeitung verteilt, mit Texten über angeblich »gierige Flüchtlinge« und »libanesischen Banden« in Essen. Auf den Plakaten stand: »Jetzt AfD wählen«.[45]

In einem Interview mit der »Kontext:Wochenzeitung« gab Schlierer im Sommer 2016 kund: »Die Positionen der AfD sind in weiten Teilen identisch mit jenen der

Republikaner. Und damit hat die AfD dasselbe Problem: Sie können von einem negativen Standpunkt heraus keine langfristige politische Position aufbauen. Wir hatten einst das berühmte Plakat »Das Boot ist voll«. Das hat für den Wahlkampf gereicht, aber nicht für ein inhaltliches Fundament. Was ich sehr wohl sehe, ist außerhalb der Parteien ein ultrarechter Saum, eine gewaltbereite rechte Szene, die sich in rechtsextremen Kameradschaften wiederfindet. Das sind für mich entwurzelte Menschen, die keine Perspektive sehen. Ein ideologisches Konzept steht dahinter nicht.«[46]

Im Visier des Verfassungsschutzes

Erstmals im Jahr 2020 ist die AfD in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und des Landes Baden-Württemberg im Kapitel »Rechtsextremismus« aufgeführt, in Form ihres inzwischen – formell – aufgelösten »Flügels« (Kopf in Baden-Württemberg: MdL Christina Baum) und der Parteijugend. Den »Flügel« stufte der Bundesverfassungsschutz im März als volles Beobachtungsobjekt und »erwiesen extremistisch« ein. Die »Junge Alternative« (JA) läuft als Verdachtsfall. Dem »Flügel« rechnet der Verfassungsschutz mindestens jedes fünfte AfD-Mitglied zu; das sind mehr als 7000 Parteimitglieder. Das Politikkonzept des »Flügels« sei auf »Ausgrenzung, Verächtlichmachung und letztlich weitgehender Rechtslosigkeit von Migranten, Muslimen und politisch Andersdenkenden gerichtet«, heißt es im Verfassungsschutzbericht 2019 des Bundes. Die Haltung des »Flügels« zum Nationalsozialismus sei von einem »geschichtsrevisionistischen« Ansatz geprägt, der dessen Gewaltverbrechen relativiere oder ausblende.[47]

Zentrale politische Vorstellung von AfD-Politiker*innen und -Funktionär*innen in Südwestdeutschland ist es, das deutsche Volk in seinem ethnischen Bestand der »autochthonen Bevölkerung« zu erhalten und ethnisch »Fremde« nach Möglichkeit auszuschließen. Dieses gegen die Menschenwürde verstoßende Volks- und Menschenbild zeigt sich unter anderem in Reden und Schriften, etwa wenn vor einer drohenden »Umvolkung« gewarnt wird. Insbesondere Vertreter*innen sowohl der »Jungen Alternative« als auch des »Flügels« agitieren kontinuierlich gegen Ausländer*innen, vornehmlich muslimischen Glaubens und diffamieren diese pauschal, was ebenfalls gegen die Menschenwürde verstößt. Und es existiert eine personelle und strukturelle Verflechtung von baden-württembergischen AfD-Mitgliedern mit anderen rechtsextremen Strukturen. Die heutige AfD ist eine deutsch-nationalistisch-völkische und keine nationalsozialistische Partei. Damit steht sie in der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsextremismus in bestimmten Traditionen, etwa der »Republikaner« Ende der 1980er-Jahre.[48]

[46] <http://www.kontextwochenzeitung.de/politik/277/vom-rechten-narrensau-3770.html> (abgerufen am 20.07.2016)

[47] Verfassungsschutzbericht des Bundes 2019, S. 84ff

[48] <https://link.springer.com/article/10.1007/s12054-020-00264-9> (abgerufen am 15.06.2020)

RECHTSEXTREMISTEN IM BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN LANDESPARLAMENT: NPD UND REP

Der Einzug einer in Teilen rechtsextremen Partei in den Stuttgarter Landtag ist kein Novum in der Landesgeschichte. Bei der Landtagswahl 1968 erzielte die NPD im Südwesten ihr bundesweit bestes Ergebnis. Den REP gelang in den 1990er-Jahren gar zweimal in Folge der Einzug in das Landesparlament.

von Anton Maegerle



»Das Boot ist voll«; Abbildung: Republikaner, Landtagswahl 1992 / Bild 1, Lizenz: All rights reserved.

Rechtsextreme Politik wird gerne in den neuen Bundesländern verortet. Dabei feierten einst die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die Partei Die Republikaner (REP) ihre Rekordergebnisse ausgerechnet im reichen Baden-Württemberg. In keinem anderen Parlament der Republik waren in der Vergangenheit rechtsextreme Parteien so stark wie im Musterländle. Für rechtsextreme Ideologie und Rhetorik sind eben auch die Modernisierungsgewinner*innen im Südwesten und nicht nur sogenannte Modernisierungsverlierer*innen im Osten anfällig. So erreichte die Alternative für Deutschland (AfD) bei der baden-württembergischen Landtagswahl im März 2016 15,1 Prozent der abgegebenen Stimmen und zog damit als stärkste Oppositionsfraktion in den Stuttgarter Landtag ein. Bei der Landtagswahl 1968 erzielte die NPD mit 9,8 Prozent ihr bundesweit bestes Ergebnis. Den REP gelang gar zweimal in Folge der Einzug ins südwestdeutsche Landesparlament: 1992 mit 10,9 Prozent und 1996 mit 9,1 Prozent.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die 1964 in Hannover gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die langlebigste rechtsextreme Partei in Deutschland. Sie ist entstanden aus der Deutschen Reichspartei (DRP), Teilen der Deutschen Partei (DP), der Partei Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatlosen und Entrechteten (BHE) und der Gesamtdeutschen Partei. Ihre große Zeit hatte die NPD in den 1960er-Jahren. Zwischen 1966 und 1972 war sie in sieben Landtagen vertreten. Sie erzielte bundesweit 61 Mandate in den Landesparlamenten und fast 550 kommunale Mandate. Am 28. April 1968 erreichte die NPD bei der fünften Landtagswahl in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent ihr bundesweit bis heute bestes Ergebnis. Als Folge zogen zwölf NPD-Abgeordnete in das Stuttgarter Landesparlament ein.



»CIRCA APRIL 2014 – BERLIN: a comic figure peeing on the »NPD«; Graffiti against the right wing extremist party »NPD«; Abbildung: 360b, Lizenz: All rights reserved.

Die Landtagswahl fand kurz nach den »Osterunruhen« statt, die das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 ausgelöst hatte. Am Gründonnerstag hatte der 23-jährige rechtsextreme Anstreicher Josef Bachmann, ein Leser der NS-nostalgischen »Deutschen National-Zeitung« (DNZ), Dutschke vor der Zentrale des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) am Kurfürstendamm in Berlin auf offener Straße niedergeschossen. Dutschke, Wortführer der Studierendenbewegung der 1960er-Jahre, war das Feindbild Nummer eins für alle, die die studentische Jugendbewegung als Störung und Drohung sahen. Das Attentat auf ihn war nach Meinung der meisten Beobachter*innen Hauptgrund für das gute Abschneiden der NPD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg. In Stuttgart wurde die

von Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) geführte Große Koalition aus CDU und SPD fortgesetzt.

Der bundesweite Aufschwung der NPD war bedingt durch eine politisch-ökonomische Doppelkrise zwischen dem Ende der Ära Konrad Adenauer (CDU-Bundeskanzler von 1949 bis 1963) und dem sozialliberalen Machtwechsel von Willy Brandt (SPD) und Walter Scheel (FDP) 1969, die sich als temporäre Orientierungskrise auswirkte. Die NPD-Erfolge verebten mit dem zurückkehrenden wirtschaftlichen Wachstum und dank starker zivilgesellschaftlicher Gegenwehr. Bei der Bundestagswahl 1969, dem Jahr des mit 28.000 Personen höchsten NPD-Mitgliederstandes, scheiterte die Partei mit 4,3 Prozent (ca. 1,4 Millionen Wähler*innen) an der Fünf-Prozent-Hürde. Nach dem verfehlten Einzug in den Bundestag stürzten die Nationaldemokrat*innen in eine schwere Krise. Die Richtungsauseinandersetzungen verliefen zwischen nationalkonservativen, meist älteren Mitgliedern mit NS-Vergangenheit, die teilweise einen Prozess der Politfähigkeit rechts von der Union angestrebt hatten, und den jüngeren, neonationalsozialistisch geprägten Aktivist*innen. Erschwerend für die NPD kam 1969 hinzu, dass es CDU und CSU aufgrund ihrer Agitation und Hetze gegen die Brandt'sche Entspannungspolitik zunehmend gelang, den rechten Rand wieder stärker in ihren Reihen zu integrieren.

Formal bekannte sich die NPD zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) und zur Demokratie, ohne wesentliche programmatische Kernaussagen der »nationalen Opposition« aufzugeben. Bei allen Landtagswahlen des Jahres 1970 scheiterte die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde und wurde für lange Zeit als Wahlpartei bedeutungslos. Die NPD verkam zur Altherren-Partei. Die Zahl der NPD-Abgeordneten in den Kommunalparlamenten Baden-Württembergs verringerte sich von 18 im Jahr 1971 auf ein Mandat im Jahr 1975. Schwerpunkt der Politik der NPD war bis Mitte der 1970er-Jahre die Agitation gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung. So veranstaltete die NPD am 23. Januar 1972 vor 600 Anhänger*innen einen »Antiverzichtskongress« in Nürtingen. Die Partei erklärte den 17. Juni 1972 zum »Kampftag für Deutschlands Einheit und Freiheit« und veranstaltete an diesem Tag bundesweit regionale Kundgebungen, eine davon in Karlsruhe.

Im ersten, 25-köpfigen Bundesvorstand der Blut-und-Boden-Partei waren elf ehemalige Mitglieder der NSDAP, fünf weitere kamen aus der Deutschen Reichspartei oder der Sozialistischen Reichspartei. Die NPD gerierte sich als »wirkliche Opposition«, die die »wahren Patrioten« Deutschlands zur »Wiedergeburt der deutschen Nation« versammle.

Der baden-württembergische NPD-Landesverband wurde 1965 gegründet. Im Gegensatz zu anderen NPD-Landtagsfraktionen gehörte in Baden-Württemberg die Mehrheit der NPD-Parlamentarier der jungen Bekenntnisgeneration an.

Die baden-württembergischen NPD-Landtagsabgeordneten waren: Karl Baßler (Wahlkreis Böblingen, 1924–2013), Volkswirt, ab 30. September 1971 fraktionslos, ehemals NSDAP-Mitglied; Helmut Epperlein (Wahlkreis Pforzheim, 1913–1969), Unternehmer; Thomas Fodi (Wahlkreis Pforzheim), Nachrücker ab 17. Februar 1969; Wilhelm Gutmann (Wahlkreis Leonberg, 1900–1976), ehemals NSDAP-Mitglied, von 1933 bis 1945 Bürgermeister im südbadischen Tiengen, bis Ende 1968 Fraktionsvorsitzender und NPD-Landesvorsitzender 1965 bis 1968; Friedrich Heckmann (Wahlkreis Heidelberg); Max Knorr (Wahlkreis Lörrach), Physiker; Rolf Kosiek (Wahlkreis Heidelberg-Stadt, Jg. 1934), Physiker; Rolf Krause, (Wahlkreis Offenburg, 1934–2014), Rechtsanwalt und Notar, ab 17. Dezember 1970 fraktionslos; Friedrich Kübler (Wahlkreis Calw); Werner Kuhnt (Wahlkreis Nürtingen, 1911–2000), Handelsvertreter, ehemals NSDAP-Mitglied, Obergerietsführer der Hitler-Jugend (HJ) und ab 1938 NSDAP-Reichstagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender 1969 bis 1972; Martin Mußnug (Wahlkreis Reutlingen, 1936–1997), Rechtsanwalt, NPD-Landesvorsitzender Baden-Württemberg 1968 bis 1972; Peter Stöckicht (Wahlkreis Öhringen, 1930–2018), Rechtsanwalt; Reinhold Wild (Wahlkreis Crailsheim), seit dem 13. Dezember 1971 fraktionslos.

Die NPD propagierte einen völkischen Kollektivismus. Gefordert wurde eine solidarische Volksgemeinschaft, ein nationales Solidaritätsprinzip wider die »anonyme Massengesellschaft«. Durch »Systemveränderung« sollte ein »starker Staat« angestrebt werden. Die Integration von »Gastarbeitern« wurde abgelehnt, da eine »Vermischung« zum »Volkstod« führen könne. Immer wieder verharmlosten, rechtfertigten oder verherrlichten NPD-Politiker*innen das einstige NS-Regime. Die NSDAP war am 10. Oktober 1945 vom Alliierten Kontrollrat verboten worden. Die Partei wurde in den Nürnberger Prozessen 1946 zur »verbrecherischen Organisation« erklärt. Die NPD betrieb eine Hass- und Diffamierungskampagne gegen demokratische Institutionen und politische Gegner. Heute sind die Globalisierung, der Kapitalismus und die USA Feindbilder der NPD.

Bis in die jüngste Zeit war aus dem Kreis der ehemaligen baden-württembergischen NPD-Landtagsabgeordneten Rolf Kosiek aktiv. Kosiek war über lange Jahre hinweg führender Mitarbeiter des in den 1980/90er-Jahren in Baden-Württemberg größten organisationsunabhängigen rechtsextremen Verlagskomplexes Grabert/Hohenrain (heute nur noch als Hohenrain-Verlag betrieben) in Tübingen und Bundesvorsitzender der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP). 1960 von ehemaligen NSDAP-Funktionären und SS-Offizieren gegründet, gilt die GfP als mitgliederstärkste rechtsextreme Kulturvereinigung in der Bundesrepublik. Bücher von Kosiek tragen bezeichnende Titel wie »Deutsches Land in fremder Hand« oder »Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen«. Die aufklärerische Frankfurter Schule der 1960er-Jahre, einer Gruppe von Wissenschaftlern um Theodor Adorno, Erich Fromm und Herbert Marcuse, ist Kosieks Feindbild. Ihr wirft er eine »Kampfstellung« gegen »bewährte Grundlagen des sozialen Lebens wie die Familie oder den Staat und gegen die gemeinschaftstragenden Werte Heimat und Vaterland«[1] vor.

Alice Weidel, eine der beiden Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Bundestag und Landessprecherin in Baden-Württemberg, bläst politisch ins gleiche Horn wie Kosiek. Demnach machen sich die Adepten der »Frankfurter Schule« daran, »mit einer Mischung aus Freud und Marx in ihrer »Kritischen Theorie« die von ihnen als Feind ausgemachte westlich-bürgerliche Kultur zu brechen, um die Grundlage für eine marxistische »Kulturrevolution« zu legen. Diskreditierung der »bürgerlichen« Familie, Früh- und Hypersexualisierung, Genderismus und Multikulturalismus sind die Früchte dieses Kulturmarxismus«, so Weidel 2018 in ihrem Gastbeitrag »Die Angst der Kulturmarxisten vor der Aufklärung und der AfD«[2] für die Rechtsaußen-Wochenzeitung »Junge Freiheit«.

Zu den Gegnern von Frankfurter Schule und Multikulturalismus, den er mit kulturellem Marxismus gleichsetzt, gehört auch der norwegische Massenmörder Anders Breivik. Als ein Motiv für seine Tattaten gab Breivik in einem 1500 Seiten umfassenden »Manifest« namens »A European Declaration of Independence« an, Norwegen gegen den »Kulturmarxismus« zu verteidigen. Breivik verübte am 22. Juli 2011 die Anschläge in Oslo und auf der Insel Utoya, bei denen 77 Menschen getötet wurden.

Der ehemalige NPD-Chefideologe Kosiek ist einer der Autoren des ab 2006 erschienenen voluminösen fünfbändigen geschichtsrevisionistischen Machwerks »Der Große Wendig« aus dem Verlagskomplex Grabert/Hohenrain. Das laut Eigenbekunden »bisher umfangreichste Sammelwerk einer Gegenöffentlichkeit zur herrschenden und offiziell geförderten Geschichtsschreibung« umfasst Eigenangaben zufolge über 1000 »Beispiele der Richtigstellung einzelner Geschichtsvorgänge« mit »Darlegungen historischer Fälschungen, Einseitigkeiten, unberechtigten Schuldzuweisungen an Deutsche« vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Kosiek bezieht im »Wendig« Stellung zum Thema »Gaskammer in Auschwitz Entlausungsanlage« und kritisiert, dass bei der Nennung des Wortes »Gaskammer« heute sofort »auf den Holocaust geschlossen« werde. Dies sei »ein Beispiel für die geistige Verengung, die mehrere Jahrzehnte der Umerziehung und der sprachlichen Hoheit der 68er verursachten«[3].

Bei der baden-württembergischen Landtagswahl 1972 trat die NPD nicht an, sondern rief zur Wahl der CDU auf. 1976 kandidierte die NPD erstmals wieder bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg und erzielte 0,95 Prozent (42.927 Stimmen). Damit verfehlte die NPD ihr Ziel, mindestens ein Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen. Anspruch auf staatliche Mittel (Wahlkampfkostenerstattung) bei einer Landtagswahl haben Parteien nur dann, wenn sie nach dem endgültigen Wahlergebnis ein Prozent der für die Listen abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben (§ 18 Abs. 4 Satz 1 PartG).

Baden-Württemberg war Gründungszentrum der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN, heute: »Junge Nationalisten«) und der NPD-Hochschulorganisation »Nationaldemokratischer Hochschulbund« (NHB). Im Januar 1967 wurde im schwäbischen Ehningen der NHB als verlängerter Arm der NPD an den Hochschulen gegründet. In Baden-Württemberg entwickelte der NHB Aktivitäten in den Universitätsstädten Heidelberg, Tübingen und Freiburg. Im Gründungsjahr tummelten sich bei der Freiburger NPD-Studentengruppe 36 Mitglieder.[4]

Ende 1968 zählte der NHB bundesweit 17 Ortsgruppen mit rund 250 Mitgliedern. Bereits in den 1970er-Jahren verlor er an Bedeutung und litt wie die Mutterpartei an Mitgliederschwind. Der NHB ist seit Jahren bundes- und landesweit nicht mehr existent. Offiziell aufgelöst wurde er jedoch bislang nicht.

Im September 1969 wurde im nordbadischen Weinheim der JN-Bundesverband unter der Mitwirkung von Günter Deckert, Winfried Krauß und MdL Karl Ernst Lober gegründet. Die JN sind heute in Baden-Württemberg weitgehend inaktiv.

[1] <http://www.kontextwochenzeitung.de/medien/187/braune-festschrift-fuer-altgedienten-jubilar-2516.html> (aufgerufen am 15.06.2020)

[2] <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2018/die-angst-der-kulturmarxisten-vor-der-aufklaerung-und-der-afd> (aufgerufen am 10.06.2020)

[3] <http://www.kontextwochenzeitung.de/medien/187/braune-festschrift-fuer-altgedienten-jubilar-2516.html> (aufgerufen am 17.06.2020)

[4] NPD-Hochschulgruppen: Heil Hitler. In: Der Spiegel, 5/1967, S. 37

JN-Gründungsmitglied Deckert (Jg. 1940) ist sowohl der »dienstälteste« und einer der bekanntesten Rechtsextremisten im Südwesten. Der wegen Verfassungsfeindlichkeit aus dem Schuldienst entlassene Weinheimer Gymnasiallehrer, ein rechtskräftig verurteilter und knasterfahrener Holocaust-Leugner, ist seit Jahrzehnten in rechtsextremen Zusammenhängen aktiv. Er war 1991/92 und zeitweilig 2005 NPD-Landeschef in Baden-Württemberg und amtierte von 1991 bis 1995 als Bundesvorsitzender seiner Partei. Unter seiner Führung setzte die NPD auf Bundesebene verstärkt auf ausländerfeindliche und vor allem revisionistische Themen wie die Relativierung beziehungsweise Leugnung des Holocaust. 2005 wurde Deckert wegen Störung des Parteifriedens von allen Mitgliedsrechten in der NPD ausgeschlossen; seinem Aktionismus frönt er dennoch weiterhin. Regelmäßig veranstaltet Deckert sogenannte »Tage Deutscher Gemeinschaft – Begegnung der Generationen« im Ausflugs- und Ferienhotel »Hufhaus« im nordthüringischen Ilfeld (Landkreis Nordhausen). Für September 2020 hatte Deckert dort Referenten zu Themen wie »Die Häftlingssselbstverwaltung in den Konzentrationslagern« oder »Anmerkungen zur Klima-Hysterie«^[5] geladen.

Vor Deckert führte (eigentlich verwaltete) der Baden-Württemberger Martin Mußgnug von 1971 bis 1990 die Bundes-NPD. In dieser Phase der Stagnation war die NPD ein Haufen Ewiggestriger ohne jegliche Ausstrahlung und ohne parlamentarische Erfolge. Nach Deckert stand der Politologe Udo Voigt bis 2011 an der Spitze der NPD. Der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Voigt war von 2014 bis 2019 Europaparlamentarier. Voigt steht für die programmatische und strategische Neuausrichtung der NPD – weg vom traditionellen Antikommunismus und hin zu einem »nationalen Sozialismus«. Voigt zeichnet auch für das »Vier-Säulen-Konzept« der NPD verantwortlich: Mit dem »Kampf um die Köpfe« ist die Programmatik gemeint, mit dem »Kampf um die Straße« die Massenmobilisierung, mit dem »Kampf um die Wähler« die Wahlteilnahme, mit dem »Kampf um den organisierten Willen« die Einigung des »nationalen Lagers«. 2004 erzielte die NPD bei der sächsischen Landtagswahl 9,2 Prozent, 2009 schaffte sie mit 5,6 Prozent erneut den Einzug in den Dresdner Landtag, scheiterte jedoch 2014 mit 4,9 Prozent. 2007 zog die NPD mit 7,3 Prozent in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein. 2011 wurde der Erfolg mit 6,0 Prozent wiederholt. Bei der Landtagswahl 2016 scheiterte die NPD mit 3,0 Prozent.

Seit November 2014 ist Frank Franz aus dem Saarland Bundesvorsitzender der NPD. Bundesweit hat die NPD noch ca. 4.000 Mitglieder. Der baden-württembergische NPD-Landesverband mit etwa 370 Mitglieder zählt nicht zu den bedeutenden Landesverbänden.

NPD-Landesvorsitzender Janus Nowak (Jg. 1978) führt die baden-württembergischen Nationaldemokraten seit dem 51. ordentlichen Landesparteitag im Juni 2016. Der in Polen geborene Nowak ist unter anderem rechtskräftig wegen Wahlfälschung in Tateinheit mit Urkundenfälschung verurteilt. Nowak ist namentlich im NPD-Verbotsantrag des Bundesrats 2013 aufgeführt: Er habe jüdischen Insassen eines Konzentrationslagers den Status von »Kriegsgefangenen« zugewiesen und damit ein gerechtfertigtes Vorgehen des NS-Regimes gegen diese Opfergruppe angedeutet.^[6]

Die bekanntesten baden-württembergischen NPD-Landesvorstandsmitglieder sind die altgedienten Kader Jürgen Schützinger und Edda Schmidt. Der aus dem Staatsdienst entlassene ehemalige Polizeibeamte Schützinger (Jg. 1953) stand von 1978 bis 1991 und von 2005 bis 2013 an der Spitze der baden-württembergischen Nationaldemokraten. Der langjährige Kommunalpolitiker der Stadt Villingen-Schwenningen (seit 1980) und des Kreistags des Schwarzwald-Baar-Kreises (1984 – 2019) wurde 2003 für seine »kommunalpolitischen Verdienste« mit der Silbernen Ehrennadel des Städtetags Baden-Württembergs ausgezeichnet (damaliger Präsident: Bernd Doll, CDU). 2019 machte der baden-württembergische Städtetag die Verleihung des Verdienstabzeichens in Gold mit Lorbeerkrans für 40-jährige verdienstvolle Gemeinderatstätigkeit wegen dessen NPD-Aktivitäten wieder rückgängig (Rundmail von Jürgen Schützinger vom 15. Oktober 2019).

Edda Schmidt, langjährige rassistische Brauchtumsexpertin der NPD, steht für den Blut-und-Boden-Flügel der NPD. Im April 2020 ließ sich Schmidt über den germanischen Ursprung des Osterfestes, das »alte heidnische Frühlingsfest«, aus. Die Autorin beklagt, dass die Menschen in der Stadt den »Bezug zur Natur und damit zum Sinngehalt der Bräuche verloren« hätten, »so daß oft nur noch die Form erhalten ist.« Dazu habe die christliche Kirche »in über tausend Jahren durch die Umformung und Verfälschung beigetragen, aber auch die Umerziehung nach 1945«. Schmidt gibt sich der Hoffnung hin, dass ein Volk »erst dann wirklich besiegt« sei, »wenn es seine Geschichte und seine Herkunft und damit auch die Wurzeln seines Volkstums vergißt. Erst dann kann der manipulierbare Einheitsmensch geschaffen werden.«^[7]

[5] <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/deutschnationale-altherrenriege> (aufgerufen am 10.06.2020)

[6] <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/prost-auf-ndp-funktion-r>(aufgerufen am 29.06.2020)

[7] <https://avalon-gemeinschaft.ch/?p=1130> (aufgerufen am 20.04.2020)

NPD-Brauchtumsexpertin Schmidt berichtet regelmäßig im NPD-Sprachrohr »Deutsche Stimme« (DS) über »besondere Orte« wie den Ulrichsberg (Österreich) oder den Odilienberg (Frankreich). Mehrfach trat sie als Veranstalterin von völkischen Sonnwend- und Erntedankfeiern auf und nahm an »Rudolf-Heß-Gedenkmärschen« und braunen »Trauermärschen« in Dresden teil. Am 9. November 2019 war Schmidt Rednerin bei der dritten Solidaritätsdemonstration der Neonazi-Kleinpartei »Die Rechte« für die in Bielefeld-Brackwede inhaftierte Holocaust-Leugnerin und militante Antisemitin Ursula Haverbeck. Schmidt, rechtskräftig wegen Aufstachelung zum Rassenhass, Volksverhetzung und Verbreitung jugendgefährdender Schriften verurteilt, war von Oktober 2010 bis Februar 2012 Bundesvorsitzende der NPD-Frauenorganisation »Ring Nationaler Frauen« (RNF) und gehörte einst der 1995 verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) und der 2011 verbotenen »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG) an. Ihren parteipolitischen Werdegang startete Schmidt 1967 bei der örtlichen Hochschulgruppe der NPD-Studierendenorganisation »Nationaldemokratischer Hochschulbund« (NHB) in Tübingen. Ihr Vater war vormals Freiwilliger der »12. SS Panzerdivision Hitlerjugend«. Im Oktober 2018 wurde sie vom rechtsextremen »Schutzbund für das deutsche Volk e.V.« (SDV) mit dem »Hohe-Meißner-Preis« ausgezeichnet. In der Laudatio auf Schmidt heißt es, dass die aus »einer nationalen Familie aus der Ostmark« stammende Schmidt »sich seit über fünf Jahrzehnten für den Erhalt des deutschen Volkes in seiner vieltausendjährigen Kultur« einsetze. Hervorgehoben wird – neben ihrem »unermüdelichen Engagement« (»Gaumädelführerin«) in der 1994 verbotenen »Wiking-Jugend«, der rassistischen »Artgemeinschaft« und der NPD – ihr »vielseitiges Wirken für das heidnische Brauchtum und die germanische Frühgeschichte in Wort und Tat.« Mit der Verleihung des »Hohe-Meißner-Preises« »fördert der SDV gezielt Personen, die Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolgen«, so der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern (2019)^[8].

Die NPD führt seit Jahren in Baden-Württemberg nur noch ein Nischendasein. Bei der Landtagswahl 2016 erzielte sie 0,44 Prozent. 2011, zwei Jahre vor Gründung der AfD, hatte die NPD noch 0,97 Prozent erreicht.

Im September 2019 erarbeitete der NPD-Parteivorstand ein Positionspapier mit dem Titel »Neustart für die Heimat – statt ein bloßes »Weiter so««. Demzufolge will sich die NPD unter neuem Namen recyceln. Man gesteht ein, dass die NPD »an einem vorläufigen Tiefpunkt angelangt« sei, »was Wahlergebnisse und was unsere politische Bedeutung betrifft«. Andererseits würden NPD-Forderungen noch nie so »intensiv in der Öffentlichkeit« diskutiert – allerdings unter dem Label der AfD! Verstärkt soll auf der Tagung darüber nachgedacht worden sein, ob der Name NPD als eine »eingeführte Marke« aufgrund von »Bedeutungslosigkeit, mangelnder Glaubwürdigkeit und mangelnder Ernsthaftigkeit« verbrannt sei. Dazu der Parteichef Franz: »Suchen wir auf diesem Schlachtfeld ... weiterhin die Auseinandersetzung? Oder wagen wir einen Neustart, mit frischen Ideen und jawohl – auch einen neuen Namen.« Auch unter einem neuen Namen müsse jedoch der »thematische Markenkern« der NPD, »also der aus unserem ethnischen Volksverständnis resultierende Kampf gegen Überfremdung und Heimatverlust« weitergeführt werden, heißt es im Positionspapier der NPD-Spitze.^[9]

In einem 2013 eingeleiteten Parteiverbotsverfahren hat das Bundesverfassungsgericht im Januar 2017 die Verfassungsfeindlichkeit der Ziele der NPD festgestellt, auf ein Verbot aber aufgrund der geringen Erfolgsaussichten der Partei verzichtet.

Die Republikaner (REP)

Die Republikaner (REP) wurden 1983 in München von ehemaligen Mitgliedern der CSU aus Protest gegen die Zustimmung des damaligen CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß zum Milliarden-Kredit an die DDR gegründet. Nach ihrem Selbstverständnis ordnete sich die Partei politisch zwischen CDU/CSU und DVU/NPD »rechts von der Mitte« ein. Übergänge zwischen den inhaltlichen Aussagen der REP und denen der anderen rechtsextremen Parteien waren oftmals fließend. Zeitweilig verfügte die Partei über eine ausgebaute Organisationsstruktur: »Republikanische Jugend« (RJ), »Republikanischer Bund der Frauen« (RBF), der »Republikanische Hochschulverband« (RHV), die »Republikanische Mittelstandsvereinigung« (RMV), der »Republikanische Bund der öffentlich Bediensteten« (RepBB) sowie die »Kommunalpolitische Vereinigung« (KPV). Zumindest in der Anfangszeit waren die Republikaner Fleisch vom Fleische der Union. Die frühere Mitgliedschaft in einer Unionspartei ist eine Gemeinsamkeit, die viele Republikaner und – heute – AfD-Ier*innen teilen. Die REP verzeichneten unter ihrem Vorsitzenden Franz Schönhuber (1985 bis 1994), früherer stellvertretender Fernseh-Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks und ehemals Freiwilliger der »Leibstandarte SS

[8] <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/szene-ehrung-f-r-neonazi-aktivistin> (aufgerufen am 11.06.2020)

[9] <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/die-ndp-erfindet-sich-neu>(aufgerufen am 27.06.2020)

Adolf Hitler«, einige spektakuläre Wahlerfolge. Mit ihrer Konzentration auf die brisanten Wahlkampfthemen Asyl und Ausländer schien sich die in allen Bundesländern über Landesverbände verfügende Partei zeitweise zu einer ernsthaften Konkurrenz der etablierten Parteien zu entwickeln. Zentrale Anliegen des im Januar 1990 verabschiedeten Parteiprogramms waren ein »Stopp der Masseneinwanderung«, die Forderung nach einem »starken Staat« und der Ruf nach »law and order«. Von 1992 bis 2001 waren die REP im Landtag von Baden-Württemberg vertreten. Bei der Landtagswahl 2016 verlor die Partei mit einem Stimmenanteil von 0,3 Prozent ihren Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung. Seitdem fristen die REP auch in Baden-Württemberg wie in allen weiteren Bundesländern ein Dasein als Kleinstpartei.

Bei der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg am 5. April 1992 erhielten die REP 10,9 Prozent der Stimmen und zogen mit 15 Abgeordneten auf Anhieb als drittstärkste Fraktion ins Parlament ein. Die Landtagswahl fand im Schatten einer heftigen Asylrechtsdebatte statt. Im Wahlkampf hatten die REP die Abschaffung des Asylrechts gefordert. Ein Slogan wurde plakatiert, den auch andere Parteien und Medien aufgriffen: »Das Boot ist voll – Schluss mit Asylbetrug«. Auf Wahlplakaten der CDU hieß es: »Asylproblem lösen, CDU wählen«. Bis zu 30 Prozent Wählerstimmen holten die damals in Baden-Württemberg 2.500 Mitglieder (bundesweit über 20.000 Mitglieder) zählenden REP in Wahlbezirken mit überdurchschnittlich vielen Armen, Arbeitern und Abstiegsbedrohten. Das Ergebnis, das selbst die Republikaner überraschte, war damals der größte Erfolg einer rechtsextremen Partei, seit die 1952 verbotene neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) bei der niedersächsischen Landtagswahl 1951 elf Prozent auf sich vereinigen können. Nach Bildung der CDU-SPD-Regierung in Baden-Württemberg waren die REP die stärkste Oppositionspartei. 24 Jahre später, im März 2016, wurde wieder eine rechtsextreme Partei drittstärkste Kraft in Baden-Württemberg: Die AfD zog mit 15,1 Prozent der Stimmen in den Stuttgarter Landtag ein. Wie damals die REP setzte nun die AfD gezielt auf das Thema Zuwanderung.

Wahlen fanden am 5. April 1992 auch in Schleswig-Holstein statt. Dort zog die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) in das Kieler Landesparlament ein. Im Sommer 1992 kam es zu Übergriffen gegen Asylbewerber*innen. Rechts-extremist*innen steckten die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen in Brand, während Bürger*innen den Täter*innen applaudierten. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen stritten CDU, CSU, FDP und SPD auf Bundesebene damals monatelang über eine Änderung des Grundrechts auf Asyl. Die Stimmung in Deutschland war angespannt. In der Folge kam es am Ende des Wahljahres 1992 zum »Asylkompromiss« zwischen den großen Parteien: Das Grundrecht auf Asyl wurde eingeschränkt. Mit der abnehmenden Bedeutung des Themenkomplexes Asyl kam es bei den REP zu einer auffälligen Häufung antisemitischer Äußerungen, die sich schwerpunktmäßig gegen den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, richteten. So diffamierte Schönhuber Bubis 1994 als einen »der schlimmsten Volksverhetzer in Deutschland«. Der Inlandsgeheimdienst konstatierte in dieser Zeit eine systematische Kampagne der »Republikaner« gegen Juden.[10]

Im Dezember 1992 beschloss die Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder, die REP bundesweit vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Von nun an fiel die Partei in der Wählergunst zunehmend zurück. Innerparteilich steckte die Partei auch in der Krise. Schönhuber sah sich zunehmender Kritik ausgesetzt, als er sich am 22. August 1994 mit dem Münchner Verleger und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey traf, um offenbar die Möglichkeiten einer gemeinsamen Front der Rechten zu erörtern. Der Bundesvorstand setzte Schönhuber daraufhin am 1. Oktober 1994 ab. Nach kurzen juristischen Auseinandersetzungen nahm Schönhuber im Dezember 1994 beim Parteitag in Sindelfingen Abschied aus der Parteiführung. Zum Nachfolger wurde der 1955 in Stuttgart geborene Rechtsanwalt Rolf Schlierer mit 335 von 595 gültigen Delegiertenstimmen (56 Prozent) gewählt. Schönhuber trat im November 1995 aus den REP aus.

Am 24. März 1996 gelang den REP zum ersten und letzten Mal der Wiedereinzug in einen Landtag mit 9,1 Prozent der Stimmen (14 Abgeordnete). Dies bedeutete gegenüber der Landtagswahl 1992 einen Rückgang um 1,8 Prozent. Wie bei der Landtagswahl 1992 erreichte die Partei ihre besten Ergebnisse bei Männern und Arbeitern. Enttäuschend für die REP verlief die Oberbürgermeisterwahl am 20. Oktober 1996 in Stuttgart. Der Stuttgarter REP-Gemeinderat Dieter Lieberwirth erzielte lediglich 3,1 Prozent. Lieberwirth avancierte später zum Pressesprecher der Stuttgarter Gemeinderatsfraktion.

Dass die wiederholt durch offizielle Verlautbarungen dokumentierte Abgrenzung der REP gegenüber rechtsextremen, gar neonazistischen Kreisen allenfalls



»Auf der Stuttgarter Königstraße stehen Wahlplakate der im baden-württembergischen Landtag vertretenden Parteien Grüne, SPD, CDU, FDP und Republikaner (l-r, aufgenommen am 7.3.96). Insgesamt 18 Parteien und neun Einzelbewerber – eine Rekordzahl – kämpfen am 24. März um die voraussichtlich mindestens 120 Mandate im Stuttgarter Landtag.«
Abbildung: picture-alliance / dpa | Norbert Försterling, Lizenz: All rights reserved.

REP-Kreisverbands Biberach am 21. Mai 1999 in Ochsenhausen und die Wahlsprache zwischen Schlierer und dem DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey von Ende 1998, bei Wahlen nicht mehr gegeneinander anzutreten.[11]

Der erneute Einzug der »Republikaner« in den baden-württembergischen Landtag 1996 war ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik. Erstmals ist der Fraktion einer rechtsextremen Partei die Wiederwahl in ein Landesparlament geglückt (später wiederholt durch die NPD in Sachsen). In beiden Legislaturperioden bildeten die Migrations- sowie Innen- und Kriminalpolitik Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit als Opposition im Parlament. Im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik brachte die REP-Fraktion eine Vielzahl von Anträgen und Anfragen zum Thema Einwanderer*innen und Asylbewerber*innen ein. Verstärkt wandten sich die REP-Parlamentarier auch dem Thema »Islam« zu, kritisierten Moscheebauten und beklagten eine angebliche Gefährdung der »abendländischen Kultur«. Am Rande sei angemerkt, dass die CDU oftmals versuchte, Positionen der »Republikaner« mit eigenen Eingaben zuvorkommen. Die CDU-Fraktion in Baden-Württemberg war seit Einzug der »Republikaner« in den Landtag bestrebt, in ihrem ausländerpolitischen Eifer bundesweit die Rolle des scharfen Vorreiters zu spielen. Einerseits lehnte die überwiegende Mehrheit der Fraktion eine Zusammenarbeit mit den REP ab, die diese mehrfach anboten, andererseits wurden aber deren politische Inhalte zum Teil längst übernommen. Ebenso kam es zu Fraternalisierungen; so wurde Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) immer wieder im Landtag inmitten einer Traube von REP-Abgeordneten gesichtet. Auf diese Weise wurden die ausländerfeindlichen Positionen der Republikaner zunehmend gesellschaftsfähig. Schlierer, Vorsitzender der baden-württembergischen REP-Landtagsfraktion von 1992 bis 2001, appellierte beim REP-Bundesparteitag im November 1998 in Niederbayern, dass sich die Partei »nicht von den Unionsparteien rechts überholen lassen« dürfe.[12]

2001 führte Schlierer in einem Interview mit der »Jungen Freiheit« aus: »... Und im Petitionsausschuss (des baden-württembergischen Landtags; Anm.: Maegerle) hat sich die CDU beispielsweise regelrecht darauf verlassen, daß die Republikaner anwesend sind und für die entsprechende Mehrheit sorgen.«[13]

In Sachen Fremdenfeindlichkeit pöbelte Schlierer damals im gleichen Jargon wie heutige AfD-Politiker*innen: »Wir sind nicht mehr Herr im eigenen Land. Zuwanderer, die wir nicht gerufen haben, haben Deutschland zum Bürgerkriegsland gemacht. Wer Multi-Kulti sät, wird Bürgerkrieg ernten! ... Durch ihre Feigheit und Realitätsverweigerung haben die Altparteien uns diesen Bürgerkrieg ins Haus geholt«[14], so Schlierer.

Schlierer, Mediziner und Rechtsanwalt, war zugleich von Dezember 1994 bis August 2014 Bundesvorsitzender seiner Partei. Er war der einzig bekannte Landtagsabgeordnete seiner Partei in Baden-Württemberg, der vor Antritt seines Landtagsmandats einer rechtsextremen Organisation angehört hatte. Der Burschenschaftler (Burschenschaft Germania), der selbst scharfe Mensuren schlug, war am 7. Mai 1974 der NPD-Studierendenorganisation »Nationaldemokratischer Hoch-

[10] <https://www.ndr.de/kultur/geschichte/chronologie/Vor-25-Jahren-Anschlag-auf-Luebecker-Synagoge,luebecksynagoge101.html> (aufgerufen am 18.06.2020)

[11] Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg 1999, S. 47

[12] Deutsche National-Zeitung, 49/1998, S.5

[13] Interview mit Rolf Schlierer. In: Junge Freiheit, 12/2001, S.6

[14] Der Republikaner, 1-2/1999

[15] Pressemitteilung der NPD-Bundespressstelle München, Karl.-H. Sendbühler, vom 15.12.1994

[16] Archiv-Notizen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, Februar 2002

[17] <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/ex-republikaner-auf-afd-kurs> (aufgerufen am 13.06.2020)

[18] <http://www.zeit.de/2017/20/afd-finanzierungsverein-nrw-spenden-david-bendels/komplettansicht> (aufgerufen am 17.06.2020)

[19] <https://www.esslinger-zeitung.de/inhalt/die-republikaner-kandidieren-mit-31-kandidaten-fuer-den-kreistag-keine-kooperation-mit-der-afd-wendlingen-republikaner-wollen-abbau-der-kreisschulden.4f2bc049-158c-4a89-8ba6-f448628bff2d.html> (aufgerufen am 22.04.2020)

[20] An dieser Stelle soll ausschließlich ein Vergleich zwischen den Wahlerfolgen der REP und der AfD gezogen werden. Der Einzug der NPD in den Stuttgarter Landtag 1968 fand unter anderen gesellschaftspolitischen Gegebenheiten statt.

[21] <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/277/vom-rechten-narrensaum-3770.html> (aufgerufen am 20.06.2020)

schulbund« (NHB) beigetreten.[15] In den Jahren 1985 bis 1989 engagierte sich Schlierer beim unionsnahen Thinktank »Studienzentrum Weikersheim« (SZW), das 1979 vom früheren CDU-Ministerpräsidenten Hans Filbinger, vormals NS-Marinerichter, ins Leben gerufen wurde. Von Juni 1987 bis Juli 1989 gehörte Schlierer gar dem SZW-Kuratorium als Mitglied an.[16]

Mit Sympathie begegnet der im Juni 2018 aus den REP ausgetretene Schlierer heute der AfD. Im Mai 2019 trat er bei der Kommunalwahl in Stuttgart auf dem letzten Listenplatz auf der AfD-Liste an, wurde jedoch nicht in das Kommunalparlament gewählt. Zuvor leitete Schlierer im September 2016 die Gründungsverammlung des AfD-nahen »Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und Bürgerlichen Freiheiten«. Schlierer hatte sowohl die rechtliche Beratung als auch die Versammlungsleitung bei der Vereinsgründung inne.[17]

Anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 hatte der Verein in dem bevölkerungsreichsten Bundesland rund 2000 Werbeflächen gemietet und 2,6 Millionen Exemplare der Wahlkampfzeitung verteilt, mit Texten über »gierige Flüchtlinge« und »libanesischen Banden« in Essen. Auf den Plakaten stand: »Jetzt AfD wählen.«[18]

Die baden-württembergischen REP-Landtagsabgeordneten waren: Bernhard Amann (1993 Nachrücker für Willi Auer; 1994 aus Fraktion und Partei ausgetreten), Willi Auer (1992 – 1993), Rudolf Bühler (1992 – 1996), Alfred Dagenbach (1996 – 2001), Ulrich Deuschle (1992 – 2001), Richard Eckert (1992 – 1996), Egon Eigenthaler (1996 – 2001), Eduard Hauser (1996 – 2001), Michael Herbricht (1992 – 2001), Josef Huchler (1996 – 2001), Christian Käs (1996 – 2001), Lothar König (1992 – 2001), Wolf Krisch (1992 – 2001), Liane Offermanns (1992 – 1996), Klaus Rapp (1992 – 2001), Max Reimann (1992 – 1996), Karl-August Schaal (1992 – 1996), Rolf Schlierer (1992 – 2001), Alexander Schonath (1996 – 2001), Horst Trageiser (1992 – 1996), Heinz Troll (1992 – 2001), Rolf Wilhelm (1992 – 2001).

Bei der Landtagswahl 2001 scheiterten die »Republikaner« mit 4,4 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Damit verloren die REP gegenüber der Landtagswahl von 1996 mit 4,7 Prozentpunkten mehr als die Hälfte ihrer Anhänger. Mit der Auflösung der REP-Landtagsfraktion Ende Mai 2001 büßte der bislang erfolgreichste und wichtigste Landesverband seine Ausnahmestellung ein.

Von den einstigen REP-Landtagsabgeordneten sind – abgesehen von Rolf Schlierer – lediglich Alfred Dagenbach und Ulrich Deuschle noch öffentlichkeitswirksam politisch aktiv. Dagenbach, bislang »Pro Heilbronn«-Stadtrat in der Großstadt Heilbronn, wechselte im Januar 2020 zur AfD-Fraktion. Deuschle, REP-Landesvorsitzender Baden-Württemberg, wurde 2019 bei den Kommunalwahlen als REP-Kreistagsabgeordneter von Esslingen in seinem Mandat bestätigt. Zuvor war in Esslingen eine »gemeinsame starke Liste« mit der AfD gescheitert, weil »der AfD-Kreisverband Zusagen und Vereinbarungen nicht eingehalten hat«, erklärte Deuschle.[19]

Gemeinsamkeiten von AfD und REP

Die Wahlerfolge der AfD heute und der »Republikaner« damals[20] haben eine Gemeinsamkeit: steigende Flüchtlingszahlen. Beide Parteien setz(t)en gezielt auf das Thema Zuwanderung. Laut dem Bundesamt für Migration stellten im Jahr 2016 fast 750.000 Menschen einen Asylantrag in der Bundesrepublik Deutschland. 1992 waren es knapp 440.000 Menschen. Eine weitere Gemeinsamkeit, die AfD und »Republikaner« teilen, ist die frühere Mitgliedschaft in einer Unionspartei. Denn so wie abtrünnige CSU-Politiker 1983 die Republikaner ins Leben riefen, waren bei der Gründung der AfD 2013 enttäuschte CDUler dabei. Ebenso spiel(t)en Verlustängste bei der Wahl der REP und der AfD eine große Rolle. Im Vergleich mit den REP ist die AfD jedoch wesentlich erfolgreicher. Während die AfD in allen 16 Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament sitzt, haben es die Republikaner so weit nie geschafft. Sie saßen für zwei Legislaturperioden im baden-württembergischen Landtag und für jeweils eine im Berliner Abgeordnetenhaus und im Europaparlament. Bei der Bundestagswahl 1990 verpassten sie den Einzug ins Parlament. Eigen ist beiden Parteien, dass sie sich als Kämpfer gegen das politische »Establishment« und die politisch-mediale »Elite« gerieren. Durch Taktik und aggressive Rhetorik wird die Arbeit der Parlamente und vor allem das politische Klima beeinflusst. Zukunftsängste der Bevölkerung werden aufgegriffen und für Agitation und Demagogie genutzt, ohne ernsthaft nach echten Problemlösungen zu suchen.

Abschließend sei der ehemalige REP-Vorsitzende Schlierer zitiert, der im Sommer 2016 in einem Interview mit KONTEXT:Wochenzeitung sagte:

»Die Positionen der AfD sind in weiten Teilen identisch mit jenen der Republikaner.«[21]

Literatur

Neubacher, Bernd (Dissertation): Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei. Universität Stuttgart 2001

Oppelland, Torsten: Nationaldemokratische Partei Deutschlands. <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/thueringen-2019/296649/npd> (aufgerufen am 22.06.2020)

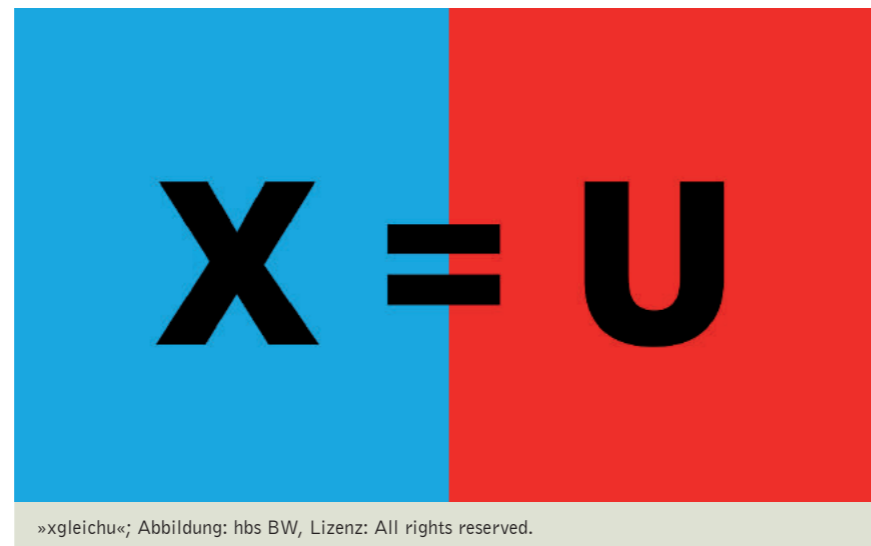
Schmid, Harald: »Man kann wieder wählen!« Aufstieg und Fall der NPD 1964–1969. In: Deutschland Archiv, 1/2007, S. 122–130

Wendland, Michael: Baden-Württemberg – Zentrum der Nationaldemokraten. In: Apfel, Holger: »Alles Große steht im Sturm«. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart 1999, S. 282–287

DIE AFD UND DIE ARBEITSWELT

Die AfD hat sich nicht nur auf den Weg in die Parlamente gemacht, sie versucht, Einfluss auf alle Ebenen unserer Gesellschaft zu nehmen. Auch die Arbeitswelt ist inzwischen im Fokus der Partei. In verschiedenen Bundesländern haben sich AfD-nahe Arbeitnehmervereinigungen gegründet. Inhaltlich stehen sie den Auseinandersetzungen innerhalb der Parlamente und Parteiströmungen in nichts nach. Mal geben sie sich neoliberal und wirtschaftsnah, ein andermal sozialistisch mit rechts-nationaler Prägung. In die Betriebe gehen die Rechten dort, wo es prestigeträchtig ist: in der Automobilindustrie.

von Beate Müller-Gemmeke



AidA, AVA und ALARM – Arbeitnehmer schreiben sich ohne großes I

Sie behaupten, sozial zu sein, ohne rot zu werden[1], und glauben, blau sei das neue rot[2]. Die sogenannten Arbeitnehmervertretungen der AfD lieben das Farbenspiel. Und sie geben sich sozial, sind dabei allerdings mal neoliberal und ein andermal von einem nationalen Sozialismus geprägt.

2014 gründete sich in Schleswig-Holstein die Interessengemeinschaft (IG) der »Arbeitnehmer in der AfD« (AidA). Ein Jahr später entstand in Nordrhein-Westfalen die eingetragene »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer« in der AfD (AVA). Und zwei Jahre später wurde in Thüringen der »Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschlands« (ALARM!) aus der Taufe gehoben.[3] Alle drei rechten Arbeitnehmervertretungen kamen stets ohne großes »I« aus, denn beschäftigte Frauen spielen bei ihnen keine allzu große Rolle.

AidA gibt es inzwischen nicht mehr, die Vereinigung hat sich aufgelöst. Die beiden anderen Vereine ermöglichten ihren Spitzenleuten Karrieren in Berlin, und zwar auf dem Ticket der AfD. Der AVA-Vorsitzende Uwe Witt ist arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und war bis zu ihrer Auflösung Sprecher der beim Höcke-Flügel verhassten »Alternativen Mitte«. Witt selbst hat früher bei Thyssen gearbeitet, wurde dann Personalchef bei einem mittelständischen Unternehmen und war danach selbständig. Der AfD-Mann war früher Mitglied der IG Metall.

Arbeitsmarktpolitik ist »solidarischer Patriotismus«

Alarm!-Chef Jürgen Pohl schaffte 2017 ebenfalls den Sprung in den Bundestag. Seither sitzt er zusammen mit Witt im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Pohl ist stellvertretender Sprecher für Arbeit und Soziales der AfD-Fraktion. Außerdem ist

der Rechtsanwalt Vorsitzender der Regionalgruppe Mitteldeutschland und »ostpolitischer« Sprecher der AfD-Fraktion. Pohl ist – im Gegensatz zu Witt – ausgewiesener Höcke-Freund, dessen Wahlkreis-Büro er eine Zeit lang leitete. Bei Facebook und auf Pohls Internetseite bezeichnet der AfD-Mann die erhöhte Zahl an Flüchtlingen als »Instrument zum Drücken der Löhne«. Migrant*innen seien nur in »seltenen Fällen tatsächlich Fachkräfte. Daher drücken sie in den meisten Fällen die Löhne für einfache Tätigkeiten oder landen gleich in der staatlichen Fürsorge«, heißt es dort.[4] Pohl liebt es, flammende Reden zu halten, und die enden auch schon mal damit, den 1. Mai zu postulieren als »Aufbruch in den Kampf für einen solidarischen Patriotismus.«[5] Pohl gehört nach Recherchen von Zeit Online, die im März 2018 veröffentlicht wurden, zu 18 Bundestagsabgeordneten der AfD, die Mitarbeiter mit rechtsradikalem bis rechtsextremem Hintergrund beschäftigten.[6] »ALARM!« steht inhaltlich hinter dem völkisch-nationalistischen Flügel innerhalb der AfD. Der Verein fordert wie Björn Höcke die »armutsfeste Staatsbürgerrente« nur für Deutsche und will eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns. Seine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nennt ALARM!-Chef Jürgen Pohl »solidarischen Patriotismus«.[7] Und er liebt es nicht nur, alle demokratischen Parteien als »Altparteien« zu betiteln[8], die DGB-Gewerkschaften sind für ihn grundsätzlich die »Altgewerkschaften«[9].

AVA und Witt sind die angeblich Gemäßigten in der Partei, die eine eher neoliberale Politik verfolgen. Die Einführung des Pflegegeldverbesserungsgesetzes[10] etwa ist für Witt die Rückkehr zum Sozialismus. Damit würden 30 Jahre nach dem Mauerfall wieder planwirtschaftliche Strukturen eingeführt.[11] Und bei einer Rede im Bundestag postulierte Witt: »Wir vertreten die Interessen der für wenig Geld hart arbeitenden Menschen in unserem Land. Genau: In unserem Land, und das heißt Deutschland.«[12] Mit offen rechten Äußerungen hält sich AVA im Gegensatz zu ALARM! zurück. In ihrem »Thesenpapier zur Arbeits- und Sozialpolitik« (2016) stellt AVA klar, wer in der hiesigen Gesellschaft ihrer Ansicht nach weniger Rechte hat als andere: Langzeitarbeitslose und Migrant*innen sollen grundsätzlich weniger Leistungen bekommen oder gar keine. Langzeiterwerbslose will die AVA zu »gemeinnütziger Arbeit« verpflichten, um ihnen »ein wichtiges Stück ihrer Würde« zurückzugeben.[13]

Die AfD in den Parlamenten: Rügen, Ordnungsrufe und gehässiges Lachen

Was die AfD unter Würde versteht, ist äußerst widerspruchsvoll, etwa wenn es darum geht, die Würde des Bundestages zu wahren. Der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert war stolz darauf, dass er in seinen zwölf Jahren an der Spitze des Parlaments keinen einzigen förmlichen Ordnungsruf gegen einen Abgeordneten verhängen musste. Der CDU-Politiker verließ 2017 den Bundestag, genau zu dem Zeitpunkt, als die AfD ins Parlament einzog. Mit ihr änderte sich schlagartig der Ton, und die Ordnungsrufe kehrten zurück. Allein im Jahr 2019 gab es vier Ordnungsrufe und vier Rügen. Seit der Wahl 2017 bis 2019 zählte der Bundestag 19 Ordnungsrufe, das sind mehr als in allen vier vorausgegangenen Legislaturperioden seit 2002 zusammen.[14] Der Ton ist deutlich aggressiver geworden. Fast alle Ermahnungen hatten mit der AfD zu tun – entweder, weil sich eine*r ihrer Abgeordneten beleidigend und hetzerisch äußerte oder weil sich Abgeordnete anderer Fraktionen von den Rechten provozieren ließen. Die demokratischen Parteien im Bundestag haben alle den gleichen Eindruck: Die AfD legt es darauf an, den Bundestag und die parlamentarischen Abläufe und damit unsere Demokratie verächtlich zu machen.[15]

Die Partei hat den Korridor dessen, was gesagt wird, sehr deutlich nach rechts verschoben. Das wird auch in einer Datenanalyse der Süddeutschen Zeitung klar, die die Protokolle von Bundestagsdebatten ausgewertet hat. So haben sich auch die Worte verschoben: Diskutiert wird seit 2017, also seit dem Einzug der AfD ins Parlament, weniger mit neutralen Begriffen wie »Geduldete«, stattdessen werden Flüchtlinge per se zu (illegalen) Migranten, die unsere Sozialsysteme angeblich plündern. Derzeit, so erklärte die Politologin Laura Stielike der Süddeutschen Zeitung, dominiere ein rassistischer Diskurs im Bundestag, der vor allem auf Einschränkung und Abschreckung setze. Die humanitäre Dimension, die die Debatten noch im Jahr 2015 bestimmt habe, sei völlig ins Abseits geraten.[16]

Wie gehässig die Grundstimmung im Plenum ist, veranschaulichen sogar eigentlich harmlose Gesten wie Lachen oder Klatschen. In den Protokollen der Bundestagsdebatten wird Lachen explizit vermerkt. Aus einer Datenanalyse der Süddeutschen Zeitung geht hervor, dass die AfD besonders häufig über die Abgeordneten anderer Fraktionen lacht. Sie lacht bevorzugt über Abgeordnete von Union und SPD. Bei den Grünen, dem erklärten Hauptfeind der AfD, passiert das nur halb so oft – was auch mit der deutlich geringeren Redezeit der derzeit kleinsten Oppositionspartei zu tun hat.

[4] <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3560/alarm-afd/> (aufgerufen am 23.10.2020)

[5] https://www.youtube.com/watch?v=bvwy_4NYZCk4 (aufgerufen am 23.10.2020)

[6] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/afd-bundestag-mitarbeiter-rechtsextreme-identitaere-bewegung/komplettansicht> (aufgerufen am 03.06.2020)

[7] <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3560/alarm-afd/> (aufgerufen am 03.06.2020)

[8] <https://pohlposition-afd.de/der-kampf-der-altparteien-gegen-die-afd/> (aufgerufen am 02.06.2020)

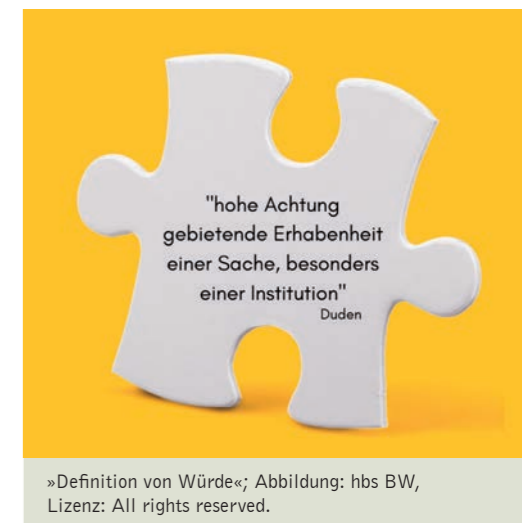
[9] <https://www.youtube.com/watch?v=AUSon8YMMmM> (aufgerufen am 02.06.2020)

[10] Tatsächlich wird mit dem Pflegegeldverbesserungsgesetz die Möglichkeit geschaffen, bessere Tarifverträge in der Pflegebranche abzuschließen, die für allgemeinverbindlich erklärt und so für alle Pflegeeinrichtungen verbindlich werden. So werden die Arbeitsbedingungen in der Pflege endlich deutlich verbessert.

[11] <http://uwewitt.com/?p=2725> (aufgerufen am 03.06.2020)

[12] Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 101. Sitzung, S. 12177

[13] <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3547/ava-afd/> (aufgerufen am 03.06.2020)



[14] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-12/bundestag-ordnungsrufe-zahl-hoehchststand-afd> (aufgerufen am 03.06.2020)

[15] z. B. <https://www.sueddeutsche.de/politik/wutrede-im-bundestag-was-fuer-ein-bleed-sinn-1.3791630>, (aufgerufen am 03.06.2020) und https://www.youtube.com/watch?v=n_URg0-tykvo (aufgerufen am 23.10.2020)

[16] <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/bundestag-das-gehetzte-parlament-e953507/> (aufgerufen am 03.06.2020)

[17] <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-bundestag-daten-1.4786465>(aufgerufen am 03.06.2020)

[18] Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels, Christian Neusser und Alexander Berzel: Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, Discussion Paper SP V 2017-102, WZB, Berlin 2017, <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf>, S. 37-39 (aufgerufen am 03.06.2020)

[19] <https://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/2991/AFD-Landtagsfraktion+Baden-W%C3%BCrtemberg+gr%C3%BCndet+Arbeitskreis+Linksextremismus>(aufgerufen am 03.06.2020)

§ 1 Grundsätze

(1) Die Beschäftigten in Baden-Württemberg haben einen Anspruch gegenüber ihrer Arbeitgeberin oder ihrem Arbeitgeber auf Bildungszeit. Während der Bildungszeit sind sie von ihrer Arbeitgeberin oder ihrem Arbeitgeber unter Fortzahlung der Bezüge freizustellen.

»Bildungszeitgesetz«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

[20] Gesetzesentwurf der AfD: Gesetz zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg (Bildungszeitaufhebungsgesetz BzGAufhG), Drucksache 16/7045 vom 15.10.2019

[21] Gesetzesentwurf der AfD: Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg, Drucksache 16/6726 vom 30.07.2019

[22] <https://www.dgb.de/einblick/++co++6e229004-ef4f-11e5-acf0-52540023ef1a>(aufgerufen am 03.06.2020)

[23] https://www.deutschlandfunk.de/zentrum-automobil-kuenftig-sechs-rechte-betriebsraete-bei.769.de.html?dram:article_id=412358, (aufgerufen am 3.6.2020) und <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3285/zentrum-automobil-afd/>(aufgerufen am 23.10.2020)

[24] <https://www.pressebox.de/pressemitteilung/christliche-gewerkschaft-metall-cgm/cgm-positiviert-sich-gegen-nazi-und-hassposts-bei-daimler-in-Untertuerkheim/boxid/968156> (aufgerufen am 22.10.2020)

[25] https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20080506_2bvr033708.html, (aufgerufen am 03.06.2020)

Auch beim Klatschen gibt es deutliche Unterschiede. In allen Fraktionen wird überwiegend den eigenen Leuten applaudiert. Die AfD sticht jedoch heraus: Sie spendet zu 80 Prozent den eigenen Leuten Beifall. Bei der Union, die auf dem zweiten Platz des Applauses für die eigenen Reihen liegt, sind es 63 Prozent. Alle übrigen Fraktionen klatschen in etwa zur Hälfte auch für andere Abgeordnete des demokratischen Spektrums. Das tut die AfD nur ab und zu – am meisten übrigens für Union und FDP.[17]

Die heimische Wirtschaft von Bürokratie befreien

In den Landesparlamenten ist die Stimmung ähnlich. Bei ihrer parlamentarischen Arbeit hat sich die Partei im Südwesten in erster Linie auf Kleine Anfragen an die Landesregierung verlegt. In Baden-Württemberg ist der Anteil ihrer Kleinen Anfragen im Vergleich zu anderen Landtagen besonders hoch, mehr als 40 Prozent aller Kleinen Anfragen gehen auf die AfD zurück. Inhaltlich drehen sich die meisten dieser Anfragen um die Themenfelder Migration (17 Prozent) oder Sicherheit und Ordnung (12,6 Prozent). Soziales interessiert die AfD nur zu 7,7 Prozent. Um Arbeit und Wirtschaft kreisen gerade mal 4,2, Prozent.[18] Allzu wichtig scheint ihr dieses Themenfeld nicht zu sein. Dass andere Aspekte von größerer Bedeutung sind, bewies die Fraktion im Januar dieses Jahres. Da gründete sie im Stuttgarter Landtag einen Arbeitskreis Linksextremismus.[19]

Bei Anträgen und Gesetzentwürfen tut sich die Landtagsfraktion der AfD schwer. Die paar Gesetzentwürfe, die sie bisher erarbeitet hat, haben einen deutlich neoliberalen Grundton. So forderte die AfD zum Beispiel die Aufhebung des noch gar nicht so alten Bildungszeitgesetzes. Begründet wird das mit einem einzigen dürren Satz, und dafür werden der Bürokratieabbau und die finanziellen Belastungen der Unternehmen bemüht. Dass es bei der Bildungszeit um Fort- und Weiterbildungszeiten von Beschäftigten geht, interessiert die Partei offenbar wenig.[20]

Arbeitsmarktpolitisch stellt sich die Landtagsfraktion lieber wirtschaftsfreundlich auf. So forderte sie mit einem anderen Gesetzesentwurf etwa die Abschaffung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg. »In Verantwortung für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg« müsse sich das Land dafür einsetzen, »die heimische Wirtschaft von unnötiger Bürokratie zu befreien.« An Tariftreue und guten Löhnen für die Beschäftigten scheint der AfD in Baden-Württemberg nicht viel zu liegen.[21] Paradox ist da: Trotzdem lag der Anteil der Gewerkschafter*innen, die sie 2016 wählten, bei 15,7 Prozent. Damit lag ihr Anteil um 0,6 Prozent über dem AfD-Anteil aller baden-württembergischen Wähler*innen (15,1 Prozent).[22]

Die Betriebsratsliste »Zentrum Automobil« und ihr Gründer

Präsenz von »Zentrum Automobil« auf einer Kundgebung der AfD in Bruchsal am 2. Juni 2018, bei der auch Björn Hocke als Redner auftrat.

Zwei Jahre nach der Landtagswahl, im März 2018, holte in Stuttgart-Untertürkheim die rechte Betriebsratsliste »Zentrum Automobil« bei den Betriebsratswahlen 13,2 Prozent aller Stimmen der Daimler-Mitarbeiter*innen. Das »Zentrum Automobil« ist deutlich älter als die AfD. 2009 wurde es im Daimler-Stammwerk Untertürkheim von Oliver Hilburger gegründet.[23] Hilburger war zuvor im Werk gewählter Betriebsrat für die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM). Auf deren Vorschlag hin betätigte er sich auch eine Zeitlang als ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht Stuttgart. Als öffentlich wurde, dass Hilburger seit 1989 Bassist und Gitarrist der neofaschistischen Rockband »Noie Werte« ist, musste er sein Betriebsratsmandat niederlegen. Die CGM schloss ihn »wegen seines rechtsradikalen Engagements« aus ihrer Gewerkschaft aus.[24] Ein Jahr später entthob das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg Hilburger des Richteramtes. Das Gericht kam nach der Auseinandersetzung mit den Liedtexten und den Auftritten der Band »Noie Werte« zu dem Schluss, dass die Lieder Assoziationen zum nationalsozialistischen Regime wecken, gewaltverherrlichend sind und von einer verfassungsfeindlichen Ideologie zeugen. Hilburgers Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil scheiterte.[25] Er verließ daraufhin 2008 seine Rechtsrockband. Später tat er kund, die Zeit bei »Noie Werte« sei doch nur eine Jugendsünde gewesen.[26] In Hilburgers »Noie-Werte«-Zeit entstanden die zwei Lieder der Band, die eine frühe Version des NSU-Bekennervideos untermalen.[27] Als Hilburger im November 2017 vor dem NSU-Untersuchungsausschuss in Stuttgart aussagen musste, distanzierte er sich vom Rechtsterror des NSU und sagte, wenn er gehaut hätte, dass es so etwas gibt, hätte er dies »jederzeit und sofort zu einer Anzeige gebracht«.[28]

Unternehmen wie Daimler sind ein Abbild der Gesellschaft. So verwundert es nicht, dass das »Zentrum Automobil« kurz nach seiner Gründung im Jahr 2010 zwei Betriebsratssitze bei Daimler Untertürkheim holt. Vier Jahre später – inzwi-



»Präsenz von »Zentrum Automobil« auf einer Kundgebung der AfD in Bruchsal am 2. Juni 2018, bei der auch Björn Hocke als Redner auftrat.«
Abbildung: Sven Ullbruch, Lizenz: All rights reserved.

schen war die AfD gegründet – kam das »Zentrum« schon auf vier Betriebsratssitze. Und im März 2018 holte die rechte Liste 13,2 Prozent der Stimmen in Untertürkheim. Heute sitzt das »Zentrum Automobil« mit sechs von insgesamt 47 Betriebsräten im Daimler-Stammwerk, wo rund 19.000 Menschen arbeiten.[29] Bei Daimler in Sindelfingen mit 25.000 Beschäftigten holte die rechte Liste 3,4 Prozent, das sind zwei Mandate. Und am badischen Standort Rastatt, wo 6.500 Menschen arbeiten, zog sie mit drei Gewählten in den Betriebsrat ein. Erfolglos blieb das »Zentrum Automobil« dagegen in der Daimler-Zentrale in Stuttgart und am Standort Wörth.

2018 beschränkten sich die rechten Betriebsräte allerdings nicht nur auf Daimler-Standorte in Baden-Württemberg. Auch bei dem Motorsägen-Hersteller Stihl in Waiblingen wurden zwei rechte Betriebsräte unter dem Listennamen »Mut zur Veränderung« gewählt. In Baden-Württemberg kommen rechte Listen somit insgesamt auf 13 Betriebsratsmandate. Hinzu kommen vier weitere Mandate bei BMW Leipzig, zwei bei Porsche Leipzig und zwei bei Opel in Rüsselheim. Bundesweit stellen das »Zentrum Automobil« und wesensverwandte Listen also 21 Betriebsräte in sieben Betrieben.[30] Angesichts der rund 180.000 Betriebsratsmandate, die bundesweit insgesamt existieren, macht das nicht viel her. Dennoch feierten die Rechten die Betriebsratswahl von 2018 als Durchbruch.

»Jeder Patriot kann endlich für Gerechtigkeit sorgen«

Unterstützt wurde der Wahlkampf des »Zentrums« von der neurechten Initiative »Ein Prozent« aus dem Umfeld des rechten Verlegers Götz Kubitschek und seines Antaios-Verlags. Wegen seiner ideologischen Ausrichtung wird »ein Prozent« seit Juni 2020 vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft und beobachtet. »Ein Prozent« startete im Internet die Kampagne »Werde Betriebsrat!« In den sozialen Netzwerken erreichen ihre Posts Zehntausende. »Den Unzufriedenen und Enttäuschten fehlte bislang eine wirkliche Alternative«, verkündete die Kampagne, doch damit sei jetzt Schluss, denn »die Kollegen von »Zentrum Automobil« bieten eine Gewerkschaft für alle Arbeiter«.[31]

Wie die Zusammenarbeit zwischen »Zentrum Automobil« und »Ein Prozent« in der Praxis aussieht, war 2018 auch in Görlitz zu beobachten: 7000 Menschen versammelten sich damals, um gegen die drohende Schließung der Werke von Siemens und Bombardier zu protestieren. Die größte Demonstration seit 1990 in Görlitz lockte auch Oliver Hilburger aus Untertürkheim an. Während kaum jemand vor Ort bemerkte, dass Hilburger und seine Begleiter auch auf der Demo waren, funktionierte die Vermarktung im Internet umso besser: »Ein Prozent« machte aus dem unscheinbaren Auftritt eine Propagandashow im Internet.[32] Tatsächlich verhinderten damals nur massive Proteste der IG Metall mit Unterstützung der gesamten Bevölkerung eine Schließung der Werke. Hilburger und seine Anhänger taten nur so als ob.

Offiziell gebe es keine Berührungspunkte zwischen AfD und »Zentrum Automobil«, betont die Partei. Hilburger stört das wenig. Er unterhält gute Kontakte zum baden-württembergischen AfD-Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel, mit dem er gegen die »Klimalüge« agitiert und gemeinsam bei einer Diesel-Demo in

[26] https://www.deutschlandfunk.de/betriebsratswahl-bei-daimler-arbeitnehmersvertreter-von.862.de.html?dram:article_id=411971 (aufgerufen am 22.10.2020)

[27] <https://bit.ly/36dMLE5> (aufgerufen am 23.10.2020)

[28] https://www.zvw.de/lokales/waiblingen/noie-werte-musiker-zu-rechtsrock-vergangenheit-befragt_arid-77503 (aufgerufen am 03.06.2020)

[29] <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3285/zentrum-automobil-afd/>(aufgerufen am 03.06.2020)

[30] <https://www.chronikle.org/ereignis/zentrum-automobil-zieht-betriebsrat-bmw> (aufgerufen am 03.06.2020)

[31] <https://www.einprozent.de/blog/arbeit-und-wirtschaft/werde-betriebsrat-establishment-in-unruhe/2196> (aufgerufen am 03.06.2020)

[32] <https://www.vorwaerts.de/artikel/rechte-gewerkschaften-online-maerchen-alternative>, (aufgerufen am 03.06.2020) und <https://www.einprozent.de/blog/arbeit-und-wirtschaft/demo-in-goerlitz-kampf-um-werke-beginnt/2227> (aufgerufen am 23.10.2020) und <https://www.youtube.com/watch?v=g3nUTbyQq8M> (aufgerufen am 23.10.2020)

[33] <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.diesel-demo-in-stuttgart-demo-initiator-diesel-fahrer-sollen-strafen-nicht-zahlen.3c0d9a85-7aec-4a16-9908-3357988f82c7.html> (aufgerufen am 18.08.2020)

[34] <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.afd-und-die-rechte-gewerkschaft-wenn-dein-blauer-arm-es-will.5c804198-4df2-4388-8b2e-e91c8e8c1d7f.html>, (aufgerufen am 03.06.2020)

[35] <https://verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.596242.de>(aufgerufen am 03.06.2020)

[36] http://rbw.juris.de/cgi-bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=bw&nr=30470 (aufgerufen am 22.10.2020)

[37] <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/werk-untertuerkheim-daimler-ist-ein-motor-fuer-integration-konzernchef-aeussert-sich-zu-rechten-umtrieben/24856076.html?ticket=ST-7697698-Vbd4059dPOdCcK5Zk0CH-ap5> (aufgerufen am 03.06.2020)

[38] <https://verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.596242.de>(aufgerufen am 03.06.2020)

[39] <https://verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.596242.de>(aufgerufen am 03.06.2020)

[40] <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/zentrum-automobil-verfassungsschuetzer-warnt-vor-rechten-umtrieben-unterbetriebsraeten/24866528.html> (aufgerufen am 03.06.2020)

[41] <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3285/zentrum-automobil-afd/>(aufgerufen am 03.06.2020)

Stuttgart auftritt[33]. Er trifft auch schon einmal Pegida-Gründer Lutz Bachmann bei einer Demonstration oder den Flügel-AfD-Politiker Björn Höcke auf einer Veranstaltung.[34] Die »Jugendsünde« bei »Noie Werte« setzt sich auf anderer Ebene fort.

Hilburger agitiert gerne. Zehntausende Klicks erhielt ein Video, mit dem der »Zentrums«-Mann seine Art von Betriebsratsarbeit dokumentiert. Populistisch in Szene gesetzt prangert Hilburger in dem Video die Kündigungen zweier Kollegen bei Daimler-Untertürkheim als »Skandal« und pure »Willkür« an. Simon Kaupert, Mitglied der »Identitären Bewegung« und Aktivist bei »Ein Prozent«, hatte bereits auf einer rechten Konferenz 2017 versprochen: »Jeder Patriot, der wegen einer abweichenden Meinung seine Arbeitsstelle verloren hat, kann nun über einen Betriebsrat in seiner Firma endlich für Gerechtigkeit sorgen.«[35]

Einhalten konnten die Rechten dieses Versprechen nicht. 2018 wurden die beiden Daimler-Beschäftigten gefeuert, weil sie einen türkischstämmigen Kollegen und IG Metall-Vertrauensmann über Monate hinweg massiv rassistisch beleidigt hatten. Chat-Protokolle belegen, dass sie dem Kollegen islam- und fremdenfeindliche WhatsApp-Nachrichten schickten. Eine zeigt zum Beispiel eine offenbar muslimische Großfamilie, dazu die Zeile: »Viele Muslime nehmen sich eine Zweit- oder Drittfrau und wir Deutschen nehmen uns einen Zweit- oder Drittjob um deren Leben zu finanzieren.«[36] Arbeitsgerichte bestätigten die Rechtmäßigkeit der Kündigungen. Der Video-Protest gegen die Entlassungen veranlasste selbst Daimler-Vorstandschef Ola Källenius erstmals, sich deutlich gegen die rechten Betriebsräte in Untertürkheim zu positionieren. Er betonte in einer auf Deutsch und Englisch veröffentlichten Erklärung: »Daimler ist nicht nur ein Innovations- und Jobmotor, sondern auch ein Motor für Integration.«[37]

Der Sturz der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Beobachtet werden das »Zentrum Automobil« und sein Macher Hilburger sehr genau vom Verfassungsschutz. »Rechtsextremisten«, so schreibt der Verfassungsschutz (VS) Brandenburg 2018, »versuchen, als Betriebsräte Einfluss auf die Belegschaft und das direkte Arbeitsumfeld zu nehmen, um eine neue Machtbasis in den Unternehmen aufzubauen.« Sein Fazit: »Durch Gewerkschaftsarbeit wollen die Verfassungsfeinde ihr Image als »Kümmerer« und »Sprachrohr der kleinen Leute« pflegen.« Der brandenburgische Verfassungsschutz geht dabei auch auf das »Zentrum Automobil« ein und beleuchtet die Kandidaten, die die Betriebsratsliste 2018 aufbot und »die unter anderem Mitglied der verbotenen neonationalsozialistischen Organisation »Wiking-Jugend« waren oder sich in der Skinhead-Truppe »Kreuzritter für Deutschland« engagierten.«.[38]

Dass es »rechtsextremistischen Gewerkschaftern wie Hilburger«, nicht wirklich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um höhere Löhne oder die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten geht, machte Hilburger laut VS bereits bei seinem Auftritt im November 2017 bei der »6. Compact-Konferenz« in Leipzig deutlich. In seiner dortigen Rede forderte er, sich die polnische Gewerkschaft Solidarność zum Vorbild zu nehmen: »Die Leute sind auf die Straße gegangen, die haben sich eingereiht, die haben ein System zu Fall gebracht – und deswegen müssen wir in den Betrieben aktiv werden.« Damit, so der Brandenburger VS, werde »nichts Geringeres als der Sturz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ... durch die rechtsextremistischen Gewerkschaften eingefordert.«.[39]

Im Sommer 2019 äußerte sich auch der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, besorgt über die Aktivitäten des »Zentrums Automobil«. Er sagte dem Handelsblatt: »Bisher sind die bei Betriebsratswahlen errungenen Mandate zwar überschaubar, aber hier wird eine langfristige Strategie verfolgt, staatliche Institutionen und Räume konsequent zu unterwandern, was wir mit Sorge betrachten und auch darauf hinweisen.«[40]

Die IG Metall ist und bleibt stärker

Im Werk in Untertürkheim verschweigen die Macher des »Zentrums« ihre rechts-extreme Gesinnung tunlichst. Die freigestellten rechten Betriebsräte grüßen mit Handschlag und geben sich als Kumpel. Sie spielen die Kümmerer um die kleinen Sorgen und Nöte im Betrieb. Rechte sind sie nur außerbetrieblich. »Die sagen nicht: Wir sind die AfD. Die sagen: Wir sind Opposition und sie nennen sich neue Gewerkschaft«, meint ein Beschäftigter des Daimler-Werks in Untertürkheim. »So sind sie im Betrieb unterwegs.«[41]

Die Betriebsräte des »Zentrums« trügen gegenüber der IG Metall eine aggressive Haltung zur Schau, sagte der ehemalige Betriebsratsvorsitzende des Untertürkheimer Werks Wolfgang Niecke 2018 dem Deutschlandfunk. Und er ergänzte: »Was ich mit Sorge sehe, ist, dass wir einen Großteil an Kolleginnen und Kollegen haben, die die gewählt haben. Dort drückt sich auch ein Stück Angst vor Verände-

rung aus, vor dem, wie sich die Welt im Moment wandelt.«[42]

Hilburger versteht es, solche Ängste zu schüren. Er zeigte sich immer auf den Stuttgarter Pro-Diesel-Demos. Und in Videos auf der Website seines »Zentrums« polemisiert er unter dem Titel »Dieselskandal und Ökowahn«, wie »der Krieg gegen das Auto Arbeitsplätze gefährdet«.[43]

Die Transformation der Wirtschaft wird sicherlich eine der großen Herausforderungen für die gesamte Automobilindustrie, nicht nur für Daimler. Hier lauten die wichtigsten Fragen jetzt: Wie läuft die Wirtschaft nach der Corona-Pandemie weiter? Wie bewältigt unsere Gesellschaft die Transformation der Antriebstechnologie vom Verbrennungsmotor hin zur Elektromobilität? Und wie schaffen wir es, alle mitzunehmen?

Die Kunst ist es dabei, den Menschen realistische persönliche Perspektiven anzubieten und ihnen ihre Ängste davor zu nehmen, dass sie bei dieser Transformation unter die Räder kommen. Nur so können die Gewerkschaften den rechten Betriebsratsgruppen langfristig den Wind aus den Segeln nehmen. Denn Gewerkschaften wie die IG Metall sind gut organisiert und machen die bessere Arbeit vor Ort. Sie sind authentisch und Ansprechpersonen für die einzelnen Beschäftigten und denken gleichzeitig an das große Ganze. In der Automobilindustrie haben sie dafür gesorgt, dass es eine Beschäftigungsgarantie für alle bis 2030 gibt. Das »Zentrum Automobil« kann solche Erfolge lange nicht vorweisen.

[42] https://www.deutschlandfunk.de/zentrum-automobil-kuenftig-sechs-rechte-betriebsraete-bei.769.de.html?dram:article_id=412358 (aufgerufen am 03.06.2020)

[43] <https://www.zentrum-automobil.de/2020/01/14/neue-studie-bestaetigt-zentrum-elektromobilitaet-ist-wirtschaftskiller/> (aufgerufen am 3.6.2020)

WIRTSCHAFT UND SOZIALES | MARKTRADIKAL ODER »VÖLKISCH ANTI- KAPITALISTISCH«, DAS IST HIER DIE FRAGE

Als »Partei des kleinen Mannes« möchte die AfD gerne wahrgenommen werden. Sowohl programmatisch als auch in den Stellungnahmen ihrer Funktionär*innen vertritt sie aber fast durchweg eher die Interessen der Bessersituierten. In der Steuerpolitik mit harter Kante gegen Vermögens- und Erbschaftssteuer, als Blockierer beim Mindestlohn, als neoliberale Lobby für Deregulierung. Völlig zerstritten ist sie bei der Zukunft der Rente: Der Parteichef will das Umlagesystem zugunsten privater Vorsorge abschaffen, die völkische Fraktion möchte mit einer »Staatsbürgerrente« Deutsche privilegieren. Einig sind sich die Parteiflügel in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen gerade noch im Credo »Deutschland zuerst«. Der Euro wird abgelehnt und auch die EU-Skepsis der Partei wird lauter. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist die als »Partei der Wirtschaftsprofessoren« gestartete AfD heute ziemlich kompetenzfrei.

von Rolf Gramm



»Konzepte Mülltonne«; Abbildung: Getty Images, Lizenz: All rights reserved.

In wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ist schwer vorauszusagen, was die AfD in den nächsten Monaten vertreten wird. In der Rechtspartei findet – weitgehend hinter den Kulissen – ein heftiger Kampf zwischen dem rechtsneoliberalen Lager und dem völkisch-national-sozialen Flügel statt, der noch nicht entschieden ist.

Vermittelte die Partei in ihrer Anfangszeit noch das Bild eines leicht bräunlich schimmernden Extrem-Neoliberalismus, so treten die braunen Farbtöne inzwischen immer deutlicher hervor.

In Wirtschafts- und Sozialpolitik lebt die AfD mit einem offensichtlichen Widerspruch: Nach außen, bei Veranstaltungen und Demonstrationen, mimt sie die »Partei der kleinen Leute«, in ihren Stellungnahmen in den Parlamenten schlägt sie sich meist ungehemmt auf die Seite von »Big Money«.

In der Entstehungszeit dominierten in der Partei Personen, die vorher in der zweiten Reihe von CDU und FDP dem rechten Lager zugeordnet wurden: Wichtigstes Gesicht war anfangs der Hamburger Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, ein sehr marktradikal ausgerichteter ehemaliger CDUler. Zusammen mit Hans-Olaf Henkel, Ex-Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), und dem Tübinger VWL-Professor Joachim Starbatty prägte er das Bild der AfD als »eurokritische Professorenpartei«.

Dreh- und Angelpunkt der AfD-Politik war damals die umfassende Polemik gegen den Euro. Gefordert wurde eine »geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets«. Da schwang schon viel nationales Denken mit, aber man war noch grundsätzlich für die Europäische Union und rassistische Flüchtlingshetze fand sich nur an den Rändern.[1]

Im Juli 2015 trat Lucke aus der AfD aus. Im »Spiegel« begründete er das damit, dass sich in der Partei »islamfeindliche und ausländerfeindliche Ansichten, die sich in der Partei teils offen, teils latent, immer stärker ausbreiten und die ursprüngliche liberale und weltoffene Ausrichtung der AfD in ihr Gegenteil verkehren«. Er habe zu spät erkannt, »in welchem Umfang Mitglieder in die Partei drängten, die die AfD zu einer Protest- und Wutbürgerpartei umgestalten wollen«.[2] Seit dem Abgang des Lucke-Lagers rückt die AfD immer weiter nach rechts. Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mischen sich marktradikale Grundpositionen immer mehr mit völkischem Nonsense.

Europa/Euro

Um den AfD-»Schlager« der Anfangsjahre, die Abschaffung des Euro, ist es in der Partei leiser geworden. Für die Parteiprogrammatik ist die Forderung aber immer noch zentral. Im Grundsatzprogramm heißt es: »Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden. Sollte sich der Bundestag dieser Forderung nicht anschließen, muss über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine Volksabstimmung durchgeführt werden«.[3]

Noch deutlicher wird die Partei in ihrem Programm zur Europawahl: »Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht in angemessener Zeit verwirklichen lassen, halten wir einen Austritt Deutschlands oder eine geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig und werden die Entscheidung über den DEXIT bei den Bürgern einholen.«[4] Die anfängliche Anti-EURO-Politik der AfD hat sich inzwischen also zu einer deutlichen Anti-EU-Politik weiterentwickelt, die nationalistischen Töne des ganz rechten Flügels sind lauter geworden.

Populistisch untermauert wird die EU-Feindlichkeit der AfD mit der Behauptung, Deutschland sei der »Zahlmeister Europas«. Ausgeklammert wird dabei, dass Deutschland mit Abstand der größte Netto-Profiteur des gemeinsamen Binnenmarktes und der europäischen Währung ist, weil die deutsche Wirtschaft deutlich mehr als die Hälfte ihrer Exporte in die Mitgliedsstaaten verkauft. Zehn Millionen Jobs hängen in Deutschland am Export, ein Drittel davon an der Ausfuhr in die Euro-Zone.[5] Deutschland zahlt zwar viel ein, profitiert aber auch überdurchschnittlich von der EU. Zudem: Die EU ist nicht mehr ein vorwiegend wirtschaftliches Projekt. Der politische Nutzen für die europäische Stabilität wird in der AfD-Sicht genauso ausgeklammert wie die offenen Grenzen und die Reisefreiheit.

Staat und Markt

Bestandteile der marktradikalen Anfänge der AfD bestimmen nach wie vor die Programmatik der Partei. Im Grundsatzprogramm heißt es: »Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle.« Und: »Gegebenenfalls erforderliche staatliche Eingriffe ... sind auf das notwendige Minimum zu begrenzen.«[6] Dazu will man »auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen«.[7]

Dieses Bekenntnis zum Nachtwächterstaat bezieht sich nicht nur darauf, dass sich der Staat aus der Wirtschaft herauszuhalten habe. Die Staatsfreiheit erstreckt sich auch auf den Rückbau des Sozialstaats. Die AfD vertrete die soziale Marktwirtschaft, trete aber »entschieden gegen jede soziale Vollkaskomentalität ein«, konkretisierte das 2016 der damalige Vorsitzende der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag, Jörg Meuthen.[8]

Was sich wie eine glasklare marktradikale Programmatik anhört, war aber schon beim Stuttgarter Parteitag 2016 in der Partei so umstritten, dass etliche soziale Grausamkeiten keine Mehrheiten fanden, etwa die im Entwurf zum Grundsatzprogramm noch offen geforderte Abschaffung der Arbeitslosenversicherung. Insbesondere aus den östlichen Landesverbänden geriet die neoliberale Ausrichtung zunehmend unter Druck. Kurz vor dem Programmtag machte sich der

[1] Eine aufschlussreiche Analyse der Frühzeit der AfD findet sich in der Studie der Heinrich-Böll-Stiftung NRW von 2013: »Die »Alternative für Deutschland« – eine neue rechtspopulistische Partei?« https://www.boell-nrw.de/sites/default/files/afd_studie_forena_hbs_nrw.pdf (aufgerufen am 08.09.2020)

[2] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bernd-lucke-erklaerung-zu-austritt-aus-der-afd-a-1042734.html> (aufgerufen am 08.09.2020)

[3] Grundsatzprogramm, <https://www.afd-bgl.de/wp-content/uploads/2017/01/afd-grundsatzprogramm.pdf>, S. 18 (aufgerufen am 08.09.2020)

[4] Europawahlprogramm, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf, S. 12 (aufgerufen am 08.09.2020)



»Europa Flagge«; Abbildung: Semmick Photo, Lizenz: All rights reserved.

[5] Eine gute Würdigung der gängigen Europamythen findet sich in der ZEIT: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2014-05/eu-mythen-check-kommission/komplettansicht> (aufgerufen am 08.09.2020)

[6] Grundsatzprogramm, <https://www.afd-bgl.de/wp-content/uploads/2017/01/afd-grundsatzprogramm.pdf>, S. 67 (aufgerufen am 08.09.2020)

[7] Grundsatzprogramm, <https://www.afd-bgl.de/wp-content/uploads/2017/01/afd-grundsatzprogramm.pdf>, S. 68 (aufgerufen am 08.09.2020)

[8] https://rp-online.de/politik/deutschland/joerg-meuthen-afd-stellt-sich-gegen-soziale-vollkaskomentalitaet_aid-19758957, (aufgerufen am 08.09.2020)

damalige Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke für eine ganz andere – völkische – Sichtweise stark, in der die soziale Frage ethnisiert wird.

»Die soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.«[9]

Anders als die Marktradikalen um Parteichef Meuthen will der völkische Flügel der Partei einen starken Staat, der im Sinne eines »solidarischen Patriotismus« auch in das Marktgeschehen eingreift. Wirklich wichtig ist aber nicht die soziale Gerechtigkeit im Inneren, sondern die Abwehr der Begehrlichkeiten aus dem Ausland.

Steuerpolitik für die Gutverdiener

Im Grundsatzprogramm schreibt die Partei: »Wir treten für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem ein, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet.«[10] Sieht erst mal aus wie »Politik für den kleinen Mann«. Nur: Was dann kommt, ist ein Programm für die Entlastung der Hochverdiener. In der Steuerpolitik ist die Partei noch vollständig auf der alten Linie einer radikalisierten FDP: Vermögens- und Erbschaftssteuer werden abgelehnt. Die Einkommensteuer soll nicht mehr progressiv ansteigen, der Soli auch für die Bestverdiener abgeschafft werden. Aus dem Rahmen fällt allenfalls die Forderung nach Senkung der Mehrwertsteuer um sieben Prozentpunkte, die auf dem Parteitag überraschend ins Bundestagswahlprogramm gestimmt wurde.[11]

Vermögens- und Erbschaftssteuer – nein danke

Im Grundsatzprogramm heißt es: »Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen. Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben.«[12] Im Bundestagswahlprogramm 2017 schreibt die AfD: »Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer.«[13]



»Wealthy corrupt and poor people. Uneven distribution of money«; Abbildung: Getty Images, Lizenz: All rights reserved.

Dass es bei dieser Forderung nicht um soziale Gerechtigkeit geht, sondern um klassisch marktliberale Förderung der »Leistungsträger«, machte bei der Debatte um die Reform der Erbschaftssteuer 2016 die jetzige baden-württembergische Landesvorsitzende Alice Weidel klar: »Angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen und der aktuellen gesetzlichen Schiefelage zuungunsten der Leistungsträger in unserer Gesellschaft, muss die Reform der Erbschaftsteuer ein großer Wurf werden. Eine Steuer, die gegen Null geht, stärkt die Familien, fördert den unternehmerischen Geist, stärkt den Mittelstand und macht nicht zuletzt den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver.«[14]

Erbschafts- und Vermögenssteuer sind keine Abgaben, die vor allem die kleinen Besitzstände belasten. 400 Milliarden Euro werden nach Schätzungen jedes Jahr vererbt oder verschenkt – das ist mehr als der Bundeshaushalt 2020 vor der Corona-Krise umfasste (362 Milliarden Euro). Davon entfällt etwa ein Drittel auf die oberen zwei Prozent der Hinterlassenschaften.[15] Die Erbschaftssteuer erbrachte 2019 knapp sieben Milliarden Euro.[16]

Einkommensteuer – Stufen statt Progression

Was die AfD bei der Einkommensteuer vorhat, ist reichlich undurchsichtig. Gefordert wird eine Vereinfachung durch ein Stufensystem. Nicht gesagt wird, wo die Stufen liegen und wie die jeweiligen Steuersätze aussehen sollen. Als Leitidee beschreibt die AfD im Bundestagswahlprogramm 2017: »Der progressive Anstieg der Steuer wird durch Steuerstufen abgelöst.«[17] Das macht aber auch nicht schlauer, im Gegenteil, denn eigentlich ergeben auch Steuerstufen nur einen Sinn, wenn sie progressiv verlaufen.

In den Anfangsjahren war die AfD noch deutlicher: Damals bezog man sich recht offen auf das Stufensystem, das der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof entwickelt und das der CDU-Marktradikale Friedrich Merz (in abgewandelter Form) vor knapp zwei Jahrzehnten zeitweilig als »Bierdeckelsteuer« popularisiert hatte. Im AfD-Bundestagswahlprogramm 2013 hieß es: »Wir fordern eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts in Anlehnung an das progressiv wirkende Kirchhof'sche Steuermodell.«[18] Gewerkschaften und Grüne hatten das Kirchhof-Modell damals heftig kritisiert, weil es insbesondere Familien und Geringverdiener überdurchschnittlich belastete.

Mehrwertsteuer – deutlich senken

»Die AfD wendet sich gegen eine Ausweitung der Abgabenbelastung und fordert die Absenkung der allgemeinen Mehrwertsteuer um 7 Prozentpunkte«[19], heißt es im Wahlprogramm letzten Bundestagswahl 2017. Im Leitantrag der Bundesprogrammkommission war dieser Satz noch nicht enthalten, er wurde durch eine Mehrheit des Parteitags eingefügt.

Was so unscheinbar im Finanzprogramm steht, hätte bei der Umsetzung gewaltige Konsequenzen: Bund, Länder und Gemeinden hätten auf einen Schlag rund 80 Milliarden Euro jährlich weniger in ihren Kassen. Wer im Programm danach sucht, wie die Partei diesen Betrag durch andere Einnahmen ausgleichen möchte oder wo der Staat Ausgaben streichen soll, findet nichts, was diese Größenordnung annähernd erreichen würde.

Soli – auch für Hochverdiener*innen streichen

Anfang 2020 hat der Bundestag beschlossen, die umgangssprachlich als »Soli« bekannte »Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftssteuer« ab 2021 für 90 Prozent der Zahler*innen abzuschaffen. Ledige, die weniger als 73.000 Euro brutto verdienen, entrichten ab 2021 keinen Soli mehr. Nur wer mehr als 109.000 Euro versteuert, zahlt wie bisher.

Die AfD forderte in der Debatte – wie auch die FDP – die sofortige vollständige Abschaffung des Soli für alle. »Politik für die kleinen Leute« ist das nicht gerade. Profitieren würden ausschließlich die bestverdienenden zehn Prozent. Dem Staatshaushalt würden über elf Milliarden Euro jährlich fehlen, die anderswo eingespart oder durch Steuererhöhungen an anderer Stelle kompensiert werden müssten. Der finanzpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Kay Gottschalk bezeichnete im August 2019 die weitere Erhebung des Soli für die Bestverdiener als »verdeckte Vermögensteuer«.[20] Sie sei Teil einer »sehr, sehr lästigen Sozialneidsdebatte«. Es sei »bekannt, dass auch in allen anderen steuerlichen Einkunftsarten die oberen zehn Prozent die wesentlichen Leistungen der Steuerlast erbringen.«[21]

Sozialversicherungen: Privat vor Staat! Oder doch nicht?

Kern des deutschen Sozialstaats sind die Sozialversicherungen. Der marktradikale Ausgangspunkt der AfD schlägt sich hier immer noch in fast allen programmatischen Festlegungen der Partei nieder. Die neoliberale Generallinie »Privat vor Staat« bleibt aber verblüffend allgemein. Sobald eine genauere Festlegung versucht wird, gibt es unter den AfD-Flügeln Zoff ohne Ende.

Im Grundsatzprogramm hat das Kapitel zu »Arbeitsmarkt und Sozialpolitik« gerade mal zweieinhalb Seiten, in denen vor allem Allgemeinplätze zusammengetragen sind. Überraschen kann allenfalls die Forderung: »Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen und ihre Aufgaben vor allem auf kommunale Jobcenter übertragen.«[22] Im ursprünglichen Leitantrag war sogar die vollständige Privatisierung der Arbeitslosenversicherung gefordert worden.[23] Nach einem Sturm der Entrüstung hatte die Programmkommission diese Forderung komplett gestrichen. Welchen Effekt die geforderte Auflösung der Bundesagentur für Arbeit für das Arbeitslosengeld haben soll, lässt die Partei im Dunkeln.

Noch dünner ist das Bundestagswahlprogramm 2017. Das wichtigste, was die AfD über alle Flügel hinweg eint, kommt im Sozialpolitik-Kapitel gleich am Anfang: »Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur

[17] https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/08/AfD_Wahlprogramm_2017_A5-hoch.pdf, S. 68 (aufgerufen am 08.09.2020)

[18] <http://afd.berlin/programm/> (aufgerufen am 08.09.2020)

[19] https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/08/AfD_Wahlprogramm_2017_A5-hoch.pdf, S. 67 (aufgerufen am 08.09.2020)

[20] <https://www.tagesschau.de/inland/soli-teilabschaffung-bundestag-101.html> (aufgerufen am 08.09.2020)

[21] https://www.deutschlandfunk.de/afd-zu-soli-gesetzentwurf-nichts-anderes-als-eine-billige.694.de.html?dram:article_id=456071 (aufgerufen am 08.09.2020)

[22] Grundsatzprogramm, <https://www.afd-bgl.de/wp-content/uploads/2017/01/afd-grundsatzprogramm.pdf>, S. 36 (aufgerufen am 08.09.2020)

[23] https://correctiv.org/media/public/a6/8e/a68ed5e4-32a8-4184-8ade-5c19c37ff524/2016_02_23-grundsatzprogramm-wurf.pdf (aufgerufen am 08.09.2020)

[24] https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/08/AfD_Wahlprogramm_2017_A5-hoch.pdf, S. 75 (aufgerufen am 08.09.2020)

[25] Siehe Fußnote 24.

[26] <http://www.talk-republik.de/Rechtspopulismus/docs/03/AfD-Strategie-2017.pdf#page=8&zoom=auto,-116,622> (aufgerufen am 08.09.2020)

[27] https://afd-fraktion-bw.de/_sites/afd-bw-fraktion/newsletter/stuttgarter-rentenmodell_web.pdf (aufgerufen am 16.09.2020)

[28] <https://www.kolping.de/presse-medien/news/news-archiv/news-details/news/gegen-geistigen-rentenmodell-diebstahl/>(aufgerufen am 16.09.2020)

Verfügung.«[24] Danach kommen fast nur noch nichtssagende Allgemeinplätze wie: »Das Bestreben der AfD ist es daher, das System der gesetzlichen Rentenversicherung so zu gestalten, dass es leistungsfähig und den Herausforderungen der Zukunft nachhaltig gewachsen ist.«[25]

In der Öffentlichkeit war die Partei heftig dafür kritisiert worden, ausgerechnet der Zukunft der sozialen Sicherung derart wenig Bedeutung beizumessen. Die Erklärung für die selbstverordnete Blässe ist einfach: Die Partei ist in sozialpolitischen Fragen derart zerstritten, dass sie sich nicht auf Aussagen zur Zukunft des Sozialsystems einigen kann. Deutlich wird in dem vertraulichen Strategiepapier »AfD-Manifest 2017« des Bundesvorstands:

Oberstes Ziel ist dabei, im Wahljahr 2017 mit Themen zu werben, die innerhalb der AfD-Wählerschaft nicht zur Spaltung führen. Bei für die AfD bislang für Wahlerfolge nicht erforderlichen Themen (das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik) muss sehr sorgfältig darauf geachtet werden, dass sich die Anhängerschaft der AfD nicht auseinanderdividiert. Während Teile des liberal-konservativen Bürgertums auf der einen und Arbeiter und Arbeitslose auf der anderen Seite bei Themen wie Euro/Europa, Sicherheit, Migration/Islam, Demokratie, nationale Identität oder Genderismus durchaus ähnliche Positionen vertreten, kann es Differenzen bei Fragen wie Steuergerechtigkeit, Rentenhöhe, Krankenkassenbeiträge, Mietbremsen oder Arbeitslosenversicherung geben. Der politische Gegner, unterstützt von den Medien und Verbänden, wird nichts unversucht lassen, die AfD und ihr Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“ als „neoliberal“ zu brandmarken. Das in Aufgabe 1 angesprochene Positionspapier zur „Sozialen

»Vertrauliches Strategiepapier AfD«; Abbildung: AfD Manifest 2017, Lizenz: All rights reserved.

Aus dem vertraulichen Strategiepapier des AfD-Bundesvorstand »AfD-Manifest 2017«[26]

Am deutlichsten auch nach außen sichtbar wird das Dilemma der Rechtspartei bei der Alterssicherung. Mehr als sieben Jahre nach der Gründung hat sich die Rechtspartei noch immer nicht auf eine Position zur Zukunft der Rente geeinigt.

Rente: Gesetzliche Rente durch Privatvorsorge ersetzen oder in eine völkische »Staatsbürgerrente« überführen

Mit einer gewissen Spannung war von vielen der sogenannte »Sozialparteitag« in Offenburg im April 2020 erwartet worden. Dort stand ein Showdown zwischen den verschiedenen Strömungen der Partei an, in welche Richtung man in der Sozialpolitik, vor allem in der Rentenfrage, gehen würde. Die AfD war zur Bundestagswahl 2017 ohne Rentenkonzept angetreten und dafür heftig kritisiert worden. Weil die anstehenden Fragen in der Partei so heftig umstritten waren, hatte die Rechtspartei den ursprünglich für September 2019 geplanten Parteitag bereits einmal verschoben. Corona hat der Partei diese Zerreißprobe nun erneut – vorerst – erspart. Da Großveranstaltungen zum geplanten Zeitpunkt nicht stattfinden konnten, wurde auch der Offenburger Parteitag vom April 2020 auf unbestimmte Zeit vertagt.

In der AfD kursieren über ein Dutzend unterschiedlichste Rentenkonzepte

Auch die baden-württembergische Landtagsfraktion der AfD hatte sich mit einem »eigenen« Rentenkonzept an der Diskussion beteiligt. Das Anfang 2019 von Emil Sänze und Christina Baum vorgestellte sogenannte Cappuccino-Modell sieht eine existenzsichernde Sockelpension von derzeit 750 Euro für alle über 65-Jährigen mit Wohnsitz in Deutschland vor. Darauf baut eine Erwerbstätigenpension auf, die aus Versicherungsbeiträgen aller Erwerbstätigen und staatlichen Mitteln bezahlt werden soll. Zusätzliche Ansprüche soll es für Kindererziehung und ehrenamtliche Dienstzeiten geben, aber nur wenn letztere im »Rahmen der Tätigkeit für eine der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben« geleistet wurden.[27]

Die Resonanz auf die Vorstellung des Modells war bescheiden. Am lautesten waren die Stimmen aus den katholischen Verbänden. Die warfen der AfD vor, das Rentenmodell der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), des Kolpingwerks Deutschland und dreier weiterer katholischer Verbände in weiten Teilen abgekupfert zu haben. »Die sozialpolitisch gesichtslose AfD ist gerade dabei, sich durch schlichtes Plagiat einen sozialen Anstrich zu verpassen«, erklärte das katholische Rentenbündnis. [28]

Da die Zukunft der Rente einige sehr grundsätzliche Entscheidungen erfordert, spiegelt sich in den unterschiedlichen AfD-Konzepten auch die Zerrissenheit der Partei in den gesellschaftlichen Grundpositionen. Das eher marktradikale Lager um Parteichef Meuthen will das jetzige System der gesetzlichen Rentenversicherung mit seinem Umlagesystem weitgehend abschaffen und steht für den Übergang zu

einer steuerfinanzierten Mindestrente knapp über dem Existenzminimum. Auf diese soll dann jede*r nach den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten eine private Altersvorsorge aufsatteln. Der völkische Höcke-Flügel will einen »solidarischen Patriotismus«, der Soziales mit Nationalistischem verbindet, und plädiert für ein verändertes Umlagesystem mit Sonderleistungen für deutsche Staatsbürger*innen. Sogar innerhalb der AfD wird das als verfassungswidrig angesehen.

Der Streit geht tief. Der Thüringer Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl kritisierte das Rentenkonzept von Parteichef Jörg Meuthen als »parteischädigendes Verhalten« und sagte: »Es wäre schon schön, wenn die AfD nicht als die Partei in die Geschichte eingeht, die die gesetzliche Rente abschaffen will.« Meuthens Vorschlag würde nach seinen Berechnungen »eine Mehrwertsteuer von 48 Prozent und mehr«[29] nach sich ziehen. Meuthens Antwort darauf war ähnlich deftig: »Jürgen Pohls schädliche und falsche Äußerungen sind eine unheilvolle Mischung aus ökonomischer Inkompetenz, bemerkenswerter Infamie und einem Vulgärpopulismus, der unserer Partei unwürdig ist.«[30]

Im März 2020 einigte sich die Programmkommission auf einen Leitantrag,[31] der die Meuthen-Linie weitestgehend verwarf. Nach diesem Antrag bleibt es beim Umlagesystem. Es soll sogar auf einen Teil der Beamenschaft und der Selbständigen ausgeweitet werden. Das Papier lehnt sich auf den ersten Blick an Konzepte der Bürgerversicherung an; von einer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze für Gutverdiener oder der Einbeziehung anderer Einkunftsarten (Zinsen, Dividenden, Miete, Pacht) ist aber nirgends die Rede. Insgesamt ist der Leitantrag ein Potpourri aus Vorschlägen, die auch in anderen Parteien und Organisationen diskutiert werden.

Zuwanderung zur Stabilisierung der Sozialsysteme lehnt der Leitantrag ab. Die Partei setzt stattdessen auf eine Erhöhung der Geburtenrate. Eltern sollen für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen. Und eine völkische AfD-Besonderheit leistet sich der Antrag auch: »Pro geborenem Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit und Lebensmittelpunkt in Deutschland soll der Staat außerdem eine zusätzliche Einzahlung in Höhe von 100 Euro pro Monat bis zum 18. Lebensjahr« in ein Spardepot leisten. [32]

Als Trostpflaster für das neoliberale Lager blieb im Leitantrag nur der Satz: »Die Alternative für Deutschland wird sich der Diskussion über eine weitergehende Steuer- und Rentenreform nicht verschließen.«

Dass der Leitantrag vom Parteitag wie vorgelegt beschlossen wird, ist angesichts der vielen Strömungen in der AfD eher unwahrscheinlich. Bis zum dritten Versuch, die Rentenfrage auf einem Parteitag zu entscheiden, verfügt die Partei weiter über kein gemeinsames Konzept. Das hat für die jeweiligen Strömungen den Vorteil, dass für jede Klientel die gewünschten Positionen propagiert werden können. Die Rentenfrage bleibt eine der großen Spaltungslinien in der AfD.

Mindestlohn

In den Anfangsjahren wettete die AfD gegen den Mindestlohn. Für die frühere Chefin Frauke Petry war der Mindestlohn ein »Jobkiller-Gesetz«,[33] Inzwischen ist der Mindestlohn Gesetz und ziemlich erfolgreich – keine Spur von »Jobkiller«. Prinzipiell ist auch die Rechtspartei inzwischen pro Mindestlohn. Die Diskussion geht heute darum, ob er nicht viel zu niedrig ist, um Armut und vor allem Altersarmut zu vermeiden. Die Grünen fordern die Anhebung auf zwölf Euro, der AfD ist dazu keine Positionierung abzurufen.

Landwirtschaft

In den letzten Monaten hat die AfD immer wieder versucht, als an der Seite der Landwirt*innen stehend wahrgenommen zu werden. Dabei sind die Vorstellungen der Partei zur Zukunft der Landwirtschaft dünn und widersprüchlich. Die Rechtspartei hält das Bild von bäuerlichen Familienbetrieben der frühen Bundesrepublik hoch. Im Grundsatzprogramm heißt es: »Die AfD ist davon überzeugt, dass moderne bäuerliche Betriebe mit Verwurzelung in den Regionen am besten geeignet sind, umwelt- und marktgerecht zu produzieren.«[34] Dass solche Höfe nach jahrzehntelanger Weltmarktorientierung nur noch rudimentär existieren und dass das Ziel einer naturverträglichen und auskömmlichen Landwirtschaft eine umfassende Agrarwende mit grundlegenden Veränderungen des Agrarmarktes bräuchte, klammert die Partei aus.

Durch alle AfD-Programme zieht sich die Ablehnung der EU-Agrarsubventionen. Nach dem Europawahlprogramm 2014 sollten die Direktzahlungen »innerhalb von 10 Jahren komplett abgebaut werden«[35], also auch die Förderungen für die kleinen Höfe. In den kommenden Programmen taucht das so – ohne

[29] <https://www.n-tv.de/politik/AfD-uneins-ueber-Rentenkonzept-article21534252.html> (aufgerufen am 08.09.2020)

[30] <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-magdeburg-afd-abgeordneter-meuthens-rentenkonzept-parteischaedigend-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-200126-99-634897> (aufgerufen am 08.09.2020)

[31] <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2020/03/Leitantrag-BPK-Sozialpolitik.pdf> (aufgerufen am 08.09.2020)

[32] <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2020/03/Leitantrag-BPK-Sozialpolitik.pdf> (aufgerufen am 08.09.2020)

[33] <https://www.presseportal.de/pm/110332/3008345> (aufgerufen am 16.09.2020)

[34] Grundsatzprogramm, <https://www.afd-bgl.de/wp-content/uploads/2017/01/afd-grundsatzprogramm.pdf>, S. 86 (aufgerufen am 16.09.2020)

[35] Europawahlprogramm 2014, Kurzfassung, S. 19, http://kb.afd-hessen.org/wp-content/uploads/2014/05/AfD_Europawahl_Programm_web_kurz.pdf (aufgerufen am 16.09.2020)

[36] Grundsatzprogramm, <https://www.afd-bgl.de/wp-content/uploads/2017/01/afd-grundsatzprogramm.pdf>, S. 88 (aufgerufen am 16.09.2020)

[37] https://www.boell.de/sites/default/files/agraratlas2019_web.pdf, S. 14 (aufgerufen am 16.09.2020)

[38] <https://afdkompakt.de/2019/09/21/klimapaket-der-bundesregierung-treibt-hoefesterben-weiter-voran/> (aufgerufen am 16.09.2020)

[39] <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgasemissionen-aus-der-landwirtschaft-im-jahr-2017> (aufgerufen am 16.09.2020)

Begründung – nicht mehr auf. Im Grundsatzprogramm heißt es: »Die EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie bürokratische Überreglementierungen sind Schritt für Schritt zurückzufahren.«[36]

Auffällig ist, dass die Partei zwar gegen die EU wettet, sich aber aus den Diskussionen um Umschichtungen der EU-Subventionen – weg von der hochindustrialisierten Landwirtschaft, hin zu bäuerlichen Betrieben – vollständig heraushält. Tatsächlich hat die EU jahrzehntelang eine Landwirtschaft subventioniert, die die Artenvielfalt zerstört, mit den Tieren unwürdig umgeht und zunehmend Beschäftigung in den ländlichen Räumen zerstört. Bei den von der Fläche abhängigen EU-Direktzahlungen aus der »ersten Säule« gehen 80 Prozent des Geldes an 20 Prozent der Betriebe – an die großen.[37] Die AfD schmückt sich zwar mit dem Hochhalten der bäuerlichen Landwirtschaft, die Verzerrung durch die Subventionierung der Agrarindustrie greift sie aber nicht an.

Die Grünen fordern, die Gelder der »ersten Säule« durch mehr Mittel für die ersten Hektare gerechter zu verteilen und damit die kleineren Betriebe zu stärken, die Zahlungen für die »zweite Säule« (für ländliche Entwicklung, Tier-, Klima- und Umweltschutz) deutlich zu steigern und bei den Direktzahlungen freiwillige Umweltmaßnahmen der Landwirt*innen zu entlohnen. Aus diesem existenziellen Kampf für faire Wettbewerbschancen und eine grundlegende Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik hält sich AfD einfach heraus.

Die Rechtspartei kann auf die Sorgen der Bäuer*innen schon deshalb nicht wirklich eingehen, weil sie den menschengemachten Klimawandel rundheraus leugnet. Dabei ist der auf den Feldern und in den Wäldern bereits deutlich spürbar. Nach zwei dramatischen Trockenjahren bedroht ein weiterer regenarmer Sommer inzwischen bäuerliche Existenzen – durch schlechte Ernten und durch Schädlinge. Dazu kommen durch den Klimawandel bedingte andere Extremwetterereignisse. Auf all das hat die AfD keine politischen Antworten zu bieten. Im Gegenteil. Sie stellt sich offensiv dagegen. Wenn Stephan Protschka, agrarpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, das Klimapaket der Bundesregierung für weiteres Höfesterben verantwortlich macht, ist genau das ein weiterer Sargnagel für die Höfe.[38]

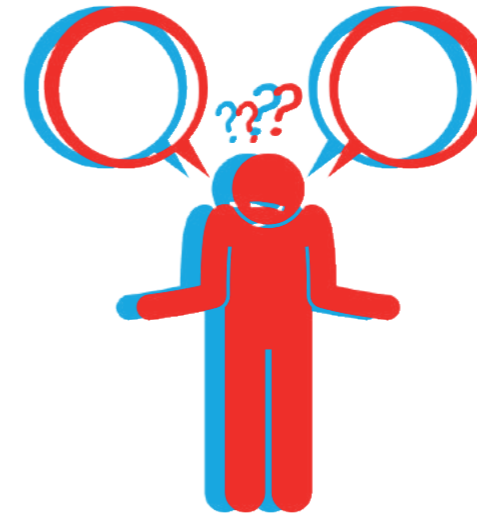
In der Programmatik der Rechten zur Landwirtschaft finden sich durchaus einige Ansätze, die etwa auch von den Grünen oder von Naturschutzorganisationen vertreten werden: Glyphosat soll nicht eingesetzt werden, bis seine Unbedenklichkeit nachgewiesen ist; eine artgerechte Tierhaltung soll vorgeschrieben werden; tierhaltende Betriebe sollen garantieren, dass ihre Produkte frei von Antibiotikarückständen und multiresistenten Keimen sind; die Macht der multinationalen Saatgutkonzerne will die Partei verringern; Baden-Württemberg soll gentechnikfreie Region sein. Das Rückgrat, zu den schönen Forderungen auch mal auf einer Bauerndemonstration zu stehen, haben die AfD-Funktionär*innen nicht. Da wird sich gnadenlos angebediert. Allerdings ohne große Resonanz: Die meisten Bauernorganisationen haben die Teilnahme der Rechtspopulisten auf ihren Veranstaltungen abgelehnt.

Eine Agrarwende hin zu einer naturnäheren Landwirtschaft lehnt die AfD ab. Davor, dass die Intensivlandwirtschaft eine der Ursachen für Bienen-, Insekten- und Artensterben ist, verschließt die Rechtspartei die Augen. Dass aus der Landwirtschaft vor allem durch Methan- und Lachgas-Emissionen über sieben Prozent der deutschen Treibhausgase stammen[39], ist der AfD egal, weil es den Klimawandel nach ihrer Ideologie ja nicht gibt. Dass Kunstdünger und Gülle in manchen Regionen für gesundheitsschädliche Nitratbelastungen des Grundwassers verantwortlich sind, tut die Partei als übertrieben ab. Eine Perspektive für eine künftige bäuerliche Landwirtschaft jenseits des agrarindustriellen Wachstumszwangs kann sie so nicht entwickeln.

Fazit

Weder in der Sozial-, noch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, noch in der Mobilitäts- oder Energiepolitik hat die AfD Konzepte, schon gar nicht durchgerechnete und durchdachte. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist die AfD heute eine Partei ohne Kompass. Sie hat keine strategische Perspektive, sondern eine destruktive Sicht. Sie mault gegen vieles. Wohin sich Wirtschaft und Gesellschaft bewegen sollen, ist der Partei schleierhaft. Die ehemalige »Partei der Wirtschaftswissenschaftler« ist in ökonomischen Fragen inzwischen völlig blank. Auf alle wichtigen Fragen hat die AfD keine Antworten, meist stellt sie nicht einmal die richtigen Fragen. Weder die Auswirkungen der Klimakatastrophe nimmt die Partei in den Blick, noch die Frage, wie die Globalisierung gestaltet werden kann. Und Digitalisierung ist für die Rechtspartei ohnehin ein Fremdwort.

Die Alternative der Rechtspartei geht eigentlich immer in dieselbe Richtung: rückwärts. Man hätte es gerne wieder wie in den »guten alten Zeiten« – wann



»orientierungslos«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

immer die gewesen sein sollen. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik lässt sich mit dieser Herangehensweise nicht entwickeln. »Weiter wie immer« ist in einer entwickelten Marktwirtschaft – die die Rechtspartei ja hochhält – eine irre Antwort. Zumal, wenn die Welt sich so rasant ändert wie gerade. Wenn die Welt der Fotografie oder der Unterhaltungselektronik digital wird, kann man das bedauern, aber nicht weiterproduzieren wie bisher. Oder man stürzt in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit wie Kodak, Dual, Blaupunkt, Saba.

Genau diesen Weg empfiehlt die AfD der deutschen Autoindustrie. Das Festhalten an Diesel- und anderen fossilen Verbrennungstechnologien und der Versuch, Umweltstandards mit Tricksereien statt mit modernen Technologien einzuhalten, ist der sichere Weg ins wirtschaftliche Abseits. Dass Autos in wenigen Jahren elektrisch angetrieben werden, bezweifelt in der Fachwelt kaum noch jemand. Würde die deutsche Autoindustrie dem Rat der AfD folgen, dann würden die verkäuflichen Autos in wenigen Jahren nicht mehr in Stuttgart oder Wolfsburg, sondern in Schanghai und anderen, schlauer betriebenen Standorten produziert.

Das Leugnen des menschengemachten Klimawandels durch die AfD ist mehr als eine kleine Verwirrung. Der Abschied aus der fossilen Welt und die parallele digitale Revolution werden das bisherige Wirtschaften technologisch grundlegend verändern. Die anstehende Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaverträglichkeit empfindet die Partei nur als Bedrohung, gegebenenfalls als Verschwörung. Alice Weidel bezeichnet Klimaschutz als »nichts anderes als ein monströses Deindustrialisierungsprogramm«[40]. In Wirklichkeit würde von der hiesigen Industrie wenig übrigbleiben, wenn sie auf dem Weltmarkt mit Technologien von gestern anträte.

In ihrer Orientierungslosigkeit bleibt der Rechtspartei nichts übrig, als die mit den Veränderungen einhergehenden Verwerfungen zu beklagen und populistische Anklagen gegen die Veränderungen zu formulieren. Um politisch wirksam zu werden, käme es aber darauf an, Konzepte zu entwickeln, die die Verwerfungen verhindern, abfedern oder sozial steuern. Wer aber das Problem nicht zur Kenntnis nehmen will, kann auch keine Rahmenbedingungen für die Entwicklung formulieren.

Die AfD findet auf die neuen Herausforderungen keine Antworten. Ihr Pech ist, dass die alten neoliberalen Schlager aus ihrer Anfangszeit inzwischen kaum noch auf Resonanz stoßen. Anti-Euro-Politik lockt kaum jemanden, Privatisierung und neoliberale Deregulierung haben sich so heftig blamiert, dass damit keine Wahlen gewonnen werden. Selbst innerhalb der eigenen Anhängerschaft ist die alte marktradikale Programmatik nur noch für einen Teil attraktiv.

In der Sozialpolitik ist die Partei völlig zerstritten. Die frühere Dominanz der marktradikalen Privatisierungspolitik wird zunehmend von völkisch-antikapitalistischen Kräften in Frage gestellt. Der Streit geht so tief, dass auch eine Spaltung nach dem bereits mehrfach verschobenen Sozialparteitag nicht ausgeschlossen ist. Die nationale Klammer des »Germany first«, die die Flügel der Rechtspartei bisher zusammenhält, könnte dann nicht mehr ausreichen.

[40] <https://www.afd.de/alice-weidel-der-pseudo-klimaschutz-ist-ein-programm-zur-industrie-und-arbeitsplatzvernichtung/> (aufgerufen am 16.09.2020)

SAMMLUNGSBEWEGUNG DER UMWELTFREVLER

Die AfD versucht seit 2019 verstärkt, sich auch mit Umweltthemen zu profilieren. Dass rechte Parteien naturnahes Leben auf deutscher Scholle und in deutschem Wald idealisieren, hat ja als »Heimatschutz« eine gewisse Tradition. Allein: Bei der AfD ist nicht Liebe zur Natur spürbar, sondern allenfalls Nostalgie. Ihr Hauptproblem ist, dass sie sich darauf festgelegt hat, als einzige in Parlamenten vertretene Partei Deutschlands den menschengemachten Klimawandel abzustreiten. Mit einer gewissen Logik macht sie sich daher zur Lobby für Kohle, Öl und Atom und bekämpft die Erneuerbaren Energien, vor allem die Windkraft. Im Diesel-Skandal beklagt sie den »Diesel-Mord im Ökowahn«^[1] und polemisiert gegen Elektromobilität. Die Partei greift Umweltthemen auf, aber fast immer treffsicher als destruktive Anti-Öko-Kraft. Es geht ihr nicht um Natur-, Umwelt- oder Gesundheitsschutz, sondern darum, Empörung zu inszenieren.

von Rolf Gramm



»Klimaschutzleugner-Konzept als sterbender, kranker Baum, der als menschlicher Kopf mit einer langen Nase als Umweltmetapher für die Desinformation der Erderwärmung mit 3D-Illustrationselementen geformt wurde.«; Abbildung: Lightspring | Shutterstock, Lizenz: All rights reserved.

Niemand denkt an Natur- oder Umweltschutz, wenn von der AfD die Rede ist. Im Gegenteil: Die Rechtspartei steht konsequent fast immer auf der Seite der Umweltfrevler, wenn sie sich überhaupt zu Ökothemen äußert.

In ihren ersten Jahren wurde die AfD vor allem als neoliberale Anti-Euro- und Anti-Europa-Partei wahrgenommen. Seit 2015 ist sie vor allem die Anti-Flüchtlingspartei, in letzter Zeit muss man sie verstärkt als rechtsradikale und rassistische Gruppierung wahrnehmen.

AfD macht Kampf gegen Klimaschutz zu ihrem »dritten großen Thema«

In dem internen Strategiepapier »AfD-Manifest 2017«^[2] des Bundesvorstands listet die Partei neun Politikfelder auf, bei denen ihr Kompetenz in der Gesellschaft zugesprochen werde. Da tauchen neben Zuwanderungsfragen und Islam-Gegnerschaft auch die nationale Identität und der Kampf gegen die Kriminalität auf, aber kein einziges Umweltthema. Auch in jenen Bereichen, in denen sich der Bundesvorstand mehr Profil wünscht, ist Umweltpolitik nicht zu finden. Festgehalten wird in dem Papier aber auch: »Die kontinuierliche Auswertung der Meinungsforschung in Bezug auf Themen und Stimmungen ist unerlässlich.« Und siehe da: Seitdem Klima- und Umweltpolitik in der Gesellschaft wieder einen höheren Stel-

lenwert einnehmen, hat sich auch die Rechtspartei Ökothemen verstärkt vorgenommen.

Mitte Juli 2019 verabschiedeten die umweltpolitischen Sprecher der AfD-Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion auf der zweiten Umweltkonferenz der Partei eine »Dresdner Erklärung«, die wohl eine Art Ökoprogrammatik darstellen soll.^[3] »Wir produzieren ehrlichen Umweltschutz im Gegensatz zu den Grünen«, sagte der klimapolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Karsten Hilde bei der Vorstellung des Papiers.^[4] Eine Öffnung der Partei für ökologische Fragen findet man an keiner Stelle des substanzfreien Werks. Allenfalls sehr reaktionäre und nationalistische Teile der Naturschutzbewegung könnten sich von der »Dresdner Erklärung« angezogen fühlen, wenn etwa betont wird, dass Naturschutz auch Heimatschutz sei.

Hauptzweck der Erklärung dürfte gewesen sein, eine klarere Positionierung gegen die stark wachsende Fridays for Future-Bewegung auf den Weg zu bringen. Die AfD leugnet weiter die menschengemachten Ursachen der Klimakrise: »Der Einfluss des Spurengases CO₂ ... ist nirgendwo und über keinen Zeitraum ... nachzuweisen«, heißt es gleich am Anfang des Papiers. In einem Detail aber gibt es bei der Rechtspartei eine neue Gewichtung: Der politische Schwerpunkt wird nun auf die Ablehnung der Maßnahmen für den Klimaschutz gelegt. »Die getroffenen und geplanten Maßnahmen ... sind teuer, nutz- und wirkungslos.«

Zwei Monate später, im September 2019, kündigte AfD-Chef Alexander Gauland an:

»Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik ist nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD«, sagte er der Welt am Sonntag. Seine Partei habe hierbei ein Alleinstellungsmerkmal.^[5]

Seltsames Klima bei der AfD

Mit dem Klimaschutz hat die AfD seit ihrer Entstehung gefremdelt. Die Klimawandel-Leugnerei war aber in den Anfangszeiten der Partei noch kein Konsens. In der taz vom 27. September 2013 wird AfD-Gründungschef Bernd Lucke zitiert, wie er auf einer Pressekonferenz einem Klimawandelleugner aus der AfD-Energie-Arbeitsgruppe widerspricht. Das sei dessen »persönliche Meinung«, die Partei hingegen stelle wissenschaftliche Evidenzen für CO₂ als Klimakiller nicht grundsätzlich in Frage.^[6] Tempi passati. Beim wichtigsten Zukunftsthema der nächsten Jahrzehnte hat sich die Rechtspartei inzwischen in eine völlige Anti-Haltung begeben. Die Position schwankt nur noch zwischen absoluter Leugnung des Klimawandels und der Verneinung menschlicher Verantwortung für die offensichtlichen Veränderungen.

Im baden-württembergischen Landtagswahlprogramm 2016 heißt es: »Die Politik hat den Klimawandel zu einer menschengemachten Klimakatastrophe hochstilisiert.«^[7] Im Bundestagswahlprogramm 2017 behauptet die Partei: »Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können.«^[8] Und gar ins Grundsatzprogramm hat es folgende Aussage geschafft:

»CO₂ ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens. ... Je mehr es davon gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.«^[9]

Ähnliche Postulate ziehen sich sowohl durch alle programmatischen Festlegungen der Partei als auch durch die Stellungnahmen der führenden Parteifunktionär*innen.

Das sind gewagte Aussagen angesichts des sichtbar schmelzenden Poleises, ständiger Temperaturrekorde, brennender Wälder und sich häufender Wetteranomalien. Gerade hat Europa den wärmsten Winter seit Beginn der Messungen hinter sich, schon im April stieg wegen anhaltender Trockenheit die Waldbrandgefahr, Bauern fürchteten heftige Auswirkungen der Dürre für die Landwirtschaft.

Vor allem aber sind es falsche Aussagen, die sich gegen den weitreichenden Konsens der Wissenschaften^[10] wenden. Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, deutsch: Weltklimarat) hat den weltweiten Forschungsstand zum Klimawandel in seinen Sachstandsberichten zusammengetragen. 99 Prozent der Wissenschaftler*innen, die Fachaufsätze zum Klimaschutz veröffentlichten, gehen davon aus, dass die Erderwärmung durch den Menschen verursacht ist.^[11]

Davon schließlich sind es Aussagen, die so weltfremd sind, dass sie der Partei auch bei etlichen ihrer eigenen Sympathisant*innen Probleme bringen werden:

[3] <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/156/2019/07/Dresdener-Erklärung-CC%88rung-V7.pdf> (abgerufen am 13.07.2020)

[4] <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/dresdner-erklaerung-das-nationalistische-umwelt-verstaendnis-der-afd-a-1279206.html> (abgerufen am 13.08.2020)

[5] <https://www.welt.de/politik/deutschland/article201093000/CO2-Emissionen-Die-AfD-und-die-sogenannte-Klimaschutzpolitik.html> (abgerufen am 13.08.2020)

[6] <https://taz.de/Energieausschuss-der-AfD/!5058290/> (abgerufen am 13.08.2020)

[7] https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2016_1.pdf, S. 47 (abgerufen am 14.08.2020)

[8] https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/08/AfD_Wahlprogramm_2017_A5-hoch.pdf, S. 87 (abgerufen am 14.08.2020)

[9] <https://www.afd-bgl.de/wp-content/uploads/2017/01/afd-grundsatzprogramm.pdf>, S. 79 (abgerufen am 14.08.2020)

[10] <https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>

[11] <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/126/1912631.pdf> Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Karsten Hilde, Dr. Heiko Wildberg, Marc Bernhard, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/12228 – Anteil der Wissenschaftler, die den Klimawandel für menschengemacht erachten

[12] <https://www.tagesschau.de/inland/deutschland-trend-1645.html> (abgerufen am 14.08.2020)

[13] <https://www.bundestag.de/presse/hib/662914-662914> (abgerufen am 14.08.2020)

[14] <https://www.eike-klima-energie.eu/2017/09/25/das-interview/> (abgerufen am 14.08.2020)

[15] <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/klimawandel-140.html> (abgerufen am 14.08.2020)

[16] Über den Verein Eike gibt es einen aufschlussreichen Beitrag in der Online-Enzyklopädie Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Institut_f%C3%BCr_Klima_und_Energie (abgerufen am 14.08.2020)

[17] https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2016_1.pdf, S. 47 (abgerufen am 14.08.2020)

[18] <https://www.afd-bgl.de/wp-content/uploads/2017/01/afd-grundsatzprogramm.pdf>, S. 83 (abgerufen am 14.08.2020)

[19] https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2019/02/Afd_Europawahlprogramm_A5-hoch_RZ.pdf, S. 81 (abgerufen am 04.11.2020)

Auch bei den AfD-Anhänger*innen sieht eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent einen Einfluss der Menschheit auf das Klima – und stellt sich damit gegen die Aussagen der eigenen Partei.[12] Die von Gauland geführte Bundestagsfraktion hat Ende 2019 einen Antrag im Parlament eingebracht, nach dem Deutschland alle Klimaschutzziele aufgeben und alle Programme zur CO2-Reduktion stoppen soll. Die Regierung solle die Klimaschutzpolitik vollständig revidieren und »alle diesbezüglichen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften« beenden. Zudem sei aus sämtlichen nationalen und internationalen Verpflichtungen auszusteigen. [13] Im Parlament gab es dafür keine Unterstützung – und auch die öffentliche Resonanz war sehr mäßig. Das »dritte große Thema« kommt nicht recht in die Gänge.

EIKE

Für ihre Klima-Ideologie kann die AfD keine hochkarätigen Klimawissenschaftler*innen ins Feld führen, die ihre Weltansicht teilen.

Ihre Hauptstütze in argumentativer Hinsicht ist vielmehr das »Europäische Institut für Klima & Energie e.V.«(EIKE e.V.). Der Begriff »Institut« suggeriert, dass EIKE eine wissenschaftliche Einrichtung sei. Es handelt sich dabei aber lediglich um einen eingetragenen Verein, der seit 2007 besteht und als wichtigste Stimme der deutschen Klimaleugner-Szene gilt.

EIKE-Vizepräsident Michael Limburg ist nach eigenen Angaben seit 2013 Mitglied in der AfD.[14] Im AfD-Bundesfachausschusses Energiepolitik (BFAE) haben EIKE-Mitarbeiter*innen beträchtlichen Einfluss auf die Energie- und Klimapolitik der Partei. EIKE-Vertreter*innen gelingt es in Deutschland lange nicht so erfolgreich wie ihren US-amerikanischen Mitstreiter*innen, in seriösen Medien als unabhängige und ernstzunehmende Wissenschaftler*innen aufzutreten und so Zweifel an den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu säen. Ihre Hauptwirkung entfalten die Klimaleugner*innen wahrscheinlich in den Stimmungs-Medien der rechten »Gegenöffentlichkeit«, die sich offen gegen den rationalen Mainstream stellen.

EIKE arbeitet nach einem ähnlichen Muster wie die US-Lobby-Organisationen »Heartland Institute und Committee for a Constructive Tomorrow« (CFACT) sowie ähnlichen internationalen Klimaleugner-Organisationen. Kenner*innen der Klimaleugner-Szene gehen davon aus, dass CFACT jahrelang von Konzernen der Ölindustrie finanziert wurde.[15] Wie EIKE e.V. seine teilweise aufwändigen Aktivitäten finanziert, ist unklar. Der Verein legt seine Finanzierung nicht offen.[16]

AfD und Atom

EIKE und die AfD lehnen die Energiewende strikt ab und lobbyieren für die Atomenergie. Nachdem nicht nur SPD und FDP, sondern auch die CDU sich in Deutschland nach den Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima von ihren atomfreundlichen Positionen verabschiedet und den Atomausstieg beschlossen hatten, konnte die AfD leicht das freigewordene Label der deutschen Atompartei übernehmen.

Im baden-württembergischen Landtagswahlprogramm forderte die Partei 2016 »ein 10-jähriges Moratorium zur Beibehaltung des bestehenden Energiemixes«. [17] Das hätte nicht nur den Stillstand beim Ausbau umweltfreundlicher Energien bedeutet, auch ein Kohleausstieg wäre dann nicht mehr möglich gewesen.

Vor allem aber sollte damit der Atomausstieg im Südweststaat verhindert werden. Block 2 des AKW Philippsburg wäre nicht 2019 vom Netz genommen worden und das Aus für Neckarwestheim II im Jahr 2022 stünde ebenfalls zur Debatte.

Im Grundsatzprogramm der Partei heißt es: »Die überhasteten Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011 waren sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich.« Und: »Solange die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nachfrage nicht gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten.«[18] Im Europawahlprogramm schließlich spricht sich die Partei für internationale Kooperation bei der Forschung zur Kernfusion aus: »Bi- und multilaterale Forschungsprojekte zwischen einzelnen Staaten, wie sie bei CERN, ITER oder Wendelstein7X erfolgreich exerziert werden, sollen Leitbildcharakter für andere Großprojekte haben.«[19] Dass die genannten Projekte bisher vor allem Gräber für Milliardensubventionen sind, verschweigt die AfD. Auch dass selbst deren Befürworter nicht damit rechnen, dass in den nächsten Jahrzehnten damit Energie gewonnen werden kann, sagen die Atomfans nicht.

Da ein beträchtlicher Teil der potentiellen AfD-Wähler*innen gegenüber der Atomenergie zumindest skeptisch sein dürfte, vertritt die Partei ihre Pro-Atom-Politik nicht sehr lautstark nach außen. Im Bundestag organisierte die Partei eine Anhörung zur Energiepolitik, bei der sie sich für die Dual-Fluid-Reaktorlinie stark

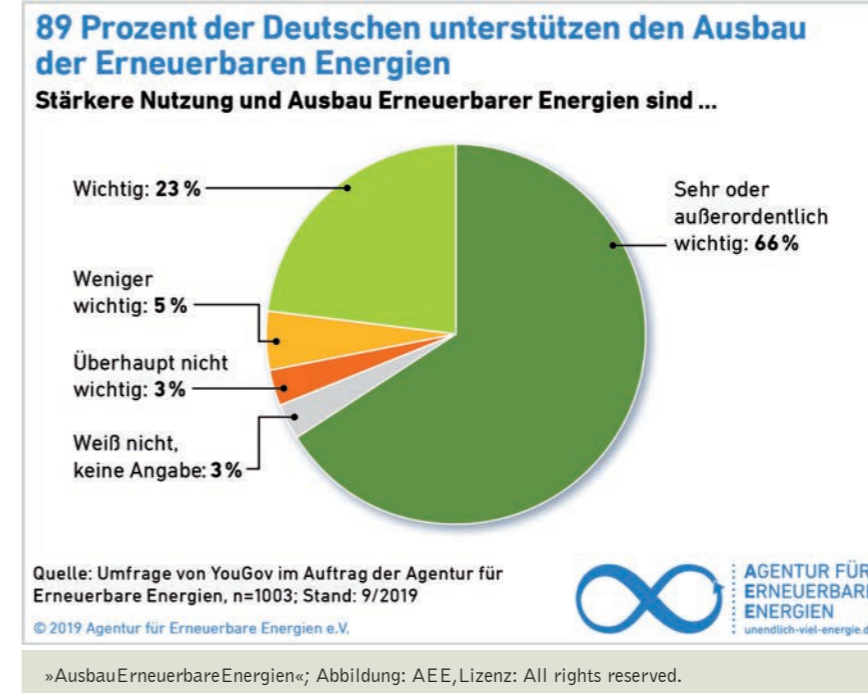
machte. Da trifft sie sich immerhin mit dem CDU-Rechten Friedrich Merz und einigen anderen Atom-Nostalgikern aus der Union.[20] Und was am Rande noch auffällt: Wenn die Atomfans in der AfD über die Vorteile der »Kernkraftwerke« sprechen, dann bringen sie schon mal das Argument, dass »von ihnen so gut wie keine CO2-Emissionen ausgehen«, so der energiepolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Steffen Kotré.[21] Eigentlich müsste das in der AfD-Logik eher gegen die Atommeiler sprechen, da die Pflanzen dann ja weniger CO2 fürs Wachstum bekommen.

Erneuerbare sind ganz böse

Gegen wenig wütet die Rechtspartei – abgesehen von ihren Anti-Euro- und Anti-Migrationstiraden – so ausgiebig wie gegen die Erneuerbaren Energien. Im baden-württembergischen Landtagswahlprogramm taucht dieser Politikbereich gleich dreimal hervorgehoben auf: Die Partei fordert den »Abbau der EEG-Subventionen«, der Zubau der Erneuerbaren Energien müsse sich an »physikalischen und ökonomischen Tatsachen orientieren, und der »Bau von Windkraftanlagen in dicht besiedelten Gebieten« sei zu beenden.[22] Im Grundsatzprogramm findet die Partei noch klarere Worte: »Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG ersatzlos abzuschaffen.«[23] Auch die Energieeinsparverordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz will die AfD streichen. Alle drei zentralen Elemente der Energiewende wären damit zerstört.

Die Anti-Erneuerbare-Positionen können wohl auch die Klimawandel-Leugner*innen von EIKE als Erfolg verbuchen. Noch im Bundestagswahlprogramm 2013 war die AfD zwar für eine Reform des EEG, nicht aber gegen die Subventionierung der Erneuerbaren Energien eingetreten: »Wir fordern eine Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG). ... Wir fordern, dass Subventionen für erneuerbare Energien stattdessen aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden«, [24] hieß es damals.

Zwei kleinere Probleme hat die AfD dabei: Fast die gesamte Bevölkerung befürwortet den Umbau des Energiesystems ausdrücklich: Neun von zehn Bürger*innen (89 Prozent) sind nach einer repräsentativen Umfrage im Sommer 2019 für eine stärkere Nutzung der Erneuerbaren Energien in Deutschland. 66 Prozent gaben sogar an, dass die stärkere Nutzung und der Ausbau der EE sehr oder außerordentlich wichtig seien.[25]



<https://www.unendlich-viel-energie.de>

Problem Nummer 2 der AfD: Die Erneuerbaren gewinnen den ökonomischen Wettbewerb gegen Atom und Kohle. Schon 2015 stellte eine Prognos-Studie fest, dass neue Wind- und Solarkraftwerke Strom zu bis zu 50 Prozent niedrigeren Erzeugungskosten liefern können als neue Kernkraftwerke oder Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS).[26] Und: Während AKW und Kohlekraftwerke immer teurer werden, sinken die Kosten für Wind- und Photovoltaikstrom in großer Geschwindigkeit.

[20] CDU-Vorsitz-Kandidat Friedrich Merz: Seine nuklearen Träume. Als Antwort auf die Klimakrise empfiehlt Friedrich Merz den »Dual-Fluid-Reaktor«. Dessen größte Fans sind die AfD und Klimawandel-Leugner. <https://taz.de/CDU-Vorsitz-Kandidat-Friedrich-Merz/15671180/> (abgerufen am 14.08.2020)

[21] <https://steffenkotre.de/die-afd-erwaermt-sich-fuer-die-atomkraft/> (abgerufen am 14.08.2020)

[22] https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagswahlprogramm_afd_2016_1.pdf, S. 47 (abgerufen am 14.08.2020)

[23] https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_Afd_Online-PDF_150616.pdf, S. 81 (abgerufen am 14.08.2020)

[24] <https://afd.berlin/programm/> (abgerufen am 14.08.2020)

[25] Quelle siehe Grafik unter Fußnote 26

[26] https://www.agora-energie-wende.de/fileadmin2/Projekte/2014/low-carbon-technologies/Agora_Kostenvergleich_Klimafreundliche_Stromerzeugung.pdf (abgerufen am 14.08.2020)

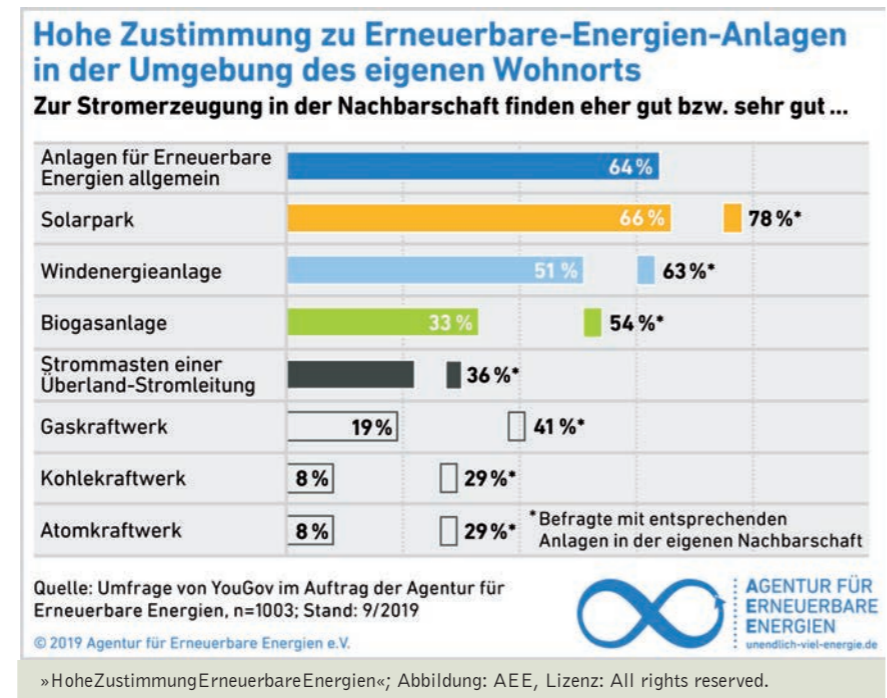
Richtig landen konnte die Partei mit ihren Anti-Erneuerbaren-Kampagnen bislang nicht, nicht mal mit ihrem Lieblingsfeind Windkraft. Hier versucht die Partei immer wieder, bei den Windkraftgegner*innen anzukommen, unter denen viele sich um Naturbelastungen sorgen, die mit dem Ausbau der Windanlagen einhergehen können. Ein beträchtlicher Teil der parlamentarischen Anfragen der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag dreht sich um Windkraftplanungen.

In ihrer »Dresdner Erklärung« setzen die AfD-Umweltpolitiker*innen sogar noch eins drauf. Dort fordern sie nicht nur »einen konsequenten Ausbaustopp von Windkraft- und Photovoltaikanlagen in unseren heimischen Wäldern und auf landwirtschaftlichen Flächen«, sondern auch die Einstellung des Baus von Windkraftanlagen auf See. Zudem wollen sie gesetzliche Bestimmungen für den »vollständigen Rückbau von Windkraftanlagen« durchzusetzen.[27] Die Ablehnung von Windenergieanlagen durch Bürgerinitiativen kann in Einzelfällen an tatsächlichen Problemen ansetzen. Auch die Umweltverbände und die grüne Partei sind nicht für jedes Windrad, weil jeder Bau in einer Gesamtbetrachtung beurteilt werden muss. Zwischen jenen, die Belange des Naturschutzes gegen ein konkretes Projekt ins Feld führen, und jenen, die Windkraftanlagen per se ablehnen, weil sie die Energie lieber aus Kohle und Atom gewinnen wollen, besteht aber ein gewaltiger Unterschied. Die Natur- und Umweltzerstörung durch eine katastrophale Klimaentwicklung wäre unvorstellbar größer als die Beeinträchtigungen durch einzelne Windanlagen. Nur vor dem Hintergrund der Klimaleugner-Ideologie kann man heute Erneuerbare-Energie-Anlagen pauschal ablehnen. Auch der AfD-Kampf gegen die Windmühlen hat im Übrigen deutlich weniger Rückhalt, als es die Rechtspartei sich wünscht.

Nicht nur allgemein, sondern auch in der Nähe des eigenen Wohnorts befürworten deutliche Mehrheiten in der Bevölkerung Anlagen für Erneuerbare Energien; bei Windenergie steigt die Zustimmung sogar, wenn die Anlage in der eigenen Nachbarschaft bereits in Betrieb ist. Kurz: Die schweigende Mehrheit gegen die Windkraft gibt es nicht. Wenn die AfD gerne ruft: »Wir sind das Volk«, dann ist das einfach gelogen.

Fossil ist geil

»Die Stromerzeugung muss sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein. Dieser Dreiklang war im deutschen Energieversorgungssystem immer gegeben, wurde aber mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aufgegeben«, behauptet die AfD in ihrem Grundsatzprogramm.[28]



<https://www.unendlich-viel-energie.de>

Der Rückgriff auf die früheren »goldenen Zeiten« mag die nostalgische Klientel erfreuen, mit der Realität hat er aber nichts zu tun. Der Energiemix zur Stromerzeugung zur Jahrtausendwende 2000 bestand aus 30 Prozent Atomkraft, 51 Prozent Kohle und 10 Prozent Erdgas und Erdöl.[29] Heute haben diese drei Energieträger zusammen nur noch einen Anteil von 45 Prozent.[30] AKW waren zudem nie sicher oder umweltverträglich – und schon gar nicht kostengünstig, sondern

hochsubventioniert. Kohle und Öl als umweltfreundliche Energieträger zu bezeichnen ist nur einer Partei möglich, die in Sachen Klima alles leugnet, was die Wissenschaft herausgefunden hat.

Angesichts dessen, dass in Deutschland im ersten Halbjahr 2020 bereits 55 Prozent des erzeugten Stroms aus Erneuerbaren Quellen stammten, ohne dass die Stromversorgung irgendwann ernsthaft gefährdet war, kollidieren die Aussagen der Rechtspartei arg mit der realen Entwicklung. Politisch relevant wird ihre Grundsatzposition beim Kohleausstieg. Wie nicht anders zu erwarten, stellte die AfD im Bundestag den Antrag, das Ausstiegsgesetz zu stoppen und die Vorschläge der Kohlekommission fallen zu lassen. Hauptargument: die fehlende Versorgungssicherheit.

In den Demonstrant*innen im Hambacher Forst sieht die AfD NRW »vermummte Öko-Hooligans, kreischende Fanatiker und organisierte Gewalt« in einem »rechtsfreien Raum« am Werk.[31] Die Partei, die sich bei jedem Windrad in Waldgebieten zum Anwalt des »deutschen Waldes« aufschwingt, stellte sich bei den Rodungsabsichten im Hambacher Forst selbstredend auf die Seite des RWE-Konzerns.

In Baden-Württemberg versucht die AfD mit mäßigem Erfolg, sich zur Interessenvertreterin der Belegschaft des landesweit größten Kohlekraftwerks GKM in Mannheim zu machen. Anlässlich eines Besuchs einer Delegation aus AfD-Landtagsabgeordneten und -Kommunalpolitiker*innen aus der Region im November 2019 ließ die Partei verlauten, sie werde »sämtliche politischen Spielräume nutzen, um den Zusammenbruch der Stromversorgung Deutschlands auf Grund der wahnwitzigen »Energiewende« zu verhindern«.[32]

Fracking

Die Nähe der AfD zur fossilen Welt beweist sie auch mit einer grundsätzlich positiven Haltung zum Fracking. »Sollten die Risiken beherrschbar erscheinen, wollen wir Fracking entwickeln und mögliche Standorte erkunden lassen«, schreibt die Partei in ihrem Grundsatzprogramm.[33] Das Umweltbundesamt kommt in der Studie »Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten« zu dem Ergebnis: »Nach aktuellem Erkenntnisstand kann die Möglichkeit großräumiger, dauerhafter und irreversibler nachteiliger Auswirkungen solcher Vorhaben auf die Trinkwasserversorgung und den Naturhaushalt nicht von der Hand gewiesen werden.«[34] Natur- und Heimatschutz sind für die Rechtspartei offenbar nur dann Werte, wenn sie in ihr sonstiges Weltbild passen. Wenn es um Möglichkeiten geht, mit fossilen Techniken Geld zu machen, kann die Partei also sogar ganz »modernen« Technologien etwas abgewinnen. Der Wald und der Landschaftsschutz spielen plötzlich keine Rolle – auch die Gefährdung des Grundwassers ist dann zweitrangig.

»Dieselmord im Ökowahn«

So heißt ein Film, den die AfD-Bundestagsfraktion 2019 hat erstellen lassen. Auch hier wieder dasselbe Leitmotiv: Die AfD findet die vorhandene Technik so toll, dass sie sich gegen mögliche Veränderungen stellt – nicht ohne den naheliegenden Hintergedanken, sich damit bei einem Teil der Auto-Fangemeinde anzubiedern. Als die Betrügereien von VW & Co. aufflogen, war die AfD die Partei, die für den Umweltschaden am meisten Verständnis aufbrachte.

Als im Internet die Gruppe »Fridays for Hubraum« als halb-ironisch gemeinte Antwort auf Fridays for Future entstand und innerhalb weniger Tage über eine halbe Million Mitglieder verzeichnen konnte, musste der Gründer die Gruppe nach wenigen Tagen sperren, um dem Ansturm von AfDler*innen und noch reheren Interessent*innen zu begegnen. »Mit rechter Hetze wollen wir nichts zu tun haben, das geht gar nicht«, sagte er der WELT.[35] Ganz ähnlich in Stuttgart: Gegen das dortige Diesel-Fahrverbot hatte sich eine Gruppe gebildet, die mehrere öffentliche Demonstrationen organisierte. Auch hier versuchten AfD und andere Rechtsaußen, sich anzubiedern und dem Protest ihren Stempel aufzudrücken. Als der Initiator, der 26-jährige IG-Metaller J. S., sich von solchen Unterstützer*innen klar distanzierte, nahm ihn die rechte Postille PI-News prompt aufs Korn. Für seinen Aufruf: »Wir grenzen uns ganz klar von den Rechten ab! Wir wollen euch nicht dabei haben!« habe er »einen Betriebsratsposten bei der IG-Metall in Aussicht gestellt« bekommen.[36] Hier sei ein »Strohmann eingesetzt« worden, »um die Wut des Volkes zu kanalisieren«.[37] Mit dem Versuch, Stimmungen in der Bevölkerung zu kapern, hatte die Partei jedenfalls nur mäßigen Erfolg. Eigene Demonstrationen der AfD blieben von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Nur der harte Kern der AfD und der rechtsextremen Szene um das »Zentrum Automobil« folgten diesen Aufrufen.

Ähnlich ging es der AfD beim Versuch, ihr genehme Wissenschaftler*innen zu

[31] <https://afd.nrw/aktuelles/2018/09/hambacher-forst-ein-weiterer-rechtsfreier-raum/> (abgerufen am 14.08.2020)

[32] <https://afd-rnk.de/besuch-im-gkm-mannheim/> (abgerufen am 14.08.2020)

[33] <https://www.afd-bgl.de/wp-content/uploads/2017/01/afd-grundsatzprogramm.pdf>, S. 83 (abgerufen am 14.08.2020)

[34] <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/461/publikationen/k4346.pdf>, S. 20/21 (abgerufen am 14.08.2020)

[35] <https://www.welt.de/politik/article201048208/Fridays-for-Hubraum-Greta-Thunbergs-Gegner-fluten-Facebook-mit-Hassnachrichten.html> (abgerufen am 14.08.2020)

[36] <http://www.pi-news.net/2019/01/ig-metall-kapert-stuttgarter-dieseldemo/> (abgerufen am 28.08.2020)

[37] <http://www.pi-news.net/2019/01/stuttgarter-medien-inszenieren-joannis-sakkaros-als-diesel-mann/> (abgerufen am 28.08.2020)



»Bild YouTube Dieselmord«; Abbildung: Rolf Gramm, Lizenz: All rights reserved.

[38] <https://www.AfDbundestag.de/spaniel-lungen-facharzt-kritisiert-niedrige-grenzwerte/> (abgerufen am 14.08.2020)

[39] <https://taz.de/Falsche-Angaben-zu-Stickoxid/!5572843/> (abgerufen am 14.08.2020)

[40] <https://www.welt.de/politik/deutschland/article188830769/Stickoxid-und-Feinstaub-Dieter-Koehlers-Autoritaet-ist-angeschlagen.html> (abgerufen am 14.08.2020)

[41] <https://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article171892892/AfD-Verkehrsexperte-kritisiert-Hype-um-Elektroautos.html> (abgerufen am 14.08.2020)

[42] <https://de-de.facebook.com/spaniel.afd/posts/2531551273794397> (abgerufen am 26.10.2020)

[43] siehe auch Kapitel zu Wirtschaft und Soziales

[44] <https://afd-dd.de/joerg-meuthen-gruene-grenzwert-ideologen-zerstoeren-unsere-mobilitaet/> (abgerufen am 20.10.2020)

[45] https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/AfD_Bund_15-Punkte_Flyer_12-Seiter_01-18_RZ_FLY.pdf (abgerufen am 20.10.2020)

[46] https://www.afd-fraktion-bw.de/_sites/afd-bw-fraktion/flyer/flyer_infrastuktur_web.pdf (abgerufen am 20.10.2020)

[47] <https://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3385/Bernd+G%C3%B6gel+MdL%3A+AfD+will+Infrastrukturwende> (abgerufen am 20.10.2020)

[48] <https://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3385/Bernd+G%C3%B6gel+MdL%3A+AfD+will+Infrastrukturwende>(abgerufen am 20.10.2020)

[49] <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/verkehrskonzept-der-afd-magnetschwebbahn-und-autobahnen-100.html> (abgerufen am 20.10.2020)

instrumentalisieren. Anfang 2019 machte ein Brief von 100 Lungenfachärzt*innen um Dieter Köhler Furore. Darin wurden die Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub als willkürlich angeprangert. Der Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel, damals verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärte dazu: »Dem Pneumologen Professor Köhler ist unumschränkt zuzustimmen. Es wäre gut, wenn seine Aussagen endlich in der Politik ankämen, um auf dieser Basis vernünftige Entscheidungen zu treffen.«[38] Pech nur, dass wenige Tage später durch eine Recherche der taz[39]aufgedeckt wurde, dass Köhler in seiner Stellungnahme Stickstoffdioxid (NO₂) und Stickoxide (NO_x) verwechselt und sich zudem Rechenfehler geleistet hatte. Köhler gab die Fehler zu, blieb aber bei seiner Kritik an der Luftreinhaltepolitik. Der Hype um den Lungenfacharzt war nach der Veröffentlichung aber vorbei. Die AfD hatte sich gewaltig mit blamiert, weil sie gerade über jene Teile in der Stellungnahme Köhlers gejubelt hatte, die sich als falsch herausstellten.[40]

Gegen Weltverbesserer-Quatsch

Das Leugnen der Nachteile der Diesel-Technologie geht bei der Rechtspartei einher mit der Verteufelung der alternativen Antriebe. Dirk Spaniel, Ex-Chef der baden-württembergischen AfD-Landesgruppe im Bundestag und bis Anfang 2020 Co-Landessprecher, brachte es auf den Punkt: »E-Mobilität ist nichts anderes als die Rückkehr zum Pferd.«[41] Auf seiner Facebook-Seite schreibt er: »Wir werden dieses Mantra wiederholen und wiederholen, bis selbst der Letzte es begriffen hat: »Die AfD kämpft für eure Jobs! Zur Hölle mit der E-Mobilität, dem CO₂-Gefasel und dem ideologischen Weltverbesserer-Quatsch! Erst einmal kommen unsere Arbeitsplätze!« [42] Dass es genau diese Haltung ist, die die Arbeitsplätze in Wirklichkeit gefährdet, haben selbst die meisten Automanager*innen inzwischen – wenn auch sehr spät – erkannt. Wenn der Kfz-Weltmarkt sich von fossilen Antrieben verabschiedet und auf Elektromobilität orientiert, dann kann eine Branche, die zu 78 Prozent für den Export produziert, nur bei Strafe des Untergangs weiter auf Alt-Technologien setzen.[43] Dass der Verkehr in Deutschland für ein Fünftel des CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist und im Gegensatz zu fast allen anderen Bereichen keine Reduktionen vorzuweisen hat, ficht die AfD logischerweise nicht an. Für sie gibt es ja kein Treibhausgas-Problem beim Klimawandel. Auch in der Verkehrspolitik ist die Botschaft eindeutig: Klima und Umwelt sind der Rechtspartei reichlich egal, Gesundheitsschutz durch Umweltauflagen betreiben für sie »grüne Grenzwert-Ideologen«.[44]

Eine Verkehrspolitik im klassischen Sinn hat die Partei sowieso nicht vorzuweisen. Im Verkehrs-Faltblatt der Bundespartei heißt es: »Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, z.B. Benachteiligung von Dieselfahrzeugen, lehnt die AfD ab.« Und: »Wir wenden uns auch gegen ein flächendeckendes Tempolimit und erfolglose Umweltzonen.« Der Rest sind allgemeine Aussagen wie »wir fordern ein bundesweites Konjunkturprogramm Infrastruktur«[45], mit denen alles Mögliche gemeint sein kann.

Etwas konkreter wurde die AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg im Sommer 2020: Da stellte der Fraktionsvorsitzende Bernd Gögel in Anwesenheit der Landesvorsitzenden Alice Weidel »das alternative Verkehrskonzept«[46]vor. »Damit strafen wir alle Lügen, die immer nur meinen, dass die AfD gegen alles sei und keine eigenen politischen Konzepte vorlege«[47], sagte Gögel.

In der Pressemitteilung heißt es: »Das Verkehrswegekonzert sieht vor allem den Ausbau dreier Autobahnen vor: der Nord-Ost-Autobahnumfahrung von Stuttgart, der Ost-West-Autobahn-Verbindung von Freiburg nach München und der Anbindung von Lörrach über Konstanz an die A 96.«[48] Daneben steuert die Rechtspartei die Idee bei, zwischen Mannheim, Stuttgart und Ulm eine Transrapid-Magnetschwebbahn-Strecke zu bauen. Als besondere Idee begeistert sich die AfD für ein unterirdisches Warentransportsystem.

Der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann kommentierte das Konzept als »Überschlag rückwärts«. Die vorgeschlagene Ost-West-Autobahn quer durch den Schwarzwald »ist vor Jahrzehnten schon von den Bürgern gestoppt worden«, zitiert ihn der *SWR*. Der Transrapid von Mannheim nach Ulm sei eine »unsinnige Doppelinvestition«, da es hier bereits eine Schnellbahntrasse gebe.[49]

Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundesweit nimmt die Partei von neuen Entwicklungen im Mobilitätsbereich kaum etwas zur Kenntnis: Vernetzung, Carsharing, teilautonomes Fahren, Verlagerung auf umweltverträglichere Verkehrsmittel, Fahrrad- und Fußverkehr sind in der Partei keine wahrnehmbaren Themen.

Zum Fahrrad kann Hardliner Spaniel immerhin kreative Kritik beitragen: Im Bundestag führte er in einer vielbelachten Rede aus: »Nüchtern betrachtet sind

Fahrräder in hohem Maße unpraktisch und gefährlich.« Und weiter: »Das Propagieren von Kindertransporten auf Fahrrädern in der Stadt ist objektiv betrachtet fahrlässiger Umgang mit der Gesundheit Schutzbedürftiger.«[50]

Fazit

Umweltpolitisch ist die AfD in fast allen Bereichen eine destruktive Kraft. Als einzige deutsche Parlamentspartei bestreitet sie, dass es einen menschengemachten Klimawandel überhaupt gibt.

Auf dieser Grundlage bekämpft sie alle Maßnahmen, die im Pariser Klimaabkommen vereinbart wurden, um eine Erderwärmung um mehr als 1,5 Grad zu verhindern. Die Rechtspartei hat angekündigt, den Kampf gegen den Klimaschutz neben dem Euro und der Zuwanderungspolitik zu ihrem dritten großen Thema zu machen.

Die Partei verteidigt dazu vehement die »heile« alte Welt der fossilen Energien und der Atomkraft. Sie macht sich zum Anwalt von Kohle, Öl und Atomkraft.

Die Förderung von Solarenergie und Windkraft durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG will die Partei genauso verhindern wie die energetische Modernisierung des Wohnungsbestands durch Wärmedämmung und umweltfreundliche Heizungen.

In der Verkehrspolitik will sie sich als Autofahrerpartei und Verteidigerin des Diesels profilieren. Die Umorientierung auf E-Mobilität und die Verlagerung des Verkehrs auf umweltverträglichere Mobilität bekämpft sie als »ideologisch«.

Soweit sie hier umweltpolitische Argumente bemüht – etwa beim Thema Ressourcenverbrauch –, verfolgt sie durchweg das Ziel, Umweltschutz und Klimaschutz gegeneinander auszuspielen. Der marktradikale Flügel und der rechtsradikale sind sich in dieser Frage recht einig. Der Schutz von Fledermäusen und Vögeln wird gegen Windkrafträder in Stellung gebracht.

Naturschutz schreibt sich die Partei als »Heimatschutz« auf die Fahnen. Sie heftet so auch diesem Politikbereich eine völkisch-nationale Komponente an. Historisch anknüpfen will sie dabei an die frühere Nähe des Naturschutzes in Deutschland an konservative bis völkisch-rechte Kreise. Dass Naturschutz inzwischen von den meisten Menschen als Bestandteil einer ökologischen Modernisierung gesehen wird, will die Rechtspartei wieder ändern.

Naturschutz, Kampf gegen Landschaftsversiegelung oder Artenschutz werden von der AfD fast nur ins Feld geführt, wenn damit der Bau von Windrädern blockiert werden soll. Flächenversiegelung durch Straßen ist nie Thema, genauso wenig wie die geschätzt weit über zehn Millionen getöteten Vögel im Straßenverkehr. (Weniger als ein Prozent der insgesamt durch die menschliche Zivilisation getöteten Vögel fallen nach wissenschaftlichen Schätzungen Windanlagen zum Opfer – das wird dann aber großes AfD-Thema.)

Die Stellungnahmen der AfD zu umweltpolitischen Fragen weisen eine durchgehende Gemeinsamkeit auf: Früher war alles besser, Veränderung bringt nur Probleme, vor denen man Angst haben muss.

Dass Veränderungen auch Chancen bieten, um umweltzerstörende Wirtschafts- und Lebensweisen zu überwinden, klammert dieses Denken vollständig aus.

Die Umweltpolitik der AfD ist fast durchweg eine Inszenierung von Empörung über notwendige Modernisierungen. Dazu werden wissenschaftliche Erkenntnisse und Tatsachen verleugnet und öffentlich in Zweifel gezogen.

Ihr Hauptproblem: Einen Plan für eine ökologische Zukunft hat die AfD nicht einmal in Ansätzen. Wer darüber nachdenkt, wie die Energieversorgung der Zukunft aussehen wird, wie künftig unsere Mobilität umwelt- und menschengerecht organisiert werden kann oder wie wir unser Wirtschaften und Leben so gestalten, dass sie nicht zum drastischen Artensterben führen, der findet bei der AfD: nichts.

[50] https://www.youtube.com/watch?v=qz8_qFeqrSE (abgerufen am 14.08.2020)

GESCHLECHTERROLLE RÜCKWÄRTS. ZUM ANTIFEMINISMUS BEI DER AFD IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Antifeminismus ist zentraler Bestandteil konservativer bis (extrem) rechter Ideologien. Die Bedeutung dieses Phänomens wird seitens der Forschung und der öffentlichen Meinung jedoch noch immer randständig behandelt, obwohl Antifeminismus als Mitmotiv rechter Terroranschläge in den letzten Jahren immer deutlicher wird. Auch bei der AfD Baden-Württemberg lassen sich zuhauf antifeministische Diskurse und Forderungen finden. Im folgenden Text wird deutlich was Antifeminismus ist, wo er bei der AfD auftaucht und wie er in einem größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu verorten ist.

von Rebekka Blum



»Glückliche Eltern sitzen auf dem Sofa und schauen sich kleine Kinder an, die zu Hause mit Dominosteinen spielen, Stil der 50er Jahre«
Abbildung: LightField Studios | Shutterstock, Lizenz: All rights reserved.

Als die Alternative für Deutschland im Jahr 2013 aus verschiedenen Spektren heraus gegründet wurde, galt sie zunächst vor allem als Anti-Euro-Partei. Doch schon zu Beginn waren Familie und die Abwehr von Gleichstellung zentrale Themen, die von den verschiedenen Strömungen der AfD geteilt wurden. So wetterten von Anfang an Parteiverantwortliche gegen Frauen- und Gleichstellungspolitik und positionierten sich gegen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (Lang 2017, S. 61–63). Dies gilt bis heute und antifeministische Forderungen und Anträge, oft in Kombination mit den Themen Bevölkerungspolitik und Rassismus, werden in den verschiedenen Bundesländern und von verschiedenen AfD-PolitikerInnen[1] regelmäßig gestellt. Anhand des Antifeminismus zeigt sich bei der AfD auch die Verschränkung verschiedener Ideologien der Ungleichheit wie Rassismus und Antisemitismus. Die AfD nennt sich selbst »Familienpartei«, wobei sie unter Familie stets heterosexuelle weiße verheiratete Paare mit bestenfalls mehreren Kindern versteht, und positioniert sich gegen sexuelle, geschlechtliche und familiäre Vielfalt. Daher ist die AfD als antifeministische bzw. als Anti-Gender-Partei zu verstehen. Trotzdem wird der Antifeminismus der AfD seitens der Forschung und des

[1] Ich nutze im Artikel verschiedene geschlechtergerechte Sprachvarianten. Grundsätzlich nutze ich den Gender-*, um anzuzeigen, dass ich damit sowohl Männer, Frauen, als auch Personen, die sich nicht in diesen binären Geschlechterkategorien verorten, anspreche. Da Personen aus dem konservativen bis rechten Spektrum gender-non-binären Personen feindlich gegenüberstehen und sie pathologisieren, verwende ich für dieses Spektrum Formulierungen wie AnhängerInnen. Diese sprachliche Formulierung soll die ideologische Vorstellung des Spektrums aufzeigen.

Journalismus oft nur am Rande verfolgt und selten als ein zentrales Element rechter Mobilisierung und Ideologie erkannt.

Um den Antifeminismus bei der AfD in einem größeren Zusammenhang zu sehen, gehe ich zunächst darauf ein, was Antifeminismus ist. Vor diesem Hintergrund lassen sich im Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, in Anfragen im Landtag und im Programm der Jungen Alternative Baden-Württemberg, der Jugendorganisation der AfD, verschiedene antifeministische Varianten finden.

Antifeminismus

Unter Antifeminismus ist grundsätzlich die Ablehnung feministischer und gleichstellungspolitischer Forderungen und Errungenschaften zu verstehen. Daher verfolgen viele AntifeministInnen das Ziel, die Geschlechterverhältnisse einer idealisierten Vergangenheit wiederherzustellen. Sie gehen dabei von einer hierarchisch organisierten Zweigeschlechtlichkeit aus und betrachten Geschlecht als einen gesellschaftlichen Platzanweiser, wobei Männer als für Politik und den öffentlichen Bereich und Frauen als für den privaten Bereich und die Sorge- und Erziehungsarbeit zuständig gelten (Blum 2019, S. 105–106). Antifeminismus geht über reine Frauenfeindlichkeit hinaus, denn AntifeministInnen stehen allen Menschen – auch Männern – feindlich gegenüber, die für eine emanzipierte Gesellschaft eintreten oder durch ihre Lebensweise oder mit ihren Zielen den engen Grenzen der antifeministischen Weltanschauung widersprechen. Daher ist auch LSBTQIA*-Feindlichkeit[2] als Aspekt von Antifeminismus zu verstehen. Darüber hinaus tritt Antifeminismus eigentlich immer in Verschränkung mit Antisemitismus und Rassismus auf.

Antifeminismus hat im deutschsprachigen Raum eine lange Tradition. Spätestens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts lässt sich ein organisierter Antifeminismus erkennen, der oftmals in Verbindung mit modernem Antisemitismus auftrat. Insbesondere seit den 1990er-Jahren wird Antifeminismus wieder einflussreicher und tritt anlassbezogen in verschiedenen Wellen auf. Zentral im Antifeminismus sind u. a. die Feindschaft gegenüber einer behaupteten political correctness, der Kampf gegen Gender Mainstreaming und insgesamt gegen vielfältige Gender-Konzepte. Außerdem behaupten AntifeministInnen regelmäßig, dass mittlerweile Männer und Jungen benachteiligt würden, und lehnen im Zuge dessen Quoten- und Gleichstellungsregelungen ab, die zur Gleichstellung von Frauen und LSBTQIA*-Personen beitragen sollen. Verschiedene AkteurInnen, darunter konservative JournalistInnen, religiöse Rechte, Maskulinisten[3], (extrem) Rechte und im großen Stil auch die AfD zeichnen das Bild eines angeblich omnipotenten Feminismus, der die Gesellschaft dominiere.

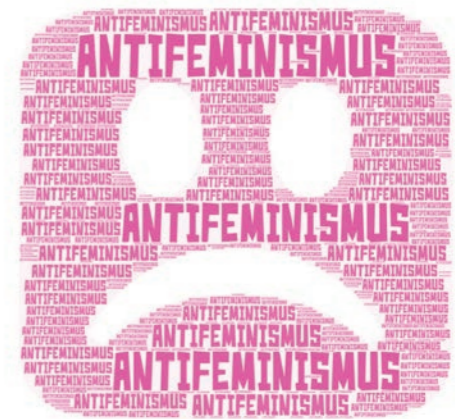
Auch der Landesverband der AfD in Baden-Württemberg ist deutlich antifeministisch ausgerichtet. Dies zeigt sich am angestrebten Familienbild, der Haltung LSBTQIA*-Personen und -Lebensweisen gegenüber und besonders zugespitzt in den Protesten gegen die Überarbeitung des Bildungsplans in den Jahren 2014 und 2015.

Familienbild



»Mutter, Vater, drei Kinder«; Abbildung: pixabay, Lizenz: All rights reserved.

Im Vergleich zu anderen Parteien zeigt sich, dass familien- und geschlechterpolitische Themen bei der AfD deutlich überrepräsentiert sind. Das Familienbild der AfD im Bund und der AfD Baden-Württemberg baut auf dem Ideal der weißen, heterosexuellen Mehrkind-Familie auf. So bezeichnet die AfD Baden-Württemberg in ihrem Landtagswahlprogramm die Familie als »Keimzelle und Fundament von Gesellschaft und Kultur« (AfD 2016, S. 18). Auch im Wahlkampf ist Familie



»Antifeminismus«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

[2] LSBTQIA* steht für lesbische, schwule, bisexuelle, trans, queere, intersexuelle, asexuelle/ aromantische und weitere sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

[3] Mit dem Begriff Maskulinismus werden Gruppen und Bewegungen bezeichnet, die auf einer Ideologie der männlichen Überlegenheit aufbauen und die Aufrechterhaltung patriarchaler Machtverhältnisse zum Ziel haben.

regelmäßig Thema. Zur Landtagswahl 2016 wurde beispielsweise auf Wahlplakaten gefordert: »Mut zur Familie. Ehe und Familie stärken«. Bebildert wurde diese Forderung mit weißen, heterosexuellen Mehrkind-Familien, um mindestens subtil zu unterstreichen, um welche Variante von Familie es der AfD geht. Die akute Phase der Corona-Einschränkungen wurde als Möglichkeit für eine erhoffte Wiederherstellung traditioneller und teils reaktionärer Geschlechter- und Familienbilder begriffen. So erklärte die AfD-Politikerin Christina Baum in einer Pressemitteilung zur Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im März 2020: »Doch vielleicht stellt die Corona-Krise auch eine Chance zur Rückbesinnung dar, zur Rückbesinnung auf seit Jahrtausenden Bewährtes – dazu gehört an allererster Stelle die Familie als kleinste solidarische Gemeinschaft einer Gesellschaft.« Baum klammert, anders als feministische Expert*innen, die Gefahr für Kinder und Frauen in der Heim-Quarantäne aufgrund von gewalttätigen Partner*innen/Eltern aus. Auch die Gefahr, dass sich soziale Ungleichheit aufgrund von Schulschließungen verfestigt, von denen insbesondere Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Familien besonders schwer getroffen werden, da sie oft kein eigenes Zimmer zum Lernen oder keine mobilen Endgeräte haben[4], erwähnt Baum nicht.

Insgesamt bleiben im Familienbild der AfD Patchwork-Familien, Alleinerziehende und weitere Familienkonstellationen unerwähnt. Gleichgeschlechtliche Elternkonstellationen werden direkt abgelehnt. Besonders deutlich wird die Abwertung nicht-heterosexueller Beziehungskonstellationen im Programm der Jungen Alternative ausgedrückt: »Wir sehen die heterosexuelle Familie als schützenswerte und primäre Lebensgemeinschaft an. Damit bedarf sie als Keimzelle für das Fortbestehen unseres Volkes der Bevorzugung und Hervorhebung gegenüber anderen Lebensgemeinschaften.«[5]

Im Landtagswahlprogramm fordert die AfD Baden-Württemberg darüber hinaus verschiedene Varianten finanzieller Unterstützung und Entlastung für Familien, etwa den Kinderfreibetrag auf die Höhe des steuerfreien Existenzminimums anzuheben und angelehnt an das Ehegattensplitting ein »Familiensplitting« einzuführen. Dass es der AfD hier vor allem um finanzielle Anreize, Kinder zu bekommen, und weniger um soziale Gerechtigkeit geht, zeigt sich daran, dass keine grundsätzliche Kritik an sozialer Ungleichheit geäußert wird. Neben den finanziellen Anreizen soll für »das Positive und Erfüllende einer Mutter-Vater-Kind-Beziehung geworben werden« (AfD 2016, S. 28). Spannend ist, dass die AfD Indoktrination und feministische Einflussnahme befürchtet und stets fordert, dass sich die Politik aus dem Privatleben herauszuhalten habe. Nicht so jedoch, wenn es um die Familie geht. Denn hier wird geradezu zu öffentlicher Einflussnahme aufgerufen: »Die AfD will auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einwirken und auch im Bildungsbereich Anstrengungen unternehmen, damit Ehe und Familie positiv dargestellt werden.« (AfD 2016, S. 29)

Eine weitere Forderung im Landtagswahlprogramm lautet, dass Ehepaare beim Durchlaufen von Krisen unterstützt werden sollen (AfD 2016, S. 29). Wie das aussehen kann, bleibt offen. Als Begründung wird angeführt, dass Scheidungen Geschiedene und Kinder belasteten. Gewaltverhältnisse in Beziehungen und Ehen als wichtige Gründe für Trennungen und Scheidungen werden jedoch ignoriert. Auch die hohe Gewalt- und Femizidrate[6] – laut einer Studie der UN wurden im Jahr 2017 in Europa mindestens 3.000 Frauen von ihren Partnern oder Familienangehörigen getötet[7] – bleibt unerwähnt. Vielmehr sollen Scheidungen juristisch erschwert werden, etwa indem neben dem aktuell dominierenden Zerrüttungsprinzip auch Scheidungsgründe wieder stärker berücksichtigt werden sollen (AfD 2016, S. 30).

Bevölkerungspolitik

Das Familienbild der AfD ist zudem völkisch geprägt. So wird das Ideal der heterosexuellen Mehrkindfamilie regelmäßig mit einer vermeintlich krisenhaften demografischen Entwicklung verknüpft. Im Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg heißt es, dass eine ausreichende Anzahl von Kindern wichtig für die demografische Entwicklung und den Fortbestand »unseres Volkes« (AfD 2016, S. 19) und die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme sei. Gleichzeitig wird Einwanderung als Reaktion auf eine alternde Gesellschaft ausgeschlossen. Das völkische Denken zeigt sich auch anhand einer Anfrage der AfD im Landtag von Baden-Württemberg: Die AfD wollte wissen, wie viele Frauen mit deutscher bzw. »anderer« Staatsangehörigkeit im »gebärfähigen Alter« seien und wie viele Kinder von Frauen mit deutscher bzw. anderen Staatsbürgerschaften geboren wurden. Weiter fragte die AfD, wie viele Frauen darunter Muslima seien. Begründet wurde dies offen antimuslimisch: »Diese Kleine Anfrage dient dazu festzustellen, ob eine Islamisierung unseres Landes durch Geburten erreicht beziehungs-

weise befördert wird.«[8] Hier zeigt sich, dass Frauen vor allem als potentielle Mütter gesehen werden und insbesondere in diesem Zusammenhang von politischem Interesse sind. Im Zuge dessen lässt sich auch von familienzentriertem Antifeminismus sprechen.

Schwangerschaftsabbrüche

Der Bereich Bevölkerungspolitik und die Ablehnung von Einwanderung ist auch eng mit dem Thema Schwangerschaftsabbruch verknüpft. So wird im Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg und in Ablehnung der »Willkommenskultur für Geflüchtete« eine »Willkommenskultur für Un- und Neugeborene« gefordert. Daneben wendet sich die Partei dagegen, »Abtreibungen zu bagatellisieren«, und zeichnet damit das Bild, dass Schwangere willkürlich und undurchdacht ihre Schwangerschaft abbrechen (AfD 2016, S. 32). Darüber hinaus wird Misstrauen gegen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen geschürt, wenn gefordert wird, dass Schwangere in Konfliktsituationen so beraten werden müssten, dass sie sich für ein Kind entscheiden können (AfD 2016, S. 32). Dabei ist dies bereits im Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) gesetzlich festgelegt.

Insgesamt findet das Thema Gewalt innerhalb von Beziehungen bei der AfD keine Beachtung. So werden Frauenhäuser erst in Bezug auf Bevölkerungspolitik Thema, wenn es darum geht Anreize fürs Kinderkriegen zu schaffen. So fordert die Junge Alternative: »[...] eine deutliche Stärkung positiver Anreize, ein Kind trotz Neigung zum Schwangerschaftsabbruch dennoch auszutragen. Dies soll unter anderem durch einen massiven Ausbau von Frauenhäusern und sogenannten Babyklappen geschehen.«[9]

Christliche Rechte und »Lebensschützer«

Die Ablehnung und Skandalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bietet auch Anknüpfungspunkte an selbsternannte »Lebensschützer«, die sich aus dem evangelikalischen Milieu[10] und der christlichen Rechten hervortun. Neben dem Antifeminismus und der Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen teilt die AfD mit der christlichen Rechten die Angst vor einer demografischen Krise, die in ihren Augen nicht durch Einwanderung gelöst werden sollte. Uli Jentsch, Mitarbeiter des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums e.V. in Berlin (apabiz), charakterisiert die Verstrickung der christlichen Rechten in die AfD folgendermaßen: »[e]hemalige Exponentinnen der christlichen Kleinparteien (Martina Kempf) haben den Weg in die AfD gewählt.[...] der Einfluss der ›Lebensschutz‹-Bewegung ist vor allem in deren Schwerpunkten in den südöstlichen Landesverbänden und in Baden-Württemberg deutlich spürbar.« (Jentsch 2016, S. 105)

Diese Prägung zeigt sich auch daran, dass in Baden-Württemberg bereits im August 2013, also in der Anfangsphase der AfD, der »Pforzheimer Kreis« gegründet wurde, ein Arbeitskreis in der AfD Baden-Württemberg (bundesweit: Arbeitskreis »Christen in der AfD«). Auf der Bundesebene ist Beatrix von Storch im Arbeitskreis »Christen in der AfD« aktiv und war als Gründungsmitglied bei der ersten Versammlung der Regionalgruppe Darmstadt anwesend.[11] Der »Pforzheimer Kreis« war insbesondere zu Beginn sehr aktiv und startete am 4. März 2014 die »Petition gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie in Gesetzesvorhaben und Vorschriften«. Diese Petition wurde abgelehnt. In der Erwiderung des »Pforzheimer Kreises« auf die Ablehnung zeigte sich ein klassisches Gemisch antifeministischer Narrative: Beispielsweise wurde behauptet, dass Geschlechterquoten zur Förderung der Gleichberechtigung stets zur Benachteiligung von Männern führen würden und Kinder gleichgeschlechtlicher Paare unter psychischen Erkrankungen leiden würden: »Die Auslieferung von Kindern an gleichgeschlechtliche Paare beraubt sie der Grundlage einer gesunden psychischen Entwicklung.«[12] Hier werden nicht direkt die LSBTQIA*-Lebensweisen kritisiert, sondern eine nicht der Realität entsprechende psychische Gefährdung behauptet. Es ist ein typisch antifeministisches Argumentationsmuster, sich über den Umweg der vermeintlichen Kindeswohlgefährdung antifeministisch und LSBTQIA*-feindlich zu äußern. Imke Schmincke fasst dieses Argumentationsmuster wie folgt zusammen: »Das Argument ›Kindeswohl‹/›Sorge um Kinder‹ wirkt immer. Es sichert Aufmerksamkeit, verleiht Glaubwürdigkeit und vor allem moralisches Gewicht. Kinder repräsentieren in dieser Bezugnahme Unschuld und Bedürftigkeit.« (Schmincke 2015, S. 93)

Rassismus und Ethnisierung sexueller Gewalt

Die AfD verbindet Bevölkerungspolitik und die Frage, wer Kinder bekommen solle, regelmäßig mit Rassismus bzw. rassistischen Feindbildkonstruktionen. Dies zeigt sich insbesondere beim Thema sexuelle Gewalt. Wie bereits beschrieben, werden das Thema sexuelle Gewalt in Beziehungen und die hohe Zahl an Femiziden seitens der AfD kaum behandelt. Beachtung findet dieses urfeministische

[4] <https://www.uni-erfurt.de/en/forschung/aktuelles/forschungsblog-wortmelder/nachgefragt-werden-durch-das-homeschooling-soziale-ungleichheiten-manifestiert-herr-prof-helbig> (abgerufen am 30.06.2020)

[5] Junge Alternative, ohne Jahr bzw.: Junge Alternative: Programm der Jungen Alternativen, abrufbar unter: <http://www.ja-baden-wuerttemberg.de/ueber-uns/programm/> (abgerufen am 30.06.2020)

[6] Femizid beschreibt die Ermordung von Frauen* im Zusammenhang mit patriarchalen Strukturen. Oft kommt es innerhalb von Beziehungen und in Trennungsphasen zu Gewalt und teilweise auch Morden an Frauen* durch ihre (Ex-)Partner.

[7] https://www.deutschlandfunk.de/frauenmorde-in-europa-wenn-das-geschlecht-gefahr-bedeutet.922.de.html?dram:article_id=467196 (abgerufen am 30.06.2020)

[8] Drucksache16/7725: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7725_D.pdf(abgerufen am 30.06.2020)

[9] <http://www.ja-baden-wuerttemberg.de/ueber-uns/programm/> (abgerufen am 30.06.2020)

[10] »Christliche FundamentalistInnen protestantischer Konfession sind zumeist Evangelikale, eine Strömung, die sich selbst als theologisch konservative ProtestantInnen versteht. Neben ›evangelikal‹ als Selbstbezeichnung wird auch die Bezeichnung ›bibeltreu‹ verwendet. Obwohl ›fundamentalistisch‹ ursprünglich eine positive Eigenbezeichnung von Evangelikalen in den Vereinigten Staaten war, wird diese Bezeichnung aufgrund ihrer negativen Konnotation heutzutage meist abgelehnt. Evangelikale lassen sich dem Protestantismus zurechnen, unterscheiden sich aber vom evangelischen Mainstream.« (Teidelbaum, 2015, S. 8)

[11] <https://chrafd.de/index.php/72-wir-sind-angekommen-drei-chrafd-mitglieder-im-19-deutschen-bundestag> (abgerufen am 11.10.2020)

[12] <http://www.pforzheimerkreis.de/p1xs3/> (abgerufen am 30.06.2020)

[13] <https://afdkompakt.de/2018/03/05/kandel-ist-ueberall/> (abgerufen am 30.06.2020)

[14] Drucksachen:16_7263_D: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/7000/16_7263_D.pdf und 16_5733_D: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5733_D.pdf (abgerufen am 30.06.2020)

[15] <https://www.presseportal.de/pm/127902/4330918> (abgerufen am 30.06.2020)



»Frau mit Aufkleber auf dem Mund mit Schrift Stop Violence«; Abbildung: Getty Images, Lizenz: All rights reserved.

Thema stets erst dann, wenn es um Straftaten durch Männer of Color bzw. Geflüchtete geht. Die Scheinheiligkeit der AfD zeigte sich beispielsweise daran, dass die Ermordung einer Studentin in Freiburg im Herbst 2016 von der AfD erst dann öffentlich skandalisiert wurde, als bekannt wurde, dass der Täter ein Geflüchteter war. Auch bei ähnlichen Fällen in Kandel im Frühjahr 2018 oder einer Gruppenvergewaltigung wiederum in Freiburg im Herbst 2018 schaltete sich die AfD erst ein, als bekannt war, wer die Täter waren. Deutlich rassistisch bzw. antimuslimisch äußerte sich Dirk Spaniel, Bundestagsabgeordneter der AfD und ehemaliger Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg, der im März 2018 zur Demonstration »Kandel ist überall« aufrief: »Ich fordere alle Parteien auf, der Unkultur des Islams seine Grenzen aufzuzeigen. [...] Die islamfreundlichen Politiker aller Parteien müssen sich endlich eingestehen: #Kandelistüberall gilt ausnahmslos für alle Frauen in unserem Land.«[13] Insgesamt zeichnen AfD-PolitikerInnen stets das Bild, dass männliche, sexualisierte Gewalt ausschließlich von außen komme. So wird auch in verschiedenen Landtagsanfragen nach sexuellen Übergriffen auf Frauen stets nach der Staatsbürgerschaft gefragt und so weiter am Bild des gefährlichen Fremden gezeichnet.[14] Dieses Bild ist deutlich verzerrt, denn rassistische Gewalt und die strukturelle Dimension häuslicher und sexueller Gewalt der Gesamtgesellschaft wird von der AfD nicht thematisiert.

LSBTQIA*-Feindlichkeit

Die im Antifeminismus veranlagte LSBTQIA*-Feindlichkeit, zeigt sich bei der AfD in Baden-Württemberg an verschiedenen Stellen und wird mit dem Ideal der heterosexuellen Mehrkind-Familie verknüpft. So heißt es im Landtagswahlprogramm, das vor der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare im Sommer 2017 formuliert wurde: »Wir respektieren die eingetragene Lebenspartnerschaft. Deren Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir aber ab. Das Recht auf Adoption muss Ehepaaren vorbehalten bleiben.« (AfD 2016, S.28) Dies wird, wie schon weiter oben beschrieben, mit dem Wohl der Kinder begründet.

Subtiler äußert sich Carola Wolle, Landtagsabgeordnete der AfD, in einer Pressemitteilung zum Christopher Street Day im Juli 2019 in Stuttgart. In dieser formuliert sie, dass es gut sei, dass sich Homosexuelle mittlerweile gleiche Rechte und Akzeptanz erkämpft hätten. Wolle knüpft jedoch die Akzeptanz von LSBTQIA*-Lebensweisen an die Bedingung, dass Lesben und Schwulen sich möglichst unauffällig verhalten und sich in eine heterosexuelle gesellschaftliche Norm einpassen sollen: »Wenn Schwule und Lesben weiter als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft angesehen werden wollen, so sollten sie sich von diesem Polit-Zirkus einer offenbar radikalen Minderheit distanzieren!«[15] Daran anschließend wird im Landtagswahlprogramm das Bild gezeichnet, dass es mittlerweile keine Diskriminierung mehr von LSBTQIA*-Lebensweisen gebe (AfD 2016, S. 6). Dies schlägt sich auch im größeren Zusammenhang nieder. So wird Homosexualität im Bundesprogramm der AfD nur erwähnt, wenn es um eine behauptete »Frühsexualisierung« im Zusammenhang mit Sexualpädagogik geht (Lang 2017, S. 66). Damit werden gleichgeschlechtliche Lebensweisen auf sexuelle Aspekte reduziert und die Förderung der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bei Kindern als Propagierung von Homo- und Transsexualität im Unterricht dargestellt. Im Landtagswahlprogramm



»Zwei Männer halten Händchen«; Abbildung: Juan Moyano | Canva Pro, Lizenz: All rights reserved.

der AfD heißt es: »Im Zeichen der Verantwortung für unsere Kinder steht die Forderung der AfD nach Beendigung der Frühsexualisierung und anderer ideologischer Beeinflussungen in Schulen und sogar Kindergärten, wie sie der grün-rote Aktionsplan und der Bildungsplan vorsehen.« (AfD 2016, S. 5)

Die AfD scheint, wie AntifeministInnen insgesamt, von der Angst angetrieben, dass die heterosexuelle Norm infrage gestellt und um vielfältigere Varianten erweitert wird. Das öffentliche Eintreten von LSBTQIA*-Initiativen gegen Diskriminierung und für Gleichstellung wird mit einer Verschwörung und Indoktrination gleichgesetzt. Die große Sorge vor einer Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare macht das Grundmotiv deutlich: AntifeministInnen wollen politische und gesellschaftliche Privilegien nicht teilen. Sie scheinen davon auszugehen, dass mehr Möglichkeiten und Rechte für mehr Menschen zu einem Verlust der eigenen Möglichkeiten führen würden.

Anti-Gender

Neben familienbezogenem Antifeminismus, LSBTQIA*-Feindlichkeit und der Ethnisierung von sexueller Gewalt mobilisiert die AfD regelmäßig gegen alles, was sie mit dem Begriff Gender in Verbindung bringt (Anti-Gender-Antifeminismus). So werden Geschlechterforschung und Gender Mainstreaming als Feindbilder konstruiert und verkürzt dargestellt. Im Landtagswahlprogramm wird gar die Abschaffung der Geschlechterforschung an Hochschulen in Baden-Württemberg gefordert (AfD 2016, S. 31) und damit massiv versucht, Einfluss auf Forschung und Lehre zu nehmen. In Ungarn haben ähnliche Forderungen und Kampagnen bereits gewirkt: Das Studienfach Gender Studies wurde dort im Sommer 2018 abgeschafft. Paradox ist, dass die AfD an vielen Stellen eine vermeintliche Einflussnahme der Gender Studies behauptet und sich gegen eine angeblich versuchte Einflussnahme des Staates positioniert. Gleichzeitig wird im Landtagswahlprogramm gefordert, dass Projekte an Hochschulen und Lehrstühlen den Wert von Ehe und Familie darstellen sollten (AfD 2016, S.31). Hier wird das gefordert, was Feminist*innen vorgeworfen und unterstellt wird: eine Einflussnahme auf die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit.

Die Proteste gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg

Besonders zugespitzt und exemplarisch zeigten sich die verschiedenen antifeministischen Varianten bei den Protesten 2015 gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg. Gegen das Vorhaben, die Akzeptanz sexueller Vielfalt im Bildungsplan als Querschnittsthema zu verankern, wurde zunächst mit einer Online-Petition mobil gemacht. Gestartet wurde diese von einem Realschullehrer aus dem pietistischen Milieu. Begründet wurde die Mobilisierung gegen die Akzeptanz sexueller Vielfalt unter anderem mit der hohen Suizidrate homosexueller Jugendlicher. Hier wird deutlich Ursache (fehlende gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTQIA*-Lebensweisen) und Wirkung (hohe Suizidrate homosexueller Jugendlicher) verdreht. Auf die Petition folgten mehrere große Demonstrationen in Stuttgart mit bis zu 2000 Teilnehmenden. Diese nannten sich später »Demo für alle« in Anlehnung an die noch deutlich größeren »Manif pour tous«-Demonstrationen gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in zahlreichen französischen Städten 2013. An den Demonstrationen in Stuttgart waren verschiedenste AkteurInnen insbesondere aus der christlichen Rechten beteiligt, aber auch CDU und FDP ließen Grußworte verlesen. Auch PolitikerInnen und der Landesverband der AfD waren in die Demos involviert. So hielten AfD-Mitglieder Reden auf den Demonstrationen und Grußworte der AfD wurden verlesen. Schon zuvor hatte der baden-württembergische Landesverband der AfD zur Unterstützung der Petition aufgerufen, in der »eine pädagogische, moralische und ideologische Umerziehungskampagne an all-gemeinbildenden Schulen« (Billmann 2015, S. 3) behauptet wurde.

Auf den Demonstrationen wurde nicht nur gegen die Überarbeitung des Bildungsplans mobilisiert, sondern auch gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare gehetzt und vor der vermeintlichen Gender-Ideologie gewarnt. Die Proteste sind als Zusammenführung verschiedener Varianten von Antifeminismus (LSBTQIA*-Feindlichkeit, familienzentrierter Antifeminismus, Anti-Gender-Antifeminismus) zu sehen.

Die Gefahren des Antifeminismus

Die Betrachtung des Landtagswahlprogramms, von Anfragen der AfD und des Programms der Jungen Alternative Baden-Württemberg macht deutlich, dass Antifeminismus ein zentraler Bestandteil der Ideologie und des Programms der AfD ist. Antifeminismus ist darüber hinaus ein einigendes Moment der verschiedenen Spektren innerhalb der AfD und verknüpft sich sowohl mit dem völkischen, als auch dem religiösen Weltbild verschiedener AfD-PolitikerInnen.



»Danger«; Abbildung: Getty Images, Lizenz: All rights reserved.

Wie es sich bei den »Demos für alle« zeigte, liegt die besondere Gefahr des Antifeminismus darin, dass durch das gemeinsame Feindbild Feminismus und das geteilte Ideal der heterosexuellen Kleinfamilie Mobilisierungen verschiedener AkteurInnen möglich werden. So können anlassbezogene Bündnisse verschiedener konservativer, religiöser bis extrem rechter AkteurInnen entstehen, die womöglich zu späteren Anlässen wieder aktiviert werden. Dadurch werden Gruppierungen mit menschenverachtenden Einstellungen nachhaltig gestärkt. Außerdem ist zu bedenken, dass Antifeminismus auf gesellschaftlich weit verbreiteten (hetero-) sexistischen Denkmustern und Stereotypen aufbaut. Dadurch ist Antifeminismus gesellschaftlich anschlussfähig, auch weil er oft nicht als Problem wahrgenommen wird. Dabei zeigt sich, dass Antifeminismus und das Narrativ einer drohenden Verdrängung des »eigenen Volkes« bei mehreren rechten Terroranschlägen wie 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya, im Frühjahr 2019 in Christchurch und an Jom Kipur 2019 in Halle neben Antisemitismus und Rassismus zentrale Motive waren.

Literaturnachweise

Billmann, Lucie (2015): Einleitung, in: Billmann, Lucie: Unheilige Allianz. Das Geflecht von Christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg. Stuttgart: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 3–5

Blum, Rebekka (2019): Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus. Hamburg: Marta Press

Jentsch, Ulli (2016): Die »Lebensschutz«-Bewegung und die AfD. Nur ein Teil der Bewegung ergreift Partei. In: Häusler, Alexander: Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 99–107

Kemper, Andreas (2015): Christlicher Fundamentalismus und neoliberal-nationalkonservative Ideologie am Beispiel der »Alternative Für Deutschland«. In: Billmann, Lucie: Unheilige Allianz. Das Geflecht von Christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg. Stuttgart: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 21–30

Lang, Juliane (2017): Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, Völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, S. 61–78

Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene: Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript, S. 93–109

Teilbaum, Lucius (2015): »Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens«. Homo- und transphobe Straßenproteste gegen den Entwurf eines neuen Bildungsplans in Stuttgart«. In: Billmann, Lucie: Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg. Stuttgart: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 6–15

Quellen (nicht AfD)

Deutschlandfunk (ohne Jahr): Wenn das Geschlecht Gefahr bedeutet. Frauenmorde in Europa. Abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/frauenmorde-in-europa-wenn-das-geschlecht-gefahr-bedeutet.922.de.html?dram:article_id=467196 (abgerufen am 30.06.2020)

Helbig, Marcel: Nachgefragt: »Werden durch das Homeschooling soziale Ungleichheiten manifestiert, Herr Prof. Helbig?« Abrufbar unter: <https://www.uni-erfurt.de/en/forschung/aktuelles/forschungsblog-wortmelder/nachgefragt-werden-durch-das-homeschooling-soziale-ungleichheiten-manifestiert-herr-prof-helbig> (abgerufen am 30.06.2020)

Quellen (AfD)

AfD Baden-Württemberg (2016): Für Unser Land – Für Unsere Werte. Landtagswahlprogramm 2016 Der AfD Baden-Württemberg. Stuttgart.

Baum, Christina (2020): Chance zur Rückbesinnung auf seit Jahrtausenden Bewährtes – Die Familie. Stuttgart.

Abrufbar unter <https://bit.ly/3l9YsSl> (abgerufen am 30.06.2020)

Junge Alternative: Programm der Jungen Alternative, abrufbar unter: <http://www.ja-baden-wuerttemberg.de/ueber-uns/programm/> (abgerufen am 30.06.2020)

Pforzheimer Kreis (2014): Erklärung in Bezug auf den abschlägigen Bescheid zur »Petition gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie in Gesetzesvorhaben und Vorschriften«, abrufbar unter <http://www.pforzheimerkreis.de/p1xs3/> (abgerufen am 30.06.2020)

Spaniel, Dirk (2018): Kandel Ist Überall. In AfD Kompakt, Berlin, abrufbar unter: <https://afdkompakt.de/2018/03/05/kandel-ist-ueberall/> (abgerufen am 30.06.2020)

Wolle, Carola (2019): Der CSD als Fetisch-Karneval dient nicht der Akzeptanz von Homosexuellen, Stuttgart, abrufbar unter: <https://www.presseportal.de/pm/127902/4330918> (abgerufen am 30.06.2020)

BEDROHEN, EINSCHÜCHTERN, AUSBLUTEN MEDIEN UNTER DRUCK

2018 postete die AfD-Fraktion Hochtaunuskreis bei Facebook: »Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser sowie die Presseverlage gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt. Darüber sollten die Medienvertreter hierzulande einmal nachdenken, denn wenn die Stimmung endgültig kippt, ist es zu spät!«^[1]

von Anna Hunger



»Die Kontext-Wochenzeitung vor der Verhandlung am Landgericht Mannheim: Rechtsanwälte Markus Köhler (rechts) und Ingwert Müller-Boysen (links), Anna Hunger (links) und Susanne Stiefel (rechts); Abbildung: Joachim E. Röttger | Kontext Wochenzeitung, Lizenz: All rights reserved

Rechtsradikale vor der SWR-Redaktion

Glücklicherweise wurde bisher keine Redaktion gestürmt. Dennoch: Die Bedrohung von Journalist*innen, Fotograf*innen, Redaktionen und Verlagen durch Rechtsextreme nimmt immer weiter zu. Und das nicht nur im Hinblick auf körperliche Gewalt. Denn die AfD und ihr Umfeld haben sich mittlerweile auf eine elegantere und subtilere Art der Bedrohung verlegt und die Justiz als Waffe für sich entdeckt. Mehr noch: Die juristische Intervention gegen Politiker*innen oder gegen kritische Berichterstattung ist zu einem Kernelement der politischen Strategie geworden. Was gleich mehrere Aspekte hat: auf Redaktionen, Verlage und Einzelpersonen, die sich gegen solcherlei Angriffe wehren und sich weder einschüchtern noch mundtot machen lassen, können enorme Rechtsanwalts- und Gerichtskosten zukommen, denn Klagen ist immer teuer. Was allerdings weit schwerer wiegt ist die Schere im Kopf von Medienmachenden: Möchte man sich selbst, eine Redaktion oder einen Verlag teils jahrelangen Gerichtsverfahren aussetzen, wo man andererseits doch einfach den einen Text nicht veröffentlichen, das treffende Zitat nicht verwenden oder – später dann – die Unterlassungserklärung zeichnen könnte und das Ding ist vom Tisch?

Tatsächlich sind Angriffe, vor allem auf Fachjournalist*innen, die in rechten Strukturen recherchieren, nichts Neues. Es hat sie immer gegeben. Seit 2015 haben

sie allerdings eine neue Qualität. Das stellte auch das »Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit« (ecpmf) jüngst fest:

»Sowohl das Feld der Betroffenen als auch die Täterkreise haben sich erweitert. Nun trägt eine breite, heterogene Masse die Pressefeindlichkeit und toleriert und bejubelt gar Gewalt gegen Presseleute.«^[2]

Journalismus sei »für alle Medienschaffenden« zum »Wagnis«^[3] geworden. Und das nicht nur im Hinblick auf direkte körperliche Gewalt.

Den Aufruf zum Sturm auf die Redaktionen veröffentlichte die AfD im Hochtaunuskreis zu einem Zeitpunkt, als in Chemnitz zehntausende Rechtsextreme aufmarschierten, unter ihnen viele AfD-Funktionäre. Insgesamt 26 Angriffe auf Medienvertreter*innen zählte das ecpmf 2018, im Jahr mit dem Chemnitzer Herbst. Mehr gab es mit insgesamt 44 Gewalttaten nur 2015. Seit diesem Jahr dokumentiert die Stelle politisch motivierte Gewalt gegen Pressevertreter*innen. Zwischen 2015 und März 2020 registrierte das ecpmf 119 gewaltsame Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland.^[4] 92 davon seien, schreibt die Forschungsgruppe in ihrer Fünf-Jahres-Bilanz »Feindbild Journalist«, dem rechten Lager zuzurechnen.^[5] Während es 2015 noch die Hoffnung gab, »dass physische und psychische Gewalt nur ein temporäres Phänomen« seien, habe sich im Laufe der Jahre »die ideologische Grundlage der Anfeindungen ... verfestigt. Die Unterstellung, Journalistinnen und Journalisten würden das so genannte ›Volk‹ in Abstimmung mit den politischen und wirtschaftlichen Eliten vorsätzlich belügen, ist ein Gemeinplatz unter Rechten und schürt den Hass.«^[6]

Rechtsradikale warten mittlerweile nicht mehr, dass Medienvertreter*innen zu ihren Veranstaltungen auftauchen, sondern drohen der Presse aktiv und vor Ort: Im Januar 2020 beispielsweise, kurz nachdem der WDR das vieldiskutierte »Umweltsau«-Video veröffentlicht hatte, steht der Freiburger AfD-Stadtrat Dubravko Mandic auf einer Bühne vor dem Funkhaus des SWR in Baden-Baden. »Schaut nach oben in diese Schaufenster polit-medialer Macht – was seht ihr da für Gesichter?«, ruft er. Etwa 150 Menschen sind zu dieser Kundgebung gekommen^[7] und untermalen seine Rede mit »Lügenpresse, Lügenpresse«-Rufen. »Schaut sie euch an, wie auf frischer Tat ertappte Diebe glotzen sie uns hier an, statt zu arbeiten... Ich sage Ihnen da oben, das hier ist nur der Anfang, wir werden Sie aus Ihren Redaktionsstuben vertreiben, wir werden uns Ihre Lügen nicht länger anhören, das ist erst der Anfang des Sturms.«^[8]

Als 2018 in Sachsen-Anhalt der rechtsnationale »Flügel« zum Kyffhäusertreffen ins Schloss Burgscheidungen geladen hatte – mit dabei waren die AfD-Politiker Björn Höcke, Alexander Gauland und André Poggenburg, AfD-Chef Jörg Meuthen, Pegida-Gründer Lutz Bachmann und »Compact«-Chef Jürgen Elsässer – beschädigte ein Mann die Kamera eines Pressevertreter, andere beschimpften eine anwesende Journalistin als »Bazille« und »dreckige Fotze«, einer rief: »Ihr Dreckschweine, wir kriegen euch!«^[9] und zog den Finger in einer Kopf-ab-Geste am Hals entlang.^[10]

Journalist*innen wehren sich

Im November 2019 riefen Neonazis zu einer Demonstration in Hannover gegen mehrere Journalisten auf, die seit langem über rechte Umtriebe berichten. Julian Feldmann (unter anderem NDR), der Fachjournalist David Janzen und der Fotograf André Aden, gegen die die Versammlung gerichtet war, sind nicht erst seit gestern Angriffen aus dem rechten Milieu ausgesetzt.^[11] Ihre Erfahrungen reichen von vergammelten Schweineköpfen per Paketdienst bis hin zu handfesten Morddrohungen^[12] – im Fall von Janzen nach dem Mord an CDU-Politiker Walter Lübcke im Sommer 2019 mit den Worten: »Heute Walter, morgen Janzen.«^[13]

Mit dem Aufruf zur Demonstration hatte die Einschüchterung eine neue Stufe erreicht. Der Journalistenverbund »Netzwerk Recherche« startete daraufhin unter dem Titel »Schützt die Pressefreiheit« einen breit angelegten Aufruf, um die Bedrohung von Medienvertreter*innen durch Neonazis einerseits mit der gebührenden Aufmerksamkeit publik zu machen und andererseits von Verlagen, Institutionen und der Politik mehr Schutz für Journalist*innen zu verlangen, die in diesem Milieu arbeiten. Hunderte Einzelpersonen, Verlage und Redaktionen unterzeichneten den Aufruf.

Dabei ging es den Initiatoren nicht nur darum, auf die körperliche Gewalt gegen Medienvertreter*innen aufmerksam zu machen. »Mit Falschinformationen wird zusätzlich versucht, den Ruf der Kolleg*innen zu schädigen«, schreiben sie. »Redaktionen sollen davon abgehalten werden, denunzierten Journalist*innen Aufträge zu geben. Innerhalb der Szene sind die Texte dafür da, Informant*innen von Gesprächen mit szenekundigen Reporter*innen abzuhalten.« Journalist*innen

[2] <https://www.ecpmf.eu/wp-content/uploads/2020/03/FeindbildPresse-IV.pdf>, S. 33 (aufgerufen am 01.05.2020)

[3] ebd.

[4] ebd.

[5] ebd., S. 10

[6] ebd., S. 3

[7] <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/demo-swr-funkhaus-100.html> (aufgerufen am 01.05.2020)

[8] https://www.youtube.com/watch?v=3Z_dt47nCGA (aufgerufen am 01.05.2020)

[9] Zitiert nach: <https://uebermedien.de/29322/afd-kyffhaeusertreffen-teilnehmer-bedrohen-und-attackieren-journalisten/>

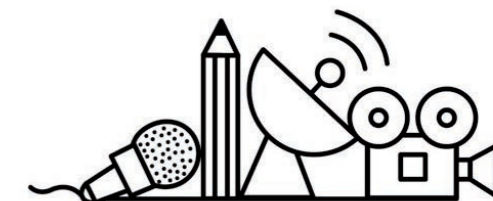
(aufgerufen am 01.05.2020)

[10] ebd., zudem: https://www.youtube.com/watch?v=eQKMyjgopz8&feature=emb_logo (aufgerufen am 08.10.2020)

[11] <https://netzwerkrecherche.org/blog/aufruf-schuetzt-die-pressefreiheit/> (aufgerufen am 01.05.2020)

[12] <https://taz.de/Drohungen-gegen-Journalisten!/5685763/> (aufgerufen am 01.05.2020)

[13] Zitiert nach: <https://netzwerkrecherche.org/blog/aufruf-schuetzt-die-pressefreiheit/> (aufgerufen am 01.05.2020)



RECHERCHE ANKURBELN
Kuratorium zur Förderung von Netzwerk Recherche

<https://netzwerkrecherche.org/>
»Netzwerk Recherche«; Lizenz: All rights reserved.

[14] ebd.

[15] <https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/450/ueber-worte-sind-wir-laengst-hin-aus-6318.html> (aufgerufen am 01.05.2020)

[16] https://www.deutschlandfunk.de/juristen-gegen-journalisten-wenn-anwaelte-redaktionen.724.de.html?dram:article_id=423153 (aufgerufen am 01.05.2020)

[17] Andrea Röpke, Andreas Speit, Völkische Landnahme – Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Ch. Links Verlag, 2019

[18] <https://www.tagesspiegel.de/kultur/berliner-verlag-in-bedraengnis-rechte-oekos-gehen-gegen-das-kritische-buch-voelkische-landnahme-vor/25100006.html> (aufgerufen am 01.05.2020)

[19] https://www.deutschlandfunkkultur.de/abmahnungen-gegen-sachbuch-voelkische-landnahme-verleger.1270.de.html?dram:article_id=460812 (aufgerufen am 01.05.2020)

[20] <https://blog.chlinks.de/juristische-angriffe-aus-rechten-kreisen/37107> (aufgerufen am 01.05.2020)

[21] Zitiert nach: <https://uebermedien.de/42632/abmahnwelle-setzt-kritische-journalisten-unter-druck/> (aufgerufen am 01.05.2020)

[22] Zitiert nach: ebd.

[23] Zitiert nach: ebd.

würden »verächtlich gemacht und denunziert«, heißt es im Aufruf. »Kritische Journalist*innen werden mit kostenintensiven Unterlassungserklärungen, Klagen und Anzeigen überzogen«, beklagen die Initiatoren außerdem.[14]

Unter den Unterzeichner*innen des Aufrufs ist auch die Fachjournalistin und Rechtsextremismus-Expertin Andrea Röpke. Für die Kontext-Wochenzeitung, schrieb sie im November 2019:

»Wie viele andere engagierte Menschen in der Bundesrepublik werde auch ich auf einer der vielen Listen der Rechten geführt. Das verwundert mich nicht, beschäftige ich mich doch wie Robert Andreasch, Andreas Speit, Volkmar Wölk, Anton Maegerle und viele weitere KollegInnen seit über 25 Jahren intensiv mit dem Thema Rechtsextremismus. Doch Sorgen machen braucht sich keiner von uns. Das habe ich amtlich. Das Bundeskriminalamt und das Landeskriminalamt Niedersachsen haben geprüft und sind zu dem Schluss gekommen, dass derzeit keine Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung der aufgelisteten Personen vorliegen. Jeder von uns fragt sich: Wie können sie sich da so sicher sein?«[15]

Das Recht als Waffe

Gewalt und direkte körperliche Bedrohung führen immer zu schlechter Presse. Vor allem Angriffe auf Medienvertreter*innen. Und so, wie sich das äußere Erscheinungsbild deutscher Rechtsextremisten vom Springerstiefelträger hin zum vollbärtigen Hipster verändert hat, haben sich die Angriffe gegen die Presse mittlerweile auf eine elegantere und subtilere Art der Bedrohung verlegt. Juristisch gegen kritische Veröffentlichungen vorzugehen, war bis vor einiger Zeit ein aus der Wirtschaft oder von Prominenten bekanntes Vorgehen.[16] Seit einigen Jahren allerdings haben rechtsradikale Akteure, die AfD und deren Umfeld die Justiz verstärkt als Waffe für sich entdeckt.

Gerade bei journalistischen Auseinandersetzungen mit brisanten Themen springt die juristische Maschinerie von rechts an und versucht mit aller Macht, die unliebsame Berichterstattung zu verhindern. Erst vor kurzem haben Andrea Röpke und Andreas Speit das Buch »Völkische Landnahme – Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos« im Ch. Links Verlag veröffentlicht.

Sie beschreiben das Leben rechtsaktivistischer Aussteiger, die sich in ländlichen Regionen ansiedeln, um dort nationale Graswurzelarbeit zu betreiben. Sie treiben ökologische Landwirtschaft, traditionelles Handwerk, bringen sich in örtliche Vereine und die Lokalpolitik ein und pflegen Netzwerke, die bis in die Parlamente reichen. Vor Ort findet so eine sehr niederschwellige Ideologisierung von unten statt.[17]

Mindestens zwölf Abmahnungen haben den Verlag zum Buch erreicht[18], einige davon gingen direkt den Autor*innen zu. Vor allem bemängelten die Abmahnenden: Die identifizierende Berichterstattung, also die Nennung der im Buch Beschriebenen mit vollem Namen, und die Zurechnung dieser Personen zum rechtsextremen Spektrum.[19] »Wertende kritische Einordnungen«, die eigentlich durch die Meinungsfreiheit gedeckt seien, »sollen auf diese Weise unterbunden werden«[20], kommentiert der Ch. Links Verlag das Vorgehen,

Röpke selbst sagte dem Medienportal »Übermedien«:

»Was mich schockiert: Wie einfach es ist, uns horrende Kosten aufzubürden, auch wenn wir gar keinen Fehler gemacht haben.«

Und weiter:

»Jedes Mal, wenn eine Abmahnung bei mir ankommt, muss ich einen Anwalt beauftragen, der dagegen vorgeht und eine Schutzschrift schreibt. Das kostet jeweils fast 2.000 Euro.«[21]

Röpke beschreibt dieses Vorgehen treffend als »Machtdemonstration, die einschüchtern soll. Die wollen zeigen: Wir kennen deine Privatadresse.«[22]

Auch große Verlage sind betroffen

Nicht nur Röpke und Speit trifft die Entdeckung der Juristerei durch rechte Akteure. Auch der Rowohlt-Verlag hat mittlerweile Erfahrungen damit gesammelt. Im März 2019 erschien dort das Buch »Das Netzwerk der Neuen Rechten« der beiden Zeit-Journalisten Christian Fuchs und Paul Middelhoff. Die Abmahnwelle folgte auf den Fuß, ebenfalls gerichtliche Verfahren, die den Verlag laut Autor Fuchs bisher eine fünfstellige Summe kosteten.

Fuchs sieht in solchen Abmahnwellen »eine bewusste Strategie, mit der kritische JournalistInnen einschüchtern und mundtot gemacht werden sollen.«[23]



Solche Abmahnungen seien zwar nichts Neues, der Fall habe jedoch eine neue Qualität: »So massive Versuche, gegen ein journalistisches Produkt vorzugehen, haben wir vorher noch nie erlebt. Und das, obwohl wir seit Jahren über alle Möglichkeiten berichten, die das nicht wollen: Geheimdienste, Extremisten, Sekten.«[24]

Dabei hätten der Rowohlt-Verlag und die beiden Autoren in der Mehrzahl der inkriminierten Textstellen wohl fast jede Auseinandersetzung vor Gericht gewonnen und in ihrer Publikation nichts Inhaltliches ändern müssen. Zum Teil sei es auch nicht um Inhalte gegangen, sondern »um reine Formalitäten, wie das Impressum unserer Website zum Buch«[25], berichtet Fuchs. »Wir wurden gleich zweimal abgemahnt, weil dort eine Faxnummer fehlte.«[26]

Ein Vorzeigebispiel des juristischen Kampfes in diesem Falle der AfD, wenn auch nicht gegen die Presse, sondern gegen den politischen Gegner, ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Fall Horst Seehofer: Der Innenminister hatte das Gebaren der AfD in einem Interview als »staatszersetzend« bezeichnet und selbiges auch auf der Homepage des Innenministeriums veröffentlicht lassen. Die AfD klagte und bekam vor dem Bundesverfassungsgericht Recht. Allerdings nicht, weil Seehofer den Habitus der Partei nicht »staatszersetzend« nennen dürfte, sondern weil die Verbreitung des Interviews über die Seite des Ministeriums das staatliche Neutralitätsgebot verletzt.[27] Für die AfD ein voller Erfolg, denn, so schreibt Johannes Hillje, Politik- und Kommunikationsberater, in einem Kommentar, »die lauert mittlerweile darauf, Regierung und politische Gegner vor Gericht zu zerren, um sie öffentlich vorzuführen.«[28] Und so vermarktete Parteichef Jörg Meuthen den vermeintlichen Sieg mit den Worten:

»Dieser juristische Sieg der AfD über Seehofer ist ein wichtiger Beitrag zur politischen Hygiene in Deutschland.«[29]

Juristische Intervention als Marketing-Instrument

In der Tat steht es jedem zu, sich gegen Berichterstattung zu wehren und einen Anwalt zu beauftragen. Für die AfD und ihr Umfeld allerdings ist das zu einem Kernelement der politischen Strategie geworden, zu einem regelrechten Marketing-Instrument. Kommunikationsberater Hillje bringt es auf den Punkt: »Erstens: Der angebliche Rechtsbruch der Regierenden ist eine Dauerkampagne der AfD. In dieser Erzählung ist der Staat nur noch Beute gieriger Parteien, die Demokratie ist eine Cliquenwirtschaft, und Bürgerinnen und Bürger sind die Geiseln eines Unrechtsstaats ... In diesem kleptokratischen System müsse grundlegend aufgeräumt werden, und dafür brauche es die AfD als sich selbstverharmlosende »Rechtsstaatspartei« und »Anwältin der Bürger«. Zweitens: Rechtsstaatliche Tadello-sigkeit ist das, was die Partei selbst ausstrahlen will. Die Beobachtung des rechtsextremen Netzwerks in der AfD und die drohende Beobachtung der Gesamtpartei

[24] Zitiert nach: ebd.

[25] Zitiert nach: ebd.

[26] Zitiert nach: ebd.

[27] <https://bit.ly/3n4lWch> (aufgerufen am 12.06.2020)

[28] <https://uebermedien.de/49892/wie-medien-der-afd-helfen-sich-rechtlich-reinzuwaschen/> (aufgerufen am 12.06.2020)

[29] <https://afdkompakt.de/2020/06/09/wichtiger-beitrag-zur-politischen-hygiene-in-deutschland/> (aufgerufen am 12.06.2020)



»Völkische Landnahme«; Abbildung: Ch. Links Verlag, Lizenz: All rights reserved. <https://www.christoph-links-verlag.de>

[30] <https://uebermedien.de/49892/wie-medien-der-afd-helfen-sich-rechtlich-reinzuwaschen/> (aufgerufen am 11.05.2020)

[31] Zitiert nach: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/frontal-21-recherche-zu-tino-chrupalla-zdf-nimmt-beitrag-ueber-afd-spitzenpolitiker-aus-dem-programm/25275912.html> (aufgerufen am 01.05.2020)

[32] ebd.



»Wachhund«; Abbildung: Getty Images, Lizenz: All rights reserved.

[33] <https://blogs.taz.de/hausblog/wachhund-der-oeffentlichkeit/> (aufgerufen am 07.05.2020)

[34] ebd.

[35] <https://www.hoecker.eu/assets/img/DokumentationKorrespondenz-KONTRASTE.pdf> (aufgerufen am 07.05.2020)

[36] <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2019/05/21/erste-konferenz-der-freien-medien-wie-die-afd-rechte-blogger-und-identitaere-in-den-bundestag-einlud> (aufgerufen am 07.05.2020)

[37] <https://meedia.de/2019/07/24/tendenzjournalismus-bleibt-nicht-unentdeckt-anwalt-hoecker-erzielt-juristischen-sieg-gegen-kontraste-im-zitate-streit/> (aufgerufen am 07.05.2020)

[38] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/alexander-mitsch-cdu-werteunion-afd-spende> (aufgerufen am 07.05.2020), <https://www.sueddeutsche.de/politik/werte-union-alexander-mitsch-maassen-afd-1.5003812> (aufgerufen am 21.08.2020)

[39] <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/371/sieg-heil-mit-smiley-5077.html> (aufgerufen am 08.05.2020)

durch den Verfassungsschutz bringen die Partei in größte Bedrängnis.«[30]

Kein Wunder also, dass die Presse als kritische und reichweitenstarke Instanz im Fokus der Partei und ihres Umfelds steht. Geklagt wird nicht nur nach unliebsamen Veröffentlichungen, sondern teilweise schon vorher. Beispielsweise drehte das ZDF für die Sendung »Frontal 21« ein kritisches Portrait über den sächsischen AfD-Politiker Tino Chrupalla. Den Beitrag wollte das ZDF kurz vor dem AfD-Bundesparteitag Ende 2019 in Braunschweig senden, bei dem sich Chrupalla als Nachfolger von AfD-Chef Gauland zur Wahl gestellt hatte. »Frontal 21« hat sich in der sächsischen Heimat auf Spurensuche begeben und mit Parteikollegen sowie ehemaligen Weggefährten gesprochen«, hieß es in der Ankündigung im Netz. Der Beitrag sollte unter anderem von Vorwürfen handeln, Chrupalla habe den Kreisverband Görlitz »wie eine Sekte geführt«, seine Kritiker seien »mundtot gemacht« worden.[31] Noch vor der Ausstrahlung setzte Chrupalla seinen Anwalt in Bewegung, der mit der Begründung, die Grundsätze der Verdachtsberichterstattung seien nicht eingehalten worden, vom ZDF forderte, eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen, und dem Sender damit untersagte, diese »Behauptungen« zu wiederholen. Mit Erfolg: Das ZDF zog den Beitrag zurück.[32]

Die Presse als »Wachhund der Öffentlichkeit«

Als die taz 2018 einen Text über einen ehemaligen Mitarbeiter von Alexander Gauland mit einschlägig rechtsextremem Hintergrund veröffentlichte, ging dieser ebenfalls juristisch gegen die Zeitung vor. Auch hier ging es vor allem um die Identifizierbarkeit des Betroffenen per Namensnennung. In erster Instanz verlor die taz, im Hauptsacheverfahren allerdings gab das Oberlandesgericht Düsseldorf der Zeitung Recht:

»Da zudem bereits im Zeitpunkt des Erscheinens des streitgegenständlichen Online-Artikels in der breiten Öffentlichkeit eine politische Debatte darüber geführt worden ist, ob sich die AfD von rechtsextremen Bewegungen hinreichend abgrenzt oder ob sie besser vom Verfassungsschutz beobachtet werden sollte, ist es für die Öffentlichkeit von erheblichem Interesse gewesen, zu erfahren, ob (...) Gauland oder andere AfD-Politiker Mitarbeiter beschäftigen, die eine rechtsextreme Vergangenheit aufweisen«[33],

heißt es in der Urteilsbegründung. Die Presse sei »der Wachhund der Öffentlichkeit«[34], befanden die Richter.

Exemplarisch für den Umgang mit der Presse ist die Intervention gegen die Sendung »Kontraste«. Im Rahmen eines Beitrags über die Nähe der superkonservativen CDU-Splittergruppe Werte-Union zur AfD wurde auch der Kölner Medienrechtsanwalt Ralf Höcker, damals Sprecher der Werte-Union, um ein Statement angefragt. Bereits im Vorfeld drohte Höcker der Redaktion mit juristischen Konsequenzen, würden seine Antworten nicht in Gänze zitiert.[35] Bei der Anfrage der »Kontraste«-Redaktion ging es um einen Vortrag, den Höcker im Mai 2019 auf der von der AfD organisierten »Konferenz der freien Medien« gehalten hatte, auf der diverser rechtspopulistisches wie rechtsextremes Personal anwesend war.[36] Tatsächlich kürzte die »Kontraste«-Redaktion Höckers Antwort – eine journalistisch übliche Praxis – auf das Wesentliche und unterlag später vor dem Landgericht Berlin.[37] Das gekürzte Zitat, befand das Gericht, sei sinnentstellend wiedergegeben worden. An der Richtigkeit der »Kontraste«-Recherche änderte sich derweil nichts.[38]

Redaktionen ausbluten lassen

Auch die Kontext-Wochenzeitung steckt mitten in einem Rechtsstreit. Im Mai 2018 hat sie einen Text veröffentlicht, in dem Auszüge aus Chat-Protokollen eines Mitarbeiters zweier AfD-Abgeordneter im Landtag Baden-Württemberg wiedergegeben wurden, in denen sich der Mann massiv und wiederholt rassistisch und menschenverachtend äußert.[39] Der Betreffende wollte der Redaktion daraufhin per einstweiliger Verfügung verbieten lassen, ihn beim vollen Namen zu nennen und ihm diese Aussagen zuzuschreiben. Für Kontext war klar, dass die Veröffentlichung juristischen Gegenwind provozieren würde, allerdings hielt sie eine Veröffentlichung dieser Chat-Auszüge nicht nur für geboten, sondern für journalistisch verpflichtend. Denn solche Äußerungen, die nicht in der Öffentlichkeit stattfinden, zeigen ungeschönt, wie Personen ticken, die für die AfD tätig sind. Die Massivität der Intervention war für Kontext allerdings nicht abzusehen.

Auch in diesem Fall beklagte der Rechtsanwalt der Gegenseite erstens die Namensnennung des Betroffenen und zweitens dessen Verortung im Rechtsextremismus und behauptete, die knapp 40 veröffentlichten menschenverachtenden

Äußerungen seien hineinmanipuliert worden – in rund 17.000 Seiten Protokolle mit mehr als 130 Chats mit NPD-Funktionären, Rechten, AfD-Personal und europäischen Neurechten bis Extremen. Vor Gericht versicherte der Mitarbeiter mehrfach an Eides statt, fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen. In der ersten Instanz kam er damit durch, weil das Landgericht Mannheim keinen Anlass sah, sich mit dem umfangreichen Beweismaterial auseinanderzusetzen. Damals lag der Streitwert, anhand dessen die Gerichts- und Anwaltskosten berechnet werden, bei etwa 40.000 Euro.[40] Zur Erläuterung: Der Streitwert wird aus den Anträgen des Klägers ermittelt und zeigt, vereinfacht gesagt, welchen Wert der Kläger dieser Angelegenheit und ihrer Klärung vor Gericht beimisst. 40.000 Euro sind viel. Vor allem im Presserecht.

Gegen dieses Urteil hat Kontext Berufung eingelegt. Das Oberlandesgericht Karlsruhe gab der Redaktion in einem zweiten Prozess, in dem sich die Kammer ausführlich mit den 17.000 Seiten Chat-Protokollen auseinandersetzte, die Kontext als Beweismaterial vorgelegt hatte, vollumfänglich Recht. Die identifizierende Berichterstattung sei angesichts des öffentlichen Interesses und des öffentlichen Meinungskampfes um die rechtsextreme Ausrichtung der AfD zulässig.[41] Der seit Jahren andauernde Rechtsstreit geht 2021 in die nächste Runde, ins Hauptsacheverfahren vor dem Frankfurter Landgericht, diesmal mit sechsstelligem Kostenrisiko für die Redaktion.

Zugute kommt dem Kläger im Presserecht vor allem der sogenannte fliegende Gerichtsstand: Normalerweise wird an dem Ort prozessiert, an dem der Beklagte wohnhaft ist oder der jeweilige Fall stattgefunden hat. Im Presserecht kann an jedem Gericht in Deutschland geklagt werden, wenn die Veröffentlichung flächendeckend verbreitet wurde – beispielsweise in Zeitungen, die bundesweit vertrieben werden, oder über das Internet. Der »fliegende Gerichtsstand« ermöglicht es dem Kläger, für den Prozess das Gericht seiner Wahl auszusuchen. Eigentlich nicht schlimm, denn Recht ist Recht. Im Presserecht aber geht es um eine ständige Abwägung zwischen zwei sehr hohen Rechtsgütern: dem Schutz des Persönlichkeitsrechts desjenigen, über den berichtet wird, und die Pressefreiheit, die für das Funktionieren einer Demokratie unabdingbar ist. Und natürlich wird sich der Kläger ein Gericht aussuchen, das als besonders medienkritisch bekannt ist.[42] Der Gang durch die Instanzen, theoretisch bis vor den Europäischen Gerichtshof, kann Jahre dauern.

Hier passt das Bild vom Recht als Waffe besonders gut, denn Prozessieren ist teuer und die früher einmal prall gefüllten Kassen der Verlage werden immer leerer. Da wird schon mal der Rotstift angesetzt, bevor die Abmahnung ins Haus flattert. Dass es gerade in Fall Kontext nicht nur darum geht, einen Text aus dem Netz zu nehmen, zeigt der Streitwert, den die Gegenseite mittlerweile auf 260.000 Euro festgesetzt hat. Im schlimmsten Falle führt dies für die Redaktion zu Gesamtkosten von insgesamt 100.000 Euro. Eine derart hohe Summe zielt vor allem darauf ab, eine unbequeme, spendenfinanzierte Zeitung finanziell auszubluten – und zu beschäftigen. Denn die Zeit, die vor allem kleinere Redaktionen mit jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen verbringen, ist in der Summe nicht zu unterschätzen. Zeit, die eine Redaktion sonst für die Berichterstattung über Rechtsextremisten und die AfD nutzen könnte. So wird die Behinderungsstrategie gleichzeitig zur Beschäftigungsstrategie, die vor allem die AfD mittlerweile nahezu meisterhaft beherrscht. Denn so, wie die Partei Parlamente etwa mit Kleinen Anfragen beschäftigt hält[43], versucht sie das auch bei der Presse.

Die Schere im Kopf

Juristische Intervention in derart großem Stil hat noch eine ganz andere Komponente als Geld und Zeit. Die bekannte Schere im Kopf öffnet sich bis hin zur Selbstzensur: ein Thema ist zwar sehr wichtig, aber soll man wirklich berichten bei all den drohenden Konsequenzen? Ist das nicht zu teuer? Zu aufwändig im Nachhinein? Möchte man sich selbst, eine Redaktion oder einen Verlag teils jahrelangen Gerichtsverfahren aussetzen, wo man andererseits doch einfach den einen Text nicht veröffentlichen, das treffende Zitat nicht verwenden, den vollen Namen nicht nennen oder – später – die Unterlassungserklärung zeichnen und das Ding damit vom Tisch bringen könnte?

Sowohl bei der taz-Berichterstattung über Gaulands ehemaligen Mitarbeiter als auch im Fall Kontext war das mediale Interesse am Thema groß. Entsprechend breit angelegt waren in beiden Fällen die Abmahnwellen, die diejenigen erreichten, die die betreffenden Texte zitiert hatten.[44] Im Fall Kontext erstreckte sich diese Welle von kleinen, vor allem auf Facebook aktiven Anti-Rassismus-Gruppierungen über Lokalzeitungen, Online-Angebote, antifaschistische Vereine bis hin zu bekannten großen Medienunternehmen. Beanstandet wurde beispielsweise die – verständlicherweise verkürzte – Formulierung »Mitarbeiter der AfD«. Die

[40] <https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/384/maulkorb-fuer-kontext-5265.html> (aufgerufen am 08.05.2020)

[41] <https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/412/in-aller-deutlichkeit-5727.html> (aufgerufen am 08.05.2020)

[42] <https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/412/presserecht-als-waffe-5725.html> (aufgerufen am 08.05.2020)

[43] https://www.deutschlandfunk.de/hunderte-anfragen-an-behoerden-afd-politiker-will.2907.de.html?dram:article_id=460460 (aufgerufen am 08.05.2020)

[44] <https://blogs.taz.de/hausblog/wachhund-der-oeffentlichkeit/> (aufgerufen am 07.05.2020)

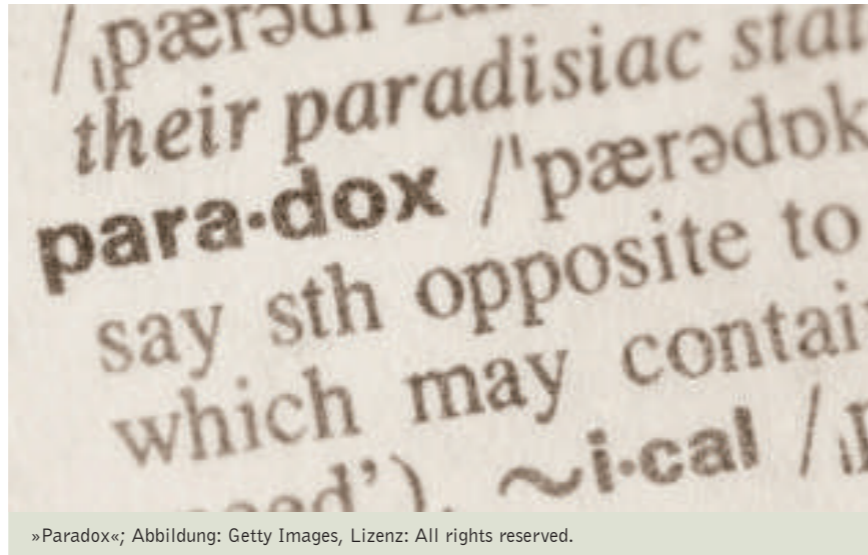
zulässige ist dagegen »Mitarbeiter zweier Landtagsabgeordneter der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg«. Eine Abmahnung zu parieren, und sei sie noch so kleinlich, kostet immer Geld. Und wer finanziell nicht gut aufgestellt ist, überlegt zweimal, ob er eine Nachricht noch einmal verbreitet oder sich eher weniger heiklen Stoff zuwendet.

In einer im Sommer 2019 erschienenen Studie der Otto-Brenner-Stiftung zu Versuchen, Journalist*innen durch Anwälte einzuschüchtern, kommen die Autor*innen zu dem Schluss, dass viele Verlage Unterlassungserklärungen zeichnen, »wenn im Gegenzug auf die Geltendmachung der Anwaltskosten verzichtet wird.«[45] Das ist nicht nur in der Sache falsch, sondern geradezu fahrlässig. Unverständlich auch, dass viele Redaktionen zwar körperliche Bedrohung ihrer Journalist*innen öffentlich machen, die subtilere Variante aber, kritische Berichterstattung über den juristischen Weg zu verhindern, vermutlich aus Angst vor Imageverlust möglichst unter dem Deckel halten.

[45] <https://bit.ly/32mnre4>, S. 64 (aufgerufen am 01.07.2020)

[46] <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/452/rechte-in-der-zweiten-reihe-6356.html> (aufgerufen am 01.07.2020)

[47] <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/475/steuergeld-fuer-naziklagen-6720.html> (aufgerufen am 01.07.2020)



»Paradox«; Abbildung: Getty Images, Lizenz: All rights reserved.

Paradox: Aufklärungsarbeit gefährdet das journalistische Geschäftsmodell

Erst vor einiger Zeit hat Kontext einen Nachfolge-Text veröffentlicht über weitere Mitarbeitende der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag.[46] Es ging um Verbindungen zur NPD, zur »Identitären Bewegung« und zur heute verbotenen »Heimatreuen Deutschen Jugend«. Letztlich war der Artikel nur eine zusammenfassende Berichterstattung bereits bekannter und beschriebener Fakten. Auch zu diesem Text erreichten die Redaktion insgesamt vier Schreiben einer Medienrechtskanzlei, die sie aufforderten, Unterlassungserklärungen zu unterzeichnen, weil sie identifizierend berichtet hätte und den Protagonisten des Textes unzulässigerweise eine rechtsextreme Gesinnung unterstellen würden. Abgestritten wurde die Faktenlage, beispielsweise, dass einer der Mitarbeitenden Texte für das NPD-Parteiblatt »Deutsche Stimme« verfasst hätte – obwohl die entsprechenden Artikel der Redaktion vorlagen und für jeden öffentlich einsehbar sind, der sich die Mühe macht, in einer Bibliothek mit guter Sammlung nachzulesen.

Letztendlich nahmen alle vier Betroffenen die Anträge zurück, nachdem das Landgericht Frankfurt ihnen auf Grundlage der von den Kontext-Anwälten hinterlegten Schutzschrift einen eindeutigen Hinweis erteilt hatte, dass es davon ausgehe, dass die Faktenlage zutrifft und den Mitarbeitenden unzweifelhaft eine rechtsextreme Gesinnung unterstellt werden darf. Die Kosten, die durch diese gescheiterten Interventionen entstanden sind, hat die AfD-Fraktion im Landtag beglichen. Also mit Steuergeldern.[47]

Während die Feinde der freien Presse über eine solide Finanzierungsgrundlage zu verfügen scheinen, ist die kritische Berichterstattung über rechtsextreme Umtriebe zum Kostenrisiko geworden. Allerdings lässt sich sogar der Klagefreude von rechts Positives abgewinnen: In vielen Fällen führt die Öffentlichmachung einer juristischen Intervention oder des Versuchs einer selbigen zu breiter Solidarität: zum einen zu Solidarität anderer Journalist*innen und Medien, die ihrerseits über die Einschüchterungsversuche berichten; zum anderen zu Solidarität einer sehr aktiven und breiten Zivilgesellschaft mit nicht zu unterschätzender Reichweite, und das nicht nur in den Sozialen Medien. Die Kontext-Wochenzeitung beispielsweise hat es geschafft, die anfallenden Kosten für ihr Dagegenhalten vor Gericht allein über Spenden zu finanzieren. Will heißen: Für die extreme Rechte wird es zunehmend schwerer, den »Wachhund der Öffentlichkeit« ruhigzustellen. Vor allem, wenn der sich auf die Hinterbeine stellt und Zähne zeigt. Und das ist gut so.

RECHTE MEDIEN. CORONA IM VISIER.

Eine in den letzten Jahren immer größer gewordene Bandbreite von Zeitschriften und Online-Publikationen bedient das verschwörungsmythische, rechtsintellektuelle und rechtsextreme Spektrum. Hassbürger*innen gestalten Zeitschriften wie »Compact«, betreiben Online-Plattformen wie »Politically Incorrect« oder publizieren beim Kopp-Verlag. Solche Publikationen und Internet-Präsenzen sind Organisationsformen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dieses Spektrum will den gesellschaftlichen Diskurs durch Publikationen, soziale Netzwerke und Veranstaltungen in seine Richtung lenken, eine sogenannte Gegenöffentlichkeit gegen ein angebliches Meinungskartell aufbauen und Massen mobilisieren. Aufgerufen wird zum »Widerstand«.

von Anton Maegerle



»Aufkleber gegen IB«; Abbildung: Mit freundlicher Genehmigung der Fachstelle mobirex/LAGO e.V., Lizenz: All rights reserved.

Hassbürger*innen setzen systematisch ganze Bevölkerungsgruppen herab: Sie schwadronieren von der »Umvolkung«, dem vermeintlich »großen Austausch«, der angeblich die Abschaffung der einheimischen Bevölkerung durch eine von geheimnisvollen Mächten gesteuerte Migration vorsieht, beklagen die vermeintliche Unterwanderung durch den Islam, den Feminismus, die angeblich linke Justiz, die Demokratie, kurz: das »System«. Diese Neue Rechte, die den Willen des Volkes repräsentieren will, inszeniert sich als elitäre Minderheit, die alles durchschaut hat, während das Volk noch aufgeklärt werden muss. Ein Vorbürgerkriegs-Szenario wird beschworen und von der Renaissance eines Nationalstaates mit homogenem Staatsvolk geschwärmt. Ihre Sprache in Form von Schmähvokabular (Sarrazin: »Kopftuchmädchen«, Weidel: »Messermänner«), stellt ein »Wir« her und auf der anderen Seite stehen »die anderen«, zum Beispiel Flüchtlinge. Letztlich läuft es auf die Vernichtung der Geschmähten hinaus. Die symbolische Gewalt in der Sprache nimmt die reale vorweg. Denn: Worte haben Folgen und Sprache ist gelenktes Denken.[1]

Anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts am 9. Juli 2020 in Berlin betonte BfV-Präsident Thomas Haldenwang, dass neben dem gewaltorientierten Teil der rechtsextremen Szene auch der Teil »immer aktiver und selbstbewusster« auftritt, »der zwar physisch keine Gewalt ausübt, aber dafür das Virus des Hasses und der Fremdenfeindlichkeit in die Gesellschaft schleudert.« Namentlich führte Haldenwang im Kontext der Neuen Rechten die »Compact-Magazin

[1] Vgl. dazu: Dworschak, Manfred: Orgien des Beleidigens. In: Der Spiegel, 10/2020, S. 106f.

GmbH«, die »Identitäre Bewegung Deutschland«, das »Institut für Staatspolitik«, den Verein »Ein Prozent« und die AfD-Teilorganisationen »Junge Alternative« und »Der Flügel« auf. »Der Flügel« hat nach eigenen Angaben Ende April 2020 seine Aktivitäten bundesweit eingestellt. Die Vertreter*innen dieser Neuen Rechten seien als »inhaltliche Stichwortgeber – mit personellen Überschneidungen in erwiesenen extremistischen Gruppen hinein« – gleichsam die »Superspreeder« von Hass, Radikalisierung und Gewalt«, so der BfV-Präsident.[2]

Das »Compact«-Magazin

Der Verfassungsschutz hatte die 2010 gegründete Monatszeitschrift »Compact«, die sich als »Magazin für Souveränität« versteht, schon im März als rechtsextremen Verdachtsfall eingestuft. »Compact« »bedient sich reversionistischer, verschwörungstheoretischer und fremdenfeindlicher Motive«, sagte Haldenwang.[3] »Compact«-Chefredakteur ist der gebürtige Pforzheimer Jürgen Elsässer, zugleich Redner bei Pegida-Veranstaltungen und Veranstalter von Kongressen mit AfD-Politiker*innen.[4] Die Ansicht, die Bundesrepublik sei nicht souverän, wird auch von Pegida-Anhänger*innen, Teilen der AfD und dem Mannheimer Sänger Xavier Naidoo geteilt, der sich 2011 mit dem Satz »Deutschland ist immer noch ein besetztes Land« als Verfechter dieser Theorie outete.[5]

Die Zeitschrift ist das bekannteste Produkt der »Compact-Magazin GmbH«, die neben einer Publikationssparte auch einen Online-Auftritt und einen eigenen Videokanal »Compact TV« umfasst sowie ein Geflecht aus Konferenzen, Kampagnen und Auftritten führender Köpfe bei anderen Veranstaltungen wie z.B. Pegida. Die »Compact-Magazin GmbH« agitiert »aus ihrem Selbstverständnis heraus als politischer Akteur, der zur Erreichung seiner Ziele – etwa dem Sturz der aktuellen Regierung bzw. des »Systems« – zuerst den Diskurs in seinem Sinne umprägen möchte, um anschließend die erhoffte politische Wende einleiten zu können«, so das BfV in seinem »Lagebild Antisemitismus« vom Juli 2020.[6]

Ende August haben Facebook und Instagram die Seiten der Zeitschrift offline genommen. Eine Facebook-Sprecherin erklärte: »Wir verbieten Organisationen und Personen, unsere Dienste zu nutzen, wenn sie Menschen aufgrund von Merkmalen wie Herkunft, Geschlecht und Nationalität systematisch angreifen. Daher haben wir das »Compact«-Magazin von Facebook und Instagram entfernt.«[7]



»Im neuen Licht«; Abbildung: picture alliance / dieKLEINERT.de / Martin Erl
Lizenz: All rights reserved.

Der letzte »Compact«-Post auf Instagram zeigte Martin Sellner, Chefdenker der rechtsextremen »Identitären Bewegung« und »Compact«-Stammautor, auf der beginnenden Corona-Leugner-Demo am 29. August 2020 in Berlin, ohne dessen Namen zu nennen. Zuletzt hatten mehr als 90.000 Menschen die Seite bei Facebook geliked. »Compact« ist auch auf anderen Plattformen aktiv. Die Videos von »Compact TV« erreichen auf YouTube oft fünf-, manchmal sechsstellige Abrufzahlen.[8]

Die »Identitäre Bewegung« (IB) um Martin Sellner bezieht sich auf antiliberalen, antidemokratischen und antiegalitären Strömungen aus der Zeit der Weimarer Republik. In Baden-Württemberg existieren die beiden Regionalgruppen IB Baden und IB Schwaben, wobei vor allem letztere aktiv ist.

Compact

ist rechtsextremer Verdachtsfall

»Compact ist rechtsextremer Verdachtsfall«
Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

[2] <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/vortraege/statement-p-20200709-vorstellung-vs-b-2019> (aufgerufen am 13.08.2020)

[3] <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/compact-magazin-facebook-und-instagram-sperren-rechtes-verschwoerungsportal-a-8dc50bfb-2ce4-4a41-8355-1164c2a2c338#ref=rss> (aufgerufen am 08.09.2020)

[4] <http://www.tagesspiegel.de/medien/juergen-elsaesser-und-sein-compact-magazin-nach-ideologischem-zickzackkurs-stramm-rechts/13367938.html>; <https://www.vorwaerts.de/artikel/afd-politiker-jens-maier-brevik-handelte-verzweiflung> (beide aufgerufen am 01.09.2020)

[5] <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/auf-die-barrikaden> (aufgerufen am 03.09.2020)

[6] BfV: Lagebild Antisemitismus. Köln 2020, S.34 (aufgerufen am 01.08.2020)

[7] <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/compact-magazin-facebook-und-instagram-sperren-rechtes-verschwoerungsportal-a-8dc50bfb-2ce4-4a41-8355-1164c2a2c338#ref=rss> (aufgerufen am 01.09.2020)

[8] ebd.

»Compact« ist für rechte Verschwörungstheorien bekannt und publiziert oft offen rechtsextreme Texte. Aus der Zeitschrift, die sich lange dem »Querfront«-Spektrum zwischen Friedensmahnwachen und Pegida-Spaziergängen zuordnen ließ, ist inzwischen eine unverhohlene rechtsextreme Publikation geworden – einer der publizistischen Arme des vormaligen »Flügels« der AfD. Angesprochen werden soll ein breites Spektrum von deutschnationalen oder politik- bzw. parteiverdrossenen Leser*innen. Das »Volk« wird in »Compact« häufig als Opfer dargestellt: Es werde von politischen und ökonomischen Eliten bedroht und betrogen, seine angeblichen Feinde seien wahlweise »Gutmenschen«, die Massenmedien, das »angloamerikanische Großkapital« oder die »Besatzungsmacht« USA. Zu den Themenschwerpunkten des Blattes gehören Asyl- und Flüchtlingspolitik – in Kombination mit dem Vorwurf an die sogenannten Altparteien, sie seien für den drohenden Untergang Deutschlands verantwortlich. Damit brachte es das 2013 gegründete Monatsmagazin zu einer Auflage von rund 40.000 verkauften Exemplaren. Auf dem Höhepunkt der »Flüchtlingskrise« verkaufte sich das Magazin 85.000 Mal.[9]

Bundesweit in den Medien erwähnt wurde »Compact« im Zusammenhang mit der Corona-Leugner-Demonstration am 29. August 2020 in Berlin. Zigtausend Menschen hatte das Demonstrationsbündnis aus »Querdenken«, Impfgegner*innen, »Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand«, Corona-Leugner*innen, Reichsbürger*innen, Holocaust-Leugner*innen, AfD, NPD, III. Weg und »Identitärer Bewegung« in die Bundeshauptstadt mobilisiert. »Compact« hatte über Wochen hinweg für die Proteste gegen die Corona-Politik in Berlin getrommelt; der 29. August sei der wichtigste Tag seit 1945, hatte »Compact« verlauten lassen.[10]

Der Blog »PI-News«

»Es ist zu befürchten, dass uns die staatlich verordneten ›Corona-Maßnahmen‹ noch für lange Zeit erhalten bleiben werden. Ob sie bei Verfügbarkeit eines Impfstoffes enden oder erst nach dem vollendeten Umbau unseres Staats- und Währungssystems im Zuge einer neuen Weltordnung, bleibt abzuwarten«, war am 7. September 2020 bei »Politically Incorrect« (PI-News) zu lesen.[11]

Auf dem Blog mit angeblich 120.000 Besucher*innen täglich sind vorgeblich journalistische Beiträge und erst recht die Kommentarspalten ein »Ort geworden für Doxing, Verunglimpfungen, Beleidigungen und den Hass auf Minderheiten, insbesondere Muslime«, konstatiert die SPD-Landtagsfraktion in einem Antrag zum Thema »Freistaat21 – Bürgerdemokratie in Bayern stärken« im bayerischen Landtag vom Januar 2020. Weiter schreiben die Antragsteller*innen: »Bisweilen reicht wie im Fall des ermordeten Regierungspräsidenten Walter Lübcke eine Tätigkeit einer Person aus, um dort in den Kommentaren regelmäßig in Erinnerung gerufen zu werden. Die Wut der Szene auf diese Personen wird somit von den Nutzern ungestraft angeheizt und kann Täter zu Straftaten motivieren. Auch werden dort regelmäßig Adressen veröffentlicht, etwa von Personen, die sich für Geflüchtete engagieren. PI-News ist damit letztlich auch als rechte Feindesliste besonderer Sorte anzusehen. Personen, die in den ›Artikeln‹ besonders hervorgehoben werden, sehen sich Shitstorms bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt.«[12]

PI-News ging am 11. November 2004 online. In einer Selbstdarstellung heißt es:

»2004, das war lange vor der Gründung von AfD oder Pegida – das war sogar noch ein Jahr vor dem Amtsantritt der deutschen Verhängnisgestalt Angela Merkel. Seit 2005 begleitet PI-NEWS unerbittlich die Merkel-Ära, derer man sich in der künftigen Geschichtsschreibung Deutschlands einmal, hoffentlich schon bald, schämen wird.«[13]

Einzelne Autor*innen sind öffentlich bekannt. Einen presserechtlich Verantwortlichen gibt es nicht. PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger, einer der Vielschreiber, gilt als »zentraler Akteur des verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Spektrums in Bayern«, der seit 2018 mit »vermehrt positiven Äußerungen« zur rechtsextremen »Identitären Bewegung« auffällt.[14] Stürzenberger war 2003/2004 Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der rechtsextremen Partei »Die Freiheit«.[15]

Zum PI-News-Autorenkreis zählen unter anderem auch Manfred Rouhs, 1986 Bundestagskandidat für die NPD und später Bundesvorsitzender der 2017 auf-



September 29, 2018 – Garmisch Partenkirchen, Bavaria, Germany – Juergen Elsaesser of Compact Online and Michael Stuerzenberger speaking to a member of the right-extremist Identitaere Bewegung, as denoted by the symbol on the arm. Adding themselves to the who-is-who-list of several hundred right-extremists from Germany, Austria, Switzerland, and other countries, Tommy Robinson, founder of the British EDL, Lutz Bachmann, grounder of Germany's Pegida, and Martin Sellner of the Identitaere Bewegung were guests as the Compact Konferenz held in the international tourist town of Garmisch Partenkirchen in southern Bavaria. The conferences are held by Juergen Elsaesser, founder of Compact magazine, a publication designed for right-extremists, conspiracy theorists, and right-wing sovereign citizens (Reichsbuerger). The venue was the ironically-named Gasthof zum Rassen, which residents state has hosted numerous, unwanted far-right and right-extreme events in the village. The city government is furthermore relatively quiet about such events, as stated by residents they are afraid tourists will find out. Despite this, a spontaneous demonstration by residents took place. Abbildung: picture alliance / ZUMAPRESS.com | Sachelle Babbar, Lizenz: All rights reserved.

gelösten rechtsextremen »Bürgerbewegung Pro Deutschland«[16], und Markus Wiener, der 2016 sein Amt als Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen von »Pro Deutschland« niederlegte.[17]

Seit dem Jahr 2010 existieren neben der »virtuellen Gemeinschaft« von »Politically Incorrect« auch sogenannte PI-Ortsgruppen in Städten und Regionen quer durch die Bundesrepublik, darunter in Freiburg, Heilbronn, Pforzheim und Reutlingen.[18]

Kopp Verlag

Zum Lager der Corona-Leugner zählt auch der Kopp Verlag mit Sitz im schwäbischen Rottenburg am Neckar (Landkreis Tübingen). Das Unternehmen (Verlag, Versandbuchhandlung, Webportal mit Nachrichten) gilt als ökonomisch erfolgreichstes kommerzielles Projekt für eine Popularisierung aktueller und traditioneller Verschwörungsmymen und die Verbreitung rechtspopulistischer und rassistischer Weltansichten. Der Kopp Verlag »wurde mit Ufo-Büchern groß. Dann kam die Flüchtlingskrise. Seither sammeln sich um den Verlag Kosmologen, Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker«, hielt 2017 die Frankfurter Allgemeine Zeitung fest.[19] Kritiker bezeichnen Kopp auch als »Verlag der Impfgegner*innen«.[20] Ein Impfgegner, der auch für Kopp schreibt, ist der Herrenberger Hans Tolzin. Tolzin publizierte bei Kopp bislang sechs Bücher zum Thema, etwa »Die Masern-Lüge« (2016) oder »Ebola unzensiert« (2015).

Der Verlag wurde 1993 von dem ehemaligen Polizisten Jochen Kopp gegründet. Heuteveranstaltet er Kongresse für die rechte Szene und verbreitet neben Büchern über Ernährung, Medizin und Esoterik auch solche mit rechtem Gedankengut (z.B. »Albtraum Zuwanderung« von Udo Ulfkotte), Anti-Antifa-Machwerke (z.B. »Staats-Antifa. Die heimliche Machtergreifung der Linksextremisten« von Christian Jung) und über Ufo-Verschwörungsmymen. Der Umsatz beträgt bis zu zehn Millionen Euro im Jahr. Etwa 60 Mitarbeiter*innen sind bei Kopp beschäftigt, bis zu 25.000 Bücher versendet der Verlag am Tag. Kopp versorgt auch die Prepper-Szene, die sich auf eine kommende Apokalypse vorbereitet, mit Survival-Ratgebern (z.B. »Der Fluchtrucksack«) sowie Pfeffersprays, Elektroschockern, Schutzwesten oder lang haltbaren »Panzer-Keks«.[21]

Verlage wie der Kopp-Verlag bedienen den Verschwörungsmymen huldigenden Markt, »bekommen deutlichen Auftrieb und erreichen ein beträchtliches Publikum«, schreibt der Terrorismusexperte Florian Hartleb.

[9] <https://www.tagesschau.de/inland/facebook-compact-offline-101.html> (aufgerufen am 08.09.2020)

[10] ebd.

[11] <http://www.pi-news.net/2020/09/wahlen-in-zeiten-von-corona/> (aufgerufen am 07.09.2020)

[12] SPD-Antrag zum Thema »Freistaat21 – Bürgerdemokratie in Bayern stärken« im bayerischen Landtag, Drucksache 18/5903 vom 29. Januar 2020, S. 4

[13] <http://www.pi-news.net/2019/11/pi-news-hat-heute-geburtstag/> (aufgerufen am 30.09.2019)

[14] Verfassungsschutzinformationen Bayern, 1. Halbjahr 2019 (aufgerufen am 15.08.2019)

[15] http://www.pi-news.net/2020/08/1-fc-koeln-entfernen-sie-die-ditib-moschee-von-ihren-trikots/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=1-fc-koeln-entfernen-sie-die-ditib-moschee-von-ihren-trikots (aufgerufen am 19.08.2020)

[16] Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2010, S. 42, Verfassungsschutzbericht Berlin 2015, S. 110

[17] Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2016

[18] <http://www.pi-news.net/pi-gruppen/> (aufgerufen am 08.09.2020)

[19] Soldt, Rüdiger: Neues aus Hohlerde. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Februar 2017, S. 3

[20] <https://tuebingenrechtsausen.wordpress.com/> (aufgerufen am 05.09.2020)

[21] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/neue-rechte-verteilung-deutschland-karte>; Soldt, a.a.O. (aufgerufen am 21.07.2020)

»Antisemitische Klischees, die eine lange Tradition haben«, spielen in diesen Mythen »bis heute eine Rolle und stehen im Mittelpunkt der Diskussion über Verschwörungstheorien«.

Diese äußern sich laut Hartleb unter anderem dahingehend, dass jüdisches Finanzkapital, personifiziert durch Personen wie Bill Gates oder George Soros, die Welt beherrsche, sowie in einer allgemeinen Kapitalismus- und Globalisierungskritik, wonach an der US-amerikanischen Ostküste eine weltbeherrschende jüdische Finanzelite sitzt.[22]

Tagtäglich am Nachmittag, auch am Sonntag, erscheint der »Kopp-Report«. Kopp-Autor*innen greifen in die Tasten, dazu werden Links zu gleichgesinnten Seiten geboten. Am 1. September 2020 ging hier der Artikel über die »Demo in Berlin – wie es wirklich war« (vom 29. August) des ehemaligen Polizisten Stefan Schubert online. O-Ton Schubert:

»Bei der Nachbetrachtung zu Berlin wird einem jedoch schwer ums Herz, es wird einem bewusst, wie sehr im sonstigen Alltag jegliche Diskussionskultur durch die herrschende Clique im Land zerstört wurde. Dass es einem mittlerweile fast unheimlich ist, seine Meinung vor Unbekannten frei zu äußern, ohne Scheu und der eigenen Schere im Kopf, wann die Diffamierung eines selbsternannten Blockwartes beginnt oder sonstige Zensur im Namen der politischen Korrektheit eines Gehirngewaschenen startet.«[23]

Schubert war 2019 Interviewpartner des rechtsextremen »Deutschen Nachrichtenmagazins »Zuerst!««. Eingeführt wurde er den Leser*innen mit den Worten: »Seine engen Beziehungen zu Spezialeinheiten, Polizisten und Sicherheitsbehörden verleihen seinen Büchern viel Insiderwissen sowie eine große Authentizität. Zahlreiche seiner Werke waren bereits in der Spiegel-Bestsellerliste Sachbuch vertreten.«[24]

Im Sommer 2020 erschien bei Kopp das Buch »Vorsicht Diktatur!« von Schubert. Auf dem Buchcover heißt es: »Wie im Schatten von Corona-Krise, Klimahysterie, EU und Hate Speech ein totalitärer Staat aufgebaut wird«. Beworben wurde das Buch u.a. mit Online-Anzeigen auf dem Internet-Portal »PI-News«. In der September-Ausgabe von »Compact« erschien eine ganzseitige Werbeanzeige für das Buch. Das Machwerk ist ein Mix aus extrem rechtem Gedankengut und apokalyptisch geprägten Verschwörungsmutheorien: Demnach belegen »geheime Dokumente aus dem Innenministerium (...), dass die Bundesregierung in der Corona-Krise gezielt die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt hat, um so massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können. Seit Beginn des Jahres 2020 wurden die Bürger gezielt von Politik und Medien mit apokalyptischen Horrorszenerarien konfrontiert. Die tägliche Veröffentlichung der Corona-Todeszahlen glich einer Kriegserichterstattung. (...) Das Überwachungssystem, das die Bundesregierung im Schatten der Corona-Krise am Parlament vorbei und ohne jegliche gesellschaftliche Debatte beschlossen hat, erinnert an Kontrollsysteme totalitärer Staaten. (...) Dabei stellen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung nur einen Bereich dar, um die Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken. Auch im Zuge der Migrationsdebatte, der Klimahysterie, des EU-Zentralismus und des zur Staatsdoktrin erhobenen »Kampfes gegen Rechts« werden im Grunde Sprech- und Denkverbote mit ständig neuen Gesetzen durchgesetzt. Die offene Ermutigung zur Denunzierung und die bisweilen brutale Ausgrenzung Andersdenkender lassen das typische Gebaren totalitärer Regime erkennen. Und aufgrund der Vorgaben der Politik bekämpfen Justiz und Sicherheitsbehörden, wie der Verfassungsschutz und das BKA, nicht mehr nur Kriminelle, Gewalttäter und Terroristen, sondern regierungskritische Bürger und Medien.«

Zu den Buchautoren im Kopp Verlag zählt auch Helmut Roewer. Er war von 1994 bis Herbst 2000 Präsident des Thüringer Inlandsgeheimdienstes. Roewer wird ein Teil des Staats-Versagens im Fall der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) angelastet: Das NSU-Kerntrio stammte aus dem thüringischen Jena und konnte problemlos unter den Augen des Verfassungsschutzes untertauchen. Seit seiner Suspendierung tritt Roewer offen in den Kreisen der extremen Rechten als Referent (»Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«) und als Autor (»Compact«) auf.[25] Der Titel seines 2020 bei Kopp erschienenen Buches lautet »Spygate: Der Putsch des Establishments gegen Donald Trump«.

Auch Roewer sieht sich auf seinem Blog bemüßigt, sich in primitivster Weise zu Corona zu äußern: »Der Genosse Lauterbach kündigt an, Karneval ausfallen zu lassen. Das ist konsequent in Zeiten, wo ohnehin jeder eine Maske tragen muss. (...) Wg. Corona: Schon wieder ein Toter. Er starb in Sachsen-Anhalt im Alter von 91 Jahren.«[26]

Der Rechtsextremismus-Experte Matthias Quent, Gründungsdirektor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena, bezog in einem Interview mit dem Südwestrundfunk (SWR) Stellung zu Kopp:

»Der Verlag hat klare Bezugspunkte ins rechte und rechtsradikale Milieu. Hinsichtlich seiner Autoren. Hinsichtlich vor allem aber der Themen, die der Verlag bespielt, und hinsichtlich der Stimmung, die er erzeugt. Man kann nicht einerseits sich mit seinem Verlagsprogramm an der Delegitimierung der Demokratie beteiligen, von der vor allem populistische und radikale Rechte profitieren, und andererseits so tun, als hätte man dafür keine Verantwortung. Das ist schizophren.«[27]

Für Quent trägt der Kopp Verlag dazu bei, das Vertrauen in Demokratie und Aufklärung zu zerstören: »In meiner Wahrnehmung hat sich der Kopp Verlag so schleichend normalisiert, er ist immer größer geworden. Er ist nicht wirklich auf dem Radar der Öffentlichkeit. Er wurde kaum groß problematisiert, einige wenige Artikel ausgenommen, auch deswegen, weil der Kopp Verlag und seine Autoren sehr schnell dabei sind, auf kritische Öffentlichkeiten draufzuhauen. Mit eben der Lügenpresse-Keule oder mit anderen Vorwürfen. Und so hat sich der Kopp Verlag letztlich jenseits der großen kritischen Öffentlichkeit ein eigenes Imperium aufbauen können.«[28]

Der Kopp Verlag ist nach Einschätzung des SWR ein »publizistisches Imperium«, das »alle vereint, denen Ideologie wichtiger ist als Aufklärung. Ein Imperium, das Zweifel an den Werten unserer Demokratie sät und zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt. Was genau Jochen Kopp dabei antreibt, ist nicht bekannt. Doch eines ist nach der Auseinandersetzung mit dem Verlag klar: Mit der im Grundgesetz garantierten Meinungsfreiheit macht er ein gutes Geschäft. Rechtspopulisten und Verschwörungstheoretiker haben bei ihm eine Plattform.«[29]

[22] Hartleb, Florian: Einsame Wölfe. Der neue Terrorismus rechter Einzeltäter. Hamburg 2018, S. 193f.

[23] <https://kopp-report.de/demo-in-berlin-wie-es-wirklich-war/> (aufgerufen am 01.09.2020)

[24] Interview mit Stefan Schubert. In: »Zuerst!«, 10/2019, S. 28ff.

[25] <https://www.kontextwochenzeitung.de/zeitgeschehen/460/verfassungsschuetzer-auf-rechten-abwegen-6465.html> (aufgerufen am 04.09.2020)

[26] <http://www.helmut-roewer.de/root/news/239.php> (aufgerufen am 08.09.2020)

[27] Manuskript: »Hetze, Angst, Verschwörungsmutheorien – Der Kopp Verlag«. Autoren Judith Brosel, Moritz Kluthe, Christian Kretschmer, Thomas Simon. SWR2 Wissen vom 09.12.2019. Manuskript und Audiodatei abrufbar unter <https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/swr2-wissen-2019-12-09-1...> (aufgerufen 08.09.2020)

[28] ebd.

[29] ebd.

WIE PASSEN (RECHTS-) POPULISMUS UND DER GLAUBE AN VERSCHWÖRUNGS- THEORIEN ZUSAMMEN?

VertreterInnen rechtspopulistischer Parteien verbreiten in den Sozialen Medien, in Reden und Texten immer wieder Verschwörungstheorien. Dieses Phänomen ist häufig beobachtet, aber bisher kaum systematisch untersucht worden. Der vorliegende Beitrag untersucht daher beispielhaft, wie die Landtagsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Baden-Württemberg im Kontext der ersten Covid-19-Welle im Frühling des Jahres 2020 in ihrer parlamentarischen Arbeit Verschwörungstheorien nutzte, um verstärkt Bürger*innen anzusprechen, die mit den Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Pandemie unzufrieden waren. Die Fallstudie zeigt, dass die AfD-Landtagsfraktion in der Pandemiewelle zu Beginn keine Verschwörungstheorien verbreitete und ihre Rhetorik erst dann verschwörungstheoretisch zuspitzte, als sich mit dem Aufkommen der bundesweiten Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens ein Gelegenheitsfenster bot. Dieser abrupte rhetorische Wechsel zeigt, dass die AfD-Landtagsfraktion verschwörungstheoretische Rhetorik strategisch einsetzt, um neue Zielgruppen zu erschließen und ihre selbstgewählte Rolle als Anti-Establishment-Partei zu festigen.

von Laura Hammel



»AfD-MdLs Baum, Räßle und Stauch bei der Demo von Querdenken 711 am 09. Mai auf dem Cannstatter Wasen«; Abbildung: Laura Hammel, Lizenz: All rights reserved.

Die Coronavirus-Pandemie als Nährboden für Verschwörungstheorien

Am 5. Februar 2020 befasste sich der Landtag von Baden-Württemberg in einer Aktuellen Debatte erstmals mit den möglichen Gefahren durch das neuartige Coronavirus und den geplanten Maßnahmen der Landesregierung zur Eindämmung einer drohenden Massenerkrankung.[1] Bereits in dieser Plenardebatte mutmaßte Heinrich Fiechtner, fraktionsloser Abgeordneter und ehemaliges Mitglied der AfD-Landtagsfraktion: »Was, wenn Corona ein [...] vorsätzlich freigesetz-

[1] Die Debatte fand zu einem Zeitpunkt statt, als es noch keine amtlich bestätigten Infektionsfälle im Land gab. In der Bundesrepublik war am 27. Januar erstmalig eine Infektion in Bayern bestätigt worden.

ter Biokampfstoff ist [...] und was, wenn nicht China dahintersteckt, sondern irgendjemand anders, der so ein Virus fabriziert hat?« (Landtag von Baden-Württemberg 2020a). Wolfgang Gedeon, ebenfalls fraktionsloser Abgeordneter und früheres Mitglied der AfD-Fraktion, orakelte: »Ende 2019 hat ein Institut, das Pirbright Institute, das im Wesentlichen von Pharmafirmen und von der Bill-Gates-Stiftung getragen wird, eine Simulation durchgeführt. Kurz zuvor wurde von diesem Institut ein Virus, ein Coronavirus, patentmäßig angemeldet. [...] Das Komische bei der ganzen Sache ist, dass sechs Wochen nach dieser Simulation plötzlich dieses Virus als Pandemie auftaucht. [...] Die Frage »Ist dieses Virus eine wilde Mutante, oder ist es Engineering, ist es ein Laborprodukt?« ist nicht geklärt. [...] Da müssen wir natürlich fragen: In welchem Labor? [...] Wer sind die geopolitischen Gegner von China? Die Nummer 1 sind hier die USA [...].« (ebd.)

Bereits während dieser beiden Reden war die Kritik an den Äußerungen Fiechtners und Gedeons deutlich wahrnehmbar. Von den Abgeordneten aller anderen Fraktionen, außer der AfD, wurde den beiden Parlamentariern vorgeworfen, Verschwörungstheorien zu verbreiten. Es sind vor allem die folgenden weltanschaulichen und sprachlichen Elemente in den beiden Plenarreden, die sie in den Augen der anderen Parlamentarier*innen[2] als Verschwörungstheorien qualifizierten: Fiechtner und Gedeon unterstellen, dass es sich bei dem Virus SARS-CoV-2 entgegen aller offiziellen Angaben um ein im Labor gezüchtetes Virus handle, das wahlweise gezielt eingesetzt werde, um die Menschen in verschiedenen Teilen der Erde zu infizieren und zu töten, um damit die Bevölkerung in diesen Ländern nachhaltig zu dezimieren, oder um mit einem Impfstoff gegen das Virus Milliarden zu verdienen. Als Drahtzieher hinter dieser Form der Bevölkerungsreduktion werden Pharmakonzerne, der Microsoft-Gründer Bill Gates und die USA vermutet. Bemerkenswert dabei ist, dass sich Fiechtner und Gedeon auf den ersten Blick nicht auf eine bestimmte Sichtweise des Geschehens festzulegen scheinen. Vordergründig stellen sie lediglich Fragen, verweisen auf vermeintliche Ungereimtheiten in der offiziellen Darstellung des Geschehens – deuten aber doch in Richtung eines Plans hinter der Pandemie und benennen dessen mutmaßliche Strippenzieher. Ihre Fragen und Zweifel bleiben gleichwohl immer suggestiv und entwerfen dadurch eine verschwörungstheoretische, alternative Deutung der Coronavirus-Pandemie.[3]

Verschwörungstheorien im (Rechts-) Populismus[4]: Häufig beobachtet und kaum systematisch untersucht

Rechtspopulistische Parteien haben in den letzten beiden Jahrzehnten in vielen liberalen Demokratien westlicher Prägung deutliche Zuwächse verzeichnet. Im Zuge dieses allgemeinen rechtspopulistischen Trends haben viele kritische Beobachter*innen darauf hingewiesen, dass führende rechtspopulistische AkteurInnen in der öffentlichen Debatte offenbar immer wieder Verschwörungstheorien verbreiten. Die Zweifel am menschengemachten Klimawandel, die der amerikanische Präsident Donald Trump auf Twitter regelmäßig verbreitet, oder die Einlassungen des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zur angeblichen Steuerung der europäischen Fluchtkrise durch den ungarisch-stämmigen, jüdischen Investor George Soros sind nur zwei von vielen prominenten Beispielen der jüngeren Vergangenheit.

Ziel dieses Beitrags ist es deshalb, am Beispiel der AfD Baden-Württemberg und der parlamentarischen Praxis ihrer Landtagsfraktion zu erörtern, wie gerade VertreterInnen rechtspopulistischer Parteien in der Bundesrepublik verschwörungstheoretische Narrative nutzen, um AnhängerInnen anzusprechen und ihren politischen Positionen Nachdruck zu verleihen. Dazu soll zunächst dargelegt werden, wie Verschwörungstheorien argumentieren, auf welchen Vorurteilen und Ressentiments sie ihre Argumentation aufbauen, welche Rolle das Internet bei ihrer Entstehung und Verbreitung spielt und wie es um ihre Anhänger*innenschaft bestellt ist. Im zweiten Teil wird exemplarisch gezeigt, wie die AfD Baden-Württemberg ihre selbstgewählte Rolle als Anti-Establishment Partei zu festigen versucht, indem die Landtagsfraktion bei ihrer parlamentarischen Arbeit auf verschwörungstheoretische Narrative zurückgreift.

Merkmale und Argumentationsstruktur von Verschwörungstheorien

Der Tübinger Amerikanistik-Professor Michael Butter, der seit vielen Jahren zu Verschwörungstheorien forscht, versteht Verschwörungstheorien als Erzählungen, die »[...] behaupten, dass eine im Geheimen operierende Gruppe, nämlich die Verschwörer, aus niederen Beweggründen versucht, eine Institution, ein Land oder gar die ganze Welt zu kontrollieren und oder zu zerstören.« (vgl. Butter 2018, S. 21). Ganz grundlegend ausgedrückt stellen Verschwörungstheorien also den argumentativen Versuch dar, weitreichende soziale und politische Ereignisse und deren Folgen durch eine angebliche Verschwörung vollumfänglich zu erklären

„Was, wenn Corona ein [...] vorsätzlich freigesetzter Biokampfstoff ist [...] und was, wenn nicht China dahintersteckt, sondern irgendjemand anders, der so ein Virus fabriziert hat?“

»Verschwörung«; Abbildung: Getty Images, Lizenz: All rights reserved.

[2] Die Autorin dieses Beitrages hat sich entschieden, auf gendergerechte Sprache zu verzichten, wenn im Folgenden von Vertreterinnen und Vertretern rechtspopulistischer Parteien im Allgemeinen und der AfD im Speziellen und ihrer AnhängerInnen die Rede sein wird. Diese Gruppen sind selbst der Meinung, dass eine reine Zweigeschlechtlichkeit von Männern und Frauen existiert, verwenden durchgehend das generische Maskulinum und verneinen die Existenz sozialer Geschlechter. Es wäre aus Sicht der Autorin daher irreführend, mit Genderstern zu gendern, um nicht-binären Geschlechtsidentitäten in diesen Gruppen Rechnung tragen zu wollen. Wird im Folgenden von diesen Gruppen die Rede sein, wird das Binnen-I verwendet. Bei allen anderen Personen dagegen wird der Genderstern verwendet.



»Pfeil nach rechts«; Abbildung: Canva, Lizenz: All rights reserved.

[3] Zwar sind sowohl Heinrich Fiechtner als auch Wolfgang Gedeon nicht mehr Teil der AfD-Landtagsfraktion und auch nicht mehr Parteimitglieder der AfD. Gedeon wurde aufgrund verstärkter öffentlicher Drucks hinsichtlich seiner antisemitischen Schriften aus Fraktion und Partei ausgeschlossen. Beim Bruch mit Fiechtner standen vor allem interne Streitigkeiten mit FraktionskollegInnen im Vordergrund. Das bedeutet aber nicht, dass mit dieser formalen Trennung auch die informelle Zusammenarbeit der beiden Abgeordneten mit ihren ehemaligen Fraktions- und ParteikollegInnen ein Ende gefunden hätte. Gedeon und Fiechtner sind nach wie vor mit der AfD vernetzt, sie stellen jeweils regelmäßig mit einzelnen Parteimitgliedern gemeinsame Anträge im Parlament oder auf Bundesparteitagen der AfD. Wolfgang Gedeon hielt mehrere gemeinsame Pressekonferenzen mit dem AfD-Landtagsabgeordneten Stefan Räßle

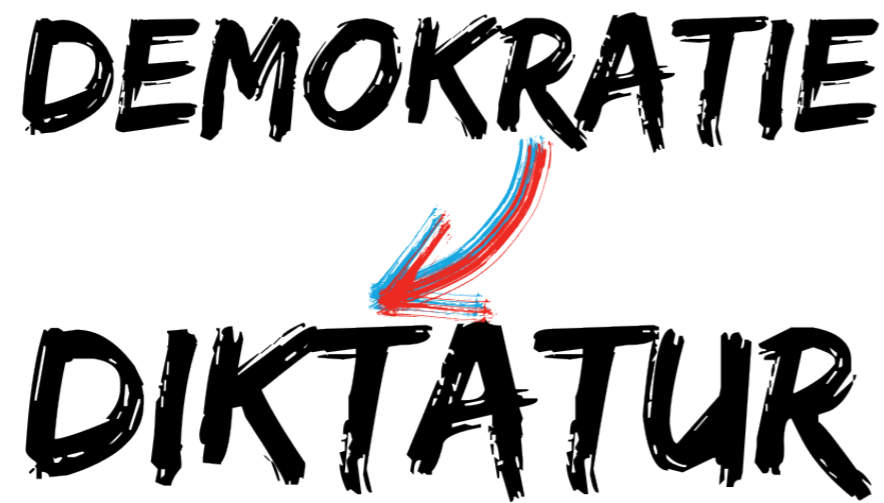
ab. Gedeon nahm zudem in der Vergangenheit häufig als Gast an Arbeitskreis-Sitzungen seiner ehemaligen Fraktion teil, er besitzt den formalen Status eines Gastes in den Arbeitskreisen der AfD-Fraktion. Als fraktionslosen Abgeordneten steht Gedeon und Fiechtner in den Plenarsitzungen des Landtags ein besonderes Rederecht zu. Dieses nutzen sie regelmäßig, um das, was von der AfD in der Debatte bereits gesagt wurde, noch einmal zu bekräftigen. Die Autorin dieses Beitrags bewertet den Bruch zwischen AfD, AfD-Landtagsfraktion und den Parlamentariern Fiechtner und Gedeon daher als eine rein vordergründige Distanzierung, mit der Partei und Fraktion das Ziel verfolgten, sich für eine verbesserte öffentliche Wahrnehmung umstrittener Personalien zu entledigen. Die hier zitierten Reden von Gedeon und Fiechtner können aufgrund der fortbestehenden inhaltlichen und personellen Nähe zur AfD daher durchaus als Beispiele für AfD-nahe Verschwörungstheorien herangezogen werden. Fiechtner und Gedeon eint überdies, dass sie beide eine medizinische Ausbildung haben und vor ihrem Wechsel in die Politik langjährig als Ärzte tätig waren. Auf die hieraus resultierende Glaubwürdigkeit und Autorität in medizinischen Fragen verweisen sie und ihnen zugeneigte ParlamentskollegInnen der AfD-Fraktion wiederholt.

[4] Populismus existiert sowohl in linker als auch in rechter politischer Ausrichtung. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf den Rechtspopulismus, da dieser, anders als der Linkspopulismus, in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren hohe Zuwächse verzeichnen konnte und dadurch eine besondere Relevanz entfaltet hat. Mit der AfD ist heute eine rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme Partei in vielen Kommunalparlamenten, allen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten. Wie auch der Rechtspopulismus positioniert sich der Linkspopulismus antagonistisch zu politischen Eliten. Ihm fehlen aber in der Regel die für den Rechtspopulismus maßgeblichen Elemente gesellschaftlicher Exklusion und Hierarchisierung sowie Rassismus. Dem Umstand, dass viele der Aussagen, die im Folgenden zum Zusammenhang von Verschwörungstheorien und Populismus am Beispiel der AfD getroffen werden, theoretisch auch auf einen Populismus linker Spielart zutreffen würden, soll durch die Schreibweise »(Rechts-)Populismus« Rechnung getragen werden. Trifft ein Phänomen ausschließlich auf einen Populismus rechter politischer Ausrichtung zu, wird stattdessen die Schreibweise »Rechtspopulismus« verwendet.

[5] Der amerikanische Politikwissenschaftler Michael Barkun hat Verschwörungstheorien auf ihre gemeinsamen Merkmale hin untersucht, vgl. Barkun (2013, 3 f.).

[6] Zur Entstehung von Verschwörungstheorien als neue Denkfiguren in der Frühen Neuzeit, welche in dieser Zeit zunehmend die Erklärungsaufgaben teleologischer Weltbilder übernehmen, vgl. Klausnitzer (2007).

(vgl. Douglas et al. 2019, S. 4). Ihre argumentative Struktur besitzt dabei feste Merkmale. So gibt es in der Gedankenwelt von Verschwörungstheorien beispielsweise keinen Platz für Zufälle. Neuartige Viren, mit denen Menschen weltweit konfrontiert sind, werden in der verschwörungstheoretischen Logik nicht als Folge bislang ungeklärter, komplexer Übertragungsszenarien von Tieren auf Menschen verstanden, sondern sollen gezielt in Laboren gezüchtet worden sein, weil sie den Verschwörer*innen bei der Verwirklichung ihrer finsternen Pläne nützen. Auch ist in Verschwörungstheorien nie etwas so, wie es auf den ersten Blick zu sein scheint. Die Kontaktbeschränkungen während der Pandemie dienen nach dieser Denkart nur vordergründig der Eindämmung der Infektionszahlen, während die Verschwörer*innen in Wahrheit die Einschränkungen nutzen, um die demokratischen Grundrechte der Bürger*innen zu beschränken und so die Demokratie zu einer Diktatur umzubauen.



»Demokratie Diktatur«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

Da es in Verschwörungstheorien, wie gesagt, keinen Platz für Zufälle gibt, erscheinen außerdem alle welthistorischen Ereignisse miteinander verbunden. Das Virus SARS-CoV-2 wird so zu einem Puzzlestück in einer groß angelegten Verschwörung, die über Generationen andauern kann. Verschwörungstheorien zur aktuellen Coronavirus-Pandemie reihen sich so oftmals in einen größeren Erzählzusammenhang ein, in dem unterschiedlichste einschneidende Ereignisse und Krisen der vergangenen Jahrzehnte und Jahrhunderte zu Bausteinen eines Plans werden, der letztlich der Übernahme der Weltherrschaft dient.[5] Dadurch unterscheiden sich Verschwörungstheorien von echten Verschwörungen. Real existente Verschwörungen, also »Verbindungen von (mindestens zwei) Personen, die sich unter Wahrung bestimmter Sekretierungsformen zu koordinierten Handlungen verabreden, um gemeinsam bzw. aufeinander abgestimmte Interessen durchzusetzen« (Klausnitzer 2007, S. 52) werden in regelmäßigen Abständen öffentlich bekannt. Als Beispiele seien Geheimdienstoperationen, Spionage oder geheime Bündnisse in Wirtschaft und Politik genannt. Anders als aktuell einflussreiche Verschwörungstheorien, die sich in den meisten Fällen um weltumspannende Komplotte drehen, haben solche echten Verschwörungen aber eine deutlich geringere zeitliche und räumliche Reichweite und können dadurch von Verschwörungstheorien unterschieden werden (vgl. Butter 2018, 37 f.).

Ein entscheidendes ideelles Merkmal von Verschwörungstheorien ist außerdem der ihnen innewohnende Manichäismus, also die Vorstellung von einem unüberwindbaren Dualismus von Gut und Böse. Verschwörungstheorien imaginieren eine Welt, in der sich gute Mächte (»das Volk«) und böse Mächte (»die Eliten«) in einem solchen Dualismus gegenüberstehen.

Bedeutsam für das Verständnis des Phänomens ist zudem das den Verschwörungstheorien zugrundeliegende Menschenbild. Verschwörungstheorien sind ein Produkt der Aufklärung. Sie operieren nicht mit religiösen oder überirdischen Vorstellungen, sondern mit einem traditionellen Menschenbild und den damit zusammenhängenden Annahmen über eine uneingeschränkte menschliche Handlungsfähigkeit.[6] So werden Phänomene wie die Coronavirus-Pandemie in der Gedankenwelt von Verschwörungstheorien zu Ereignissen, die von bestimm-

ten Menschen nach ihrem Willen verursacht wurden. Für multikausale Erklärungsansätze, die systemische Effekte und strukturelle Zwänge mit einbeziehen, ist im verschwörungstheoretischen Weltbild hingegen kein Raum. Im Gegensatz zu den modernen Sozialwissenschaften warten Verschwörungstheorien mit scheinbar eindeutigen Erklärungen für bedeutende Ereignisse auf, was einen entscheidenden Anteil ihrer Attraktivität ausmacht. Indem Verursacher*innen (»Pharmakonzerne«, »Bill Gates«, »die USA«) und ihre vermeintlichen Motive (»Bevölkerungsreduktion«, »Einschränkung der Grundrechte«, »Abschaffung der Demokratie«) klar benannt werden, bieten auch die Verschwörungstheorien zum Coronavirus ein attraktives Sinn- und Erklärungsangebot für die Pandemie und die durch sie mit verursachte Wirtschaftskrise. Seriöse wissenschaftliche Erklärungsansätze hingegen können dies nicht leisten. Epidemiolog*innen, Sozialwissenschaftler*innen oder Ökonom*innen können lediglich auf das Zusammenspiel multipler Faktoren oder den Zufall verweisen.

Verschwörungstheorien greifen bei der Suche nach Sündenböcken auf bekannte Feindbilder zurück

In ihrer Feindbildkonstruktion greifen Verschwörungstheorien auf bereits weit verbreitete Stereotype innerhalb einer Gesellschaft zurück. Die Verbindung von verschwörungstheoretischen Narrativen und antisemitischen Vorurteilen ist für unterschiedliche Zeitpunkte daher häufig beobachtet und untersucht worden (vgl. Horn/Hagemeyer 2012). Während der jüdische US-amerikanische Philanthrop und Investor George Soros im Zentrum vieler Verschwörungserzählungen zum Themenkomplex Integration und Migration steht, haben Verschwörungstheorien im Zuge von Corona den Microsoft-Gründer und Milliardär Bill Gates zur Zielscheibe erkoren.



»Gates«; Abbildung: Photo Images, Lizenz: All rights reserved.

Er wird auch in den eingangs zitierten Reden als Strippenzieher hinter der Pandemie genannt. Tatsächlich ist die Bill & Melinda Gates Foundation die größte private Stiftung der Welt, sie stellt unter anderem weltweit Mittel für Impfprogramme zur Verfügung. Auch speist sich das Budget der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu einem nicht unerheblichen Teil aus Mitteln der Stiftung.[7] In der Logik von Verschwörungstheorien zur Coronavirus-Pandemie muss also Bill Gates hinter der Pandemie stecken, da er an einem Impfstoff gegen das Virus noch mehr Geld verdienen würde. Verschwörungstheorien erklären die Dinge immer von ihrem Ende her. Wer von einer Entwicklung vermeintlich profitiert, muss sie also auch verursacht haben.

Zwar ist Bill Gates kein Jude, doch spielt das für die Anschlussfähigkeit der Verschwörungstheorien zum Coronavirus an den Antisemitismus keine Rolle. Indem Verschwörungstheorien einzelne Personen zu Sündenböcken machen, geben sie dem Übel der Welt sozusagen ein Gesicht. In der Geschichte richtete sich der Hass in wirtschaftlichen Krisensituationen immer wieder gegen Milliardär*innen oder »gierige Banker«, denen die alleinige Schuld an diesen Krisen zugeschrieben wurde. Zuletzt hatten solche Vorwürfe in der globalen Finanzkrise ab 2007 Hochkonjunktur. Sowohl das Stereotyp des »jüdischen Wucherers« als auch das des

[7] Die WHO finanziert sich zu 14 Prozent aus Mitteln der »Bill & Melinda Gates Foundation«. Zu etwa 80 Prozent ist sie generell abhängig von Spenden wohlhabender Regierungen und Stiftungen. Fast alle dieser Spenden sind zweckgebunden, vgl. Kruchem (2018).

[8] Aufgrund des kirchlichen Zinsverbots für Christen und vor allem wegen des Ausschlusses von Juden aus den Zünften sowie wegen des im Mittelalter und der Frühen Neuzeit vielerorts herrschenden Verbots des Landbesitzes waren Juden seit dem europäischen Mittelalter ökonomisch auf Geldverleih angewiesen und spezialisiert. Das brachte ihnen Hass von Seiten der christlichen Mehrheitsgesellschaft ein und prägte das Bild des »Wucherjuden«.

[9] So gründete etwa die Ideologie des Nationalsozialismus der 1930er-Jahre maßgeblich auf der Vorstellung einer »Jüdisch-Bolschewistischen Weltverschwörung«. Zu nennen sind hier aber beispielsweise auch Verschwörungstheorien der 1950er-Jahre in den USA, die eine kommunistische Verschwörung zum Thema hatten (»Red Scare«).

[10] Die Gründe für diesen Statuswechsel und die damit einhergehende Stigmatisierung von Verschwörungstheorien im öffentlichen Diskurs sind vielfältig und lassen sich vor allem auf Veränderungen in der Produktion, Zirkulation und dem Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen, speziell in den Sozialwissenschaften, zurückführen, vgl. Thalmann (2019, S. 30).

[11] In einer frühen psychologischen Studie zu den individuellen Faktoren beim Glauben an Verschwörungstheorien konnte nachgewiesen werden, dass in den USA Verschwörungstheorien besonders unter afroamerikanischen und hispanischen Menschen verbreitet sind. Erklärt werden kann die erhöhte Bereitschaft dieser Gruppen, an eine Verschwörung zu glauben, durch die realen Diskriminierungserfahrungen, die Angehörige ethnischer Minderheiten auch heute noch machen, vgl. Goertzel (1994).

»Banken-« oder »Börsenjuden« hat eine lange kulturelle Tradition. Es entstammt ursprünglich dem Vorurteilsrepertoire des vormodernen christlichen Antijudaismus.[8] Wenn also heute in Verschwörungstheorien die Rede von »gierigen Bankern« oder »Milliardären« ist, sollen diese tief verwurzelten antisemitischen Stereotype bei den Adressat*innen hervorgerufen werden.

Welche Rolle spielt das Internet bei der Verbreitung von Verschwörungstheorien?

Nicht erst seit der Coronavirus-Pandemie wird vielfach darüber debattiert, welche Rolle die veränderten Kommunikationsbedingungen des Internetzeitalters allgemein und der Austausch über die Sozialen Medien im Speziellen bei der Verbreitung von verschwörungstheoretischen Inhalten spielen. Viele kritische Beobachter*innen schlussfolgern aufgrund der schieren Masse an verschwörungstheoretischen Alternativmedienangeboten, Youtube-Kanälen oder Messenger-Gruppen, das Internet habe dazu geführt, dass heute viel mehr Menschen an Verschwörungstheorien glauben als in früheren Zeiten. Bei genauerer Betrachtung lässt sich diese Annahme aber nicht uneingeschränkt halten. Viele Studien der letzten Jahre kommen zu dem Ergebnis, dass durch die neuen Kommunikations- und Publikationsbedingungen im Internet verschwörungstheoretische Inhalte nicht in einem so drastischen Maß zugenommen haben wie häufig vermutet. Sie werden durch das Internet in erster Linie sichtbarer. Alternativmedienangebote stehen dort gleichberechtigt neben den Webseiten etablierter Zeitungen oder der öffentlich-rechtlichen Medien. Auch können Suchmaschinen Benutzer*innen zu verschwörungstheoretischen Inhalten leiten, obwohl diese vielleicht gar nicht nach solchen gesucht haben. Gleichgesinnten erleichtern die Sozialen Medien die Vernetzung. Es ist also für Anhänger*innen von Verschwörungstheorien deutlich leichter geworden, miteinander in Kontakt zu treten und sich gegenseitig in den eigenen Ansichten zu bestärken.

Durch all diese Faktoren kann leicht der Eindruck entstehen, das Internet habe die Entstehung von verschwörungstheoretischen Narrativen und Weltdeutungen im Vergleich zu früheren Zeiten befördert und Verschwörungstheorien würden sich daher heute einer immer stärkeren gesellschaftlichen Popularität erfreuen (vgl. Butter 2019, 203ff.; vgl. König 2014). Tatsächlich ist aber genau das Gegenteil der Fall: Bis in die 1950er-Jahre waren Verschwörungstheorien vollkommen legitimes »Wissen«, sie wurden von politischen Eliten genauso geglaubt und verbreitet wie von einfachen Bürger*innen und waren dadurch fest im Mainstream-Diskurs verankert.[9]Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich der Status von Verschwörungstheorien als Wissenskategorie verändert, wie Katharina Thalmann in ihrer kürzlich erschienenen Dissertationsschrift am Beispiel der Vereinigten Staaten eindrücklich nachgezeichnet hat. Sie sind seit dieser Zeit weitestgehend negativ konnotiert und so zu einem Gegenstand öffentlicher Besorgnis geworden (vgl. Thalmann 2019).[10]

Was aber durchaus von den veränderten Kommunikationsbedingungen des Web 2.0 befördert wird, sind sogenannte »Echokammern« und »Filterblasen«. Manche Nutzer*innen schotten sich in ihren eigenen Echokammern ab und schenken nur noch solchen Informationen Glauben, die sie aus »Alternativmedien« wie »KenFM«, den »NachDenkSeiten« oder »Rubikon« beziehen, die für sich in Anspruch nehmen, als einzige die »Wahrheit« zu berichten. Dieses Verhalten ist vor allem unter den Anhänger*innen von Verschwörungstheorien stark ausgeprägt. Gleichzeitig existieren traditionelle Öffentlichkeiten mit ihren etablierten Medienangeboten weiter. Das Resultat ist eine Zersplitterung der Medienlandschaft und eine Fragmentierung der Öffentlichkeit (vgl. Butter 2018, 191ff.).

Wer an Verschwörungstheorien glaubt

Quantitative Forschungsprojekte, die den Einfluss demografischer Faktoren auf den Glauben an Verschwörungstheorien untersuchen, kommen relativ übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass Faktoren wie Alter, Bildung oder sozioökonomischer Status kaum Einfluss darauf haben, ob eine Person Verschwörungstheorien zuneigt oder nicht. Einen Einfluss entfalten hingegen Faktoren wie die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit[11] oder die Selbstverortung in einer politischen Außenseiter*innenposition, wie sie etwa AnhängerInnen der AfD für sich vornehmen. Angehörige dieser Gruppen verspüren häufig ein Gefühl der Machtlosigkeit, schätzen beispielsweise ihren politischen Einfluss als gering ein oder sehen ihren sozioökonomischen Status bedroht. Bei den Angehörigen ethnischer Minderheiten ist diese Selbstverortung aufgrund vielfältiger realer Diskriminierungserfahrungen durchaus nachvollziehbar. Anders verhält es sich bei den AnhängerInnen populistischer Parteien und Bewegungen.

Studien zur Wählerschaft populistischer Parteien zeigen: Nicht Menschen, die

tatsächlich marginalisiert oder von Statusverlust bedroht sind, neigen in besonderem Maße dem Populismus zu, sondern solche, die ihre eigene Position subjektiv so wahrnehmen. Hier zeigt sich also eine wichtige Parallele zwischen Verschwörungstheorien und (Rechts-)Populismus. Bei beidem scheinen Gefühle subjektiver Machtlosigkeit eine große Rolle zu spielen. Dabei muss es nicht nur um Sorgen vor Jobverlust und ökonomischem Abstieg gehen. Auch die Angst vor dem Verlust geschlechts- oder herkunftsspezifischer Privilegien angesichts eines allgemeinen gesellschaftlichen Wertewandels und demografischer Veränderungen können das Gefühl der subjektiven Machtlosigkeit befördern (vgl. Butter 2018, 116 f.).

(Rechts-)Populismus

Verschwörungstheorien

»Parallele«; Abbildung: hbs BW, Lizenz: All rights reserved.

Die sozialpsychologische Forschung zu Verschwörungstheorien geht davon aus, dass der Glaube an Verschwörungstheorien für das Individuum wichtige epistemische, soziale und existenzielle Funktionen erfüllt, indem er soziale Prozesse erklärbar macht und sie dadurch leichter zu verarbeiten sind (vgl. Douglas et al. 2019, 6ff.). Verschwörungstheorien können also besonders für Menschen, die ihre eigene Position in der Gesellschaft aufgrund tiefgreifender Veränderungsprozesse als bedroht wahrnehmen, attraktiv sein, da sich durch sie die Prozesse als Produkt einer Verschwörung erklären und damit zusammenhängende Ängste verarbeiten lassen.

Was Verschwörungstheorien und (Rechts-) Populismus miteinander verbindet

Menschen, die Verschwörungstheorien zuneigen, sind offenbar auch anfälliger für (rechts-)populistische Positionen. Wie lässt sich dieser Zusammenhang erklären? Auffällig ist vor allem eine strukturelle Gemeinsamkeit, die Verschwörungstheorien und (Rechts-)Populismus teilen: In ihrem ideologischen Kern gehen beide Phänomene davon aus, dass es einen unüberwindbaren Gegensatz zwischen einer moralisch verkommenen, korrupten Regierungselite gibt, der ein tugendhaftes und in seinen Werten und politischen Zielen geeintes Volk gegenüber steht.[12] Folgt man der (rechts-)populistischen Argumentation, so haben sich die Regierungseliten vom »Volk« abgewandt und verfolgen stattdessen eigene Macht- und Geldinteressen. Verschwörungstheorien greifen diese Vorstellung auf und gehen dabei noch einen Schritt weiter: Die Regierungseliten kümmern sich nicht mehr um die Interessen des »Volkes«, weil sie in Wahrheit anderen Mächten dienen (vgl. Butter 2018, 170ff.).

Aus Sicht von (Rechts-)PopulistInnen und Verschwörungstheoretiker*innen gilt es also die Elite abzusetzen, damit der »Wille des Volkes« artikuliert und durchgesetzt werden kann. Rechtspopulismus und Verschwörungstheorien vereint also ihre dualistische, moralisch aufgeladene Sicht auf politische Machtverhältnisse einerseits und ihr antipluralistisches, organisches Verständnis des »Volkes« andererseits, in dem es keinen Platz für Andersdenkende oder die partikularen Interessen von Angehörigen ethnischer, religiöser oder sexueller Minderheiten gibt. Sowohl (Rechts-)PopulistInnen als auch Verschwörungstheoretiker*innen nehmen für sich in Anspruch, den »Willen des Volkes« zu artikulieren (vgl. Decker 2011, 40f.). Hieran anknüpfend fordern beide Gruppen einen Umbau der parlamentarischen Demokratie in ein System direkter Demokratie. Gäbe es zu allen politischen Fragen direktdemokratische Abstimmungen, so die von ihnen geteilte Argumentation, würde sich politisches Handeln wieder am »gesunden Menschenverstand« orientieren, statt an den Interessen lauter und einflussreicher Lobbys. Dies würde politische Resultate hervorbringen, die von allen Mitgliedern des »Volkes« befürwortet würden.

[12] Für eine systematische Diskussion der Merkmale des Populismus, die den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde, vgl. Mudde (2004), Mudde/Rovira Kaltwasser (2017) sowie Rovira Kaltwasser (2019).

[13] An dieser Stelle unterscheidet sich der Rechtspopulismus auch deutlich vom Linkspopulismus, dem in der Regel ein utopischer Gesellschaftsentwurf zugrunde liegt, in dem gesellschaftliche Hierarchien aufgelöst und nicht zementiert werden sollen.

[14] Fenster unterscheidet hier nicht explizit zwischen Rechts- und Linkspopulismus.

Gemeinsam ist beiden Phänomenen auch ein inhärenter Konservatismus. AnhängerInnen rechter Verschwörungstheorien und RechtspopulistInnen wollen tiefgreifende und langwierige gesellschaftliche Veränderungsprozesse im Zuge vielfältiger klassen-, geschlechts- und ethnizitätsbezogener Emanzipationsprozesse aufhalten beziehungsweise umkehren.[13] Dadurch soll ein imaginiertes, harmonischer gesellschaftlicher Urzustand wiederhergestellt werden, in welchem alle Menschen ihre naturgegebene Rolle ausüben. Beide Phänomene vereinfachen politische Prozesse radikal, indem sie das Akteur*innenfeld stark reduzieren. Dadurch gelingt es ihnen, vermeintlich eindeutige und umfassende Erklärungen für politische Transformationsprozesse anzubieten. Sie sind damit gleichermaßen Reaktionen auf Ängste vor einem Statusverlust (vgl. Butter 2018, 175 f.).

Der amerikanische Verschwörungstheorie-Experte Mark Fenster hat Verschwörungstheorien als ein »nicht-notwendiges Element« des Populismus beschrieben (vgl. Fenster 2008, 84ff.).[14] Gemeint ist, dass populistische Ideologien theoretisch auch ohne Verschwörungstheorien auskommen können und es viele Fälle gibt, in denen populistische Parteien und Bewegungen sich nicht verschwörungstheoretischer Narrative bedienen. Verschwörungstheorien auf der anderen Seite sind in ihrem Kern aber immer populistisch, da für sie die oben beschriebene Volk-Elite-Dichotomie konstitutiv ist. Michael Butter hat Fensters These hinsichtlich der Struktur der Anhänger*innenschaft (rechts-)populistischer Parteien und Bewegungen ergänzt. Nach Butter sind (rechts-)populistische Parteien und Bewegungen besonders gut darin, Verschwörungstheoretiker*innen zu integrieren. Sie sind stärker als andere politische Kräfte dazu bereit, mit Zweifler*innen oder überzeugten Verschwörungstheoretiker*innen zusammenzuarbeiten und entsprechende Stimmen in ihren Reihen zu dulden.



»Aluhüte«; Abbildung: Shutterstock, Lizenz: All rights reserved.

(Rechts-)PopulistInnen und Anhänger*innen von Verschwörungstheorien eint, dass ihre Überzeugungen im vorherrschenden Diskurs als falsch und gefährlich gelten und dadurch stigmatisiert sind. Diese Stigmatisierungserfahrung wird mitunter von beiden Gruppen affirmativ verarbeitet, indem die Fremdbezeichnungen wie »Populisten«, »Rechte« oder sogar »Nazis« beziehungsweise »Aluhutträger«, »Schwurbler« oder »Verschwörungstheoretiker« als Beleg dafür herangezogen werden, dass man einer unbequemen Wahrheit auf der Spur sei und den herrschenden Eliten dadurch gefährlich werde; diese verstünden sich nur zu helfen, indem sie die unliebsamen Kritiker*innen zu diskreditieren versuchten. Gerade weil beide Phänomene im vorherrschenden Diskurs stigmatisiert sind, bieten sie sich im besonderen Maß dafür an, um die eigene Rolle als Systemkritiker*in oder Advokat*in unbequemer Wahrheiten weiter zu festigen (vgl. Butter 2018, 175ff.). Wie sich dies in der parlamentarischen Praxis einer rechtspopulistischen Partei in der Bundesrepublik niederschlägt, beleuchtet der nächste Abschnitt am Beispiel der baden-württembergischen Landtagsfraktion der AfD.

Wie sich die AfD in Baden-Württemberg Verschwörungstheorien zunutze macht

Zum Zeitpunkt der eingangs zitierten Plenardebatte von Anfang Februar war für die allermeisten Beteiligten wohl nicht vorstellbar, dass nur wenige Wochen später, ab Mitte März, bundesweit weitreichende Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung gelten würden, die die Ausbreitung des Virus abschwächen und sicherstellen sollten, dass die Gesundheitssysteme die Versorgung Infizierter leisten können. In allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen hatten die Maßnahmen

weitreichende Folgen. Für die Regierung bedeutete dies eine Vielzahl neuer Verordnungen, die das öffentliche Leben in der Pandemiesituation regeln sollten, sowie umfangreiche Programme zur wirtschaftlichen Soforthilfe. Krisenzeiten gelten gemeinhin als Zeit der Exekutive. Die Oppositionsparteien hingegen mussten ihre Rolle in der außergewöhnlichen Pandemiesituation erst neu finden, so auch die AfD Baden-Württemberg und ihre Landtagsfraktion.

Betrachtet man Pressemitteilungen, Positionspapiere und parlamentarische Initiativen der AfD-Landtagsfraktion mit Bezug zur Coronavirus-Pandemie seit dem Auftreten der ersten Infektionsfälle in Deutschland[15], so fällt auf, dass populistische Äußerungen und verschwörungstheoretische Deutungen zu Beginn kaum zu finden waren. Erst Mitte April, im Zuge der vielerorts stattfindenden Proteste gegen die Kontaktbeschränkungen, bei denen die Stuttgarter Initiative »Querdenken 711« bundesweit den größten Zulauf hatte, lassen sich vermehrt solche Deutungen in der Außenkommunikation der Fraktion und der einzelnen Abgeordneten finden.

Zu Beginn der Kontaktbeschränkungen setzte die AfD-Landtagsfraktion darauf, dass das Pandemie-Management von Landes- und Bundesregierung in Bezug auf die Eindämmung der Infektionszahlen, die Gewährung wirtschaftlicher Hilfen für betroffene Branchen und die Versorgung Infizierter wesentliche Mängel offenbaren würde, und gestaltete auch ihre Öffentlichkeitsarbeit dementsprechend. In Pressemitteilungen forderte sie den Gesundheitsminister Manfred Lucha (GRÜNE) auf, »das Virus endlich ernst zu nehmen« (vgl. AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg 2020d), oder kritisierte die im Raum stehenden Summen für den ersten Nothilfeplan des Landes als »völlig unzureichend« (vgl. AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg 2020f). Gängige an Verschwörungstheorien angelehnte Vorwürfe, in denen den Regierungsparteien eine Desinformation der Bevölkerung vorgeworfen wird oder allen anderen Parteien unterstellt wird, im Geheimen zusammenzuarbeiten, um die AfD auszugrenzen, also ein »Parteienkartell« zu bilden, finden sich in dieser Phase nicht.

Als dann am 19. März mit der Feststellung der Naturkatastrophe[16] und dem Beschluss eines Nachtragshaushalts die Voraussetzungen für das erste Soforthilfeprogramm des Landes geschaffen wurden, verstand die AfD-Fraktion dies als Chance, um aus ihrer selbstgewählten Rolle als Fundamentalopposition herauszutreten. Der Fraktionsvorsitzende Bernd Gögel betonte in seiner Rede gegenüber dem Ministerpräsidenten, die AfD-Fraktion werde »[...] selbstverständlich Ihrem Wunsch nachkommen, die Naturkatastrophe hier zu bestätigen und damit die Handlungsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg aufrechtzuerhalten. Das ist überhaupt keine Frage«. (Landtag von Baden-Württemberg 2020b, S. 7105). Die Abgeordnete Christina Baum fragte an den Fraktionsvorsitzenden der FDP/DVP-Fraktion, Hans-Ulrich Rülke, gerichtet: »Sehen Sie jetzt den Zeitpunkt für gekommen, dass wir wirklich gemeinsam – also alle Fraktionen in diesem Parlament – zusammenarbeiten sollten, oder schließen Sie die AfD weiterhin aus?« (ebd.: 7109). Am interfraktionellen Gesetzentwurf von GRÜNEN, CDU, SPD und FDP/DVP zur Feststellung der Naturkatastrophe, der die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für den Nachtragshaushalt und damit die Soforthilfen schuf, wurde die AfD gegen ihren ausdrücklichen Wunsch aber nicht beteiligt. Es folgte daraufhin ein Wechsel in Strategie und Rhetorik. In einer Pressemitteilung bezeichnete man die anderen Fraktionen nun wieder als »Altparteienapparat«, der »verantwortungslos und zutiefst undemokratisch« handle, und warf ihnen vor, »ideologische Ausgrenzung« zu betreiben (AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg 2020e).

Bezüglich ihrer Programmatik versuchte die AfD-Landtagsfraktion in dieser Hochphase des Pandemiegeschehens vor allem durch einen bunten Strauß wirtschafts- und finanzpolitischer Forderungen zu punkten. So beantragte sie etwa eine Haushaltssperre, forderte Steuerbefreiungen für bestimmte Branchen sowie eine bundesweite Senkung der Mehrwertsteuer und forderte Anfang April, dass »[...] die jungen, robusten Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Schüler und Studenten den schulischen und universitären Betrieb wiederaufnehmen und der Einzelhandel, die Gastronomie nebst Beherbergungsbetrieben sowie Frisöre und Gesundheitsunternehmen wiedereröffnet werden«. (AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg 2020a). Allerdings fanden diese programmatischen Impulse der AfD in der öffentlichen Debatte kaum Widerhall. Wie auch die anderen Oppositionsparteien hatte die AfD Baden-Württemberg damit zu kämpfen, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf das Pandemiemanagement der Bundes- und Landesregierung richtete. Zudem wird der AfD, anders als etwa den anderen Oppositionsfraktionen SPD und FDP/DVP, kaum Kompetenz in diesen Politikbereichen sowie im Krisenmanagement zugeschrieben. Die Partei gilt noch immer als unerfahren. Dies zeigte sich auch in den Umfragewerten vom April 2020 für Baden-Württemberg, in denen die AfD zwei Prozentpunkte im Vergleich zum Vormonat einbüßte.[17]

[15] Der Zeitpunkt der Betrachtung reichte vom 27. Januar 2020 (erste bestätigte Infektion in Bayern) bis zum 31. Mai 2020.

[16] Die Feststellung einer Naturkatastrophe nach § 18 Absatz 6 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung schafft die haushaltsrechtlichen Möglichkeiten zur Aufnahme zusätzlicher Kredite im Falle einer Naturkatastrophe oder außergewöhnlichen Notsituation.

[17] Auch die anderen Oppositionsparteien sowie die Grünen verzeichneten in dieser Umfrage keine Zuwächse, sondern verbuchten zumeist leichte Verluste. Lediglich die CDU konnte mit +7 Prozentpunkten einen deutlichen Zuwachs verbuchen, was auf einen allgemeinen Bundestrend in der Pandemiesituation zurückgeführt werden kann, vgl. Infratest dimap.

[18] Die Autorin hat als teilnehmende Beobachterin die Proteste von »Querdenken 711« besucht und analysiert.

[19] »Dass die Gesundheitsdiktatur uns so lange quälen wird, bis wir die Massenimpfung als den einzigen Ausweg sehen und stillschweigend uns aller bisher für selbstverständlich erachteten Rechte berauben lassen. Der Bürger darf nicht zum Objekt gemacht werden. Hände weg von unseren Grundrechten. Keine Macht der »Hygiene-Diktatur!«

[20] Neben Weidel sprachen zahlreiche Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Mitglieder des baden-württembergischen Landesvorstands. Das Mobilisierungspotential dieser überregional ausgerichteten Demonstration ist schwer zu beurteilen, da als Auflage der Stadt Stuttgart die TeilnehmerInnenzahl bei dieser Kundgebung auf hundert Personen beschränkt wurde.

[21] So sagte Weidel unter anderem: »Politiker und Medien haben ein neues Framing herausgegeben. Kritiker der Coronamaßnahmen seien Spinner und Wirrköpfe. Die Demonstrationen würden von Rechtsextremen unterwandert und von Verschwörungstheoretikern dominiert.« (Die Rede ist abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=s1POQkJdm0s>, aufgerufen am 31.05.2020).

Ab Mitte April mehrten sich dann bundesweit Proteste gegen die bestehenden Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens. In Stuttgart demonstriert seit dieser Zeit die Initiative »Querdenken 711« unter dem Motto »Wir für das Grundgesetz« und konnte damit im Mai etwa 10.000 Menschen zu einer Kundgebung auf dem Cannstatter Wasen mobilisieren, was bis dato die größte Demonstration dieser Art in der Bundesrepublik darstellt. Auch wenn es sich bei den Demonstrationen um ein heterogenes Protestgeschehen handelt, das lokal organisiert wird und nur einen sehr geringen Grad überregionaler Koordination aufweist, war für Beobachter*innen doch von Beginn an die hohe Akzeptanz alternativer und verschwörungstheoretischer Deutungen, speziell zum Thema »Impfen«, auf allen Protesten auffallend. Bei »Querdenken 711« und ähnlichen Protesten demonstrieren Menschen, die größtenteils vorher noch nicht politisch aktiv waren und keine Parteienpräferenz aufweisen. Parteien und andere etablierte politische Organisationen, wie beispielsweise Gewerkschaften, werden von den Protestierenden genauso als Hindernis auf dem Weg zu einer geeinten und friedlichen Gesellschaft wahrgenommen wie die Unterteilung in die politischen Kategorien rechts und links. Die von Bundes- und Landesregierungen getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Infektionen werden als Instrumente begriffen, mit denen in Wahrheit die Rechte der Bürger*innen dauerhaft eingeschränkt werden sollen, mit dem Ziel, die Bundesrepublik in eine Diktatur umzuwandeln. Hinsichtlich der Forschungen zu einem Impfstoff gegen das Virus SARS-CoV-2 haben Verschwörungstheorien bei den Protestierenden hohe Akzeptanz. Besonders die eingangs zitierte Verschwörungstheorie, nach der Bill Gates als Drahtzieher und Nutznießer der Pandemie vermutet wird, ist bei den Protesten allgegenwärtig.[18]

Die AfD-Fraktion in Baden-Württemberg hat schon früh versucht, an das Demonstrationsgeschehen und die Themen der Proteste anzuknüpfen. Auch die Rhetorik ihrer Pressemitteilungen änderte sich hin zu einer stärker konspirationistischen und populistischen Zuspitzung. So kritisierte die Fraktion ab der zweiten Aprilhälfte die neu eingeführte Maskenpflicht in Geschäften, öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln zunächst nur als »massive Grundrechtseinschränkung«, die gesundheitliche Risiken berge und die nonverbale Kommunikation erschwere (AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg 2020c). Nur wenige Tage später warnte sie allerdings bereits vor einer »Zwangsimpfung« im Zuge einer »Gesundheits- und Hygienesdiktatur« (AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg 2020b)[19] und vor »Zwangsimpfung und Überwachungsstaat durch die Hintertür« (AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg 2020g). Besonders nachdem ein Mitglied der AfD-nahen Arbeitnehmer*innenvertretung »Zentrum Automobil« am Rande einer Demonstration angegriffen worden war, solidarisierte die Partei sich mit den Protesten. Auch an den Demonstrationen von »Querdenken 711« nahmen Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion mehrfach teil. Bei »Querdenken 711« sind generell keine Fahnen und Symbole von Parteien erwünscht, weshalb sie dort nicht öffentlichkeitswirksam in Erscheinung treten konnten. Der AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Räßle sowie der Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier riefen daher zu eigenen Demonstrationen gegen die Kontaktbeschränkungen in Offenburg und Sindelfingen auf, zu denen sie jeweils aber nicht mehr als etwa 30 TeilnehmerInnen mobilisieren konnten. Der ehemalige AfD-Landtagsabgeordnete und Stuttgarter Stadtrat Heinrich Fiechtner meldete Kundgebungen und Demonstrationen in Stuttgart an, die ebenfalls nur auf geringen Zuspruch stießen. Auch die AfD Baden-Württemberg rief unter dem Motto »Schutz der Grundrechte in Zeiten von Corona« zu einer Kundgebung in Stuttgart auf, bei der die Landes- und Bundesvorsitzende Alice Weidel sprach.[20] Weidel deutete die negative Presseberichterstattung über die Demonstrationen als Versuch von Politik und Medien, die Kritik an den Kontaktbeschränkungen zu diskreditieren.[21]

Anhand dieser Skizzierung des Umgangs der AfD Baden-Württemberg und ihrer Landtagsfraktion mit der Coronavirus-Pandemie zeigt sich, dass die AfD nicht zu allen Zeitpunkten seit Beginn der Pandemie gleichermaßen auf populistische und verschwörungstheoretische Rhetorik und Inhalte zurückgriff. Zu Beginn versuchte sie mit sachlichen Vorschlägen zu punkten, konnte damit in der öffentlichen Wahrnehmung aber kaum Erfolge erzielen. Dies mag vor allem auch dem Umstand geschuldet sein, dass über die Arbeit von Oppositionsfraktionen in außergewöhnlichen Krisensituationen kaum berichtet wird. Mit dem Aufkommen der Proteste gegen die Beschränkungen zur Eindämmung der Infektionszahlen änderten auch die AfD Baden-Württemberg und ihre Landtagsfraktion ihre Strategie. Aufgrund ihrer starken Ablehnung gegenüber etablierten Parteien und ihrem Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen begriffen sie die Protestierenden als neue Zielgruppe. Die Offenheit der Bewegung für Verschwörungstheorien machte sich die AfD zunutze und griff die vorherrschenden Theo-



»Deutschland, Baden-Württemberg, Stuttgart, 24.05.2020: Alice Weidel (AfD, Stellvertretende Bundessprecherin und Sprecherin des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg) // AfD demonstriert in Stuttgart gegen die Corona-Auflagen. Die Demonstration war zunächst von der Stadt verboten und erst vom Verwaltungsgerichtshof unter strengen Auflagen genehmigt worden. Zugelassen waren 100 Teilnehmer. Ein starkes Polizeiaufgebot verhinderte ein Zusammentreffen mit Demonstranten aus dem linken Spektrum.«; Abbildung: imago images | Arnulf Hettrich, Lizenz: All rights reserved.

rien zu den Aspekten »Impfen« und »Beschränkung der Demokratie« auf. Sie ist auch in ihrer Rhetorik zu bekannten Mustern zurückgekehrt, indem sie sich wieder stärker als Opposition zu allen etablierten Parteien darstellt, denen sie ein gemeinsames, koordiniertes Handeln zum Schaden der AfD und der Bevölkerung unterstellt. Der Landtagsabgeordnete Stefan Räßle bringt die Strategie der AfD in einem kurzen Video, das er am Rande der »Querdenken 711«-Kundgebung vom 9. Mai drehte, selbst auf den Punkt: »Hier sind Linke, Rechte, PEGIDA-Leute, Verschwörungstheoretiker, alles zusammen, und uns eint die Wut auf unsere Regierung. Die Regierung verarscht nämlich uns alle. Nämlich die Regierung, die möchte nur ihre Knete verdienen und Ruhe haben, ja. Und die sind nur Marionetten der großen Kartelle der Pharmaindustrie, der Rüstungsindustrie. Und genau das erleben wir. Und jetzt wachen die Menschen endlich auf und ich hoffe, auch du wachst auf. Also, schließ' dich uns an! Bilde »ne Querfront und geh' zu einer Demo, irgendwo bei euch im Dorf oder in der Stadt, macht eigene Demos. Alle gegen die Regierung. Wir schaffen das!« (Räßle 2020). Ob die AfD Erfolg haben wird, die Protestierenden bei zukünftigen Wahlen tatsächlich für sich zu gewinnen, bleibt fraglich. Zu sehr scheinen diese generell von Parteien entfremdet zu sein. Mit den aktuell in der Gründung begriffenen Parteien »Widerstand 2020« um den Leipziger Anwalt Ralf Ludwig und »Wir 2020« um den Sinsheimer HNO-Arzt Bodo Schiffmann, die beide enge Kontakte zu »Querdenken 711« unterhalten, gibt es außerdem bereits eine politische Gruppierung, die die Themen der Proteste aufgreift und unter den Protestierenden ein hohes Ansehen genießt. Zudem hat der Gründer von »Querdenken 711«, Michael Ballweg, angekündigt, bei der Stuttgarter Oberbürgermeister*innenwahl im November 2020 als unabhängiger Kandidat anzutreten. Die eigenen Versuche der AfD, unter dem eigenen Parteilabel Demonstrationen gegen die Kontaktbeschränkungen im Zuge der Coronavirus-Pandemie zu veranstalten, können für Baden-Württemberg zum jetzigen Zeitpunkt als gescheitert angesehen werden.

Der Wechsel von einer sachpolitischen Orientierung zu einer populistischen sowie verschwörungstheoretischen Rhetorik zeigt exemplarisch, dass die AfD Baden-Württemberg und ihre Landtagsfraktion sich nicht scheuen, den Modus Operandi schlagartig zu wechseln. Sie haben die Gruppe der politisch Entfremdeten, welche auch Verschwörungstheorien zuneigen, als Zielgruppe erkannt und versuchen diese anzusprechen, sobald sich entsprechende Gelegenheitsfenster bieten.[22] Verschwörungstheoretische Inhalte werden von der AfD strategisch genutzt, um die eigene Rolle als Anti-Establishment-Partei zu festigen. Interessanterweise werden Verschwörungstheorien von den AfD-AkteurInnen hierbei allerdings selten als vollständige Narrative verbreitet, sondern finden sich lediglich als Andeutungen in Reden oder Texten. Die verschwörungstheoretischen Codes senden jedoch klare Signale an Menschen, die empfänglich für eine von Verschwörungstheorien geprägte Weltsicht sind. Diese Codes können so also von AfD-Ver-

[22] Die Frage, inwiefern prominente VertreterInnen der AfD selbst an Verschwörungstheorien glauben, lässt sich pauschal nicht beurteilen. Bei einzelnen Personen gibt es aber belegte Äußerungen, die eine individuelle Neigung zu verschwörungstheoretischen Erklärungen zumindest nahelegen. So wurde beispielsweise wenige Tage vor der Bundestagswahl 2017 eine E-Mail der Spitzenkandidatin Alice Weidel aus dem Jahr 2013 der »Welt am Sonntag« zugespielt, in der sich Weidel gegenüber einem Bekannten rassistisch, demokratiefeindlich und verschwörungstheoretisch äußerte. Sie schrieb in der E-Mail: »[...] Der Grund, warum wir von kulturfremden Voelkern wie Arabern, Sinti und Roma etc ueberschwemmt werden, ist die systematische Zerstoerung der buergerlichen Gesellschaft als moegliches Gegengewicht von Verfassungsfeinden, von denen wir regiert werden. Diese Schweine sind nichts anderes als Marionetten der Siegermaechte des 2. WK und haben die Aufgabe, das dt Volk klein zu halten indem molekulare Buergerkriege in den Ballungszentren durch Ueberfremdung induziert werden sollen. [...] Das D garnicht souverain ist duerfte doch fuer den ekelhaften Fatalismus in der Tagespolitik z.B. unsere Enteignung durch die Eurorettung, korruptierte Judikative (Bundesverfassungsgericht) erhellend sein [...]«, vgl. Kellerhoff/Lutz/Müller (2017) sowie Balkhausen/Reveland (2017).

treterInnen, die möglicherweise selbst nicht an die Inhalte glauben, gezielt eingesetzt werden, um neue Zielgruppen anzusprechen.

Der strategische Einsatz von Verschwörungstheorien funktioniert aber auch in die entgegengesetzte Richtung: Indem die Andeutungen immer vage bleiben, können Akteur*innen, die möglicherweise selbst an Verschwörungstheorien glauben, auch Personen erreichen, die Verschwörungstheorien skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Die AfD bleibt damit bezüglich ihrer AnhängerInnenschaft und ihrer Akteursebene offen für beide Gruppen.

Literaturverzeichnis

AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg (2020a): Pressemitteilung. AfD startet Initiative zu Krisenbewältigung, <https://bit.ly/3penGSb> (aufgerufen am 31.05.2020)

AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg (2020b): Pressemitteilung. Dr. Christina Baum MdL: Ausgangssperre, Mundschutzpflicht – Zwangsimpfung? <https://bit.ly/3n5J2z6> (aufgerufen am 31.05.2020)

AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg (2020c): Pressemitteilung. Dr. Christina Baum MdL: Maskenpflicht ist unsinnig! <https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3161/Dr.+Christina+Baum+MdL%3A+Maskenpflicht+ist+unsinnig%21> (aufgerufen am 31.05.2020)

AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg (2020d): Pressemitteilung. Dr. Christina Baum MdL: Minister Lucha muss das Coronavirus endlich ernst nehmen – Hannover Messe muss abgesagt werden

<https://bit.ly/3eE42Kh> (aufgerufen am 31.05.2020)

AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg (2020e): Pressemitteilung. Dr. Christina Baum MdL: Ideologie statt Verstand – Ausgrenzung der AfD wichtiger als Menschenleben

<https://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3096/Dr.+Christina+Baum%3A+Ideologie+statt+Verstand+-+Ausgrenzung+der+AfD+wichtiger+als+Menschenleben> (aufgerufen am 31.05.2020)

AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg (2020f): Pressemitteilung. Dr. Rainer Podeswa MdL: Beim Nothilfefonds nicht knausern! <https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3090/Dr.+Rainer+Podeswa+MdL%3A+Beim+Nothilfefonds+nicht+knausern%21> (aufgerufen am 30.05.2020)

AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg (2020g): Pressemitteilung. Dr. Christina Baum MdL: Zwangsimpfung und Überwachungsstaat durch die Hintertür – nicht mit uns! (aufgerufen am 31.05.2020)

Balkhausen, Sarina und Carla Reveland (2017): Alice Weidel und ihre rassistische Mail. In: Correctiv Recherchen für die Gesellschaft, <https://correctiv.org/faktencheck/artikel-faktencheck/2017/09/11/alice-weidel-und-ihre-rassistische-mail> (aufgerufen am 09.07.2020)

Barkun, Michael (2013): A culture of conspiracy. Apocalyptic visions in contemporary America. Berkeley: University of California Press

Butter, Michael (2018): »Nichts ist, wie es scheint«. Über Verschwörungstheorien. Berlin: Suhrkamp

Butter, Michael (2019): Verschwörungs(theorie)panik. »Filter Clash« zweier Öffentlichkeiten. In: Hastedt, Heiner (Hrsg.): Deutungsmacht von Zeitdiagnosen. Interdisziplinäre Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 197–211

Decker, Frank (2011): Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis. In: Wielenga, Friso (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. Münster: Waxmann, S. 39–54

Douglas, Karen M., Uscinski, Joseph E., Sutton, Robbie M. (et al.) (2019): Understanding Conspiracy Theories. In: *Advances in Political Psychology* 40, Suppl. 1

Fenster, Mark (2008): *Conspiracy Theories. Secrecy and power in American culture*. Minneapolis: University of Minnesota Press

Goertzel, Ted (1994): Belief in Conspiracy Theories. In: *Political Psychology* 15:4, S. 731–742

Horn, Eva und Michael Hagemeyer (2012): *Die Fiktion von der jüdischen Weltverschwörung. Zu Text und Kontext der »Protokolle der Weisen von Zion«*. Göttingen: Wallstein

Infratest dimap (2020): *LänderTREND Baden-Württemberg April 2020 im Auftrag des SWR* (aufgerufen am 31.05.2020)

Kellerhof, Sven-Felix, Lutz, Martin und Uwe Müller (2017): Demokratieverachtende Thesen. Alice Weidel will Veröffentlichung rassistischer E-Mail stoppen. In: *Die Welt*, <https://www.welt.de/politik/article168489086/Alice-Weidel-will-Veroeffentlichung-rassistischer-E-Mail-stoppen.html> (aufgerufen am 09.07.2020)

Klausnitzer, Ralf (2007): *Poesie und Konspiration. Beziehungssinn und Zeichenökonomie von Verschwörungsszenarien in Publizistik, Literatur und Wissenschaft 1750–1850*. Berlin: De Gruyter

König, René (2014): »Google WTC-7« – Zur ambivalenten Position von marginalisiertem Wissen im Internet. In: Anton, Andreas, Schetsche, Michael und Michael K. Walter: *Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens*. Wiesbaden: Springer

Kruchem, Thomas (2018): Unabhängigkeit der Weltgesundheitsorganisation. Das Dilemma der WHO. In: *Deutschlandfunk Kultur*, https://www.deutschlandfunkkultur.de/unabhaengigkeit-der-weltgesundheitsorganisation-das-dilemma.976.de.html?dram:article_id=423076 (aufgerufen am 08.07.2020)

Landtag von Baden-Württemberg (2020a): Plenarprotokoll 16/110

Landtag von Baden-Württemberg (2020b): Plenarprotokoll 16/115

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39:4, S. 541–563

Mudde, Cas und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017): *Populism. A very short introduction*. New York: Oxford University Press

Räpple, Stefan (2020): <https://www.facebook.com/stefan.raapple.5/videos/pcb.157971022384020/157979269049862/?type=3&theater> (aufgerufen am 31.05.2020)

Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2019): How to define populism? Reflections on a contested concept and its (mis)use in the social sciences. In: Fitzi, Gregor, Mackert, Jürgen und Bryan S. Turner (Hrsg.): *Populism and the crisis of democracy*. New York: Routledge, S. 62–78

Thalman, Katharina (2019): *The stigmatization of conspiracy theories since the 1950s. »A plot to make us look foolish«*. New York: Routledge

DIE AFD – EINE WAHLALTERNATIVE FÜR DIE CHRISTLICHE RECHTE?

[1] Die Autor*innen dieses Beitrages haben sich entschieden, auf gendergerechte Sprache zu verzichten, wenn im Folgenden von den Anhängerinnen und Anhängern der Proteste und der AfD die Rede sein wird. Diese Gruppen sind selbst der Meinung, dass eine reine Zweigeschlechtlichkeit von Männern und Frauen existiert, verwenden durchgehend das generische Maskulinum und verneinen die Existenz sozialer Geschlechter. Es wäre aus Sicht der Autor*innen daher irreführend, mit Genderstern zu gendern, um nicht-binären Geschlechtsidentitäten in diesen Gruppen Rechnung tragen zu wollen. Wird im Folgenden die Rede von anderen Gruppen sein, haben wir den Genderstern verwendet.

Seit ihrer Gründung hat die rechtspopulistische »Alternative für Deutschland« (AfD) um konservative ChristInnen [1] und christliche Rechte als Wählergruppe geworben. Besonders in Baden-Württemberg, einem Bundesland mit einem hohen Anteil konservativer Christen, unterhält die AfD enge Verbindungen zu Evangelikalen und traditionellen katholischen Strömungen. Der vorliegende Beitrag liefert einen Einblick in christliche Strömungen und Personalien innerhalb der AfD Baden-Württemberg und analysiert das gewandelte Verhältnis der AfD Baden-Württemberg zur rechten christlichen Protestbewegung der »Demo für alle«. Auch wenn konservative ChristInnen in der AfD Baden-Württemberg zum jetzigen Zeitpunkt noch in der Minderheit sind, besteht die Gefahr, dass sich die AfD diese Wählergruppen noch stärker erschließen kann. Die »Demo für alle« konnte als rechtes Protestphänomen in Westdeutschland zeitweise ein hohes Mobilisierungspotential entfalten. Die AfD Baden-Württemberg hat in den letzten Jahren mal mehr, mal weniger von dem Mobilisierungspotential der Protestbewegung profitiert und mit traditionalistischen Positionen in der Familien- und Geschlechterpolitik über ihr Stammklientel hinaus in breitere gesellschaftliche Kreise hineinwirken können.

von Laura Hammel und Lucius Teidelbaum



»Beatrix von Storch (2.v.r., AfD), stellvertretende AfD-Fraktionschefin, nimmt ab der Demonstration »Marsch für das Leben« gegen Abtreibungen vom »Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, sexuelle Vielfalt und bunte Lebensentwürfe« teil und hält ein Kreuz in der Hand.«
Abbildung: picture alliance/dpa | Jörg Carstensen, Lizenz: All rights reserved.

Baden-Württemberg ist heutzutage ein multireligiöses Land. Neben den beiden großen christlichen Konfessionen existieren in diesem Bundesland wieder lebendige jüdische Gemeinden, aber auch Muslime diverser Strömungen haben hier ihr Zuhause gefunden, sowie weitere Gruppen von Anders- und Nichtgläubigen. Manche Strömungen im Christentum haben mit dieser Vielfalt ein Problem. Sie sehen nur einen einzigen Weg zum religiösen Heil und stellen sich gegen liberalere und weniger schriftgebundene Bibelauslegungen. Diese theologisch konservativen ChristInnen haben auch sonst ein ultrakonservatives Weltbild, und manche

steigern sich bis in den Fundamentalismus, der moderne wissenschaftliche Erkenntnisse komplett ablehnt. Der Südwesten der Bundesrepublik gilt, unter anderem durch seine pietistische Tradition, als gewisse Hochburg solcher »Hardliner des Herrn«, wie sie in einer TV-Dokumentation einmal treffend genannt wurden.[2] Die »Alternative für Deutschland« (AfD) versucht, über gemeinsame Inhalte diese Strömung innerhalb des Christentums für sich als WählerInnen-Gruppe zu erschließen. Grund genug, einmal näher hinzuschauen.

Die christliche Rechte und die AfD

Als »christliche Rechte« beziehungsweise »christian right« im englischen Sprachraum kann eine christliche theologisch-konservative Interpretation verstanden werden, bei der aus religiösen Schriften eine konservative bis fundamentalistische verbindliche Agenda für die gesamte Gesellschaft abgeleitet wird. Diese religiösen Schriften sind insbesondere die Bibel und im katholischen Spektrum auch diverse Papstschriften, besonders päpstliche Erlasse.

Daraus abgeleitet werden vermeintlich verbindliche Vorgaben in Bezug auf das Geschlechterbild, die ablehnende Einstellung zur Homosexualität oder zu Schwangerschaftsabbrüchen. Wo die religiöse Agenda gegenüber der weltlichen Gesetzgebung priorisiert wird, gibt es antisäkulare und antidemokratische Tendenzen bis hin zum Gottesstaat.

Ziel der christlichen Rechten ist eine christliche Kulturrevolution, eine »heilige Revolution«. Ähnlich wie in der extremen Rechten findet sich auch in der christlichen Rechten ein starker Dekadenz- und Untergang-Diskurs. Früheren »goldenen Zeiten« wird hinterhergetrauert. Aktuell sieht man sich in einer sündigen Welt, ja sogar im »Reich des Antichristen«.

Für Deutschland lassen sich vor allem drei Bereiche finden, in denen christliche Rechte anzutreffen sind: im katholisch-traditionalistischen Spektrum, im evangelikal-landeskirchlichen Spektrum und im evangelikal-freikirchlichen Spektrum.

Unter katholischem Traditionalismus ist eine sehr rückwärtsgewandte Auffassung von Katholizismus zu verstehen. Reformen wie die des II. Vatikanischen Konzils 1962 bis 1965 werden abgelehnt. Papst-Verkündigungen (z.B. die »Enzyklikae«) haben verbindlichen Charakter. Die Entwicklungen seit der Französischen Revolution, also der daraus folgende Säkularismus und der Laizismus, werden kritisiert oder abgelehnt. Sie selbst bezeichnen katholische TraditionalistInnen oft als »papstreu« und »romtreu«.

Innerhalb des Katholizismus wird die antimodernistisch-traditionalistische Strömung manchmal auch als »Integralismus« bezeichnet. Dabei steht Integralismus als Gegenbegriff zum Modernismus.

Der katholische Traditionalismus war unter manchen Päpsten innerhalb der katholischen Kirche bereits tonangebend. Ein Beispiel ist der unter Papst Pius X. 1910 eingeführte so genannte Antimodernisteneid, der von allen katholischen Klerikern abgelegt werden musste. Der erst 1967 wieder abgeschaffte Eid wandte sich gegen den »Modernismus« beziehungsweise die »Irrtümer der Gegenwart«, die dem katholischen Glauben entgegenstünden. Unter TraditionalistInnen hat der Eid aber weiter Bestand. Bischof Bernard Fellay von der Piusbruderschaft -formulierte martialisch: »Wir sind bereit, mit unserem Blut das Credo niederzuschreiben, den Antimodernisten-Eid zu unterzeichnen.«[3]

Evangelikale sind theologisch konservative ProtestantInnen, die ein enges Schriftverständnis der Bibel vertreten. Verbreitet ist unter ihnen deswegen auch die Bezeichnung »bibeltreu« und »bekenntnistreu«. Unter Evangelikalen existiert eine Minderheit von protestantischen FundamentalistInnen, die besonders strenggläubig sind. Christliche FundamentalistInnen gehen generell von der vollkommenen »Irrtumslosigkeit der Bibel« und ihrer Widerspruchslosigkeit aus. Unter FundamentalistInnen gilt sie als »Wort Gottes«. Eine zeitgemäße metaphorische Auslegung der Bibel wird abgelehnt.

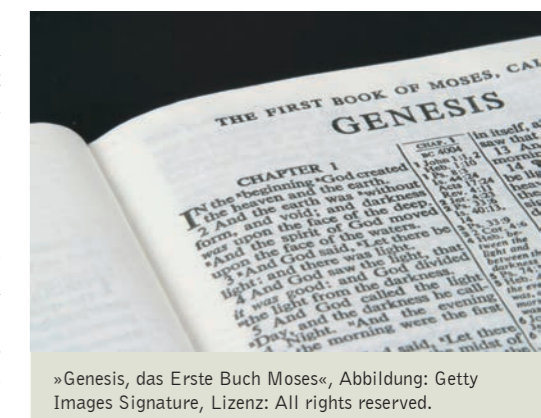
FundamentalistInnen gehen in ihrer Buchstabenstreue so weit, die biblische Schöpfungsgeschichte von der Erschaffung der Erde in wenigen tausend Jahren gegenüber wissenschaftlichen Modellen zu bevorzugen (Kurzzeit-Kreationismus). Solche Vorstellungen sind der Hinweis auf ein evangelikal-fundamentalistisches Weltbild, das aber nicht alle Evangelikale in dieser Strenge vertreten. Ein weiteres Merkmal des Fundamentalismus ist seine Ablehnung anderer Glaubensformen. Oda Lambrecht und Christian Baars schreiben in ihrem Buch »Mission Gottesreich. Fundamentalistische Christen in Deutschland«: »Fundamentalisten halten ihre Form des Glaubens oder ihre Ideologie für die einzig richtige und einzig wahre. Andere Überzeugungen lehnen sie ab. Deshalb wollen sie ihren Glauben verbreiten – einige auch mit Gewalt.«[4]

Viele Evangelikale sind im Auftreten durchaus modern und weniger einer festen Ritualistik verbunden. Dieses moderne, teils sogar poppige Auftreten findet sich

[2] Jens, Tilman: Die Hardliner des Herrn – Christliche Fundamentalisten in Deutschland, TV-Dokumentation, Erstausstrahlung: 11. Juli 2007.

[3] https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/pius-bruderschaft-die-kreuzuegler-12278839.html?printPageArticle=true#pageIndex_2, (abgerufen am 05.11.2020).

[4] Baars, Christian und Lambrecht, Oda: Mission Gottesreich. Fundamentalistische Christen in Deutschland, Berlin 2009, S. 8–9.



»Genesis, das Erste Buch Moses«, Abbildung: Getty Images Signature, Lizenz: All rights reserved.

zumeist bei den charismatischen Evangelikalen. Dabei handelt es sich um eine christliche, konfessionsübergreifende geistige Strömung, der ungefähr die Hälfte der Evangelikalen zuzurechnen ist. Diese beansprucht, die besonderen Gnadengaben (»Charisma«) beziehungsweise Gaben des Heiligen Geistes hervorzuheben, die nach dem Verständnis der charismatischen Evangelikalen von Gott verliehen werden. Diese Überzeugung ist häufig verbunden mit einem eher nonkonformen, sehr lebendigen bis ekstatischen Gottesdienst, verbunden mit einer ausgeprägten Hinwendung zum Gebet.

Neben den Evangelikalen gibt es noch andere konservative ProtestantInnen, die nicht dem Evangelikalismus zuzurechnen sind. Evangelikale sind kein homogener Block, sondern unterteilen sich in verschiedene Strömungen und Organisationsformen, deren Zuordnungen nicht immer klar sind. Ein Beispiel ist der Pietismus. Beim Pietismus handelt es sich um eine traditionalistische Sonderform des Protestantismus, die sich im 17. Jahrhundert herausbildete und heute als theologisch-konservativ bewertet werden kann. Der landes- und freikirchliche Pietismus hat seine Hochburgen in Württemberg, im südwestfälischen Siegerland, im sächsischen Vogtland und im sächsischen Erzgebirge. Manche rechnen die geschätzten 200.000 PietistInnen in Deutschland dem Evangelikalismus zu, andere sehen sie als eigene Kategorie von konservativen ProtestantInnen.

Für die Bundesrepublik ging man 2005 von etwa 1,3 Millionen Evangelikalen[5] aus, davon wiederum war 2008 eine geschätzte Minderheit von 300.000 fundamentalistisch[6]. Zum katholischen Traditionalismus in der Bundesrepublik existieren keine den Autor*innen bekannten Zahlen. Es ist mindestens von mehreren hunderttausend Personen auszugehen.

Die Evangelikalen in Deutschland sind zur Hälfte in den lutherischen Landeskirchen der »Evangelischen Landeskirche Deutschland« (EKD) als »Bekenntnis-Evangelikale« aktiv und zur anderen Hälfte in eigenen Freikirchen. Diese haben sie oft als eine Abspaltung von der EKD gegründet, weil sie Modernisierungen und Reformen des liberalen Mainstreams in der EKD ablehnten. Andere Freikirchen sind »Exporte« aus anderen Ländern. Am Rand des letztgenannten Spektrums existieren christliche Sondergruppen mit ähnlichen Vorstellungen, die aber von vielen nicht als christliche Gruppen anerkannt sind, wie etwa die Mormonen. Der christliche und der säkulare Konservatismus sind enge Verwandte, da auch die meisten säkular-konservativen Anschauungen in Europa christliche Wurzeln haben.

In einzelnen Punkten aus religiösen Überzeugungen abgeleitete konservative Positionen zu haben, macht jemanden noch nicht automatisch zu einem christlichen Rechten. Es stellt sich die Frage, wie und für wen diese Positionen verbindlich sein sollen. Erst wenn die religiös-konservativen, antisäkularen und teilweise vordemokratischen Positionen für die gesamte Gesellschaft zu gelten haben, kann man im politischen Sinne von einer rechtsklerikalen Haltung sprechen. Ansonsten würde es sich eher um eine Form von individueller Frömmigkeit handeln, die sich zuallererst nach innen wendet. Nur eine Minderheit aller christlichen Rechten ist über das eigene Wahlverhalten und die gelegentliche Meinungsäußerung online und offline politisch aktiv. Die aktive Minderheit der christlichen Rechten engagiert sich in eigenen Organisationen wie der »Demo für alle« oder in eigenen Parteien oder Parteigliederungen wie den »Christen in der AfD«.

»Christen in der AfD« (ChrAfD) im Südwesten

Bereits 2013 wurde der »Pforzheimer Kreis« gegründet. Der Kreis war »ein informeller Zusammenschluss von Christen unterschiedlicher Konfession aus Baden-Württemberg, die ihre politische Heimat in der ›Alternative für Deutschland‹ oder deren unmittelbaren Umfeld gefunden haben«[7]. Auf Landesebene entstand im Umfeld der AfD ebenfalls ein Arbeitskreis »Christen in der Alternative für Deutschland« Baden-Württemberg, in dem der »Pforzheimer Kreis« aufging und der später zum ChrAfD-Regionalverband Süd wurde, der Bayern und Baden-Württemberg umfasst.[8] Die ChrAfD sollten aber nicht überschätzt werden. Sie hatten Anfang Januar 2020 lediglich etwas über 300 Mitglieder.[9] Nur AfD-Mitglieder können bei ChrAfD Mitglied werden, andere lediglich Fördermitglieder.[10]

Als sich am 13. Juli 2013 in Baden-Baden der »Arbeitskreis Christen in der AfD« gründete, war als Mitgründerin und Sprecherin für evangelische Christen die Abtreibungsgegnerin Martina Kempf aus dem badischen Breisach beteiligt. Sie fungierte auch 2004 bis 2014 als ehrenamtliche Regionalverbandsvorsitzende der »Aktion Lebensrecht für Alle e.V.«[11] und war 2012 Autorin des Buches »Frauenfeindlich. Wie Frauen zur Ungeborenentötung gedrängt werden«. Kempf ist nach eigener Angabe seit Mai 2013 AfD-Mitglied. Hier war sie Beauftragte des ChrAfD-Bundesvorstandes für Baden-Württemberg und Bayern. Vor ihrer Tätigkeit in der AfD war sie seit 2009 Mitglied der Kleinstpartei »Arbeit, Umwelt, Familie – Christen

für Deutschland« (AUF).[12] Die AUF-Partei war wiederum eine Abspaltung der »Partei Bibeltreuer Christen« (PBC), die laut ihren Wahlplakaten für ein »Deutschland nach den 10 Geboten« kämpfte. Inzwischen ist die PBC genauso Geschichte wie die AUF. Ein noch erfolgloseres Restprodukt von PBC und AUF nennt sich »Bündnis C – Christen für Deutschland«. Die klügeren Kader haben aber PBC und AUF in Richtung AfD beziehungsweise ChrAfD verlassen. Ähnlich wie andere rechte Konkurrenz-Parteien kann sich das »Bündnis C« nicht gegen das Monopol der AfD rechts von der Union durchsetzen.

Auch von der katholischen Zentrumpartei, einer Minimalversion des historischen Originals, gab es Zuwanderungen zur AfD. So ist beispielsweise Alois Degler, von 2009 bis 2011 stellvertretender Bundesvorsitzender der Zentrumpartei[13], inzwischen in der Südwest-AfD aktiv.[14]

Andere AktivistInnen kamen von der CDU, wie etwa das Ehepaar Malte und Anne-Dominique Kaufmann aus Mühlhausen bei Heidelberg. Malte Kaufmann war 1998 bis 2008 Lehrbeauftragter der »Freien Christlichen Schule Heidelberg«. [15] Beide wechselten von der CDU zur AfD.[16] Kaufmann trat 2020 für die AfD als OB-Kandidat in Stuttgart an. Dasselbe trifft auch auf Volker Münz (AfD-MdB) zu, der die CDU aber bereits 1993 verließ.[17]

Prominente ChrAfD-Mitglieder in der Südwest-AfD

Ein prominentes ChrAfD-Mitglied ist der AfD-Bundestagabgeordnete Volker Münz aus Uhingen. Er ist seit April 2018 stellvertretender evangelischer Sprecher der »Christen in der AfD«.[18] Münz ist seit Dezember 2017 kirchenpolitischer Sprecher seiner Fraktion und wirbt in dieser Funktion um christliche Stimmen für die AfD: »Das Programm der AfD hat sehr große Schnittmengen mit den christlichen Überzeugungen, wie das Thema Lebensrecht für Ungeborene, die Hilfe für Menschen in Not, die Familie als schutzbedürftiger Kern der Gesellschaft und die Ehe als gottgewollte Verbindung zwischen Mann und Frau.«[19]

Münz war Kirchengemeinderat in der evangelischen Kirchengemeinde Uhingen und Mitglied der Bezirkssynode Göppingen. Der Protestant Münz ist auch »Ordensbruder« im rechten überkonfessionellen »ORDO MILITÆ CRUCIS TEMPLI – Tempelritterorden e.V.« (OMCT).[20] Der OMCT ist ein kleiner Männerorden, in dem sich offenbar klerikale Rechte unterschiedlicher Couleur sammeln. Ein Blick in die Ordenszeitschrift »Das Neue NON NOBIS Domine« verdeutlicht den Ton. Dort heißt es zum Beispiel: »Will das politisch-mediale Establishment das eigene Staatsvolk entmachten?« (2/2018).

Im baden-württembergischen Landtag ist ChrAfD durch den AfD-Landtagsabgeordneten Daniel Rottmann aus Ulm vertreten. Rottmann studierte evangelische Theologie in Mittelhessen am »Theologischen Seminar Ewersbach« der »Freien Evangelischen Gemeinden« (FEG), einer evangelikalen Ausbildungsstätte. Später engagierte er sich bei der »Partei Bibeltreuer Christen« (PBC) und war unter anderem 1998 bis 2002 stellvertretender Landesvorsitzender der PBC in Schleswig-Holstein. Später wechselte er zur PBC-Abspaltung »Arbeit, Umwelt, Familie – Christen für Deutschland« (AUF) und war unter anderem bis zu seinem Austritt 2012 Beisitzer im Bundesvorstand von AUF.[21]

Kurzzeitig war Markus Widenmeyer aus Schönaich (Landkreis Böblingen) in Nachfolge von Jörg Meuthen ab Anfang Januar 2018 Landtagsabgeordneter. Das Mitglied einer Freikirche ist seit 2015 AfD-Mitglied und war Zweiter Stellvertreter der AUF-Bundesvorsitzender. Davor war er bei der PBC aktiv, für die er 2006 zur Landtagswahl kandidierte. Mit Widenmeyer saß für die AfD kurzzeitig ein Vertreter des Kreationismus im Landtag: Er engagiert sich bei »Wort und Wissen«[22], der wichtigsten kreationistischen Organisation im deutschsprachigen Raum.

Der AfD-Europaabgeordnete Hans Joachim Kuhs aus Baden-Baden ist stellvertretender ChrAfD-Vorsitzender. Kuhs ist Gemeindeältester einer unabhängigen Anglikanischen Kirche in Baden-Baden und nahm bereits vor AfD-Gründung am so genannten »Marsch für das Leben« in Berlin teil.[23] Dabei handelt es sich um eine Demonstration von sogenannten LebensschützerInnen, die Schwangerschaftsabbrüche als »Mord« diffamieren und eine gesetzliche Verschärfung fordern. Kuhs nahm mehrmals an diesem Aufmarsch teil. Er ist, wohl als Vertreter der christlichen Rechten, auch Mitglied im AfD-Bundesvorstand, wo er seit Dezember 2017 als Bundesschriftführer fungiert. Zudem ist er seit März 2017 Beisitzer des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg.

Das Verhältnis der »Alternative für Deutschland« in Baden-Württemberg zu den Protesten der »Demo für alle«

Nur wenige Monate nach der Gründung des baden-württembergischen Landesverbandes der »Alternative für Deutschland«[24] entstand im Winter 2013/2014 in Stuttgart ein neues antifeministisches, homo- und transphobes Protestphäno-

[12] ebenda.

[13] Vgl. Wikipedia-Eintrag: https://de.wikipedia.org/wiki/Alois_Degler, (abgerufen am 05.06.2020).

[14] AfD-Baden-Württemberg: Delegierte des Landesverbandes Baden-Württemberg (Memento vom 02.02.2015 im Internet Archive), https://web.archive.org/web/20150202150421/http://alternatifueer-bw.de/delegierte-des-landesverbandes-baden-wuerttemberg/, (abgerufen am 05.06.2020).

[15] Vgl. Kaufmann, Malte: Persönlich, http://www.malte-kaufmann.de/persoendlich/, (abgerufen am 05.06.2020).

[16] Vgl. Kaufmann, Malte, Politische Vita, http://www.malte-kaufmann.de/politische-vita/, (abgerufen am 05.06.2020).

[17] Vgl. Kandidaten-Selbstvorstellung Volker Münz, 2017, im Archiv von Lucius Teidelbaum.

[18] Vgl. ChrAfD: Über uns. Bundesvorstand. Volker Münz, https://www.chrafd.de/index.php/ueber-uns/bundesvorstand/volker-muenz (abgerufen am 05.06.2020).

[19] Zitiert nach: AfD: Volker Münz zum kirchenpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion gewählt, 07.12.2017, https://afdkompakt.de/2017/12/07/volker-muenz-zum-kirchenpolitischen-sprecher-der-afd-bundestagsfraktion-gewaehlt/ (abgerufen am 05.06.2020).

[20] Münz, Volker, Facebook-Präsenz, 14.05.2018, im Archiv von Lucius Teidelbaum.

[21] Vgl. https://www.landtag-bw.de/home/der-landtag/abgeordnete/abgeordnetenprofile/afd/rottmann.html (abgerufen am 05.06.2020).

[22] Widenmeyer, Markus: Prinzipielle Grenzen der Naturwissenschaft, Studiengemeinschaft Wort und Wissen, 2013, PDF-Version, im Archiv von Lucius Teidelbaum.

[23] Vgl. u.a. Youtube-Kanal Beatrix von Storch: Marsch für das Leben 2019, 23.09.2019, https://www.youtube.com/watch?v=pSmScJ1GEW0 (abgerufen am 05.06.2020); Patricia Hecht: Bunt ist lauter, taz, 22.09.2018, https://taz.de/Marsch-fuer-das-Leben-in-Berlin/!5537448/, (abgerufen am 5.06.2020).

[24] Die Gründung des Landesverbandes erfolgte auf dem Gründungsparteitag in Karlsruhe am 22. April 2013.

^[5] Oppermann, Matthias: 30. Evangelischer Kirchentag – Erweckung und Wiedergeburt, in: Die Zeit, Nr. 22/2005.

^[6] Schmidt, Wolf: Bundeszentrale knickt ein, taz, 19.12.2008, https://taz.de/Christliche-Rechte-obsiegt!/5170824, (abgerufen am 05.06.2020).

^[7] Zitiert nach: http://www.pforzheimerkreis.de/standpunkte/20140727_Resolution1_Antisemitismus.htm, (abgerufen am 05.06.2020).

^[8] https://www.chrafd.de/index.php/ueber-uns/regionen/sued, (abgerufen am 05.06.2020).

^[9] https://www.chrafd.de/index.php/ueber-uns, (abgerufen am 05.06.2020).

^[10] ChrAfD-Mitgliedsantrag, http://www.chrafd.de/documents/ChrAfD_Mitgliedsantrag_8.pdf. (abgerufen am 10.07.2020).

^[11] Vgl. Kandidaten-Selbstvorstellung Martina Kempf, 2013, im Archiv von Lucius Teidelbaum.

men, das in den folgenden Jahren in Onlineaktionen und Demonstrationen mit zeitweise beachtlichem Erfolg gegen die vermeintlichen Bedrohungen für Kinder und Familien durch Frühsexualisierung und Gender Mainstreaming mobilisierte. [25]



»Demo für alle 28.02.2016«; Abbildung: L. Teidelbaum, Lizenz: All rights reserved.

Die Initialzündung für die Proteste lieferte eine Onlinepetition des evangelikalen Realschullehrers Gabriel Stängle aus Rohrdorf (Landkreis Calw) auf der Plattform [openpetition.de](https://www.openpetition.de). [26] Stängle startete die Petition anlässlich der von der grün-roten Landesregierung für 2015 geplanten Neufassung des Bildungsplans für die allgemeinbildenden Schulen. Neben einer Vielzahl weiterer Leitprinzipien für die Bildungspolitik hatte die Landesregierung angestrebt, das Thema sexuelle Vielfalt deutlicher in den Lehrplänen abzubilden, um damit eine stärkere Akzeptanz für unterschiedliche Familienmodelle und sexuelle Identitäten zu erzeugen. Die Petition [27], die sich gegen eine vermeintliche »pädagogische, moralische und ideologische Umerziehung an den allgemeinbildenden Schulen«, eine »Überbetonung einzelner Gruppen und ihrer Interessen« sowie »eine propagierende neue Sexualmoral« richtete, wurde in ihrer zweimonatigen Laufzeit von knapp 200.000 Menschen unterzeichnet, etwa 82.000 davon aus Baden-Württemberg.

Auf diesen beachtlichen Onlineprotest folgten in den Jahren 2014 bis 2016 sieben Demonstrationen in Stuttgart, die die Positionen und Ziele der Onlinepetition auf die Straße brachten. Anfangs von dem Netzwerk »Besorgte Eltern« organisiert, fand bald eine nähere Ausrichtung am Vorbild der »La Manif Pour Tous« (deutsch: Demo für alle) statt, die im Jahr zuvor hunderttausende Menschen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe in Frankreich mobilisiert hatte. Auf den Demonstrationen traten nach einigen Monaten die beiden Netzwerke »Initiative Familienschutz« und »Zivile Koalition« stärker in Erscheinung, die aus dem Dunstkreis der AfD-Politikerin Beatrix von Storch und ihres Ehemanns Sven von Storch stammen. [28] Das Ehepaar von Storch, das an der Verstärkung der Stuttgarter Proteste maßgeblich beteiligt war [29], hat sich im Herbst 2015 aus den Aktivitäten der »Demo für alle« weitgehend zurückgezogen. Stattdessen fungiert seit einigen Jahren die Gründerin der »Initiative Familienschutz«, Hedwig von Beverfoerde, als Gesicht nach außen, indem sie für den Newsletter verantwortlich zeichnet und Kundgebungen und Symposien moderiert.

Der überwiegende Teil der DemonstrationsteilnehmerInnen entstammte einem evangelikalen beziehungsweise traditionalistisch-katholischen, christlich-fundamentalistischen und konservativen Umfeld. In Stuttgart entstand mit den Protesten gegen den Bildungsplan eine neue konservative Protestbewegung, in dem ein vormals mehrheitlich unpolitisches christlich-konservatives Milieu sich anhand der Politikfelder Ehe, Familie, Sexualität und Geschlechterpolitik politisierte und in seinen Online- und Offlineaktionen auf das Protestrepertoire der Neuen Sozialen Bewegungen zurückgriff. [30]

Aufgrund der inhaltlichen Gemeinsamkeiten auf den Feldern der Familien- und Geschlechterpolitik nahmen aber auch Personen aus rechten und rechtsextremen Gruppierungen und Parteien an den Protesten teil. [31] Überdies suchte auch die junge AfD den Anschluss an die neue Bewegung, auch ihre Mitglieder waren auf

den Demonstrationen der Jahre 2014 bis 2016 durch ihre Parteifahnen und Plakate deutlich sichtbar vertreten. Aber auch die Organisatoren der Proteste strebten aktiv eine Annäherung an die AfD an, indem sie AfD-Politiker wie beispielsweise den späteren Böblinger Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier bei den Kundgebungen sprechen ließen.

Die Neufassung des baden-württembergischen Bildungsplanes wurde schließlich nach einer umfassenden Überarbeitung des ursprünglichen Entwurfs und einem Schlichtungsgespräch Ministerpräsident Kretschmanns (GRÜNE) mit evangelikalen und pietistischen Vertretern mit einer knapp einjährigen Verzögerung im März 2016 vom scheidenden Kultusminister Andreas Stoch (SPD) unterzeichnet und trat im August 2016 in Kraft. Das initiale Protestziel der Bewegung, die Neufassung des Bildungsplans zu verhindern, wurde also nicht erreicht, wodurch sich auch die Proteste der »Demo für alle« veränderten. [32]



»Demo für alle 28.02.16«; Abbildung: L. Teidelbaum, Lizenz: All rights reserved.

Stuttgart als zentraler Ort der Proteste verlor in den folgenden Jahren an Bedeutung. Die Bewegung versuchte für ihre Demonstrationen in die Landeshauptstädte Wiesbaden und München [33] auszuweichen, wo ähnliche Gesetzentwürfe debattiert wurden. Sie konnte dort aber nicht an die Protesterfolge und hohen Teilnehmerzahlen der Stuttgarter Demonstrationen anknüpfen. Statt auf großangelegten Straßenprotest setzte das Aktionsbündnis »Demo für alle« ab 2016 auf die Ausrichtung von jährlichen thematischen Tagungen, sogenannten »Symposien«, bei denen die Schwerpunktthemen Sexualpädagogik der Vielfalt, Gender Mainstreaming, die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, Adoptionsrechte für homosexuelle Paare und die geplante Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz aus wissenschaftlicher Perspektive beleuchtet werden sollten. Die neue Strategie der Protestbewegung sah vor, durch Symposien mit der Bewegung nahestehenden WissenschaftlerInnen und JournalistInnen Kritik an der Unwissenschaftlichkeit und Ideologielastigkeit ihrer Positionen zu zerstreuen und ein jährliches Vernetzungsangebot für eine deutschsprachige christlich-fundamentalistische Szene zu schaffen. [34]

In den Sommermonaten der Jahre 2017 und 2018 veranstaltete die Protestbewegung außerdem unter dem Motto »Bus der Meinungsfreiheit« in Kooperation mit der christlich-fundamentalistischen Kampagnenplattform »CitizenGO Deutschland« eine jeweils etwa zehntägige Bustour mit Kundgebungen durch verschiedene deutsche Großstädte. Gerade kurz vor der Bundestagswahl 2017 kann die Tour ein Versuch gewesen sein, noch einmal Aufmerksamkeit für das eigene Thema zu generieren. Neu an diesen Kundgebungen – im Unterschied zu den früheren Demonstrationen – war, dass hier von Seiten der ProtestorganisatorInnen verstärkt Überparteilichkeit und politische Unabhängigkeit betont wurde. Das Mitführen von Fahnen und Plakaten sowie das Zeigen von Parteilogos war explizit nicht erwünscht. Obwohl bei der Stuttgarter Kundgebung am 14. September 2018 mit Karl-Christian Hausmann [35] ein langjähriger und prominenter Unterstützer des Aktionsbündnisses aus CDU-Kreisen die lokale Rede hielt, wurde dieser vom Versammlungsleiter Alexander Tschugguel doch nur als »Herr Hausmann aus Stuttgart« vorgestellt.

[25] Für eine detaillierte Darstellung des zeitlichen Verlaufes der Proteste von Veröffentlichung der Onlinepetition gegen die Neufassung des baden-württembergischen Bildungsplanes über die Stuttgarter Demonstrationen der Jahre 2014 und 2015, die personellen und organisatorischen Netzwerke der Proteste, ihre TeilnehmerInnenstruktur sowie ihre thematische Ausrichtung vgl. Teidelbaum 2015.

[26] Stängle war offizieller Initiator der Petition und stand als solcher in der Öffentlichkeit. Unterstützt wurde er von der innerkirchlichen evangelikalen »Prisma-Gemeinschaft«, die heute unter dem Namen »dreierwerk« als Verein weiterbesteht.

[27] Die Petition ist abrufbar unter: <https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens>, (abgerufen am 12.06.2020).

[28] Zum Einfluss klerikal-aristokratischer Netzwerke um das Ehepaar von Storch innerhalb der Alternative für Deutschland vgl. Kemper 2015.

[29] Beatrix von Storch hat sich bei einer Veranstaltung im Rahmen des AfD-Europawahlkampfes 2015 in Hamburg selbst als Initiatorin der Stuttgarter Proteste gegen den Bildungsplan geoutet; vgl. Blech 2015.

[30] Zur Einordnung der »Demo für alle« als neue konservative Protestbewegung vgl. Schmincke 2015.

[31] So wurden beispielsweise Vertreter der NPD, der Partei »Die Rechte«, Der Republikaner, der Identitären Bewegung (IB) oder Anhänger des rechtsextremen und islamfeindlichen Blogs »PI-News« auf den Demonstrationen gesichtet; vgl. Teidelbaum 2015.

[32] Die Proteste haben aber durchaus Einfluss auf die Verhandlungen zum Bildungsplan entfaltet und auch die endgültige Fassung beeinflusst. Kritiker*innen betonen, dass die ursprünglichen Formulierungen zum Bereich »Akzeptanz für sexuelle Vielfalt« in der endgültigen Fassung als Reaktion auf die Proteste deutlich aufgeweicht wurden; vgl. Billmann 2015. Die Autor*innen des Beitrags verstehen dies als Teilerfolg aus Sicht der Protestierenden.

[33] Die für den 24.07.2016 geplante Münchner Demonstration wurde von den OrganisatorInnen aufgrund des zwei Tage zuvor verübten rechtsextremen Terroranschlags mit neuen Toten im Münchner Olympia-Einkaufszentrum abgesagt und anschließend nicht mehr nachgeholt.

[34] Dieser Strategiewechsel kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei dieser nach außen betonten Wissenschaftlichkeit und Dialogbereitschaft nur um ein bloßes Lippenbekenntnis handelt. Außenstehende Wissenschaftler*innen und Journalist*innen sind auf den Symposien explizit nicht erwünscht, so wurde auch eine der Autor*innen dieses Beitrages trotz zahlreicher Kontakt- und Anmeldeversuche ausdrücklich nicht zum Böblinger Symposium im Februar 2020 zugelassen.

[35] Hausmann ist Stellvertretender Vorsitzender der CDU Stuttgart-Ost und ehemaliger Stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Stuttgart.

In der öffentlichen Debatte zu den Stuttgarter Demonstration der Jahre 2014 bis 2016 wurde immer wieder die Anwesenheit von AnhängerInnen rechter und rechtsextremer Parteien und Gruppierungen kritisiert. Zudem hatten CDU und FDP in Baden-Württemberg nach den Landtagswahlen 2016 ihre Kontakte zur »Demo für alle« reduziert. Die neue Betonung der politischen Überparteilichkeit sehen die Autor*innen dieses Beitrags als Versuch der »Demo für alle«, verstärkt wieder ein konservatives Spektrum zu erreichen, um damit in eine »Mitte der Gesellschaft« wirken zu können, ohne damit VertreterInnen der AfD und anderer rechter Parteien und Gruppierungen explizit von der Teilnahme ausschließen zu müssen.

Im Gegenzug wurde die »Demo für alle« als Betätigungsfeld aber auch für die AfD in Baden-Württemberg unattraktiver. Hatte die Partei in den Jahren 2014 bis 2016 noch in Pressemitteilungen und über ihre Social-Media-Kanäle zur Teilnahme an den Demonstrationen aufgerufen und RednerInnen für Kundgebungen stellen dürfen, fand in späteren Jahren keine derartige Kooperation mehr statt. Lediglich die Frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion und Neckarsulmer Abgeordnete Carola Wolle rief auf ihrem persönlichen Facebook-Kanal zur Teilnahme an den lokalen Kundgebungen der Bus-Touren und Symposien auf und teilte regelmäßig Artikel und Onlinepetitionen der »Demo für alle«. So waren auch nur Wolle und das ehemalige Fraktionsmitglied Heinrich Fiechtner als prominente TeilnehmerInnen aus AfD-Kreisen auf der Stuttgarter Kundgebung im September 2018 vertreten, durften dort aber weder sprechen noch wurden sie namentlich begrüßt, was bei einer Teilnahme von Abgeordneten auf Demonstrationen normalerweise gängige Praxis ist.

Auf der Protestebene engagieren sich in jüngerer Vergangenheit Teile der Landtagsfraktion und Partei um die Abgeordneten Christina Baum und Carola Wolle auf den Demonstrationen des »Frauenbündnisses Kandel« und des Bündnisses »Kandel ist überall«, die seit der Jahreswende 2017/2018 anlässlich des Mordes an der fünfzehnjährigen Mia V. durch ihren Ex-Freund, einen aus Afghanistan stammenden Geflüchteten, im rheinland-pfälzischen Kandel stattfinden.[36] Die rechtsextreme Szene aus der Pfalz und Baden, aus der sich die DemonstrationsteilnehmerInnen in Kandel größtenteils rekrutieren, scheuten anders als die »Demo für alle« die Zusammenarbeit mit AfD-VertreterInnen nicht.

Auch in der parlamentarischen Praxis der AfD-Landtagsfraktion spiegelt sich diese Entfremdung zwischen AfD und »Demo für alle« wider. Nahm die Fraktion zu Beginn der Legislatur in Kleinen Anfragen noch direkt Bezug zum Themenfeld der Proteste[37], so wurden in den Politikfeldern Familien- und Geschlechterpolitik zunehmend andere Schwerpunkte gesetzt. Die Landtagsfraktion versuchte mit wiederholten Anträgen und Anfragen zu den Themen Kinderehen, weibliche Genitalverstümmelung unter muslimischen Migrant*innen, Geburtenraten von Migrant*innen/Muslim*innen und häusliche Gewalt in migrantischen Familien ihr familien- und geschlechterpolitisches Profil rassistisch zu schärfen, indem sie dieses mit zugewanderungs- und islamfeindlichen Positionen verknüpfte.

Geschlechter- und familienpolitische Themen funktionieren als eine Art Scharnier zwischen einem fundamentalistisch-konservativen Milieu und rechten Kräften.[38] Obwohl sich die beiden Gruppen also in Antifeminismus und Homo- und Transphobie einig sind, stößt die völkisch-nationalistische Wende in der Familien- und Geschlechterpolitik der AfD-Landtagsfraktion ab 2017 also womöglich bei vielen VertreterInnen des christlich-fundamentalistischen Milieus nicht auf ungeteilte Zustimmung, da bei ihnen der für die AfD charakteristische völkische Nationalismus deutlich geringer ausgeprägt ist (vgl. Teidelbaum 2015).

Die AfD hat das Potential, zum Sprachrohr christlicher Rechter im Südwesten zu werden

Die AfD versucht, zur Alternative für die christliche Rechte zu werden, auch wenn die Gesamtpartei kein rechtsklerikales Profil aufweist und sich beispielsweise nur auf ein kulturelles Christentum beruft.

Mit Blick auf die baden-württembergischen Landtagswahlen im März 2021 bleibt abzuwarten, ob und wie sich die AfD sich ihrem potenziellen Wählerklientel aus dem Umfeld christlicher FundamentalistInnen wieder stärker annähern wird. Die »Demo für alle« war eine andere Form einer rechten Demo, die in Westdeutschland aufgrund des pietistischen Erbes Baden-Württembergs zeitweise ein hohes Mobilisierungspotential entfalten konnte. Damit unterscheidet sie sich von den stärker völkisch-nationalistisch ausgerichteten Demonstrationen der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA), die in den westdeutschen Ländern nie Fuß fassen konnten. Letztendlich ist aber auch die »Demo für alle« an der Frage der Abgrenzung nach rechts zugrunde gegangen. Eine offene Zusammenarbeit mit rechten Kräften wie der AfD hat das Aktions-

bündnis nach der Landtagswahl 2016 nicht mehr gesucht. Mit ihren antifeministischen, homo- und transfeindlichen Positionen hatte es sich aber auch zu weit von den Mehrheitspositionen der seit 2016 mit den Grünen koalierenden CDU entfernt, um aus diesem Feld eine wirkungsvolle Unterstützung erfahren zu können. Auch auf dieser Ebene kann sich nach der Landtagswahl 2021 ein Wandel in konservativen und rechten Bündnissen ergeben, was der »Demo für alle« und ihren Positionen zu neuem Aufschwung verhelfen könnte.

Es besteht die Gefahr, dass sich die AfD über die ChrAfD das Wählerklientel der konservativen bis fundamentalistischen ChristInnen stärker erschließt. Denn bisher sind selbst bei Evangelikalen die AfD-WählerInnen in der Minderheit. Als wahlfördernd könnte sich hier das evangelikale Kampfblatt »IdeaSpektrum« erweisen. Das Wochenmagazin ist die Stimme der Evangelikalen in Deutschland und weist inhaltlich eine gewisse Nähe zur ChrAfD auf. Nicht ohne Grund schaltete die AfD vor der Bundestagswahl in »IdeaSpektrum« Ausgabe 37/2017 auf zwei Seiten Wahlwerbung.

Quellenverzeichnis

AfD: Volker Münz zum kirchenpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion gewählt, 07.12.2017, <https://afdkompakt.de/2017/12/07/volker-muenz-zum-kirchenpolitischen-sprecher-der-afd-bundestagsfraktion-gewählt/>, (abgerufen am 05.06.2020).

AfD Baden Württemberg: Delegierte des Landesverbandes Baden-Württemberg (Memento vom 2. Februar 2015 im Internet Archive), <https://web.archive.org/web/20150202150421/http://alternativefuer-bw.de/delegierte-des-landesverbandes-baden-wuerttemberg/>, (abgerufen am 05.06.2020).

Baars, Christian und Lambrecht, Oda: Mission Gottesreich. Fundamentalistische Christen in Deutschland, Berlin 2009.

Billmann, Lucie (2015): Einleitung. In: Billmann, Lucie (Hg.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, S. 3–5.

Blech, Norbert (2015): Beatrix von Storch: Ich organisiere die »Demos für Alle«, in: Queer.de, 10.02.2015, https://www.queer.de/detail.php?article_id=23190, (abgerufen am 12.06.2020).

ChrAfD: Über uns. Regionen. Süd, <https://www.chrafd.de/index.php/ueber-uns/regionen/sued>, (abgerufen am 05.06.2020).

ChrAfD: Über uns, 2020, <https://www.chrafd.de/index.php/ueber-uns>, (abgerufen am 05.06.2020).

ChrAfD: Über uns. Bundesvorstand. Volker Münz, <https://www.chrafd.de/index.php/ueber-uns/bundesvorstand/volker-muenz>, (abgerufen am 05.06.2020).

ChrAfD-Mitgliedsantrag, http://www.chrafd.de/documents/ChrAfD_Mitgliedsantrag_8.pdf, (abgerufen am 10.06.2020).

Hecht, Patricia: Bunt ist lauter, taz, 22.09.2018, <https://taz.de/Marsch-fuer-das-Leben-in-Berlin/!5537448/>, (abgerufen am 05.06.2020).

Jens, Tilman: Die Hardliner des Herrn – Christliche Fundamentalisten in Deutschland, TV-Dokumentation, Erstaussstrahlung: 11.07.2007.

Kandidaten-Selbstvorstellung Martina Kempf, 2013, im Archiv von Lucius Teidelbaum.

Kandidaten-Selbstvorstellung Volker Münz, 2017, im Archiv von Lucius Teidelbaum.

Kaufmann, Malte: Persönlich, <http://www.malte-kaufmann.de/persoendlich/>, (abgerufen am 05.06.2020).

[36] Christina Baum, Landtagsabgeordnete der AfD im Wahlkreis Main-Tauber, rief das Bündnis »Kandel ist überall« ins Leben. Im Impressum des Bündnisses wird Baum und ihr Stuttgarter Abgeordnetenbüro als Kontaktadresse genannt.

[37] So beispielsweise: Kleine Anfrage des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD und Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration. Aktionsplan »Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg«, LT-Drs. 16/241; Kleine Anfrage des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD und Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration. Förderung der Diversität durch die Landesregierung. LT-Drs. 16/242; Kleine Anfrage des Abg. Dr. Heiner Merz AfD und Antwort des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. »Gender«-Forschung in Baden-Württemberg. LT-Drs.: 16/409; Kleine Anfrage des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD und Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration. Veranstaltung »Regenbogenfamilie – Die Vielfalt des Regenbogens«. LT-Drs.: 16/910.

[38] Zu den Schnittmengen und Trennlinien in der Programmatik zwischen extremer, konservativer und religiöser Rechte vgl. Lang 2015.

Kaufmann, Malte: Politische Vita, <http://www.malte-kaufmann.de/politische-vita/>, (abgerufen am 05.06.2020).

Kemper, Andreas (2015): Christlicher Fundamentalismus und neoliberal-nationalkonservative Ideologie am Beispiel der »Alternative für Deutschland«. In: Billmann, Lucie (Hg.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, S. 21–29.

Landtag von Baden-Württemberg: Abgeordneten-Profil Andreas Rottman, <https://www.landtag-bw.de/home/der-landtag/abgeordnete/abgeordnetenprofile/afd/rothmann.html>, (abgerufen am 05.06.2020).

Landtag von Baden-Württemberg (2016): Kleine Anfrage des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD und Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration. Aktionsplan »Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg«. LT-Drs. 16/241.

Landtag von Baden-Württemberg (2016): Kleine Anfrage des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD und Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration. Förderung der Diversität durch die Landesregierung. LT-Drs. 16/242.

Landtag von Baden-Württemberg (2016): Kleine Anfrage des Abg. Dr. Heiner Merz AfD und Antwort des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. »Gender«-Forschung in Baden-Württemberg. LT-Drs.: 16/409.

Landtag von Baden-Württemberg (2016): Kleine Anfrage des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD und Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration Veranstaltung »Regenbogenfamilie – Die Vielfalt des Regenbogens«. LT-Drs.: 16/910.

Lang, Juliane (2015): Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender. In: Hark, Sabine u. Paula-Irene Villa (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, S. 167–182.

Münz, Volker, Facebook-Präsenz, 14.05.2018, im Archiv von Lucius Teidelbaum.

Oppermann, Matthias: 30. Evangelischer Kirchentag – Erweckung und Wiedergeburt, in: Die Zeit, Nr. 22/2005.

Pforzheimer Kreis: Resolution Antisemitismus, 2014, http://www.pforzheimer-kreis.de/standpunkte/20140727_Resolution1_Antisemitismus.htm, (abgerufen am 05.06.2020).

Schmidt, Wolf: Bundeszentrale knickt ein, taz, 19.12.2008, <https://taz.de/Christliche-Rechte-obsiegt!/5170824/>, (abgerufen am 05.06.2020).

Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine u. Paula-Irene Villa (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, S. 93–108.

Storch, Beatrix von: Marsch für das Leben 2019, Youtube-Kanal, 23.09.2019, <https://www.youtube.com/watch?v=pSmScJ1GEW0> (abgerufen am 05.06.2020).

Widenmeyer, Markus: Prinzipielle Grenzen der Naturwissenschaft, Studiengemeinschaft Wort und Wissen, 2013, PDF-Version, im Archiv von Lucius Teidelbaum.

Teidelbaum, Lucius (2015): »Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens«. Homo- und transphobe Straßenproteste gegen den Entwurf eines neuen Bildungsplanes in Stuttgart. In: Billmann, Lucie (Hg.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, S. 6–14.

Wikipedia-Eintrag: Alois Degler, https://de.wikipedia.org/wiki/Alois_Degler, (abgerufen am 05.06.2020).

ZUKUNFT – VERANTWORTUNG – LERNEN: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens. <https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens>, (abgerufen am 12.06.2020).



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Baden-Württemberg

Forum für Demokratie und gesellschaftliche Verantwortung

